



Informationen

zur politischen Bildung / izpb

348 3/2021

Jüdisches Leben in Deutschland nach 1945



Inhalt

40



5



6



33

4 Jüdisches Leben in Deutschland nach 1945

6 Neuanfänge

- 6 *Displaced Persons* (DPs)
- 8 Alliierte Besatzungspolitik und Flucht aus Osteuropa
- 9 Deutsche Juden oder Juden in Deutschland?

12 Jüdisches Leben in der Bundesrepublik

- 12 Neubeginn
- 14 „Wiedergutmachung“
- 17 Ambivalenz

24 Jüdisches Leben in der DDR

- 25 Das Staatsverständnis der SED und das Judentum in der DDR
- 27 Von den Anfängen bis zum Beinahe-Abbruch jüdischen Lebens (1945–1953)
- 30 Jüdische Gemeinden in der DDR
- 31 Sozialistische Staatsbürger jüdischen Glaubens? Die 1960er- und 1970er-Jahre
- 32 Zweckgebundene Kursänderung: die 1980er-Jahre
- 33 Eine Geschichte, die noch zu erzählen ist: jüdischer Alltag in der DDR

36 Im vereinten Deutschland

- 37 Die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung
- 40 Die Transformation jüdischen Lebens
- 44 Antisemitismus und rechtsextreme Positionen

48 Antisemitismus in Deutschland nach 1945

- 49 Die unmittelbare Nachkriegszeit
- 50 Verschiedene Formen neueren Antisemitismus

56 Juden in Deutschland und der Staat Israel

60 Literarische Auseinandersetzungen

- 60 Jüdische Autorinnen und Autoren in Ost- und Westdeutschland
- 61 Jüdische Literatur heute

64 Jüdische Präsenz auf Bühne, Leinwand und Bildschirm

- 64 Shylock und Nathan: Wiedergutmachung auf der Bühne
- 65 Anne Frank und Nackt unter Wölfen: Systemkonkurrenz und Holocaust
- 66 Jüdische Gegenwart oder deutsche Phantasien?
- 67 Erinnerung und Vergessen in der Lindenstraße: Juden im Fernsehen
- 68 Alltag und Ironie. Selten gesehen

Zu diesem Heft



54



78

70 Religiöse Strömungen und jüdische Feiertage

- 70 Religiöse Strömungen
- 74 Jüdische Feiertage

78 Ausblick

- 80 Glossar
- 81 Literaturhinweise
- 82 Internetangebote
- 83 Die Autorinnen und Autoren
- 83 Impressum

Seit mindestens 1700 Jahren – urkundlich belegt seit dem Jahr 321 unserer Zeitrechnung – gibt es jüdisches Leben in Deutschland. In diesen Jahrhunderten trugen Jüdinnen und Juden erheblich zur geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland bei, blieben aber dennoch stets unter Druck und immer wieder unter zeitweiliger Existenzgefährdung durch die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft.

Einen besonders tiefen Einschnitt bildete die Zeit der NS-Herrschaft, in der Rassismus, Antisemitismus und Vernichtungswille als Regierungspolitik unter Duldung und aktiver Beteiligung breiter Bevölkerungskreise zu Diskriminierung, Ausgrenzung, Verfolgung, Misshandlung und Ermordung der jüdischen Bürgerinnen und Bürger führten. Jüdisches Leben sollte in Gänze ausgelöscht werden.

Dass nach 1945 jüdisches Leben in Deutschland wieder heimisch wurde, ist ein großes Glück und stellt die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft in eine besondere Verantwortung. Für Jüdinnen und Juden war es nicht selten eine schwere Entscheidung, gefolgt von einem mühevollen, durchaus von Anfechtungen und Rückschlägen begleiteten Entwicklungsprozess. Es galt und gilt, Verletzungen zu überwinden sowie Misstrauen abzubauen, und das trotz traumatischer Erinnerungen und fortdauernder Vorurteile und Anfeindungen, denen Jüdinnen und Juden in ihrem Alltag bis heute immer wieder ausgesetzt sind.

Wie lassen sich Vorurteile, Stereotype und mangelndes Wissen abbauen? Unter anderem durch Sichtbarkeit, Nahbarkeit sowie emotionale Aufgeschlossenheit und gegenseitiges Interesse. Die jüdische Gemeinschaft hat dazu gerade in jüngerer Zeit viele Initiativen gestartet, beispielsweise Begegnungen unter dem Motto *Meet a Jew*, oder jüdische Kulturtage, die die Vielfalt jüdischen Lebens vor Augen führen.

Diese Themenausgabe versteht sich als Angebot, das Wissen über jüdisches Leben in Deutschland zu vertiefen. Sie beschreibt den schwierigen Neuanfang in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Entwicklungen in der Zeit der Zweistaatlichkeit sowie die neuen Impulse, Auf- und Abschwünge in den drei Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung, aber auch den weiterhin existierenden Antisemitismus.

Damit knüpft sie an die Vorgängerausgabe 307 „Jüdisches Leben in Deutschland“ von 2010 an, die sich stärker auf die Zeit vor 1945 konzentrierte. Spezielle Beiträge widmen sich dem besonderen Verhältnis der Juden in Deutschland zum Staat Israel sowie dem kulturellen jüdischen Schaffen und seiner Rezeption mit Schwerpunkten in Literatur, Theater, Film und Fernsehen. Abgerundet wird dies durch eine Einführung in die Besonderheiten und vielfältigen Strömungen der jüdischen Religion, die nicht nur für die deutschen Jüdinnen und Juden große Bedeutung haben.

Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sowie persönliche Erfahrungsberichte machen nachvollziehbar, was es bedeutet, Teil einer immer wieder angefochtenen Minderheit zu sein. Deutlich wird aber auch, welch wertvollen, selbstverständlichen Beitrag Jüdinnen und Juden zur deutschen Gesellschaft leisten.

Christine Hesse

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Themenausgabe sollte ursprünglich einen weiteren Beitrag enthalten, der aus äußeren Notwendigkeiten heraus leider nicht in die Printversion aufgenommen werden konnte.

Das Kapitel „Juden in Deutschland vor 1945“ von Prof. Dr. Miriam Rürup

ist vorerst nur in den Online-Versionen der Themenausgabe 348 zu lesen, die parallel zur Heftausgabe ins Netz gestellt werden und soll in einen späteren Nachdruck des Heftes Eingang finden. Mit der Bitte um Verständnis.

Die Redaktion

DANIEL MAHLA

Jüdisches Leben in Deutschland nach 1945

Jüdisches Leben in Deutschland ist lebendig, vielfältig, widersprüchlich und komplex. Mehr als sieben Jahrzehnte nach dem Ende der NS-Gewaltherrschaft und infolge zwiespältiger Alltagserfahrungen bis hin zu antisemitischen Angriffen auf Juden und jüdische Einrichtungen ist das Verhältnis zur nicht-jüdischen Umgebung jedoch keineswegs unbelastet.

Der Neuanfang jüdischen Lebens in Deutschland nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft war alles andere als selbstverständlich. Viele Jüdinnen und Juden weltweit standen solch einem Unterfangen ablehnend gegenüber. Auf Deutschland, dem Land der Täter, das für den Holocaust, die Verfolgung und Vernichtung des europäischen Judentums, verantwortlich war, lag ein sprichwörtlicher Bann. Dennoch kam es kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zum Aufbau von Gemeindestrukturen in den beiden deutschen Staaten, die aufgrund des Ost-West-Konflikts 1949 entstanden waren. Während einige Überlebende des Völkermords – oft aus ideologischen Gründen – in die Deutsche Demokratische Republik, die auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) entstanden war, zurückkehrten, verdankte die zahlenmäßig größere jüdische Gemeinschaft in der Bundesrepublik, die aus den westlichen Besatzungszonen hervorgegangen war, ihre Entstehung in der Nachkriegszeit eher geografischen und geopolitischen Gegebenheiten.

Zwar gab es in den französischen, britischen und US-amerikanischen Besatzungszonen auch aus Deutschland stammende Jüdinnen und Juden, doch das Fundament der jüdischen Gemeinden in Westdeutschland bildeten Überlebende aus Ost- und Zentraleuropa, die im Laufe des Krieges aus ihrer Heimat verschleppt oder versprengt worden waren und nach dem Krieg in den Camps für *Displaced Persons* (DP-Camps) der westlichen Besatzungszonen Zuflucht gefunden hatten.

In der Phase der deutschen Zweistaatlichkeit bis Ende der 1980er-Jahre befand sich das jüdische Leben in einer eher defizitären Lage. Die Gemeinden zählten nur wenige Mitglieder: Während in Westdeutschland unter 30 000 Jüdinnen und Juden lebten, waren es in der DDR lediglich ein paar hundert. Wieder waren es geopolitische Umstände, die den Umschwung mit sich brachten: Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks wanderten ab den 1990er-Jahren weit über 100 000 Jüdinnen und Juden aus diesen Gebieten in das wiedervereinigte Deutschland ein und trugen damit zu einem Aufblühen jüdischen Lebens hierzulande bei. Als Berlin sich dann in den 2000ern zu einem Magneten für Zuwandernde aus aller Welt entwickelte, zog es auch einige tausend Menschen aus Israel in die Metropole sowie in geringerer Anzahl auch in andere deutsche Städte.

Parallel dazu kam es in den vergangenen Jahrzehnten in der nicht-jüdischen Bevölkerung zu einer schrittweisen Auseinan-

dersetzung mit dem Völkermord und zu einem verstärkten Interesse an der deutsch-jüdischen Geschichte. Doch persönliche Kontakte mit in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden blieben eher die Ausnahme. Zum einen war deren Anzahl auch nach dem Zuwachs der 1990er-Jahre noch immer verhältnismäßig gering. Zum anderen wurden Jüdinnen und Juden oftmals auf eine reine Projektionsfläche in der deutschen Auseinandersetzung mit dem Holocaust reduziert. Anstatt die Unterschiedlichkeit jüdischer Identitäten und Positionen wahrzunehmen, wird Jüdinnen und Juden in dieser Auseinandersetzung meist eine bestimmte Funktion zugewiesen. In einer Art „Gedächtnistheater“, wie es der Soziologe Michal Bodemann in seinem gleichnamigen Buch bezeichnet, wird Jüdinnen und Juden seitens der Deutschen vornehmlich als Opfer gedacht, um sich mit diesem Gedenken selbst und vor der Öffentlichkeit zu entlasten.

Unterbelichtet oder gar ausgeblendet bleiben dabei die enorme Vielfalt und nicht selten Widersprüchlichkeit jüdischer Identitäten und Lebensentwürfe. Bereits die Frage, nach welchen Kriterien eine Zugehörigkeit zum Judentum definiert werden kann, füllt nicht nur Bände religiöser, juristischer und wissenschaftlicher Gelehrsamkeit, sondern beschäftigt ganz konkret immer wieder jüdische Institutionen und Gemeinden. Während auf der kommunalen Ebene konkrete Regelungen gefunden werden müssen, wenn es um die Mitgliedschaft in einer Gemeinde geht, steht es den Einzelnen frei, wie sie ihr Judentum persönlich definieren – ob religiös, kulturell, ethnisch oder auf anderer Basis.

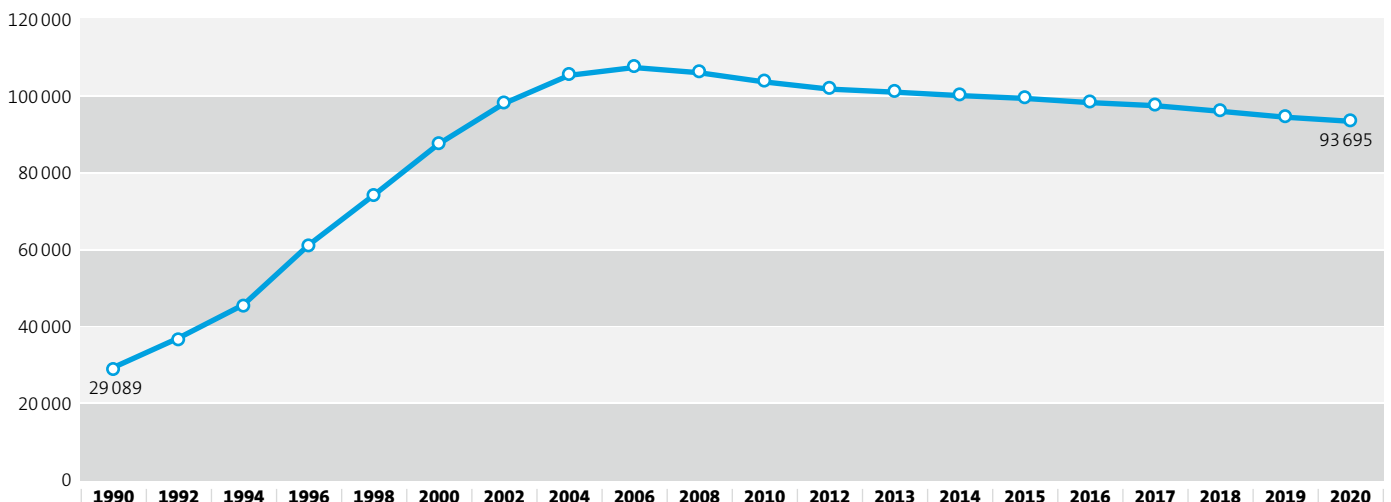
Schließlich ist der Antisemitismus im Nachkriegsdeutschland nicht verschwunden. Im Gegenteil traten nach dem Holocaust zu überlieferten und rassistischen Vorurteilen weitere Formen des Judenhasses. Neben Beleidigungen und Diffamierungen kommt es dabei immer wieder zu tätlichen Übergriffen. Ein jüngeres Beispiel dafür ist der Anschlag auf die Synagoge in Halle vom 9. Oktober 2019, bei dem nur die Standhaftigkeit der Synagogentür den rechtsradikalen Täter davon abhielt, unter der dort zum Beten versammelten Gemeinde ein Massaker anzurichten. Solche Gewalterfahrungen und die dadurch nötigen Sicherheitsvorkehrungen erschweren nicht selten einen offenen und lebendigen Austausch mit der Nachbarschaft jüdischer Einrichtungen: Nichtsdestotrotz wächst das beiderseitige Interesse und gibt die Hoffnung für ein harmonischeres Zusammenleben.



Jüdisches Leben in Deutschland zeigt sich heute vielfältig und bunt, aber auch nicht ungefährdet: Zum Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ erscheint 2021 eine Briefmarke; die neue Thora für die jüdische Gemeinde Offenbach wird am 2. September 2018 feierlich in die Synagoge getragen; in Freiburg bewacht im Oktober 2019 Polizei die Synagoge; in der Alten Synagoge Essen wird im März 2021 die Multimedia-Wanderausstellung „Menschen, Bilder, Orte – 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ präsentiert.

Entwicklung der Mitgliederzahlen jüdischer Gemeinden und Landesverbände 1990 bis 2020

organisiert in der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland



© ZWSt – Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. Mitgliederstatistik der jüdischen Gemeinden und Landesverbände, <https://zwst.org/de/publikationen/statistik>



Nach Kriegsende versorgen die westalliierten Siegermächte sogenannte *Displaced Persons* (DPs), verschleppte, vertriebene und vornehmlich aus Osteuropa geflüchtete Menschen, zunächst notdürftig in Sammelzentren, die sie in ihren Besatzungszonen einrichten. Im Durchgangslager Allach bei München warten im Oktober 1947 Flüchtlinge aus Jugoslawien auf ihre Verteilung.

MARKUS NESSELRODT

Neuanfänge

Nach 1945 kehrte das jüdische Leben langsam nach Deutschland zurück: In DP-Camps bildeten sich erste Selbstverwaltungsstrukturen mit Bildungs- und Freizeitangeboten. Für viele Jüdinnen und Juden war Deutschland nur eine Zwischenstation etwa auf dem Weg in das 1948 gegründete Israel, andere blieben und gründeten neue Gemeinden.

Der deutsche Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden markiert einen dramatischen Bruch in der Geschichte der Juden in Deutschland. Hunderttausende von ihnen waren in die Emigration getrieben oder in den Ghettos und Konzentrationslagern der Deutschen im besetzten Osteuropa ermordet worden. Nur eine kleine Minderheit konnte der Vernichtung entkommen. Dass es nach dem Holocaust überhaupt noch einmal eine größere Zahl jüdischer Gemeinden im „Land der Täter“ geben würde, war in den ersten Jahren nach Kriegsende nicht abzusehen. Nach der Besetzung durch die Alliierten entwickelte sich Deutschland zum wichtigsten Drehkreuz für die sogenannten *Displaced Persons* (DPs). In den ersten Nachkriegsjahren wurden wichtige Weichen für einen Neuanfang jüdischen Lebens in Deutschland gestellt.

***Displaced Persons* (DPs)**

Bereits während des Krieges waren Schätzungen der Alliierten von Millionen Menschen ausgegangen, die aus ihrer Heimat verschleppt und vertrieben worden waren. Um den Häftlingen der Konzentrationslager, den zur Zwangsarbeit Verschleppten sowie den Kriegsgefangenen nach dem angestrebten Sieg über das nationalsozialistische Deutschland helfen zu können, wurde im November 1943 die *United Nations Relief and Rehabilitation Administration* (UNRRA) gegründet. Sie erhielt den Auftrag, sich gemeinsam mit dem Alliierten Oberkommando um die *Displaced Persons* im zerstörten Nachkriegseuropa zu kümmern. Die als DPs klassifizierten Menschen sollten zunächst in sogenannten *Assembly Centers* (Sammelzentren) in nationalen

Gruppen entlang ihrer Staatsangehörigkeit zusammengefasst und dort mit allem Lebensnotwendigen versorgt werden. Anschließend war geplant, sie in ihre Heimatländer zurückzubringen (sie zu „repatriieren“). Juden wurden dabei zunächst nicht in eigenen, ausschließlich jüdischen DP-Camps untergebracht, sondern in denen ihrer bisherigen Herkunftsländer.

Im Frühjahr 1945 trafen die Alliierten bei ihrer Besetzung des Deutschen Reichs auf etwa 8 Millionen DP, die in großer Mehrheit aus der Sowjetunion stammten, gefolgt von polnischen, jugoslawischen und anderen zumeist osteuropäischen Staatsangehörigen. Ihre Repatriierung schritt nach der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 rasch voran. Bis zum Jahresende 1945 waren bereits rund 7 Millionen Menschen in ihre Heimatländer zurückgebracht worden.

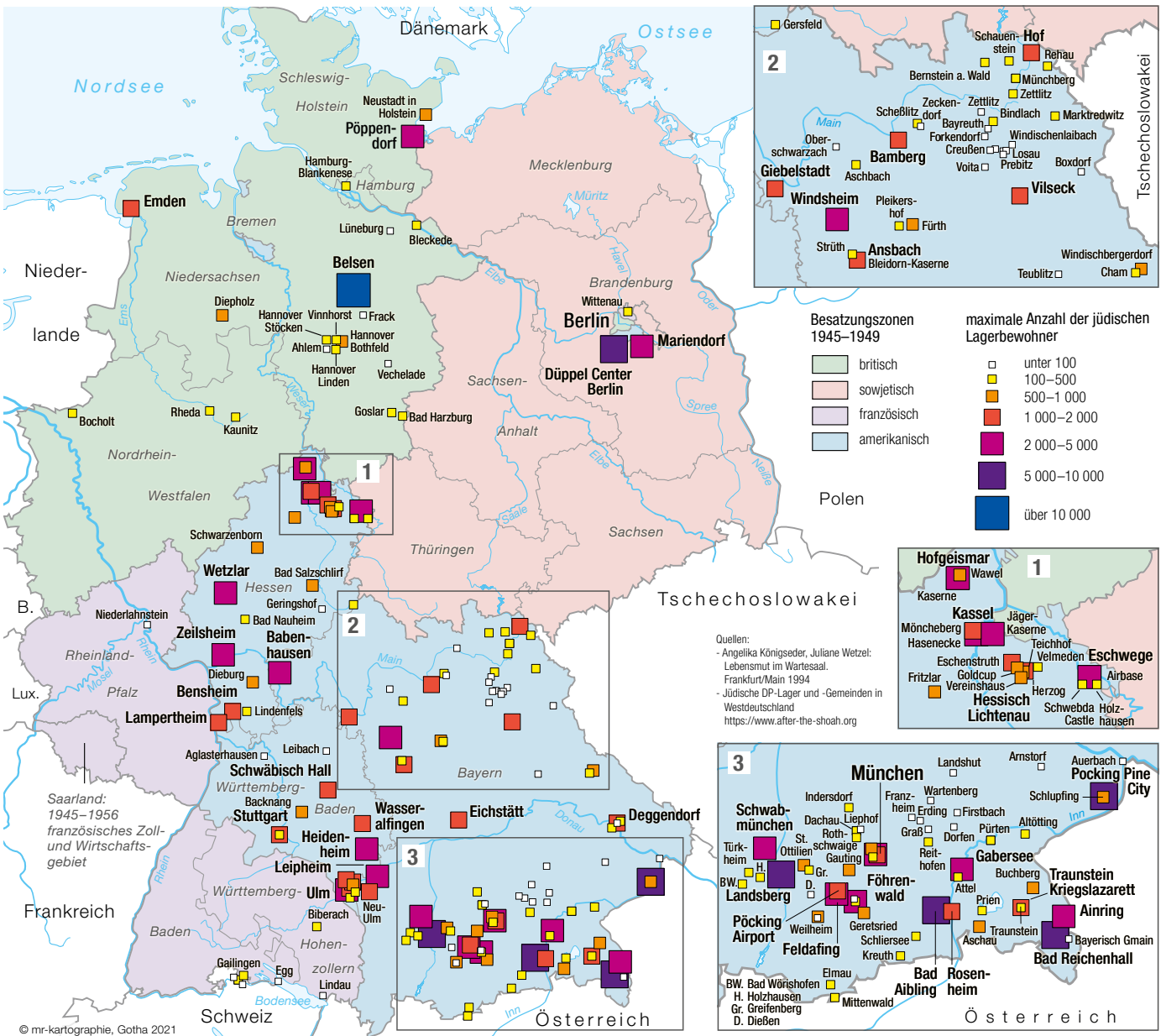
Bis 1947 verfolgte die UNRRA das Ziel, so viele DPs wie möglich in ihre Heimat zurückzubringen. Allerdings weigerten sich zehntausende polnische, baltische und jugoslawische DPs aus Angst vor einer Verfolgung durch die neuen kommunistischen

Behörden zurückzukehren und blieben vorerst in den westlichen Besatzungszonen, während die sowjetischen Besatzer aus allen vier Besatzungszonen sämtliche ihrer Staatsangehörigen repatriierten, ohne diese nach ihren Wünschen zu befragen.

Befreiung und Selbstorganisation jüdischer DPs

Die Befreiung der Jüdinnen und Juden aus deutschen Lagern war ein Prozess, der über einen Zeitraum von mehreren Wochen verlief. Den alliierten Befreier bot sich vielerorts das gleiche Bild völlig entkräfteter, kranker und traumatisierter Menschen, die zu schwach waren, um sich über das Kriegsende freuen zu können. Allein in den ersten Wochen nach dem Ende der NS-Herrschaft verstarben zehntausende von ihnen an den Folgen ihrer Lagerhaft. Befreiung war demnach keineswegs immer gleichbedeutend mit Überleben. Die etwa 50 000 bis 70 000 Überlebenden wurden in den drei westlichen Besatzungszonen zunächst gemeinsam mit nicht-jüdischen DPs in ehemaligen Zwangsarbeits-, Kriegsgefangenen- oder Konzen-

Jüdische DP-Lager in den westlichen Besatzungszonen nach 1945



trationslagern untergebracht. Zuweilen wurden auch ehemalige Wehrmachtsgarnisonen, Klöster, Krankenhäuser und Wohnsiedlungen in Sammelzentren umgewandelt.

Erst nach zahlreichen Protesten jüdischer DP-Vertreter und dem Bericht des Juristen Earl G. Harrison an den US-amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman erfolgte, zumindest in der US-amerikanischen Zone, ab Spätsommer 1945 die Einrichtung separater DP-Lager für jüdische Überlebende. Hinter dem Protest stand einerseits die Empörung über das erzwungene Zusammenleben mit Antisemiten und NS-Kollaborateuren, andererseits aber auch der Wunsch nach einer neuen national-jüdischen Gemeinschaft. Der sichtbarste Ausdruck dieses Bestrebens war die Selbstbezeichnung der jüdischen DP-Gemeinschaft als *She'erit Hapletah*, hebräisch für „der gerettete Rest“.

Das wichtigste Sprachrohr der jüdischen DPs bildeten die Zentralkomitees der befreiten Juden in der amerikanischen sowie in der britischen Zone, die beide im Sommer 1945 entstanden waren. Die Zentralkomitees vertraten die Interessen der einzelnen jüdischen DP-Lager, die ihrerseits über selbstorganisierte Verwaltungen verfügten. Dieses hohe Maß an Selbstorganisation war auch ein Ergebnis alliierter Politik, die allen DPs zugestand, den Alltag innerhalb der Lager weitgehend eigen-

ständig zu gestalten. In den jüdischen DP-Lagern kümmerten sich die Verwaltungen mit Hilfe amerikanisch-jüdischer Hilfsorganisationen wie dem *Joint Distribution Committee* (Joint) zunächst um die materielle Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung und Medizin, aber auch um Bildungs- und Freizeitangebote. Der Aufenthalt im „Wartesaal“ sollte nach Ansicht führender DP-Aktivisten wie etwa dem Präsidenten des Zentralkomitees der befreiten Juden in der US-Zone, Zalman Grinberg, so sinnvoll wie möglich auf das zukünftige Leben vorbereiten. Die Transitlager wurden auf diese Weise zu Orten der kulturellen, religiösen und politischen Selbstvergewisserung. Das sichtbarste Zeichen dafür, dass das jüdische Volk eine Zukunft nach dem Holocaust hatte, bildeten jüdische Kinder. Tatsächlich wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit nirgendwo auf der Welt so viele Kinder geboren wie in den Lagern für jüdische *Displaced Persons* in Deutschland.

Alliierte Besatzungspolitik und Flucht aus Osteuropa

Die Politik der amerikanischen und britischen Besatzungsmächte gegenüber den befreiten Jüdinnen und Juden wies deutliche Unterschiede auf. Die Briten gewährten ihnen in ihrer Besatzungszone keinen Status als eigene DP-Gruppe, sondern betrachteten sie lediglich als Staatsangehörige ihres Herkunftslandes. Ein Grund für diese Haltung lag in der britischen Palästina-Politik. Die britische Regierung wollte eine massenhafte Zuwanderung jüdischer Personen nach Palästina verhindern und war daher an einer niedrigen Zahl jüdischer DPs in ihrer Besatzungszone interessiert. Zionistische Gruppierungen wie die *Jewish Agency* aus Palästina oder die Fluchthilfeorganisation *Bricha* beabsichtigten dagegen, die Einreiseshranken nach Palästina einzureißen, indem sie die Zahl jüdischer DPs in der britischen Zone erhöhten.

Tatsächlich gelangten jüdische Überlebende trotz der restriktiven britischen DP-Politik in das „jüdische DP-Camp Bergen-Belsen“, das nahe dem ehemaligen KZ in Kasernengebäuden auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Bergen-Hohne entstanden war und mit rund 12 000 Bewohnerinnen und Bewohnern das größte jüdische DP-Lager in ganz Deutschland war. Weitere 7000 Jüdinnen und Juden lebten in kleineren DP-Lagern oder in den Städten der britischen Zone.

Ganz anders sah die Lage in der amerikanischen Zone aus. Seit der Einrichtung separater jüdischer DP-Lager hatten sich hier, vor allem in Bayern und Hessen, die größten Sammelzentren entwickeln können. Während die Zahl der nicht-jüdischen DPs durch deren fortwährende Repatriierung schnell sank, nahm die Zahl der jüdischen Bevölkerung in der US-Zone stetig zu. Grund war die Ankunft von über 100 000 jüdischen Flüchtlingen, die zwischen 1945 und 1947 ihre Heimat östlich von Oder und Neiße verließen. Viele flohen aus Angst vor neuer antisemitischer Gewalt, andere, weil sie das dortige kommunistische System ablehnten, und wieder andere suchten nach einem Weg, ein neues Leben in Palästina zu beginnen.

Die Ankunft der von den amerikanischen Besatzungsbehörden schnell als DPs anerkannten Flüchtlinge veränderte die Zusammensetzung der jüdischen DP-Gesellschaft radikal. Die Zahl jüdischer DPs in der amerikanischen Zone stieg von 10 000 (1945) auf 16 000 im September 1947. Aus einer Gruppe von KZ-Überlebenden war ein Kollektiv von Menschen geworden, die auf sehr unterschiedliche Weise dem Holocaust entkommen waren.

Vorbereitung für die Zukunft: Im Oktober 1947 üben junge Leute in einem Münchner DP-Camp in einem Schnellkurs für eine künftige Tätigkeit in der Zahnheilkunde, Schulunterricht im jüdischen UNRRA-Lager in Berlin-Tempelhof im September 1946



IMAGO/UiG



Bildarchiv Pisarek/akg-images



Für die meisten jüdischen Überlebenden ist Deutschland nur eine Zwischenstation. Auf dem Weg nach Palästina verlässt im Sommer 1948 der erste Zug voller Auswanderungswilliger München. Die USA sind ein weiteres Sehnsuchtsziel: Abfahrt der „SS Marine Tiger“ im Januar 1948 am Columbus Pier in Bremerhaven.

So überlebte die Mehrheit der polnisch-jüdischen Flüchtlinge die Kriegszeit im unbesetzten Landesinneren der Sowjetunion. Sie hatten dem Zugriff der Deutschen entkommen können und deshalb andere Erfahrungen des Überlebenskampfes gemacht als diejenigen, die die deutsche Besatzungszeit im östlichen Europa erlebt hatten. Trotz unterschiedlicher Kriegserfahrungen sprach sich die große Mehrheit der jüdischen DPs dafür aus, ein neues Leben außerhalb Europas zu beginnen.

Zukunftspläne

Die meisten jüdischen DPs betrachteten Deutschland als eine ungeliebte, aber notwendige Zwischenstation auf dem Weg in die neue Heimat außerhalb des europäischen Kontinents. Dabei lassen sich grob zwei Migrationsrichtungen unterscheiden: Palästina und Nordamerika. Zionistisch orientierte DPs waren vor die Wahl gestellt, entweder auf illegalem Wege nach Palästina zu gelangen oder bis zur Entstehung des jüdischen Staates abzuwarten. Nach der Staatsgründung Israels am 14. Mai 1948 nahm die Zahl der Jüdinnen und Juden in Deutschland rapide ab. Zwischen April und September 1948 reduzierte sie sich von 165 000 auf nur noch 30 000. Insgesamt wanderten rund 75 000 jüdische DPs nach Palästina bzw. Israel aus.

Viele jüdische DPs waren jedoch keine Zionisten (= strebten also nicht nach einem jüdischen Nationalstaat) oder suchten angesichts der angespannten politischen Lage in Palästina nach anderen Auswanderungszielen. Bei der Suche nach einem Aufnahmeland erhielten die jüdischen DPs Unterstützung von der *International Refugee Organisation* (IRO), die im Sommer 1947 von der UNRRA die Zuständigkeit für die DPs übernommen hatte.

Die Ausreise aus Deutschland wurde jedoch immer wieder durch restriktive Einwanderungsgesetze in den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien behindert. Wer aus Sicht der Behörden zu alt, zu schwach oder zu krank war, dem wurde das ersehnte Visum verwehrt. Während die USA zum größten Aufnahmeland für etwa 100 000 jüdische DPs wurden, entschieden sich viele für die Übersiedlung in Länder Südamerikas, nach Kanada oder Australien. Durch die kontinuierliche Auswanderung sank die Zahl der jüdischen DP-Lager von 65 (Ende 1946) auf 53 (Juni 1948) und schließlich auf 17 (1949). Die verbliebenen jüdischen DPs zogen 1952 in ein Lager im bayerischen Föhrenwald, das bis 1957 existierte. Schätzungsweise 12 000 bis 15 000 jüdische DPs hielten sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Bundesrepublik auf. Der junge westdeutsche Staat war seit 1951 mit der Obhut über die DPs betraut. Durch das „Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet (HAuslG)“ vom 25. April 1951 waren aus den DPs Staatenlose geworden, die jedoch den Deutschen in fast allen Belangen rechtlich gleichgestellt wurden.

Deutsche Juden oder Juden in Deutschland?

Der in Deutschland geborene und nach dem Krieg in England lebende Rabbiner Leo Baeck befand 1945, das Zeitalter der deutschen Juden sei für immer vorüber. Eine irgendwie geartete Kontinuität, ein Anknüpfen an die deutsch-jüdische Geschichte vor 1933, erschien aus seiner Perspektive schlicht unmöglich zu sein. Dennoch gab es überlebende deutsche Jüdinnen und Juden, die sich mit dem Gedanken an einen Neuanfang in ihrem Heimatland befassten. Von etwa 500 000 Juden, die 1933 in Deutschland gelebt hatten, konnten circa 315 000 auswandern. Zwischen 165 000 bis 180 000 deutsche Jüdinnen und Juden wurden im Holocaust ermordet. Etwa 15 000 als Juden verfolgte Deutsche überlebten im Deutschen Reich. Sie hatten in sogenannten Mischehen mit einem nicht-jüdischen Partner oder untergetaucht im Versteck der Deportation entkommen können. Hinzu kamen 9000 KZ-Überlebende, die aus Polen und der Tschechoslowakei nach Deutschland zurückkehrten. Bis zum Beginn der 1960er-Jahre sollten zudem etwa 6000 deutsche Juden aus dem Exil zurückkehren.

Die etwa 20 000 Personen umfassende Gruppe der Jüdinnen und Juden in Deutschland wies sehr unterschiedliche Auffassungen von jüdischer Religion, Tradition und Zukunft auf. Weitgehend einig waren sie sich jedoch in dem Bestreben, das jüdische Gemeindeleben möglichst schnell wiederaufzunehmen. Dazu galt es zunächst, das von den Nationalsozialisten geraubte Gemeindeeigentum wiederzuerlangen. Gleichzeitig mussten Synagogen und Rabbiner gefunden werden, um Gottesdienste durchführen zu können. Eine große Hürde stellten nicht nur die deutschen Behörden dar, sondern auch unterschiedliche Auslegungen des Judentums. Das Spektrum umfasste orthodox-konservative Auffassungen bis hin zu liberalen Positionen, wobei die Zahl der Gemeinden bei weitem nicht die Dimension der Vorkriegszeit erreichte. Allen Hindernissen zum Trotz hatten sich bis 1948 bereits 100 jüdische Gemeinden mit 6000 bis 8000 Mitgliedern in ganz Deutschland neu gegründet, die Hälfte davon in der britischen Zone, ein Viertel in der amerikanischen. Die größten Gemeinden befanden sich in Frankfurt am Main, München, Berlin, Hamburg und Köln. Ein erster Schritt auf dem Weg zum Neuanfang schien gemacht.

Leben in München nach dem Holocaust

Sie hat die erste Buchhandlung für jüdische Themen in Deutschland gegründet. Rachel Salamander, 71, hat mit der „Literaturhandlung“ einen Ort der Auseinandersetzung zwischen Juden und Deutschen geschaffen. [...] Für ihre Verdienste wurde Salamander gerade mit dem Heinrich-Heine-Preis ausgezeichnet. [...]

Sie haben über Ihre Kindheit mal gesagt: „Ich war arm wie eine Kirchenmaus.“ Können Sie uns den Lebensalltag in den DP-Lagern beschreiben?

Wenn schon: Synagogenmaus. Nun: Die Überlebenden in den Lagern waren diejenigen, die den Krematorien entkommen waren. Menschen, die alles verloren hatten, oft hatten sie nicht einmal Ausweispapiere. Wir lebten in Wehrmachtskasernen, hatten bestenfalls ein Zimmer und einen Waschraum. Unvergesslich, wie kalt, wie ungemütlich es in meiner Kindheit war. Zu essen gab es wenig. Dafür war das menschliche Zusammenleben intakt. Diese Erfahrung hat mich durch mein ganzes Leben getragen.

Wie meinen Sie das?

Wir Kinder waren die geballte Hoffnung unserer Eltern. Wenn es etwas gab, dann für uns. Es wurde viel getrauert und geweint, aber: Wir fühlten uns geliebt und geborgen. Wir hatten eine klare Orientierung: draußen die Feinde, die Deutschen. Drinnen wir, aus der Zeit gefallen, wie in einem osteuropäischen Shtetl lebend. Was mit uns einmal passieren sollte, stand in den Sternen. Die Retter, die Amerikaner, die dreimal im Jahr ins Lager kamen und von ihren Lastwagen aus Päckchen in die Kindermenge warfen.

Sie sind 1956 nach München gekommen, in eine Sozialwohnung.

Wir waren zu dritt, mein Vater, mein Bruder und ich. Meine Mutter war sehr früh verstorben, 1953. Wir haben von Sozialfürsorge gelebt. Manchmal hatte mein Vater nur zwei D-Mark pro Woche in der Tasche. 1956 brachte der Briefträger zu Weihnachten von der „Aktion Advent“ des Münchner Merkur 50 DM. Den Abschnitt der Zahlungsanweisung besitze ich noch heute. 50 DM waren für uns eine ungeheure Summe.

Hat Ihr Vater Geld verdient?

Nein. Er war dem Holocaust entkommen, weil er vor Einmarsch der deutschen Wehrmacht aus seiner Heimatstadt Lemberg flüchten konnte. Er hat sich spontan auf die sowjetische Seite geschlagen, wurde dort als vermeintlicher Spion festgesetzt und geriet in die Maschinerie des Gulag. Im eiskalten Winter wurde er bis zur Brust im Wasser stehend zu Bauarbeiten am Wolgakanal gezwungen. Die Verletzungen aus dieser Zeit haben seine Arbeitsfähigkeit nach dem Krieg schwer beeinträchtigt. Nach dem Tod meiner Mutter war er ein gebrochener Mann.

Sie haben die Familie damals mit ernährt.

Ich habe gearbeitet, seit ich 14 Jahre alt war, auf der Post Briefe gestempelt und im Kaufhaus Klamotten verkauft. Nach einer kaufmännischen Ausbildung auf der Handelsschule konnte ich während des Studiums in der Buchhaltung einer Münchner Firma mein Geld verdienen.

Wenn man so aufwächst, welches Verhältnis hat man zu Wohlstand?

Jedenfalls kein naives.

Und Sicherheit?

Mit Geld lebt sich's leichter, aber es ist nicht die Erfüllung des Lebens. Es kommt darauf an, in Würde zu leben. [...]



Rachel Salamander in ihrer „Literaturhandlung“ im Neuen Jüdischen Museum am Münchener Jakobsplatz, März 2007

Sie haben in München mit 18 anderen jüdischen Familien in einem Haus gelebt. In der „Hauptstadt der Bewegung“. Wie fühlte sich das an?

„Hauptstadt der Bewegung“ ist ein Klischee der Nazis. Ich bin froh, dass sich mein Vater nach Verlassen des DP-Lagers Föhrenwald für München-Neuhausen entschieden hat. Ein Viertel, das meine Heimat wurde. Unser Zuhause war 15 Minuten vom Hauptbahnhof entfernt. Dass der Fluchtgedanke ihn zu dieser Entscheidung veranlasste, hat er mir viel später erzählt.

Sie waren im Feindesland.

Na ja. In der Schule wussten alle, dass ich Jüdin bin. In den ersten Wochen haben mein Bruder und ich in der Pause nur geweint, so fremd kamen wir uns vor. An eine blöde Äußerung erinnere ich mich besonders.

Erzählen Sie.

Als ich endlich die deutsche Sprache gelernt hatte – Jiddisch war ja meine Muttersprache – gelang mir eine gute Schularbeit. Die Klassenbeste bemerkte nur: „Für eine Jüdin gar nicht schlecht.“ Nach dem Unterricht habe ich ihr am Schultor aufgelauert und sie mit meiner Schultasche verdroschen. Von Hannah Arendt stammt der Satz: Man muss sich immer für das verteidigen, wofür man angegriffen wird.

Sie haben nach der Schule Germanistik studiert. Was hat Ihr Vater dazu gesagt?

Er wollte, dass ich Sekretärin werde, um schneller Geld zu verdienen. Er war Handwerker, mit Germanistik wusste er nicht viel anzufangen. Bücher spielten für ihn über die liturgischen Dinge hinaus keine große Rolle.

Wie kamen Sie zu den Büchern?

Unser Nachbar, Herr Lew, hat immer gesagt: Kind, du musst lesen! Als ich zwölf wurde, hat er mir den ersten Roman geschenkt: „Effi Briest“. Durch die Romane kam ich zum Germanistikstudium. In meiner Community ist das nicht gerade auf Begeisterung gestoßen. Germanistik klang den Leuten zu germanisch. Dass Literatur vor den Nazis bestanden hatte und Gott sei Dank auch danach, war nicht relevant. [...]

„Lesen ist systemrelevant“. Rachel Salamander im Interview mit Lea Hampel und Jan Schmidbauer, in: Süddeutsche Zeitung vom 17. Juli 2020

Verhältnis zu den *Displaced Persons*

Die osteuropäisch-jüdischen DPs betrachteten sich nicht als Teil der deutschen Juden. Für die große Mehrheit war Deutschland eine verhasste Zwischenstation auf dem Weg in eine neue Heimat und keineswegs ein Ort, an dem sie Wurzeln schlagen wollten. Nur eine verschwindend kleine Minderheit von etwa fünf Prozent ließ sich dauerhaft in der Bundesrepublik nieder. Drei Jahre nach Kriegsende betrug das Zahlenverhältnis von deutschen Jüdinnen und Juden und jüdischen DPs in den Westzonen etwa 50 zu 50, wobei es starke regionale Unterschiede gab. In Bayern, Hessen und Württemberg stellten die DPs zwischen 80 und 90 Prozent der Gemeindeglieder, in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen betrug ihr Anteil dagegen nur zwischen 15 und 25 Prozent. Vielerorts entstanden zwei jüdische Gemeinden, eine deutsche und eine osteuropäische.

In den ersten Nachkriegsjahren schienen unterschiedliche religiöse, sprachliche und kulturelle Traditionen das Zusammengehen in Einheitsgemeinden noch zu verhindern. In der britischen Besatzungszone förderte die Ablehnung eines Sonderstatus als jüdische DPs jedoch paradoxerweise in vielen nordwestlichen Gemeinden die engere Zusammenarbeit zwischen deutschen und osteuropäischen Überlebenden.

Im Kontrast dazu lebten die jüdischen DPs in der amerikanischen Besatzungszone mit wenigen Ausnahmen in DP-Lagern und suchten nur selten Kontakt zu deutschen Jüdinnen und Juden. Dies änderte sich nur langsam und nicht ohne Konflikte, doch letztlich sollte sich der Beitritt von etwa 6000 ehemaligen DPs zu den westdeutschen Gemeinden bis zum Ende der 1960er-Jahre als wichtiger Impuls für das Fortbestehen jüdischen Lebens erweisen. Weil die osteuropäischen Zugewanderten in der Regel jünger waren als die deutschen Jüdinnen und Juden, stammten die meisten, nach 1945 in Deutschland geborenen jüdischen Kinder aus den Familien ehemaliger DPs.

Juden in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)

In der sowjetischen Besatzungszone etablierte sich nach Kriegsende ebenfalls wieder ein organisiertes jüdisches Leben. Doch auch in Erfurt, Leipzig oder Dresden, den ehemals größten ostdeutschen Gemeinden, hatte nur eine kleine Minderheit von einigen tausend Personen den Holocaust überlebt. Nur wenige von ihnen schlossen sich in den kommenden Jahren einer Gemeinde an. Die Sowjetunion hatte eine unverzügliche Rückführung ihrer Staatsangehörigen angestrebt und daher keine DP-Lager in ihrem Herrschaftsbereich eingerichtet. Die meisten osteuropäisch-jüdischen Flüchtlinge wiederum lehnten eine Zukunft in einem kommunistischen Staat ab. Deshalb konnten sich die kleinen ostdeutschen Gemeinden nicht durch den Zuzug jüdischer Sowjetbürger oder osteuropäischer Jüdinnen und Juden vergrößern. Die Entscheidung für eine Zukunft in der SBZ (seit Oktober 1949 DDR) geriet demnach schnell zu einer politischen Frage. Die Utopie einer sozialistischen Gesellschaft sprach nicht wenige jüdische Überlebende und Rückkehrer an. Allerdings verstanden sie sich vorrangig als Kommunisten und weniger als Juden.

Die größte jüdische Gemeinde befand sich in Ost-Berlin, wo über 2500 Jüdinnen und Juden registriert waren. Bis 1952 funktionierte die Einheitsgemeinde in der geteilten Stadt. Die beiden Vorsitzenden der West- bzw. Ost-Berliner Gemeinden, Heinz Galinski und Julius Meyer, kooperierten so gut es ging über die Sektorengrenzen hinweg. Doch schnell sollte sich zeigen, dass die Jüdinnen und Juden in der SBZ unabhängig von

ihrer Gemeindegliederzugehörigkeit in besonderem Maße in die Konfliktlinien des heraufziehenden Kalten Krieges gerieten.

Die Sowjetunion hatte nach dem Krieg zunächst das zionistische Projekt eines jüdischen Staates in Palästina unterstützt, in der Hoffnung damit einen künftigen Verbündeten im Nahen Osten zu gewinnen. Aus diesem Grund befürwortete die Moskauer auch die Entscheidung der Vereinten Nationen über die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat im November 1947. Nach der Staatsgründung Israels und dessen zunehmender West-Orientierung entzog die Sowjetunion dem jüdischen Staat jedoch ihre Unterstützung. Ende der 1940er-Jahre löste Josef Stalin eine antisemitische Welle aus, die sich gegen jüdische Sowjetbürgerinnen und -bürger sowie ihre nicht-jüdischen Sympathisanten richtete und deren Folgen auch in der SBZ/DDR zu spüren waren. Hunderte flohen in die Westzonen, sodass die ohnehin kleinen ostdeutschen Gemeinden weiter an Mitgliedern verloren.

Fazit

Die Wahrnehmung Deutschlands als „Land der Täter“, „blutgetränkte“ oder „verfluchte Erde“ war nach dem Krieg unter jüdischen Überlebenden weit verbreitet. Fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust hatten sich vielen Hindernissen zum Trotz wieder jüdische Gemeinden in allen Teilen Deutschlands etabliert. Das Leben in Deutschland bedeutete zugleich, die Gegenwart von Kriegsverbrechern und ihren Helfern aushalten zu müssen. Doch auch in den relativ geschützten Räumen der Gemeinden gab es Probleme. Von Beginn an hatten die Gemeinden mit der Überalterung ihrer Mitglieder, den Konflikten infolge unterschiedlicher Glaubensauslegungen und nicht zuletzt mit der schwachen Bindung vieler Überlebender zum Judentum zu kämpfen. Ihre heterogene Zusammensetzung führte zu einem veränderten Selbstverständnis. Die Ära der deutschen Jüdinnen und Juden schien – so Leo Baeck – vorüber zu sein. Jetzt begann die Zeit der Jüdinnen und Juden in Deutschland.

Schwerer Neuanfang in Deutschland: Am 20. März 1946 weihen die wenigen verbliebenen Mitglieder der einst großen jüdischen Gemeinde von Frankfurt/M. mit Vertretern der Militärregierung und der deutschen Regierung am Börneplatz eine Gedenktafel für die dort am 9. November 1938 zerstörte Synagoge ein.





Bei der Eröffnung des ersten jüdischen Museums am 9. September 1988 in Frankfurt/M. wird der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (2.v.l.) von dem Gründungsdirektor Georg Heuberger (l.) durch die Ausstellung geführt. Das Eröffnungsdatum wurde auf den 50. Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 gelegt.

ANDREA SINN

Jüdisches Leben in der Bundesrepublik

1950 gründete sich der Zentralrat als Interessenvertretung der Juden in Deutschland. Gleichzeitig bestand antisemitische Vorurteile und Gewalt weiter fort. Das wachsende öffentliche Interesse an der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit bestärkte jedoch die jüdische Gemeinschaft zum Verbleib in der „unmöglichen Heimat“ Deutschland.

Neubeginn

Laut einer Volkszählung im Jahr 1950 betrug die jüdische Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin 21 974 Personen und 1954 existierten in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin 70 jüdische Gemeinden, die in 13 Landesverbänden organisiert waren. Eine kleine Gruppe überlebender deutscher Juden sah sich verpflichtet, die jüdische Tradition wieder aufleben zu lassen; andere begründeten ihre weitere Anwesenheit im „Land der Täter“ mit ihrem Verantwortungsgefühl für die demokratische Entwicklung Westdeutschlands, sahen das Land aber gleichzeitig nur als vorübergehenden Aufenthaltsort.

Vorgeschichte und Gründung des Zentralrats

Bei Gründung der Bundesrepublik zeichnete sich ab, dass es angesichts verschiedener Formen von Isolation und Stigmatisierung, die Juden im Nachkriegsdeutschland erfuhren, zusätzlich zu den gewählten Sprechern der jüdischen Gemeinden und Landesverbände eine bundesweite Vertretung der Juden brauchte – eine Überlegung, die sich mit dem Wunsch der neuen westdeutschen Regierung nach einem zentralen Ansprechpartner für jüdische Angelegenheiten deckte. Die Etablierung einer deutsch-jüdischen Gesamtvertretung wurde zunächst erschwert durch die Interessenunterschiede zwischen den seit 1945 in Gemeinden organisierten deutschen Jüdinnen und Juden und den in Lagern lebenden jüdischen DPs, deren Zahl

zudem ständig schwankte. Jüdische DPs, deutsche Juden und internationale jüdische Organisationen stritten vor allem darüber, ob jüdische Überlebende auf deutschem Boden bleiben oder auswandern sollten (siehe S. 6 ff.).

Im Jahr 1950 hatte sich die Situation im Vergleich zu den unmittelbaren Nachkriegsjahren in einigen entscheidenden Punkten verändert. Zum einen hatte sich mit der Bundesrepublik Deutschland ein neuer demokratischer Staat gebildet, der die Rahmenbedingungen für organisiertes jüdisches Leben schuf. Zum anderen war absehbar, dass nicht alle Jüdinnen und Juden, wie zunächst erwartet, Deutschland verlassen würden. Allerdings erlebten die in Deutschland Verbliebenen eine Isolation im doppelten Sinne: Sie wurden von der Mehrheit der nicht-jüdischen Deutschen mit Missfallen beäugt und waren gleichzeitig von der internationalen jüdischen Gemeinschaft abgeschnitten. Letztere lehnte eine langfristige Fortführung jüdischen Lebens in Deutschland ab.

Neben den Anfeindungen durch internationale jüdische Organisationen und dem Kampf um die Anerkennung als Jüdinnen und Juden in Deutschland rückte die Frage der deutschen Wiedergutmachung für Jüdinnen und Juden zunehmend in

den Fokus. In Anbetracht dieser Herausforderungen einigten sich die Delegierten der verschiedenen jüdischen Vertretungsorgane während einer Reihe von Konferenzen, die in den späten 1940er-Jahren von Harry Greenstein (1896–1971), dem Berater der amerikanischen Militärregierung in jüdischen Angelegenheiten, organisiert wurden, eine überregional tätige Interessenvertretung ins Leben zu rufen.

Nach mehreren Vorbereitungstreffen kamen am 19. Juli 1950 insgesamt 25 Vertreter der bis Ende der 1950er-Jahre in Deutschland tätigen DP-Komitees und der in Landesverbänden zusammengeschlossenen jüdischen Gemeinden zu einer entscheidenden Sitzung nach Frankfurt am Main zusammen und gründeten dort den Zentralrat der Juden in Deutschland. Namensgebung und Wahl des Hauptsitzes, Frankfurt am Main, erfolgten einstimmig. Die führenden Positionen des Zentralrats waren fast ausschließlich mit deutschen Juden besetzt, obwohl die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Juden aus Osteuropa stammte.

Entwicklung und Aufgaben des Zentralrats

Unterschiedliche Vorstellungen vom jüdischen Leben in Deutschland sowie kulturelle Unterschiede und Differenzen zum Beispiel in der Religionsausübung und Sprache führten wiederholt zu Missverständnissen und Konflikten zwischen den oft in einer einzigen jüdischen Gemeinde koexistierenden osteuropäischen und deutschen Jüdinnen und Juden. Dennoch entwickelte sich der Zentralrat zu einer einflussreichen Organisation und wurde 1963 als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt. Ab diesem Zeitpunkt waren die jüdischen Gemeinden der DDR nicht mehr in den Gremien des Zentralrats vertreten, der nach seiner Umstrukturierung nun drei Organe hatte: die Ratsversammlung, der Delegierte aus allen jüdischen Gemeinden angehörten, ein 18-köpfiges Direktorium und einen Verwaltungsrat von sechs Mitgliedern einschließlich des Generalsekretärs.

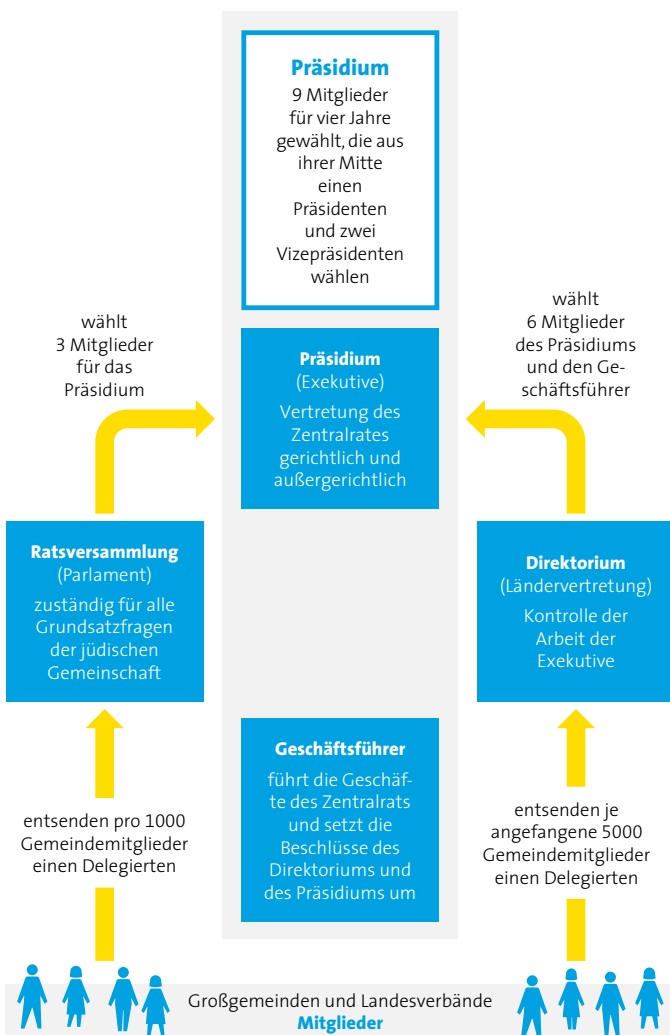
Die dauerhafte Einrichtung dieser Interessenvertretung war nicht zuletzt das Ergebnis der erfolgreichen Arbeit der Verantwortlichen in den Führungspositionen. Zu den Begründern des Zentralrats gehörten zwei damals führende jüdische Funktionäre, der Präsident des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern, Philipp Auerbach (1906–1952), sowie der Sprecher der Juden in der Britischen Zone, Norbert Wollheim (1913–1998). Als Generalsekretär des Zentralrats

Der Präsident des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinde in Bayern Philipp Auerbach enthüllt am 17. Juni 1950 bei Hersbruck ein Denk- und Mahnmal für die dort in den Jahren 1944 bis 1945 ermordeten KZ-Insassen.



Zentralrat der Juden in Deutschland

Organigramm der Organisation, Stand 2021



Aktualisiert auf Basis von Katharina Hoba / Gesa Löbbbecke, *Judentum*, 5. Aufl., Cornelsen Verlag Berlin 2006, S. 102

lenkte der Jurist Dr. Hendrik George van Dam (1906–1973) von der Gründung bis Anfang der 1970er-Jahre die Entwicklung der Organisation. Nach seinem Ausscheiden übernahmen zunehmend die Vorsitzenden oder Präsidenten des Zentralrats, wie der Auschwitz-Überlebende und langjährige Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin Heinz Galinski (1912–1992) und der aus Frankreich zurückgekehrte Unternehmer Werner Nachmann (1925–1988), die überregionale Interessenvertretung der jüdischen Gemeinden nach außen.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland sah sich nicht als eine vorübergehende symbolische Institution in Deutschland, sondern kämpfte dafür, national und international als dauerhafte Repräsentanz der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden anerkannt zu werden. Insbesondere die Vertretung der jüdischen Angelegenheiten bei der Bundesregierung und ihren Organen sollte, so die Vorstellung des Direktoriums, ausschließlich Sache des Zentralrates der Juden in Deutschland sein. Für die erfolgreiche Arbeit des Sekretariats war die Nähe zur Regierung in Bonn deshalb von besonderer Bedeutung, weshalb der Zentralrat seine Büroräume Mitte 1952 nach Düsseldorf verlegte.

Zentrale Inhalte seiner Tätigkeit waren unter anderem die Frage der Rechtswiederherstellung, das Verhältnis zur Bundesregierung und zu den ausländischen jüdischen Organisationen, die Unterstützung und Versorgung der Hilfsbedürftigen unter den Gemeindemitgliedern sowie der Kampf gegen Antisemitismus. Vor allem die bereits in der Anfangsphase der Zentralratsarbeit erfolgten Begnadigungen von Kriegsverbrechern, die nach Auffassung der Mitglieder des Direktoriums in der Regel weitgehend einer Rehabilitation des Verbrechens selbst gleichkamen, und die zunehmende Zahl antisemitischer Vorfälle im Bundesgebiet veranlassten den Zentralrat, sich als mahnende Instanz zu Wort zu melden. Seit Mitte der 1950er-Jahre verstärkte der Zentralrat zudem sein Engagement im Bereich der jüdischen Kulturarbeit.

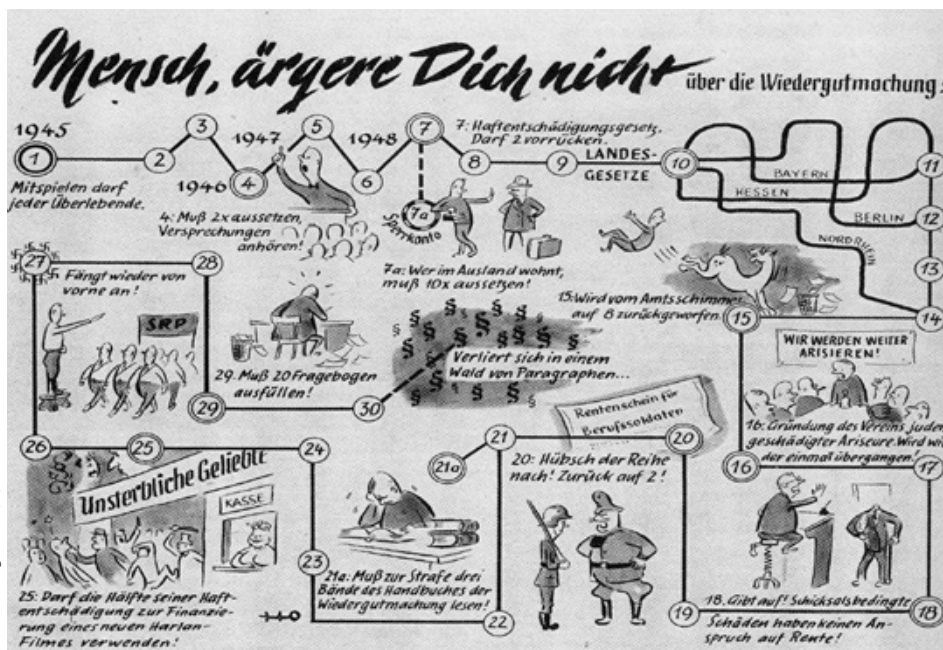
Schwerpunkte der ersten, stark politisch dominierten Jahrzehnte der jüdischen Gemeinschaft in Westdeutschland waren

Wiedergutmachung, Wiedereingliederung und Wiederaufnahme der Beziehungen zur jüdischen Welt. Beispielhaft veranschaulicht der Prozess der Wiedergutmachungsverhandlungen die Herausforderungen, mit denen sich der Zentralrat in den ersten Jahren seines Bestehens konfrontiert sah. Seine Mitglieder waren sich einig, dass nach der systematischen Verfolgung und dem Massenmord an den Juden durch die Nationalsozialisten und ihre Kollaborateure Restitution und Entschädigung zu den drängendsten Aufgaben gehörten, die sie zu bewältigen hatten. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen war unvermeidlich und von grundlegender moralischer und finanzieller Bedeutung für die jüdischen Gemeinden, während sie darum kämpften, „Heimat“ neu zu definieren und jüdische Kultur in Deutschland wiederherzustellen

„Wiedergutmachung“

Der Begriff „Wiedergutmachung“ umschreibt all jene Verfahren, die auf einen Ausgleich der Schäden abzielten, die rassistisch, religiös und politisch Verfolgte während der NS-Herrschaft erlitten hatten. Die Sprecher der jüdischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik und die Mehrheit der jüdischen Emigrantinnen und Emigranten deutscher Herkunft akzeptierten diesen Begriff. Viele jüdische NS-Opfer waren jedoch von der schleppenden Abwicklung der sogenannten Wiedergutmachung enttäuscht und nicht wenige lehnten es ab, das deutsche „Blutgeld“ anzunehmen. Seit den 1980er-Jahren wird der Begriff als Verharmlosung kritisiert. Die Auflösung des Rechts und millionenfacher Mord könne niemals „wiedergutmacht“ werden. In den 1950er-Jahren setzten aber gerade auch diejenigen, die eine Schuld der Deutschen an den Verbrechen der NS-Zeit von sich wiesen und Restitution oder Entschädigungszahlungen an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung ablehnten, den Begriff in distanzierende Anführungszeichen.

Karikatur in der Jüdischen Illustrierten, Nr. 19, Juni 1950 zum Thema „Wiedergutmachung“



- 7a) Rückerstattungswerte unterlagen, soweit Devisenausländer als berechtigt in Frage kamen, aufgrund der Anweisungen der Alliierten, die damit Kapitalflucht aus Deutschland unterbinden wollten, der Sperre des Militärregierungsgesetzes Nr. 53. Insbesondere Geldbeträge waren demnach auf ein Sperrmarkkonto einzuzahlen, Barauszahlungen nicht erlaubt.
- 16) Als „Ariseure“ wurden diejenigen bezeichnet, die während der NS-Zeit enteignetes jüdisches Eigentum übernommen hatten.
- 20) Vermutlich eine Anspielung auf Leistungsansprüche nach dem Bundesversorgungsgesetz für Kriegsgeschädigte von 1950. Neben Zivilisten kam es auch ehemaligen Wehrmachtssoldaten und Angehörigen der Waffen-SS zugute.
- 25) Veit Harlan (1899–1964) führte in der NS-Zeit Regie bei Propagandafilmen. Nach Kriegsende wurde er im Zuge der Entnazifizierungsverfahren als Entlasteter eingestuft und produzierte weitere Filme. Bei seinem ersten Nachkriegsfilm „Unsterbliche Geliebte“ kam es zu Protesten.
- 27) Die Sozialistische Reichspartei (SRP), (1949–1952 (Verbot)) war eine Partei in der Frühzeit der Bundesrepublik Deutschland, die in Form und Inhalt eine Nachfolgepartei der NSDAP war.

Rückerstattung von geraubtem Vermögen

Zwangswise entzogenes Eigentum wurde von den westlichen Alliierten bereits unmittelbar nach dem Einmarsch in den besetzten Gebieten beschlagnahmt. So wurde etwa in der amerikanischen Besatzungszone sowohl innerhalb als auch außerhalb Deutschlands geraubtes Vermögen sichergestellt. Hierzu zählten Firmen, Grundbesitz, Immobilien und Bankguthaben, aber auch Kunstwerke, Wertgegenstände und persönliches Hab und Gut. Als Rechtsgrundlage für die Rückerstattung von Eigentum dienten Militärgesetze der westlichen Alliierten. Diese waren 1947 bzw. 1949 von den Militärregierungen in den drei westlichen Besatzungszonen erlassen worden.

In der Anfangsphase der Bundesrepublik, als nicht nur über Wiedergutmachung ja oder nein verhandelt wurde, sondern auch, um welche Wiedergutmachung und für wen es sich handeln sollte, trafen Restitution und Wiedergutmachung in breiten Kreisen der Politik und Gesellschaft Deutschlands auf eine distanzierte oder ablehnende Haltung. Eine Rückerstattung erfolgte deshalb vor allem unter dem Druck der Besatzungsmächte. Ein langer und oft schmerzhafter Weg erwartete die Verfolgten, die Ersatz für den ihnen zugefügten Schaden und für ihren geraubten Besitz verlangten.

Heftig umstritten war die Frage, wie mit dem während der NS-Zeit zwangswise entzogenen Vermögen der Ermordeten sowie dem Eigentum der deutsch-jüdischen Gemeinden umzugehen sei. Viele jüdische Organisationen außerhalb Deutschlands waren gegen die Fortsetzung jüdischen Lebens in Deutschland und damit der Meinung, dass nur jene Objekte (provisorisch) erhalten werden sollten, die für die religiösen und kulturellen Aktivitäten der Gemeinden absolut notwendig waren. Der Rest des kommunalen jüdischen Gemeindevermögens in Deutschland sollte nach ihrer Auffassung denjenigen Jüdinnen und Juden zugutekommen, die überlebt und sich weltweit anderswo niedergelassen hatten, beziehungsweise den jüdischen Gemeinden, die für deren Integration zu sorgen hatten.

Folglich erkannten diejenigen, die diese Argumentation befürworteten, die neu gegründeten jüdischen Gemeinden in Deutschland nicht als Erben an. Sie betrachteten vielmehr die sogenannten Nachfolgeorganisationen – die *Jewish Restitution Successor Organization* (JRSO) in der US-Zone Deutschlands, die *Jewish Trust Corporation for Germany* (JTC) in der britischen Zone und die *Branche Française de la Jewish Trust Corporation* in der französischen Zone – als einzig legitime rechtliche Vertretungen aller deutsch-jüdischen Ansprüche. Diese Organisationen, die sich 1951 mit anderen jüdischen Organisationen zur *Conference of Jewish Material Claims against Germany* (*Claims Conference*) zusammenschlossen, waren in den späten 1940er-Jahren gegründet worden, um die Restitutionsansprüche des „erbenlosen Vermögens“ des deutschen Judentums zu vertreten. Dies beinhaltete auch das Vermögen der deutsch-jüdischen Gemeinden vor 1933 sowie den Besitz deutscher Jüdinnen und Juden, die im Holocaust umgekommen waren.

Immer wieder mussten deutsche Gerichte schwierige Auseinandersetzungen zwischen den Nachfolgeorganisationen und Einzelpersonen oder jüdischen Gemeinden, die ihrerseits als rechtmäßige Erben einen Anspruch auf Rückgabe des Vermögens geltend machten, in letzter Instanz entscheiden. Beispiele sind der Prozess zwischen der *Jewish Restitution Successor Organization* (JRSO) und der Israelitischen Kultusgemeinde Augsburg (siehe S. 19) und die Auseinandersetzungen um die Münchner Reichenbachsnygasse.

Die teilweise widersprüchlichen, regional unterschiedlichen Regelungen wurden durch das Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG) im Jahr 1957 ergänzt. So wurde durch diese Ergänzung beispielsweise die Ausweitung der Restitution auf die Raubmaßnahmen des Deutschen Reiches in den besetzten Ländern Europas möglich.

Entschädigung von NS-Unrecht

Im Bereich des Entschädigungsrechts, das die nicht von der Rückerstattung erfassten Personen- und Sachschäden regelt, wurden in der amerikanischen Besatzungszone bereits 1946 Landesgesetze zum Zwecke der Wiedergutmachung erlassen. Sie ermöglichten vorläufige Zahlungen und Leistungen zur Wiederherstellung der Gesundheit, zur Berufsausbildung, zur Schaffung einer wirtschaftlichen Existenz oder zur Abwendung von Notlagen sowie die Auszahlung von Renten an Verfolgte und deren Hinterbliebene.

Im April 1949 erließ der Süddeutsche Länderrat das zonen-einheitliche „Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“, das in Bayern, Bremen, Württemberg-Baden und Hessen im August des Jahres verkündet wurde. Es räumte rassistisch, religiös und politisch Verfolgten einen Rechtsanspruch auf Entschädigung für Eingriffe in die Lebenschancen, für den Verlust an Freiheit, Gesundheit, beruflichem Fortkommen und anderem mehr ein. Erst 1953 verabschiedete der Deutsche Bundestag ein bundeseinheitliches Entschädigungsgesetz, das 1956 durch das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) abgelöst wurde.

Entschädigungsregeln

„In der Zeit vom 1. Oktober 1953 bis 31. Dezember 1987 sind 4 384 138 Anträge auf Entschädigung nach dem Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BERG) vom 18. September 1953 (BGBl. I S. 1387), nach dem Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz – BEG) vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 559) und nach dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEGSchlussgesetz) vom 14. September 1965 (BGBl. I S. 1315) gestellt und auf folgende Weise erledigt worden:

Zuerkennungen 2 014 142

Ablehnungen 1 246 571

Sonstige Erledigungen (z.B. Rücknahmen) 1 123 425.

Die Zahl der Antragstellerinnen und Antragsteller ist statistisch nicht erfasst. Sie ist nicht identisch mit der Zahl der gestellten Anträge, weil nach Mitteilung der für die Durchführung des BEG zuständigen Bundesländer jeder Anspruchsberechtigte im Durchschnitt mehr als einen Antrag gestellt hat. Die Anzahl der von der Gesamtheit oder auch einzelnen Antragstellern geltend gemachten Ansprüche ist ebenfalls nicht zu ermitteln. Die Zahl der Anträge und Erledigungen ab dem 1. Januar 1988 bis heute ist rückläufig und gering; sie wird daher statistisch von den Ländern nicht mehr erfasst.“

Bundesministerium der Finanzen: Wiedergutmachung: Regelungen zur Entschädigung von NS-Unrecht (Broschüre, Stand: 3. Juni 2021), www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2018-03-05-entschaedigung-n5-unrecht.pdf?__blob=publicationFile&v=8, S. 25–26.

Insgesamt wurden knapp 4,4 Millionen Anträge gestellt, von denen rund 2 Millionen im Rahmen des BEG anerkannt und etwa 1,2 Millionen abgelehnt wurden. Viele Antragsteller litten sehr unter den obligatorischen ärztlichen Begutachtungen, den langwierigen Prozessen und zahlreichen bürokratischen Hindernissen. Häufig durchlebten die Überlebenden dabei erneut das Trauma der Verfolgung. Erhebliche psychische und physische Belastungen waren die Folge. Vertreibung, Ermordung von Familienmitgliedern, Demütigungen und die traumatischen Erfahrungen der Überlebenden ließen sich nicht „wieder gut machen“. Trotz aller Unzulänglichkeiten verhalfen die finanziellen Unterstützungsleistungen dennoch vielen Menschen zu einem Neustart.

Neben individuellen gab es auch kollektive Formen der „Wiedergutmachung“. In diesen Fällen nahmen eine Gruppe oder ein Staat die Rolle des Gläubigers ein. Gemeinsam mit der *Claims Conference* vertrat der neugegründete Staat Israel Anfang der 1950er-Jahre Forderungen nach Entschädigung und Rückerstattung für das jüdische Volk als Ganzes.

Nach einer Regierungserklärung von Bundeskanzler Konrad Adenauer und seinem Bekenntnis zur Verpflichtung des deutschen Volkes zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung begannen im September 1951 entsprechende Verhandlungen, die trotz erheblicher innenpolitischer Widerstände nur ein Jahr später, am 10. September 1952, zur Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens führten. Dieses sah eine Globalentschädigung für Israel in Höhe von drei Milliarden DM sowie für die *Claims Conference* in Höhe von 450 Millionen DM vor und beinhaltete Verbesserungen der Entschädigungsgesetzgebung. Der erfolgreiche Abschluss dieser Verhandlungen förderte die Annäherung an den Staat Israel und leistete einen wichtigen Beitrag zur internationalen Reputation des neuen, demokratischen Deutschlands.

Mit der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens traten die Beziehungen des Zentralrats zu jüdischen Organisatio-

nen im Ausland in eine neue Phase. Im Oktober 1952 wurde der Zentralrat erstmals als Mitglied der *Claims Conference* anerkannt und konnte sich in die Diskussion über die Verteilung der neu verfügbaren Restitutionsmittel einbringen. Anfang Mai 1953 kam es zu einer ersten Einigung, die es den Juden in Deutschland erlaubte, einen jährlichen Zuschuss für die Arbeit der 1951 gegründeten Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST) zu beantragen. In der bundesrepublikanischen Anfangsphase zunächst von der amerikanisch-jüdischen Hilfsorganisation JOINT mit Mitteln zur Versorgung Bedürftiger ausgestattet, erstreckten sich die Aktivitäten dieser Einrichtung der Freien Wohlfahrtspflege Mitte der 1950er-Jahre über die verschiedensten Bereiche der Sozial- und Flüchtlingshilfe, der Alten- und Jugendarbeit bis hin zur Mitwirkung an der Sozialgesetzgebung.

Mit der Gründung der ZWST war nicht nur eine für die jüdische Minderheit wichtige Sozialeinrichtung entstanden, sondern auch ein deutliches Zeichen gesetzt, dass die jüdischen Gemeinden ihre Existenz nicht (mehr) als vorübergehend betrachteten, sondern begannen, eine längerfristige Organisationsstruktur zur Wahrnehmung der Interessen der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland aufzubauen. Zur finanziellen Unterstützung von Seiten der *Claims Conference* kamen später Zuschüsse von Bund und Ländern, die auch die Arbeit des im September 1955 gegründeten Kulturdezernats ermöglichten, das Kinder- und Jugendarbeit sowie Erwachsenenbildung leistete. Damit war die materielle Basis für den Aufbau einer neuen jüdischen Gemeinschaft und lokaler jüdischer Aktivitäten in Deutschland geschaffen – eine Situation, die von Juden in Deutschland seit fast einem Jahrzehnt sehnlichst herbeigewünscht worden war und oft als wichtiger Schritt zur langfristigen Sicherung der jüdischen Präsenz in Deutschland interpretiert wird.

Darüber hinaus bildete die Beilegung des Streits zwischen den jüdischen Partnern die Grundlage für eine kontinuierliche Verbesserung der innerjüdischen Beziehungen: Ende der



← Am Morgen des 10. September 1952 wird im kleinen Empfangssaal des Luxemburger Stadthauses das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von Bundeskanzler Konrad Adenauer (2.v.r.) und dem israelischen Außenminister Moshe Sharett (2.v.l.) unterzeichnet. Außer ihnen sind die Mitglieder der israelischen und deutschen Delegation anwesend.

→ Neuanfang: Purimfeier für Kinder der jüdischen Gemeinde in West-Berlin im März 1951

1950er-Jahre stimmten auch der *World Jewish Congress* und die *World Zionist Organization* dem Beitritt einer deutsch-jüdischen Vertretung in ihre Organisationen zu. Mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik am 12. Mai 1965 schien das von Vertretern der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland geforderte Ziel der Anerkennung erreicht. Der Zentralrat war sowohl von Seiten der Bundesregierung als auch von den ausländischen jüdischen Organisationen akzeptiert und zu Israel hatte sich das Verhältnis deutlich verbessert (siehe auch S. 56 ff.).

Ambivalenz

Solange die Existenz und das Fortbestehen jüdischen Lebens in Deutschland zur Diskussion gestanden hatten, kämpften die Sprecher der kleinen jüdischen Minderheit vereint für die innere Konsolidierung und Stabilisierung der jüdischen Gemeinschaft. Ende der 1950er-Jahre erschienen die existenziellen Fragen der Anfangsjahre weitestgehend geklärt. Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik wandten sich nun verstärkt der Aufgabe zu, jüdische Identität und jüdisches Leben nach dem Holocaust neu zu definieren. Das „Bewusstsein des Provisorischen“ erschwerte es jüdischen Gemeinden und ihren Dachverbänden lange, interne, auf das religiöse, kulturelle und soziale Innenleben ihrer Gemeinschaft gerichtete Ziele zu definieren. Die Bezeichnung „Zentralrat der Juden in Deutschland“ veranschaulicht beispielhaft die deutliche Abkehr von der Identität der deutschen Juden vor 1933, die sich als deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens bezeichnet hatten (siehe auch S. 9 f.). Dennoch prägte eine „Sehnsucht nach Normalität“ im Umgang zwischen Juden und Nichtjuden die Beziehungen zur Außenwelt, nicht ohne dabei Probleme der Normalisierung ans Licht zu bringen.

Permanentes Provisorium – auf gepackten Koffern

Alltag und Aufgaben, mit denen Juden in der Bundesrepublik konfrontiert wurden, waren vielfältig und die Ansichten, wie Probleme gelöst oder neue Ideen verwirklicht werden könnten, je nach Erfahrung und Zukunftserwartung unterschiedlich. Oftmals waren es mit nicht-jüdischen Partnern verheiratete und somit vor der Deportation bewahrte deutsche Juden, die die ersten Nachkriegsgemeinden kurz vor Kriegsende oder unmittelbar nach der Befreiung organisierten. Gemeinsam mit den wenigen deutsch-jüdischen Überlebenden und vereinzelt Jüdinnen und Juden, die aus dem Exil zurückgekehrt waren, sorgten sie für Gottesdienste, Beerdigungen, Krankenpflege und Zuteilung von Nahrung. Viele von ihnen lebten in ihrer alten Heimat und mussten trotzdem feststellen, dass kaum etwas so geblieben war, wie sie es gekannt hatten.

Seit 1950 wuchsen viele der wiedergegründeten jüdischen Gemeinden. Zu den neuen Mitgliedern zählten jüdische Familien, die vor dem Nachkriegsantisemitismus in Osteuropa geflohen und durch Kontakte oder Zufall in Städten wie Hamburg, Frankfurt oder Augsburg gelandet waren. Einige waren aufgrund verschiedener Schwierigkeiten aus Israel oder anderen Orten des Exils zurückgekehrt und einzelne waren als Partner oder Kinder aus interreligiösen Ehen zum Judentum übergetreten.

Viele der in Deutschland gestrandeten Juden wagten einen Neuanfang: Sie gründeten Familien, feierten religiöse Feste und organisierten gesellige Zusammenkünfte. Neben der Familie war die Synagoge der Lebensmittelpunkt jüdischen Lebens. Dort trafen sich die Gemeindemitglieder am Schabbat (siehe S. 74 ff.), begingen gemeinsam die jüdischen Festtage und feierten zusammen Hochzeiten, Beschneidungen und Bar Mizwas. Freundschaften unter den Mitgliedern förderten das Gemeinschaftsgefühl auch jenseits der organisierten Veranstaltungen. Im Lauf der Jahre entstanden zudem Angebote für die Jugend.



Mit den Traumata umgehen – eine jüdische Kindheit in Augsburg

Helena Goldfein geb. Fischel

[...] Ich kann mich nicht erinnern, wann ich erfahren habe, warum ich keine Großeltern hatte und was meine Eltern vor meiner Geburt erlebt hatten. Ich habe nichts gefragt und sie haben nichts erzählt. [...] Ich spürte immer eine undefinierbare Anspannung und die innere Unruhe meiner Eltern.

Meine Eltern stammten jeweils aus orthodoxen jüdischen Familien in Polen. Beide haben ihre Eltern und die meisten Angehörigen verloren. Beide haben unabhängig voneinander Auschwitz überlebt. Meine Mutter wuchs mit fünf älteren Brüdern und einer jüngeren Schwester in Bendzin, einem kleinen Ort in der Nähe von Kattowitz auf. [...] Von der ganzen Familie mütterlicherseits überlebten nur die beiden Schwestern und der wesentlich ältere Bruder Moshe, der bereits verheiratet gewesen war und seine Frau und zwei Söhne verloren hatte. Seine Tochter Topka hatte sich mit einer Gruppe Jugendlicher mit „arischen“ Papieren dank der Hilfe von Partisanen durchschlagen und weitgehend zu Fuß nach Palästina retten können [...].

Durch den älteren Bruder Mosche lernten meine Eltern sich im DP (displaced persons) Lager in Landsberg kennen, wo sie 1947 [...] heirateten. [...] Von Landsberg aus machten sich meine Eltern schon bald auf, um in Augsburg mit dem Besitzer der Maschinenfirma Eberle Kontakt aufzunehmen – ein Versuch der Gestrandeten, in der fremden Welt Fuß zu fassen. [...]

Auch bei meinem Vater überlebten aus einer Familie mit sieben Kindern, nur drei Geschwister – er und seine beiden jüngeren Brüder Henniek und Alex. Erst relativ spät erfuhr ich, dass mein Vater vor der Shoa bereits verheiratet gewesen war und seine Frau und eine kleine Tochter [...] in Auschwitz ermordet worden waren. Mein Vater sprach nie darüber, aber ich sah ihn oft nachdenklich und schweigsam auf der Couch sitzen. Ich spürte neben seiner sprachlosen Trauer auch die tiefe Beschämung darüber, so hilflos ausgeliefert und zutiefst gedemütigt worden zu sein. Erstaunlich, dass sich die Opfer für die Gräueltaten der Täter schämen!

Viele Überlebende hatten die Hoffnung und Illusion, ihren Kindern das Wissen und die Gefühle über die schrecklichen Erlebnisse ersparen zu können. „Wir wollten Euch nicht belasten“, sagte mein Vater. [...] Ich hörte das Schweigen meiner Eltern und erfüllte den Auftrag, nicht zu fragen, saugte dennoch das unausgesprochene, erlebte Grauen der Eltern „mit der Muttermilch auf“ und habe wie viele Kinder von Überlebenden bis heute Schwierigkeiten damit, dieses zu verdauen. [...]

Der Lebensmittelpunkt meines Vaters war neben der Familie, zum einen seine Textilfirma Fa. Fischel & Co., die lange Zeit im Stadtzentrum Augsburgs in der Steingasse, über dem Cafe Bertele lag, zum anderen die Synagoge in der Halderstraße, in der er viele Jahre Vorbeter und Synagogendiener war. Im Cafe Bertele trafen sich an Werktagen nachmittags oft die jüdischen Frauen zum Kaffee. Ich mochte die lebendige Atmosphäre, wenn alle zusammenkamen. Die jüdische Gemeinschaft war wie eine Ersatzfamilie und die Gemeinde und Synagoge in der Halderstraße wie ein erweitertes gemeinsames Wohnzimmer. [...] Wir haben die jüdischen Feiertage, die sich wie ein roter Faden durch das Jahr zogen, zu Hause und in der Gemeinde gefeiert. Die lebensbehaltende jüdische Tradition gab Halt und Kraft. An den Feiertagen zog Licht ein in die Leere der Verdrängung. [...]

Mein Bruder und ich wurden, entsprechend der jüdischen Tradition, nach Verstorbenen – in unserem Fall nach den ermordeten Großeltern – benannt. Die Namen meiner beiden Großmütter Chaja und Deborah erschienen meinen Eltern, so kurz nach der Verfolgung, wohl als „zu jüdisch“. Lieber nicht auffallen! Die Angst davor, wieder verfolgt zu werden, war stets präsent und „steckte in den Knochen“. Und so wurde Chaja Deborah in Helena Dorothea übersetzt, was ich wiederum als zu deutsch empfunden habe.

Wie fühlt man sich als einziges jüdisches Kind in der Wittelsbacher Volksschule im Augsburg der sechziger Jahre? Immer ein bisschen fremd, trotz der beiden deutschen Vornamen, – nicht nur während des Morgengebets, bei dem ich als einzige nicht die Hände faltete und während des katholischen Religionsunterrichts, bei dem ich hinten saß und hören musste, dass die Juden das Jesuskindlein ermordet hätten.

[...] Meine Eltern sprachen fehlerhaftes Deutsch mit jiddisch-polnischem Akzent und konnten mir wenig helfen in der Schule, in einer Zeit als der Begriff Migrationshintergrund noch kein gesellschaftlicher Konsens war. Die Überforderung meiner Eltern übertrug sich auf mich, so dass ich vor allem in der Grundschule immer Angst hatte, in der fremden Welt zu versagen. [...]

[...] Meine Eltern hatten keine deutschen Freunde, zu tief saß der Stachel. Im Sommer fuhren wir nach Italien und im Winter nach Seefeld (in Tirol), wo auch jüdische Familien aus anderen Städten – München, Frankfurt und Berlin – Urlaub machten. Heute verstehe ich den inneren Aufruhr und die latente Angst einzuordnen, die stets bei meinen Eltern hochkam, als die Pässe vorgezeigt werden mussten. Welche Höllenszenarien mochten sich in solchen Momenten in ihnen abgespielt haben. Der Holocaustüberlebende Jean Améry sagte: „Wer gefoltert wurde, bleibt gefoltert. [...] Wer der Folter erlag, kann nicht mehr heimisch werden in der Welt. Die Schmach der Vernichtung lässt sich nicht austilgen. Das zum Teil schon mit dem ersten Schlag, in vollem Umfang [...] eingestürzte Weltvertrauen wird nicht wiedergewonnen.“

[...] Die traumatische Realität zerstörte das Urvertrauen in die Mitmenschlichkeit. Wen wundert also, dass auch ein Streit mit den Kindern auf der Straße, bei dem mein Bruder als „Saujude“ beschimpft wurde, in meinem Elternhaus wie ein Weltuntergang empfunden wurde. [...] Wenn Eltern sehr gelitten haben, ist es schwer für Kinder, sich zu widersetzen. Man könnte die schwer belasteten Eltern schließlich erneut verletzen, nach all dem Leid, das sie bereits haben aushalten müssen. [...] Die Kinder der zweiten Generation hatten oft das Gefühl, die „Eltern ins Grab zu bringen“. Wir befürchteten, die Eltern würden die Auseinandersetzungen nicht verkraften und so nahmen wir uns aus Schuldgefühlen den ehemals verfolgten Eltern gegenüber oft selbst zurück, auch in der eigenen Lebensplanung, um die Eltern zu schonen. [...]

© Helena Goldfein

Auszüge aus: Zukunft im Land der Täter: Jüdische Gegenwart zwischen „Wiedergutmachung“ und „Wirtschaftswunder“, 1950–1969. Katalog der gleichnamigen Ausstellung des Jüdischen Kulturmuseums Augsburg-Schwaben vom 17. April 2013 bis 15. September 2013, herausgegeben von Benigna Schönhagen.

Der vollständige Text ist in der HTML-Version auf www.bpb.de/izpb zu finden.

Als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachteten die jüdischen Gemeinden die Organisation von jüdischem Religionsunterricht. In ganz Deutschland bestanden Anfang der 1960er-Jahre 75 Gemeinden mit insgesamt 52 Religionslehrern. Die Zahl der Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren, die am Religionsunterricht teilnehmen sollten, gab der Zentralrat 1962 mit 2248 an. Tatsächlich erhielten bundesweit zu diesem Zeitpunkt 1820 Schüler jüdischen Religionsunterricht.

Seit Anfang der 1950er-Jahre entstanden auch wieder Synagogenbauten in Deutschland, die als ein Zeichen der langsamen Konsolidierung der jüdischen Gemeinschaft im Land gewertet wurden. Ein Beispiel ist die als erste auf dem Gebiet der Bundesrepublik 1952 in Stuttgart eingeweihte Synagoge „Beth Knesset“. Zeitgleich ließ sich gerade in den 1950er- und 1960er-Jahren – allerdings an Orten, an denen sich keine oder sehr viel kleinere jüdische Gemeinden angesiedelt hatten – der Abriss von Ruinen und die Umnutzung von Synagogen beobachten. Beispiele bieten Essen, Worms oder Augsburg. In Augsburg wurde die Synagoge in Kriegshaber von der JRSO an die Stadt verkauft, da die Nachfolgeorganisation es für unnötig erachtete, diese Synagoge angesichts der kleinen Nachkriegsgemeinde zu er-



Die jüdische Gemeinde Essen bezieht 1959 einen Neubau. Der Landesrabbiner Ludwig Salomonowicz (l.) bei der Einweihung der Neuen Synagoge am 21. Oktober.



Zuvor erwirbt die Stadt von der jüdischen Gemeinde die Alte Synagoge und richtet dort ein Museum für Industriedesign ein; hier eine Ausstellung von 1967.

halten; inzwischen ist sie wiederhergerichtet und vor wenigen Jahren zu einer Zweigstelle des Jüdischen Kultur Museums umgestaltet worden.

Interessanterweise amtierten 1960 nur sieben offizielle Gemeinderabbiner und einige wenige in Osteuropa ausgebildete Rabbiner in Deutschland. Unter Vorsitz des Landesrabbiners von Hessen, Isaak Emil Lichtgfeld (1894–1967), schlossen sich 1957 orthodoxe und liberale Rabbiner (nicht jedoch die traditionellen Rabbiner der osteuropäisch geprägten Gemeinden Bayerns) zur Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik zusammen. Zweck dieser Organisation war es, alle religiösen und sozialen Aufgaben der Rabbiner zu koordinieren. Sie hatte jedoch wenig Handlungsspielraum und stand ständig im Schatten des Zentralrats, der für sich in Anspruch nahm, die jüdischen Interessen in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Der Aufbau jüdischen Lebens verlief zunächst von der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt. Juden und Nichtjuden vermieden private Kontakte. Jüdische Zeitungen hingegen berichteten ausführlich über den Aufbau und die Entwicklung der jüdischen Gemeinden und dienten als wichtiges Bindeglied zwischen den in Deutschland verstreut lebenden Jüdinnen und Juden. Das Jüdische Gemeindeblatt für die Nordrhein-Provinz und Westfalen war eines der ersten jüdischen Nachrichtenblätter und Anfang der 1950er-Jahre das einzige überregional erscheinende jüdische Presseerzeugnis. Die 1946 in Düsseldorf gegründete und zwanzig Jahre lang von dem Journalisten Karl Marx (1897–1966; nicht zu verwechseln mit seinem bekannten Namensvetter) herausgegebene Wochenzeitung wechselte mehrfach ihren Namen und erscheint heute als Jüdische Allgemeine in Berlin.

Der weit über die Grenzen der Bundesrepublik bekannte Herausgeber trat nicht nur wiederholt und lautstark als selbsternannter Fürsprecher der in Deutschland lebenden Juden in Erscheinung, sondern gehörte auch zu den aktivsten Förderern der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. 1948 waren in Frankfurt am Main, München, Stuttgart und Wiesbaden die ersten dieser Gesellschaften mit dem Ziel



Der Publizist Karl Marx und seine Frau Lilli Marx geben ab 1946 das Jüdische Gemeindeblatt (heute: Jüdische Allgemeine) heraus. Hier ca. 1956/58

gegründet worden, einen Beitrag zur „Umwertung der geistigen und kulturellen Werte des deutschen Volkes zu leisten“. Sieben Jahre später gab es in der Bundesrepublik insgesamt schon 34 solcher Zusammenschlüsse, die „für die Brüderlichkeit aller Menschen ohne Unterschied der Rasse, des Glaubens oder der Herkunft“ eintraten.

Wie anderen in der Bundesrepublik bescherte das „Wirtschaftswunder“ auch manchem jüdischen Überlebenden geschäftliche Erfolge. Doch vielen, die Verfolgung und Lager überlebt hatten, gelang es nur mühsam und äußerst langsam, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Erschwert wurde dies nicht zuletzt durch das widersprüchliche Selbstverständnis als Juden in Deutschland: Gerade die erste Generation, also die Überlebenden der Shoa, schien durch eine auf der Verfolgungserfahrung gründende kollektive Identität geprägt. Häufig erklärten sie ihr Bleiben im Land der Täter damit, dass sie sich für die demokratische Entwicklung in Westdeutschland verantwortlich fühlten. Dennoch betrachteten sie das Land nur als einen vorübergehenden Aufenthaltsort. Viele fühlten sich schuldig und stellten ihre Anwesenheit in Deutschland nach dem Holocaust in Frage. Zu den als problematisch wahrgenommenen Aspekten der deutsch-jüdischen Beziehungen gehörten insbesondere der wieder aufflammende Nationalismus und der deutsche Antisemitismus. In diesem Spannungsfeld entwickelte sich eine jüdische Jugend, die einerseits zum Symbol für das Leben sowie für die Kontinuität jüdischer Existenz und jüdischer Werte wurde, die aber andererseits Deutschland nicht selten als „unmögliche Heimat“ – so der Titel eines Buches von Anthony D. Kauders zur deutsch-jüdischen Geschichte der Bundesrepublik – erlebte.

Unabhängig davon, ob die oft von körperlichen oder psychischen Krankheiten gezeichneten Überlebenden ausführlich über das Erlebte sprachen oder die Vergangenheit verschwiegen, gaben sie das erlebte Grauen in ihrem Verhalten unausgesprochen an die nächste Generation weiter. Diese Familiensituation belastete besonders die Erstgeborenen. Diejenigen, die später geboren wurden, waren tendenziell besser in der Lage,

ihr Leben zu meistern. Einige machten Karriere. Dennoch sind auch ihre Biografien von einer Vergangenheit geprägt, die sie nicht erlebt haben.

Intensivere Kontakte zu Nichtjuden ergaben sich für die gut behütete zweite Generation meist erst mit der Einschulung. An den Volksschulen wurden sie erstmals mit Vorurteilen konfrontiert und erlebten antisemitische Beleidigungen und Beschimpfungen durch Lehrkräfte und Mitschülerinnen und Mitschüler. Erst zu Beginn der 1960er-Jahre machte sich langsam ein Wandel im Verhältnis zueinander bemerkbar. Oft waren es gemeinsame Interessen oder die Mitgliedschaft in Vereinen, die Juden und Nichtjuden miteinander in Kontakt brachten.

Dauerhafter Aufenthalt – Normalisierung?

Bis Ende der 1980er-Jahre blieb die Zahl der jüdischen Gemeindeglieder in der Bundesrepublik stets unter 30 000 und war mit einem Anteil von 0,05 Prozent an der Gesamtbevölkerung eine im Alltag kaum wahrnehmbare Gruppe. Nach zwei Jahrzehnten, in denen für die jüdischen Gemeinden die wirtschaftliche und soziale Integration ihrer Mitglieder im Vordergrund gestanden hatte, sollten in den folgenden Jahren unterschiedliche Inhalte, Fragen und Anschauungen das Miteinander prägen und einen langsamen Wandel des geistigen Klimas innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik einläuten. Neben die Vorstellung von einer provisorischen Existenz in Deutschland schob sich die Idee eines dauerhaften Aufenthalts.

Zu Beginn der 1960er-Jahre hatte eine erhebliche wirtschaftliche und politische Konsolidierung zu einer Stabilisierung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland beigetragen. Zugleich bedrohten Antisemitismus und Neonazismus (siehe S. 50 ff.) die Normalisierung. Beeinträchtigt wurde sie auch durch die fehlende Bereitschaft der großen Mehrheit nicht-jüdischer Deutscher, sich zur deutschen Verantwortung für den Völkermord an den Jüdinnen und Juden Europas zu bekennen. Zwar thematisierten einzelne westdeutsche Politiker die Verbrechen des NS-Regimes, verurteilten den fortbestehenden Antisemi-



Die Feuerwehr bei einem Großeinsatz wegen eines bis heute unaufgeklärten Brandanschlags auf die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern (IKG) am 13. Februar 1970. Im Gebäude befand sich auch ein Altersheim. Durch den Anschlag starben sieben Menschen, die die Zeit des Nationalsozialismus überlebt hatten.



1960 richtete die Landeshauptstadt München als erste deutsche Stadt ein Besuchsprogramm für ehemalige jüdische Bürgerinnen und Bürger zum Besuch ihrer Heimatstadt ein. Andere Städte folgten, hier ein Empfang durch Politik und Presse am Stuttgarter Flughafen 1983.

tismus und betonten, aus der Vergangenheit Lehren ziehen zu wollen. Das Augenmerk der Bundesregierung richtete sich Anfang der 1950er-Jahre jedoch vor allem auf die Entwicklung eines neuen Deutschlands. Nicht durch Aufarbeitung, sondern mittels einer gezielten „Vergangenheitspolitik“ – einem heute als zu milde beurteilten Verhalten der jungen Bundesrepublik gegenüber NS-Mitläufern bei gleichzeitig harter Verfolgung weniger Haupttäter – bemühte sich die neu gewählte demokratische Führung, die Westintegration der Bundesrepublik und den Zusammenhalt der Bevölkerung abzusichern. Erst nach einer Reihe von Skandalen und spektakulären Prozessen gegen NS-Verbrecher – allen voran der Eichmann-Prozess in Jerusalem 1961 und die Auschwitz-Prozesse in Frankfurt ab 1963 – setzte in den 1960er-Jahren eine Diskussion um die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ein.

Das Gefühl der Juden in Deutschland, sich ständig vor sich selbst und vor den Juden im Ausland rechtfertigen zu müssen, warum sie mit ihrer Präsenz in der Bundesrepublik den Eindruck von wiederkehrender Normalität zwischen Deutschen und Juden erweckten, erschwerte die eigene Identitätsfindung. Das Fortbestehen antisemitischer Gewalt, die neben Aktionen wie Friedhofsschändungen, Schmierereien an Synagogen und Gemeindegebäuden seit den 1970er-Jahren auch Bomben- und Brandanschläge sowie Attentats- und Entführungsdrohungen beinhaltete, waren deutliche Warnungen, nicht voreilig von einer „Normalität“ im Umgang zwischen Juden und Nichtjuden auszugehen. Vor allem aber verstärkten diese Vorfälle das Gefühl der Bedrohung und führten zur Einführung von Sicherheitsmaßnahmen. Panzerglas, Zäune, Kameras, Alarmanlagen, Wachleute und Polizeischutz prägen bis heute jüdische Einrichtungen und den Alltag von Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik.

Antisemitische Propaganda und Gewalt verstärkten das Bedürfnis nach „Sicherheit“ und nicht zuletzt deshalb war Israel ein wichtiger Bezugspunkt für die meisten in der Bundesrepublik lebenden Jüdinnen und Juden (siehe auch S. 56 ff.). Nahezu alle solidarisierten sich mit dem 1948 gegründeten jüdischen Staat und spendeten Geld für ihn. Im Frühjahr 1967 rückte das Land ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit, als Provokationen der arabischen Nachbarn Ägypten, Jordanien und Syrien den Frieden im Nahen Osten bedrohten und schließlich im Sechs-Tage-

Krieg eskalierten. Angesichts dieser Bedrohung Israels interessierten sich nicht-jüdische Deutsche zum ersten Mal merklich für den jüdischen Staat und zollten den Juden in Deutschland plötzlich Aufmerksamkeit, die sie in den Anfangsjahren nicht erhalten hatten.

Obwohl die jüdische Gemeinschaft klein und ihre politische Macht begrenzt war, hatte sich die Sensibilität gegenüber jüdischen Belangen im Laufe der Zeit erhöht. Das verstärkte öffentliche Interesse an Israel und der jüngeren deutsch-jüdischen Geschichte veränderte sowohl die Stellung der jüdischen Gemeinschaft in der deutschen Gesellschaft als auch das jüdische Selbstbewusstsein. Die jüdische Gemeinschaft von 1970 lebte nicht länger in Abgeschiedenheit vom Rest der Gesellschaft. Auf der Suche nach einem neuen jüdischen Selbstverständnis hinterfragte insbesondere die kritische jüdische Jugend – von der „68er“-Bewegung angesteckt – das Leben auf gepackten Koffern und die Voraussetzungen für jüdisches Leben in der Bundesrepublik.

Zeitgleich begann die junge Generation nicht-jüdischer Deutscher, angeregt durch eine zunehmende Medienpräsenz des Holocausts, ihre Eltern und Großeltern nach ihrer Rolle während der NS-Zeit zu fragen. Obwohl einzelne Theaterstücke und Filme bereits seit Mitte der 1950er-Jahre das jüdische Schicksal während der NS-Zeit thematisierten, etablierte sich der Begriff „Holocaust“ in Deutschland erst 1979 infolge der Ausstrahlung der gleichnamigen amerikanischen Serie durch die dritten Fernsehprogramme (siehe auch S. 66).

Bürgerinitiativen und Schülerwettbewerbe widmeten sich der Rekonstruktion der jüdischen Vergangenheit zahlreicher Orte. Deutsche Städte luden ehemalige jüdische Bürgerinnen und Bürger ein, ihre alte Heimat zu besuchen, und Denkmäler für die ermordeten Juden wurden aufgestellt. Neben das Interesse für die Zeit der Vernichtung trat auch die Beschäftigung mit der reichen jüdischen Geschichte und den Resten des jüdischen Lebens in der Gegenwart, welche später die Gründung jüdischer Museen und neuer universitärer Einrichtungen zur Erforschung jüdischer Geschichte und Kultur inspirierte.

Dass die kleine jüdische Gemeinschaft erste Schritte aus den sprichwörtlich gewordenen Hinterhöfen hinauswagte, belegt nicht nur die Tatsache, dass sie offener über eine Zukunft des Judentums in Deutschland sprach. Von einem

Kampf um die Erinnerung am Frankfurter Börneplatz

Der große Erzähler und kritische Chronist Ludwig Börne wurde am 6. Mai 1786 im jüdischen Getto in Frankfurt am Main geboren, unter dem Namen Juda Löb Baruch. [...] Vom späten Mittelalter an und lange danach waren die Juden in Frankfurt in diesem Getto zusammengepfercht. Im Frühjahr 1987 rückt diese weithin verdrängte Vergangenheit plötzlich wieder in den Fokus. Es entbrennt in Frankfurt eine Auseinandersetzung, die in ganz Deutschland und in den europäischen Nachbarländern Aufmerksamkeit findet. Bei Ausschachtungsarbeiten für ein geplantes Kundenzentrum der Stadtwerke stoßen die Bauarbeiter mit ihren Baggern auf die Überreste des alten jüdischen Gettos.

Es war 1885 von der Stadt endgültig abgerissen worden. Die von der Jüdischen Gemeinde im Jahre 1882 errichtete Synagoge war am 9. November 1938 in Brand gesteckt und zum großen Teil vernichtet worden – wie viele andere Synagogen in dieser Pogromnacht auch. Der Platz des Gettos und der Synagoge hieß bis 1979 (!) so, wie ihn die Nationalsozialisten benannt hatten: Dominikanerplatz. Erst dann erhielt er den Namen Ludwig Börnes.

Und jetzt, durch die Baugrube für das Kundenzentrum der Stadtwerke, kommt die verdrängte Vergangenheit wieder hoch. Die Fachleute überrascht das nicht. Historiker und Archäologen wussten, dass man in einigen Metern Tiefe auf die Reste der Judengasse stoßen würde. [...]

Im April 1987 werden die ersten Überreste des Gettos entdeckt. Im Mai finden die Archäologen sechs Meter unter der Erdoberfläche eine gut erhaltene Mikwe aus dem 15. Jahrhundert, ein Ritualbad für jüdische Frauen. [...] Der Gemeindevorsitzende Ignatz Bubis fordert die Erhaltung der Mikwe vor Ort.

Der Konflikt, der jetzt entbrennt, wird von großer Bedeutung für die Juden in ganz Deutschland. Zum zweiten Mal demonstrieren sie ein neu gewachsenes Selbstbewusstsein. Die Überlebenden des Holocaust und ihre Nachfahren zeigen, dass sie gewillt sind, in Deutschland zu bleiben und für ihre Rechte, ihre Kultur zu kämpfen. Zum ersten Mal war das im Herbst 1985 geschehen, als Mitglieder der Jüdischen Gemeinde mit Bubis an der Spitze die Bühne des Schauspiels Frankfurt besetzt hatten – sie verhinderten so die Uraufführung des Stückes „Der Müll, die Stadt und der Tod“ von Rainer Werner Fassbinder, das sie als antisemitisch verurteilten.

Und jetzt also der Börneplatz. Nach und nach werden die Fundamente alter Getto-Häuser freigelegt. „Steinernes Haus“, „Sperber“, „Lamm“ und „Widder“. Vor dem Bauzaun drängen sich die ersten Demonstranten. [...] Die Demonstranten fordern die Erhaltung der Überreste und rufen Parolen wie: „Macht Geschichte nicht zunichte“ und „Diskutieren statt betonieren“. [...]

Doch 1987 lässt der wachsende Protest [den] Oberbürgermeister [...] zunächst kalt. Er besteht darauf, dass das Kundenzentrum der Stadtwerke wie geplant gebaut wird. Es könne und dürfe nur an dieser zentralen Stelle der Innenstadt stehen. [...] Die Zeitungen in ganz Deutschland greifen die Auseinandersetzungen auf. [...] Der sogenannte Kompromiss sieht so aus: Ein Drittel der noch unbebauten Fläche am Börneplatz wird für eine Dependence des geplanten Jüdischen Museums reserviert. So kommt es zum Museum Judengasse. Fünf Keller von früheren Häusern des Gettos bleiben erhalten. Zwei Ritualbäder werden am originalen Ort wiederhergestellt.



Am 29. August 1987 besprüht ein Demonstrant die Bautafel am Frankfurter Börneplatz aus Protest gegen den Umgang mit den Resten des ehemaligen Judengettos.

Im Sommer 1987 zieht der Streit immer weitere Kreise. Der damalige bekannte Lektor des Suhrkamp-Verlages in Frankfurt [...] schreibt in der Wochenzeitung „Die Zeit“ am 10. Juli 1987 eine Polemik zum Umgang mit den Überresten des Gettos unter dem Titel „Das Loch von Frankfurt“. Doch die [...] Mehrheit im Stadtparlament bleibt hart. Am 20. August 1987 setzt sie den „Kompromiss“, der nur die Erhaltung einiger Fundamente vorsieht, im Stadtparlament [...] durch. [...]

Am Donnerstag, den 27. August, beginnen Bagger wichtige Grundmauern des Gettos zu planieren und abzuräumen. Das Aktionsbündnis und Gruppen, die für den Erhalt kämpfen, rufen daraufhin für Samstag, 29. August, zur Kundgebung unter dem Motto „Rettet den Börneplatz!“. An diesem Tag geschieht, was schon lange in der Luft lag, 800 Protestierende besetzen die große Baugrube. Der Polizei gelingt es nicht, das Tor zur Baustelle zu verteidigen. [...] Die Besetzung gerät zum Volksfest. In der Menge erklingt Klezmermusik, es werden Gedichte und andere Texte rezitiert. [...]

Nach drei Tagen und Nächten setzt [der] Oberbürgermeister [...] das Hausrecht der Stadt durch und lässt die besetzte Baugrube des Börneplatzes von der Polizei räumen. [...] Das Stadtwerke-Gebäude wird errichtet, ebenso das kleine Museum Judengasse. 1996 wird die Gedenkstätte „Neuer Börneplatz“ eröffnet, die an die 12 000 Frankfurter Opfer der NS-Vernichtungspolitik erinnert. [...]

Die Geschichte besitzt noch eine bittere Pointe. Die Stadtwerke ziehen später vom Börneplatz weg, die Holding hat ihren Sitz heute in der City West außerhalb der Innenstadt. Im Stadtwerke-Gebäude ist nun das Städtische Planungsdezernat untergebracht.

Claus-Jürgen Göpfert, „Kampf um die Erinnerung“, in: Jüdisches Leben in Frankfurt. Reihe Frankfurter Rundschau Geschichte, Bd. 9/2019, S. 1034 ff.

neuen Selbstbewusstsein zeugten auch die Gründung einer Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg 1979, die Rabbiner und Religionslehrer ausbilden sollte, und die Entstehung liberaler jüdischer Gemeinden, in denen eine Gleichberechtigung der Frauen im Gottesdienst gegeben ist. Letztere bestehen seit den 1980er-Jahren neben den in den frühen Nachkriegsjahren gegründeten orthodox geprägten Gemeinden (siehe auch S. 70 ff.).

Ein neues politisches Selbstbewusstsein der jüdischen Gemeinschaft findet seit den 1980er-Jahren seinen Ausdruck in der Bereitschaft, sich in öffentliche Debatten einzubringen, gerade auch im Hinblick auf Konflikte um die „Normalisierung“ des Verhältnisses zur deutschen Geschichte. Ausschlaggebend dafür waren der Generationswechsel unter den Juden in Deutschland und in der Führung des Zentralrats, aber auch ein grundlegender Wandel in der politischen Kultur des Landes. Hatten Mitglieder des Zentralrats die Wahl des CDU-Politikers Kurt Georg Kiesinger trotz seiner „braunen Vergangenheit“ zum deutschen Bundeskanzler 1966 weitgehend unkommentiert gelassen, reagierte die jüdische Gemeinschaft 1985 mit öffentlichen Protestaktionen gegen

den Besuch des Bundeskanzlers Helmut Kohl und des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan auf dem Friedhof von Bitburg, auf dem sich auch Gräber von Mitgliedern der Waffen-SS befanden.

Insgesamt war das „neue deutsche Judentum“ nach 1945 eine äußerst heterogene Gruppe. Am Vorabend der deutschen Wiedervereinigung saßen nicht (mehr) alle Juden in Deutschland auf gepackten Koffer, bei den meisten waren sie längst ausgepackt. Unterschiedliche Interessen und gegensätzliche Positionierungen unter den Mitgliedern führten aber auch dann zu Spannungen und Konflikten im Innern der jüdischen Gemeinschaft. Nicht jeder fühlte sich vom Zentralrat adäquat vertreten. Manche warfen dem Zentralrat Entfremdung von den von ihm repräsentierten Juden in der Bundesrepublik einerseits und Anbiederung an das deutsche politische Establishment andererseits vor. Andere beschrieben ihr Lebensgefühl als „fremd im eigenen Land.“ Zudem war die jüdische Gemeinschaft überaltert und ein Fortbestehen der Gemeinschaft nicht selbstverständlich. Entscheidende Veränderungen und neue Herausforderungen kamen mit dem Fall der Mauer 1989 und der Öffnung der Sowjetunion.

Die Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg, gegründet 1979, wird 2009 um einen Anbau erweitert. Die Hochschule bietet Studierenden aller Konfessionen die Möglichkeit, Geschichte und Gegenwart jüdischen Lebens zu studieren.





Die DDR versteht sich als antifaschistischer Staat: Alfred Neumann, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, hält am 8. September 1974 eine Rede auf einer Großkundgebung zum Gedenken an die Opfer des Faschismus auf dem Bebelplatz in Ost-Berlin.

SUSANNE TALABARDON

Jüdisches Leben in der DDR

Die DDR definierte sich als antifaschistischer Staat und moralisch überlegener Gegenentwurf zum westdeutschen Nachbarn. Nach dem Vorbild der Sowjetunion prägten allerdings staatliche Repressionen sowie antizionistische und antiisraelische Propaganda den Alltag vieler Jüdinnen und Juden in der DDR. Erst in den 1980er-Jahren kam es innerhalb der SED zu einem teilweisen Kurswechsel.

Spätestens seit Ende der 1990er-Jahre erschienen eine beachtliche Zahl historischer Arbeiten über die DDR und mit ihr auch Forschungen über die Geschichte der Jüdinnen und Juden im Osten Deutschlands. Erst von diesem Zeitpunkt war der Zugriff auf Archive und Dokumente möglich, die zuvor unter Verschluss gehalten worden waren. So ließ sich Einsicht in die Vorgänge selbst, aber auch in die Motive der damaligen Akteurinnen und Akteure gewinnen. Seit jenen Tagen sind die Grundlinien der wissenschaftlichen Darstellungen fixiert und in groben Zügen allgemein bekannt. Trotzdem ist zu beachten, dass die Auskünfte darüber, wie es der jüdischen Minderheit in der DDR (und in Westdeutschland) erging, oft in bereits vorgezeichnete Erzählungen eingepasst wurden, denen es letztlich vor allem darum ging, das eigene politische System zu legitimieren.

Das Staatsverständnis der SED und das Judentum in der DDR

Alexander Muschik charakterisiert in seinem Artikel „Die SED und die Juden 1985–1990“ im Deutschland Archiv von 2012 die Bestrebungen der DDR-Staatsführung wie folgt: „Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 und der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober desselben Jahres führte zu einer Konkurrenzsituation, die die Außenbeziehungen der beiden deutschen Staaten bis zum Ende des Kalten Krieges maßgeblich bestimmen sollte. [...] Da die Nichtanerkennungs- politik des Westens die Stabilisierung der DDR dauerhaft gefährdete, suchte die SED die Gründung des zweiten deutschen Staates anderweitig zu legitimieren. Aus diesem Grund stilisierte die SED den Antifaschismus zum Gründungsmythos der DDR, der den ostdeutschen Staat zum moralisch überlegenen und darum rechtmäßigen Deutschland erklärte. [...] Diese Geschichtsinterpretation sollte zudem die DDR-Bevölkerung von einer (Mit-) Schuld an den Naziverbrechen freisprechen und sie auf diese

Weise an den ‚Arbeiter-und-Bauern-Staat‘ binden. Gleichzeitig aber verhinderte dieser Ansatz eine tiefgreifende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Ostdeutschland, da der SED zufolge das Problem des Nationalsozialismus allein die westdeutsche Gesellschaft betraf.“

In beiden deutschen Staaten war die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit beinahe von Anfang an durch den Kalten Krieg geprägt. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ; ab Oktober 1949: DDR) begründeten die Verantwortlichen die gravierenden Eingriffe in das jüdische Leben mit dem Bestreben, sich als „erster sozialistischer Staat auf deutschem Boden“ gegenüber dem mächtigeren westlichen Zwilling moralisch zu legitimieren. Das Verhältnis der DDR, des „Arbeiter- und-Bauern-Staates“, zu seinen jüdischen Bürgerinnen und Bürgern stand – weit mehr als das kirchliche Leben der christlichen Minderheit – gleichzeitig im Schatten und im Scheinwerferlicht größerer politischer Prozesse. Das frühe Ende der Auseinandersetzung mit den Verbrechen der NS-Diktatur, die Propagandakampagnen gegen die Beteiligung hochrangiger Akteure des NS-Regimes in den Regierungen Konrad Adenauers während der 1950er- und 1960er-Jahre, die aggressive Propaganda gegen Israel von 1956 bis 1989 bis hin zum spät einsetzenden Interesse an jüdischer Geschichte: Stets fungierte die Beziehung der DDR zu ihrer jüdischen Minderheit als eine Art Bühnenbild gänzlich anderer Interessen und fand kaum Beachtung um ihrer selbst willen.

Der Schriftsteller und Chronist Günter de Bruyn fasste die Ambivalenz jenes Verhältnisses in seinem Roman „Vierzig Jahre. Ein Lebensbericht“ von 2011 folgendermaßen zusammen: „Die antifaschistische Staatspropaganda verurteilte zwar die Judenverfolgung, gedachte aber nur jener Opfer der Hitlerjahre, die auf kommunistischer Seite gestanden hatten; denn es ging nicht um Trauer und Schuldbewußtsein, sondern um gegenwärtige Politik. Das jüdische Eigentum, das die Nationalsozialisten verstaatlicht hatten, wurde ohne Skrupel als zum sozialistischen Staat gehörend betrachtet und an Wiedergutmachung nicht gedacht. Da die Schuldigen an der Judenverfolgung nach offizieller Lesart alle im Westen saßen, war im neuen Deutschland, wo

Auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin 1962 präsentiert das SED-Politbüromitglied Albert Norden Belege für die hochrangige Durchsetzung der Westberliner Polizei mit ehemaligen SS-Angehörigen, und am 13. Januar 1960 wird auf einer internationalen Großkundgebung im Friedrichstadt-Palast vor der „faschistischen Gefahr in Westdeutschland“ gewarnt.



Die SED und ihr Verhältnis zu jüdischen Gemeinden

Juri Rosov [der Mitte der 90er-Jahre aus der Ukraine kam und heute Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Rostock ist] ist stolz auf seine große jüdische Gemeinde in Rostock. Auszüge aus einer Radioreportage über ihn, seine Gemeinde und das Judentum in der DDR 2015

[...] Zu DDR-Zeiten arrangierten sich die ostdeutschen Juden mit dem real existierenden Sozialismus. Der Beginn der jüdischen Gemeinden nach 1945 deutete schon an, dass die Koexistenz von Judentum und Sozialismus nicht immer einfach sein würde. [...] Der damalige mecklenburgische Minister für Volksbildung und Kultur, Gottfried Grünberg, hielt der jüdischen Gemeinde vor, dass sie Hilfspakete aus den USA erhielt [...]. Und in der Tat sorgten die sogenannten Joint-Pakete für Begehrlichkeiten. Joint – das war eine amerikanische Hilfsorganisation zur Unterstützung bedürftiger Juden. Die begehrten Pakete mit Büchsenmilch und Butter, Käse und Kaffee, Zigaretten und Zahnpasta hatten zur Folge, dass die jüdischen Gemeinden Anträge auf Neuaufnahmen kritisch durchleuchten mussten, um nicht Trittbrettfahrer, die keine Juden waren, aufzunehmen. [...]

Nach dem Krieg gab es in Mecklenburg und Vorpommern rund 150 Jüdinnen und Juden. Die meisten von ihnen hatten die KZs überlebt, einige führten sogenannte Mischehen, andere kamen aus dem Exil zurück. [...] Die meisten, die aus dem Exil kamen, wollten sich oft auch nicht öffentlich zum Judentum bekennen.

Ein Grund, warum sich gerade kommunistische Juden immer mehr von den Gemeinden entfernten, war wohl der Druck der SED. [...] Der Potsdamer Historiker Mario Keßler erläutert:

„Es ist richtig, dass ein im starken Maße von der Sowjetunion initiiertes Antisemitismus dazu führte, dass im Winter 1952/53 die jüdischen Gemeinden pauschal als potenzielle Agentenzentren westlicher Geheimdienste galten. Es gab Verhaftungen, es gab Fluchtbewegungen in den Westen.“

Betroffen von Verfolgungen waren auch jüdische Spitzenfunktionäre wie Julius Meyer, Vorsitzender des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR. Er wurde tagelang verhört und sollte eine Erklärung unterschreiben, dass es in der DDR keinen Antisemitismus gebe und die DDR ein antifaschistischer Staat sei. Meyer, seit 1930 in der KPD und Auschwitz-Überlebender, floh daraufhin im Januar 1953 in den Westen. [...]

Nach Stalins Tod 1953 ließ der Druck der SED auf jüdische Bürger nach. SED-Parteigenossen durften auch wieder Mitglied der jüdischen Gemeinden werden. Doch der Aderlass war unübersehbar. Aus dem gesamten Norden der DDR kamen Juden nun nach Schwerin, um den Minjan zu erfüllen: Das heißt, die Vorschrift, dass mindestens zehn religionsmündige Männer anwesend sein müssen, um einen Gottesdienst zu feiern.

Von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde die jüdische Gemeinschaft erst wieder 1967 – beim Sechstagekrieg zwischen Israel und den drei arabischen Staaten Ägypten, Syrien und Jordanien.

Der DDR-Verband der jüdischen Gemeinden hatte beschlossen, keine antizionistischen Erklärungen abzugeben, obwohl die SED Druck ausübte, dass die jüdischen Gemeinden sich gegen Israel positionieren sollten. [...] Es unterschrieben aber

nur acht mehr oder wenige prominente jüdische DDR-Bürger diese Erklärung. [...]

Auch in den 70er-Jahren stand die Israel-Politik der SED zwischen den jüdischen Gemeinden und der Staatsführung der DDR. Irene Runge, die seit den 60er-Jahren Mitglied der jüdischen Gemeinde im Osten Berlins war, erzählt von der Empörung in den Gemeinden, als damals eine Karikatur in einem SED-Parteiblatt eine jüdische Menora als Flammenwerfer gegen unschuldige Palästinenser darstellte.

„Ich erinnere mich noch, dass wir gemeinsam einen Brief verfassten an das ZK und dagegen protestierten. Ab Mitte der 70er-Jahre gab es da einen klaren Widerspruch seitens der Gemeinden.“

[...] In der Öffentlichkeit tauchten jüdische Gemeinden fast nicht auf. Viele Juden waren seit den 70er-Jahren vor allem auf der Suche nach einer Identität, sagt die Soziologin Irene Runge [...].

So ging sie regelmäßig in das einzige Geschäft der DDR, in dem man koscher einkaufen konnte: „Ich habe da Fleisch gekauft, weil es damals schwierig war, gutes Rindfleisch in der DDR zu kriegen. Und dieses Gefühl, dazu zu gehören, war ja immer wichtig. Wenn man so in einer Schlange steht, dann wird man sich ja auch vertrauter. Dann haben sie Matze verkauft und koscheren Wein. Nicht, dass man wusste, wozu das nötig ist. Ich glaube, wir haben alle angefangen einen Davidstern um den Hals zu tragen, was ja völlig Quatsch war. Man sucht ja etwas, womit man sich nach außen hin auch definiert. Und dann will man sich eigentlich abgrenzen, aber eigentlich will man natürlich immer noch dazugehören.“

In den 80er-Jahren entspannte sich das Verhältnis der SED zum Judentum. „Die DDR ging allgemein in den 80er-Jahren viel unbefangener mit dem jüdischen Erbe deutscher Geschichte um. Es gab zwei Tabus: Das eine war die Kampagne der Jahre 52/53, darüber wurde geschwiegen. Das andere Tabu war die Rolle dissidenter jüdischer Marxisten in der Arbeiterbewegung, wie zum Beispiel Paul Levy, wie Arthur Rosenberg oder wie August Thalheimer. Und fast bis zuletzt war natürlich der Name des größten kommunistischen Dissidenten, der zugleich Jude war, nämlich Leo Trotzki, ein Tabuthema.“

Die neue Ausrichtung der SED war auch in Schwerin zu spüren. [...] Mitte der 80er-Jahre wird so aus dem jüdischen Gemeindehaus am Schweriner Schlachtermarkt ein kleines Museum. „Es war das erste Museum in der DDR, das sich mit der Judenverfolgung auseinandergesetzt hat.“ [...]

Noch heute finden sich rund 50 jüdische Friedhöfe in Mecklenburg-Vorpommern; 20 wurden zu DDR-Zeiten zweckentfremdet, meist ohne Protest des Landesverbandes. „[...] Die haben gesagt: Wir brauchen Geld, wir brauchen das Gelände nicht mehr, verkaufen wir. Wäre heute undenkbar, aber zu DDR-Zeiten wurde das öfter gemacht hier oben.“

Am Ende der DDR gab es in den Nordbezirken keine zehn jüdischen Gemeindeglieder mehr. Doch nach der friedlichen Revolution kamen Anfang der 90er-Jahre Zigtausende jüdische Kontingentflüchtlinge nach Deutschland – auch nach Mecklenburg-Vorpommern. Heute leben dort in den jüdischen Gemeinden mehr als doppelt so viele Menschen wie vor dem Holocaust.

Michael Hollenbach, „Vom Überleben einer Minderheit“, in: Deutschlandfunk vom 17. Oktober 2015

Optimismus und Zukunftsglaube gefordert wurden, nicht Erinnerungs-, sondern Verdrängungsleistung gefragt.“

Zur Erklärung für das Unvermögen der politisch Verantwortlichen in der DDR, eine tragfähige Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur und ihren Verbrechen zuwege zu bringen oder auch nur zuzulassen, diente häufig die „Dimitroffsche Definition“ des Faschismus. Der bulgarische Funktionär Georgi Dimitroff (1882–1949), damals Generalsekretär der Kommunistischen Internationale (Komintern), hatte auf dem VII. Weltkongress seiner Organisation 1935 den Faschismus als „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ bezeichnet.

Diese Deutung dominierte die theoretische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Schule und Universität der DDR. Die „Dimitroffsche Definition“ ermöglichte es ihr, sich als naturgegeben antifaschistisch zu verstehen: Da in der ehemals sowjetisch besetzten Zone der Sozialismus aufgebaut würde, hätten „die am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ dort keine Möglichkeit, ihr unheilvolles Wirken zu entfalten. Die DDR war nach Auffassung der SED der moralisch überlegene Gegenentwurf zur Bundesrepublik und hatte es demzufolge nicht nötig, sich mit Fragen von deutscher Schuld und Verantwortung auseinanderzusetzen. Die Interpretation des deutschen Nationalsozialismus als der aggressivsten Form des Kapitalismus verkürzte die Analyse vor allem um die rassistisch und antisemitisch motivierten Verbrechen jener Jahre.

Das in der Öffentlichkeit des vereinigten Deutschlands dominierende Narrativ behauptet demzufolge, im Unterschied zur Bundesrepublik habe es in der DDR keine wie auch immer geartete Auseinandersetzung mit der Shoah gegeben. Einblicke in die offiziellen Verlautbarungen der DDR zu Massenmord und Vertreibung der Jüdinnen und Juden Europas in der NS-Zeit und zum modernen Staat Israel scheinen diesen düsteren Eindruck zu bestätigen. Mit der staatlich verordneten Perspektive ist das Gesamtbild jedoch nicht hinreichend erfasst. Neben der „offiziellen Lesart“, wie sie in Medien und Lehrplänen vortragen wurde, sollte auch die andere Perspektive Berücksichtigung finden, die sich in Büchern, Filmen, Veranstaltungen und kirchlichen Aktivitäten um Kenntnisse über jüdische Geschichte und Kultur bemühte und eine Auseinandersetzung mit der Shoah zum Ziel hatte.

Von den Anfängen bis zum Beinahe-Abbruch jüdischen Lebens (1945–1953)

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entschieden sich viele kommunistisch oder sozialdemokratisch sozialisierte Emigrantinnen und Emigranten bewusst für die SBZ/DDR als ihre Wahlheimat. Sie wollten am Aufbau eines besseren, eines antifaschistischen Deutschlands mitwirken. Diese Hoffnung spiegelt sich auch in den Autobiografien vieler jüdischer Überlebender, die in der DDR ein neues Zuhause fanden – wie zum Beispiel bei Helmut Eschwege (1913–1992). Er war einer der wenigen DDR-Autoren, denen es (wenn auch unter großen Mühen) gelang, Sachbücher zu jüdischen Themen und zur Shoah zu veröffentlichen.

In seinen 1991 erschienenen Erinnerungen bemerkt er zu seinen Motiven, sich nach 1945 in der SBZ/DDR anzusiedeln:



Der Komponist Paul Dessau und die Schriftstellerin Anna Seghers, 1975. Sie flohen 1933 ins Exil und zogen kurz nach der Staatsgründung in ihre Wahlheimat DDR.

„Auf den Gedanken, in die damalige sowjetisch besetzte Zone Deutschlands einzuwandern, kam ich, als die linken Pressorgane über die unterschiedlichen Verhältnisse in den besetzten Zonen berichteten. Ich las vom Willen der Arbeiterparteien in der damaligen Ostzone, das Potsdamer Abkommen über die Entnazifizierung und Bekämpfung der Rassenhetze in die Tat umzusetzen. Hinzu kam – und vielleicht war das auch der wesentliche Grund –, daß mehrere Freunde in Israel bereits beschlossen hatten, in die Ostzone zurückzukehren. [...] Heute überlegend, ob ich 1946 den richtigen Weg gewählt habe, möchte ich sagen, daß ich die Jahre seither mit allen Tiefen und Höhen nicht missen möchte.“

Maxim Leo (geb. 1970), der Autor einer „ostdeutschen Familiengeschichte“, kann als repräsentativer Vertreter der dritten Generation einer in die SBZ/DDR migrierten deutsch-jüdischen Familie gelten. Über die Hoffnungen seines kommunistisch geprägten Großvaters Gerhard Leo (1923–2009) mutmaßt er: „Eines [...] blieb an ihm kleben: dieses Gefühl, eigentlich nirgendwo zu Hause zu sein. Ich glaube, dieses Gefühl hat Gerhard noch lange mit sich herumgetragen. Es war vielleicht sogar der wichtigste Grund für ihn, später in die DDR zu gehen. In dieses Land, in dem so viele Heimatlose nach einem neuen Anfang suchten.“

Zwar stiegen tatsächlich auch jüdische Funktionäre in die Führungsetagen der Staats- und Parteiführung auf, doch die Erwartungen der meisten Rückkehrenden erfüllten sich nicht. Sie konnten nicht ahnen, dass die Entwicklung der Sowjetischen Besatzungszone längst im Sinne eines stalinistischen Staatssozialismus vorherbestimmt war. Zudem gerieten die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus wie auch der Wiederaufbau des geteilten Landes in den Sog des Kalten Krieges. Es etablierte sich eine Art Wettbewerb der Systeme darum, wer mit welcher Legitimität den glaubwürdigeren Bruch mit Shoah, Krieg und Völkermord vollzogen habe. Der Konsens der Siegermächte, durch Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung und Entflechtung der Konzerne eine neue Ära in den besetzten Territorien einzuläuten, zerbrach allzu bald. In der Folge wurden die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens von der Sowjetunion auf der einen und den westlichen Alliierten auf der anderen Seite unterschiedlich interpretiert. Auf der Strecke blieb dabei die Frage nach konkreter Schuld und Verantwortung für die Verbrechen der NS-Diktatur.



picture alliance / zb | Manfred Krause

Das 1929 in Berlin eingeweihte Kredithaus Jonaß wird in den 1930er-Jahren „arisiert“ und als Zentrale der Hitlerjugend genutzt. Zu DDR-Zeiten wird es zunächst Sitz des ZK der SED und später Institut für Marxismus-Leninismus. Eine Entschädigung oder Rückgabe verweigert die SED.

Im Jahre 1949 erklärte man die „Etappe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ (und mit ihr die systematische Entnazifizierung) in der DDR kurzerhand für beendet und ging unmittelbar zum „Aufbau des Sozialismus“ über. Die herrschende SED wurde – nach sowjetischem Vorbild – endgültig in eine stalinistisch geprägte „Partei neuen Typs“ umgeformt. Der Einfluss Stalins setzte auch in der Frage von Entschädigungen und Rückgabe die entscheidenden Akzente: Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) zeigte sich nicht an einer Restitution der von den Nationalsozialisten enteigneten Unternehmen interessiert, schon um eigene Reparationsansprüche zu realisieren (Befehl Nr. 64 der SMAD vom 17.4.1948). Zusätzlich bemühte man den „Aufbau des Sozialismus“ als Argument gegen eine Rückübertragung zum Beispiel jüdischen Eigentums: Bereits im Jahre 1948 wurde die „Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse“ im Sinne des Sozialismus festgeschrieben. Im Zuge dessen legte der Gesetzentwurf „Über die Betreuung der Verfolgten des Naziregimes und die Vorbereitung für Wiedergutmachung“ vom 26. Januar 1948 die Umwandlung „kapitalistisch“ geführter Betriebe und Einrichtungen in Volkseigentum als unumkehrbar fest.

Die im selben Jahr (1948) erschienene Broschüre Siegbert Kahns (1909–1976) „Antisemitismus und Rassenhetze“ setzte hingegen völlig andere Akzente. Der Autor, ein KPD-Funktionär, marxistischer Ökonom und Direktor des Deutschen Wirtschaftsinstituts in der DDR, resümierte seine Abhandlung über die Jahrhunderte währende Verfolgung von Jüdinnen und Juden folgendermaßen:

„Die Ausrottung des Antisemitismus und jeder Form des Rassenhasses aus dem Denken und Handeln des deutschen Volkes ist eine unerläßliche Voraussetzung seiner demokratischen Wiedergeburt. [...] Neben der Bestrafung und Enteignung der Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten, die in allen Teilen Deutschlands durchgeführt werden muß, ist auch die Bestrafung aller jener Verbrechen gegen die Menschlichkeit notwendig, die in Deutschland bereits vor Ausbruch des Krieges begangen worden sind und für die der Nürnberger Kriegsverbrechert Hof sich als unzuständig erklärt hat. Jeder Deutsche, der jüdisches oder anderes fremdes Eigentum angetastet oder im Verlauf der ‚Arisierung‘ erschlichen hat, jeder, der sich an Unschuldigen vergangen, der jüdische oder ausländische Zwangsarbeiter mißhandelt oder ausgebeutet hat, sie alle müssen der strafenden Gerechtigkeit ausgeliefert werden. Wenn erst der letzte Deutsche begriffen hat, daß es keine ‚Herrenrasse‘ und keine ‚Rechte der Herrenmenschen‘ gibt, sondern daß jedes Vergehen gegen die elementarsten Gesetze auch seine Strafe findet, dann ist der wichtigste Schritt zur völligen moralischen Genesung des deutschen Volkes, zur Wiederherstellung seiner Ehre und zu seiner Anerkennung als gleichberechtigte zivilisierte Nation zurückgelegt.“ Damit war ein Maßstab formuliert, an dem letztlich beide deutsche Staaten scheitern sollten.

Als die bundesdeutsche Regierung 1952 das Luxemburger Abkommen mit Israel unterzeichnete, geriet auch die DDR unter Zugzwang, Entschädigungsleistungen an Israel zu vereinbaren. Die SED-Führung zog sich jedoch darauf zurück, dass sie die im Potsdamer Abkommen für sie festgelegten Reparations-

leistungen an die Sowjetunion und die sozialistischen Länder sowie die „Ausrottung des Faschismus mit Stumpf und Stiel“ bereits hinlänglich erfüllt habe und daher zu keinerlei weiteren Entschädigungen hergenommen werden dürfe. Diese Position wurde im Grunde bis zum Ende des ostdeutschen Staates aufrechterhalten.

Mit dem Ende der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ erstarrte die Selbstdefinition der DDR als antifaschistisches Deutschland gänzlich zu einer Legitimierungsstrategie: Der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus und das Bündnis mit der Sowjetunion wurden zum Markenkern des ersten sozialistischen Staats auf deutschem Boden erklärt. Letztlich wurde mittels dieser ideologischen Konstruktion die gesamte DDR-Bevölkerung pauschal von der Nachfrage nach einer Verstrickung in nationalsozialistische Verbrechen entlastet.

Von spätstalinistischer Verfolgung und den Anfängen antizionistischer Propaganda

Die letzten Jahre der Herrschaft Stalins waren durch eine weitere Verfolgungswelle geprägt, die im Vorgehen gegen die sogenannte Ärzteverschwörung 1952–1953 gipfelte. Letzteres richtete sich vor allem gegen jüdische Mediziner, die angeblich geplant hatten, hohe Partei- und Militärfunktionäre der Sowjetunion zu vergiften. Die antisemitische Paranoia Stalins zeitigte allerdings schon deutlich früher verheerende Auswirkungen – insbesondere auf das jüdische Kulturleben. Als Initialereignis gilt der Tod des sowjetischen Regisseurs Solomon Michoels (1890–1948). Der Vorsitzende des Jüdischen Antifaschistischen Komitees (JAK) kam in Minsk unter ungeklärten Umständen ums Leben. Zeitgleich wurden wichtige jüdische Institutionen geschlossen. Begleitet von zahlreichen Festnahmen, entfaltete die sowjetische Presse eine Kampagne gegen die als „wurzellose Kosmopoliten“ gebrandmarkten Jüdinnen und Juden, die auch von anderen Ländern des Ostblocks aufgegriffen wurde. Im November 1949 wurde das JAK aufgelöst und seine Mitglieder wurden verhaftet. „Kosmopolitismus“ und die „imperialistische Verschwörung“ etablierten sich seither als Standardvorwürfe gegen jüdische Bürgerinnen und Bürger innerhalb des sozialistischen Lagers.

Seinen Tiefpunkt erreichten die antisemitischen Verfolgungen außerhalb der Sowjetunion mit dem berühmten Prager Slánský-Prozess vom 20.–27. November 1952. Von den vierzehn Mitgliedern der Kommunistischen Partei der Tschechoslowa-

kei, die einer „trozkistisch-titoistisch-zionistischen Verschwörung“ angeklagt und für schuldig befunden wurden, waren elf Juden. Nur drei der Verurteilten überlebten das Verfahren.

Die „Entlarvung“ zionistischer Verschwörer wurde auch in der DDR eifrig betrieben. Hier traf es vor allem die sogenannten Westemigrantinnen und -emigranten – darunter etliche Jüdinnen und Juden, die während der NS-Zeit nicht in der Sowjetunion Zuflucht suchen konnten oder wollten. Ihnen wurde pauschal unterstellt, „imperialistischen Kreisen“ Einfluss auf den ersten sozialistischen Staat verschaffen zu wollen. Als das perfideste und zugleich einflussreichste Dokument jener antisemitischen Verfolgungswelle in der DDR erwiesen sich die „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slánský“, ein Beschluss des Zentralkomitees der SED vom 20. Dezember 1952. Darin heißt es: „Der Prozeßverlauf in Prag und die Aussagen einiger der angeklagten Verbrecher beweisen, daß es eine Methode dieser Verbrecher war, wachsame, fortschrittliche Genossen durch die Bezeichnung des Antisemitismus zu diskreditieren. [...] Die zionistische Bewegung hat nichts gemein mit Zielen der Humanität und wahrhafter Menschlichkeit. Sie wird beherrscht, gelenkt und befehligt vom USA Imperialismus, dient ausschließlich seinen Interessen und den Interessen der jüdischen Kapitalisten.“

Nur wenige Jahre nach dem Ende der Shoah verbreitete eine Partei, die sich kurz zuvor noch einer „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ gerühmt hatte, antisemitische Vorurteile wie die Verschwörung zur Vergiftung oder die enge Verbindung zwischen Judentum und Finanzkapital. Die einzigen Zugeständnisse an die besondere Situation der deutschen Kommunisten könnten darin bestanden haben, dass es in der DDR zu keinem regelrechten Schauprozess (mehr) kam und dass der als Galionsfigur auserkorene Hauptangeklagte, der Gewerkschafter und Kommunist Paul Merker (1894–1969), kein Jude war. Die klar antisemitisch unteretzten Vorwürfe in den „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slánský“ richteten sich gegen einen Menschen, dessen einzige „Schuld“ darin bestand, sich bereits während seines Exils in Mexiko für eine Restituierung jüdischen Eigentums und die Gründung eines jüdischen Staates in Israel eingesetzt zu haben. Neben Paul Merker wurden zahlreiche weitere (auch jüdische) Westemigrantinnen und -emigranten als wahlweise „zionistische“ oder amerikanische Agenten bespitzelt, „entlarvt“, verhört und verhaftet.

Alfred Kantorowicz (1899–1979), ein jüdischer Publizist und Literaturwissenschaftler, kam 1957 seiner Verhaftung durch Flucht in die Bundesrepublik zuvor, wo er zwar frei publizieren durfte, aber als ehemaliges SED-Mitglied Benachteiligungen erdulden musste. In seinem „Deutschen Tagebuch“ kommentierte er die Begleitumstände der Slánský-Prozesse: „Das ist die Sprache Streichers, die Gesinnung Himmlers, die Atmosphäre der Gestapoverhöre und der Volksgerichtshofverhandlungen unter Freislers Vorsitz, die ‚Moral‘ der Menschenschlächter von Dachau und Buchenwald, der Vergaser von Auschwitz und Majdanek. Es ist unmenschlich. Hitler, du hast Schule gemacht – nicht nur im Westen ..., sondern auch im Osten.“



Rudolf Slánský am 1. November 1952 bei einer Anhörung im Gerichtssaal in Prag beim Slánský-Prozess, offiziell „Prozess gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slánský an der Spitze“.

Jüdische Gemeinden in der DDR

Sinkende Mitgliederzahlen

Im Zuge der antisemitischen Verfolgungen jener Jahre sahen sich die jüdischen Gemeinden im Osten Deutschlands wachsenden Repressionen ausgesetzt und wurden systematisch vom Ministerium für Staatssicherheit überwacht. Jüdische Mitglieder der SED zogen sich bereits 1951 aus den Gemeinden zurück. Angesichts der akut bedrohlichen Situation entschieden sich am 13./14. Januar 1953 fünf der acht Vorsitzenden jüdischer Gemeinden in der DDR zur Flucht in den Westen. Mit ihnen verließen etwa 400 bis 500 Jüdinnen und Juden, insgesamt circa 20 Prozent der Gemeindemitglieder, den „sozialistischen“ deutschen Staat.

Nach der Shoah war es eigentlich für die meisten kaum vorstellbar gewesen, in Deutschland je wieder jüdisches Leben zu etablieren. Dennoch hatten sich in den Nachkriegsjahren die eigentlich nur als Durchgangsstation zu einer Emigration gedachten Gemeinden zu dauerhaften Einrichtungen verfestigt. Die zahlenmäßig größte unter ihnen war die (noch nicht in Ost und West geteilte) Berliner jüdische Gemeinde, die Anfang 1946 noch 7070 Mitglieder zählte. Daneben gründeten sich etliche weitere Gemeinden, unter denen die Leipziger innerhalb der SBZ/DDR die größte war (1946: 300 Mitglieder). Kleinere Gründungen mit weniger als 20 Mitgliedern wie Plauen, Jena, Gera oder Eisenach stellten Ende der 1940er-/Anfang der 1950er-Jahre ihre Tätigkeit wieder ein. Neben Leipzig und Berlin-Ost überdauerten auf dem Gebiet der DDR die Gemeinden in Dresden, Erfurt, Halle/Saale, Chemnitz bzw. Karl-Marx-Stadt, Magdeburg und Schwerin. Nach den Repressionen der frühen 1950er-Jahre sanken die Mitgliederzahlen beträchtlich – in Leipzig beispielsweise von 317 (1950) auf 173 im Sommer 1953. Für das Jahr 1955 wies die Statistik nur noch 1715 Mitglieder für alle jüdischen Gemeinden der DDR aus. Dies zeigt einen deutlichen Verlust an, wenn auch nicht der gesamte Rückgang auf das Konto der antisemitischen Verfolgungen gegangen sein mag.

Die verlorene jüdische Identität?

Das spirituelle Leben in den jüdischen Gemeinden im Osten Deutschlands litt jedoch nicht nur unter dem dramatischen Rückgang an Mitgliedern, sondern auch unter dem Mangel an elementarer Infrastruktur, an fehlenden Bildungsmöglichkeiten und rabbinischer Begleitung. Nach der weitgehenden Zerstörung der jüdischen Einrichtungen während der NS-Zeit war es äußerst schwierig, Tora-Rollen oder Gebetbücher, Literatur über jüdische Festtage oder koschere Lebensmittel zu beschaffen. Zudem war die weit überwiegende Mehrzahl der in der DDR verbliebenen Jüdinnen und Juden areligiös sozialisiert, hatte also längst jede Bindung an die Tradition ihrer Vorfahren aufgegeben. Nach dem Ende der DDR verstärkte sich in der Generation der Kinder und Enkel der Wunsch, die verloren gegebene jüdische Identität zurückzugewinnen, was in einer größeren Anzahl von biografischen und literarischen Recherchen zu beobachten ist.

Durch Stalins Tod am 5. März 1953 und die nachfolgende Kurskorrektur der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) flaute die unmittelbare Repression gegen die Jüdinnen und Juden innerhalb und außerhalb der Gemeinden ab. Die meisten Verfolgten wurden aus der Haft entlassen; manch einer an Körper und Seele gebrochen. Andere – wie der einstige Chefredakteur des SED-Parteizeitung „Neues Deutschland“, Lex Ende (1899–1951) – überlebten den Parteiausschluss und die „Bewährung in der Produktion“ nicht. Erst im Jahre 1989 wurde er „rehabilitiert“.

Die jüdische Gemeinde Leipzig zählt 1946 300 Mitglieder und ist damit die größte in der SBZ/DDR; hier Mitglieder bei einer Denkmalseinweihung am 8. Mai 1951



Bildarchiv Pilsarek/alg-images

Sozialistische Staatsbürger jüdischen Glaubens? Die 1960er- und 1970er-Jahre

Insbesondere der Antisemitismus der späten Stalin-Ära sowie die Hinwendung des Ostblocks zu den arabischen Ländern in den frühen 1960er-Jahren verhinderten eine kontinuierliche Entwicklung der jüdischen Gemeinden im Osten Deutschlands. Diese führten in der Regel ein Nischen- und Schattendasein abseits öffentlichen Interesses. Manchmal allerdings wurden die „Vertreter jüdischen Lebens“, wie es in den Zeitungen der SED oder der mit ihr verbündeten Blockparteien zumeist hieß, unfreiwillig ans Licht gezerrt – wenn es nämlich darum ging, die vermeintlichen Untaten des Staates Israel in Resolutionen oder Leserbriefen anzuprangern.

Eine kleine, eingeschworene Gemeinschaft

Alle jüdischen Familien hatten Tote zu beklagen, die meisten Synagogen waren in der Pogromnacht verbrannt. Und trotzdem entschieden sich einige, ins Land der Täter zurückzukehren oder zu bleiben. Manche setzten große Hoffnungen in die DDR, die sich als antifaschistischer Staat definierte. Doch wie lebten Juden in dem atheistischen Land? [...]

Renate Aris überlebte den Holocaust versteckt in Dresden, ihr Vater war dort nach dem Krieg 30 Jahre lang Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde. Seit den 1960er-Jahren lebt sie in Chemnitz.

Nach dem Krieg begann für die Familie ein neues Leben in Deutschland. Ein Neuanfang im Land der Täter? Diese Frage stellte sich so nicht, wie sich Renate Aris erinnert. Nach Jahren der Angst, endlich ein normales Leben führen, in die Schule gehen zu können – das allein zählte für das junge Mädchen. [...]

In Dresden, wo die Familie [...] Aris lebte [...], gab es nach 1945 keine Synagoge mehr – sie war in der Pogromnacht und den Tagen danach zerstört worden. So erlebte Renate Aris 1948 ihre Bat Mizwa in dem Gemeindehaus in Dresden-Neustadt, als erste nach dem Krieg:

„Als ich die zehn Gebote auf Hebräisch vortrug, war plötzlich ein ganz lautes Schluchzen zu hören. Normalerweise ist eine Bat Mizwa Anlass zur Freude für die Familie und die Gemeinde. Man wird in die Erwachsenengemeinschaft aufgenommen. Ich fragte eine alte Dame, die lange im KZ war, warum? „Ja, sagte sie: Wir haben jahrelang täglich dem Tod ins Auge geschaut. Dass wir noch einmal so ein wichtiges Fest erleben, hätten wir uns nicht träumen lassen.“ (Renate Aris) [...]

Die DDR verurteilte Antisemitismus und finanzierte in Erfurt und Dresden Anfang der 1950er-Jahre den Bau oder Umbau der Synagogen – als „Akt der Wiedergutmachung“. Aber einfach war es damals nicht für die Juden im Osten. 1952 und 1953 wurden unter Stalin jüdische Intellektuelle verfolgt – das verbreitete auch in der DDR Schrecken in den jüdischen Gemeinden. Religiös gebunden zu sein, galt als Relikt aus vor-sozialistischen Zeiten.

Den neu gegründeten Staat Israel hatte Stalin als imperialistischen Feind definiert. Jüdischen Gemeinden standen so in Verdacht, potenzielle Agentenzentren für den Westen zu sein. Gerade aktive jüdische Gemeindeglieder verließen den vermeintlich „besseren Teil Deutschlands“ wieder gen Westen.

Die Hallstein-Doktrin/Beziehungen zu Israel

Die ohnehin antizionistische Ausrichtung der DDR wurde durch den Anspruch der Bundesrepublik Deutschland verschärft, die einzig legitime Vertreterin des deutschen Volkes zu sein. Jener „Alleinvertretungsanspruch“ fand seinen Ausdruck in der (zu Unrecht) nach Staatssekretär Walter Hallstein benannten Grundlinie, der Hallstein-Doktrin (1955–1969). Sie besagte, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eines Staates mit der DDR als „unfreundlicher Akt“ gegenüber der BRD angesehen und auf den mit nicht näher bezeichneten Gegenmaßnahmen reagiert werden würde.

Die Hallstein-Doktrin führte zu einer Art Wettbewerb der beiden Staaten um die exklusive Gunst anderer Länder und zu einer spiegelbildlichen An- und Aberkennung diplomatischer Beziehungen. Als der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser

„Der Dresdner Vorstand ist geschlossen weggegangen. Die Menschen hatten einfach Angst, dass diese politische Situation, wie sie sich in der Stalin-Ära in dieser Zeit war, überschwappt.“ (Renate Aris)

Nach Stalins Tod 1953 ließ der Druck nach. Die Familie [...] Aris [...] [blieb] im Land und zeigte [...] sich auch in Folge weitestgehend staatstreu. Der DDR waren die Juden insofern wichtig, als sie ein Beleg für gelebten Antifaschismus sein sollten. Entschädigt, wie in der BRD, wurden die Juden nicht. Denn die DDR sah sich eben wegen ihrer Antifaschismus-Doktrin nicht als Rechtsnachfolger des NS-Regimes. Aber es gab Vergünstigungen; eine etwas höhere Rente, die Erlaubnis, öffentliche Verkehrsmittel kostenlos zu nutzen. [...]

Renate Aris lobt die ausgezeichnete ärztliche Betreuung durch die sogenannten VdN-Ärzte (VdN – Verfolgte des Nazi-Regimes): „Man ging dann zu diesen Ärzten. Wir konnten auch jederzeit, wenn der Arzt das für nötig hielt, eine Kur antreten. Das war hervorragend.“

Bis 1961 hatten „alle acht jüdischen Gemeinden in der DDR wieder ihr eigenes Heim“, wie die DDR-Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ zur Einweihung des Karl-Marx-Städter Gemeindehauses am 23. Oktober 1961 berichtete. Aber die Gemeinden waren klein und überaltert. Das erlebte auch Renate Aris, als sie nach Karl-Marx-Stadt, das heutige Chemnitz, zog, um am Theater als Kostümbildnerin zu arbeiten.

„Es war eine eingeschworene Gemeinschaft in der DDR, die Gemeinden wurden immer kleiner, es kam ja niemand hinzu. Ein Gottesdienst beispielsweise kann nur stattfinden, wenn zehn Männer da sind, die eine Bar Mizwa hatten. So viele gab es hier gar nicht mehr.“ (Renate Aris) [...]

Ende 1980er-Jahren lebten etwa 400 Jüdinnen und Juden in der DDR. Auf die Frage, ob sie sich als Minderheit gefühlt oder Antisemitismus erfahren habe, antwortet Renate Aris: „Ich habe persönlich keine Erfahrungen damit machen müssen. Aber das will nichts besagen. Wir haben gelebt, wie jeder DDR-Bürger auch.“ Nach der Wende hat sie die neuen Gemeindeglieder willkommen geheißen. Heute hat sie etwa 500 Mitglieder. [...]

Zeitzeugen berichten „Ich war ein DDR-Bürger und auch jüdisch“, MDR vom 9. Oktober 2020; www.mdr.de/religion/juedisches-leben/juden-in-der-ddr-renate-aris-herbert-lappe100.html



ulstein bild – AP

Im Nahostkonflikt bezieht die DDR deutlich Stellung zugunsten der arabischen Länder. Walter Ulbricht (l.) und Gamal Abdel Nasser (r.) unterzeichnen am 2. März 1965 während des Besuchs der DDR-Delegation in Ägypten das Kommuniqué.

Zweckgebundene Kursänderung: die 1980er-Jahre

(1918–1970) im Januar 1965 das Staatsoberhaupt der DDR, Walter Ulbricht, zu dessen erstem und einzigem Staatsbesuch außerhalb der Staaten des Warschauer Vertrages einlud, kam dies einem schweren Affront gegen die Bundesrepublik gleich. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel im Mai desselben Jahres waren die Fronten gewissermaßen geklärt. Nun brachen neun arabische Staaten die Beziehungen zum westdeutschen Teilstaat ab – erkannten die DDR aber erst 1969 diplomatisch an. Zu dieser Zeit hatte die DDR im Nahostkonflikt bereits deutlich und scharf Stellung zugunsten der arabischen Länder bezogen. Die Kritik am jüdischen Staat, die mit den Jahren und den wiederholten Kriegen zwischen Israel und den palästinensischen Akteuren bzw. ihren arabischen Verbündeten immer massiver und unsensibler vorgetragen wurde, belastete die jüdischen Gemeinden schwer. Die Angriffe auf den jüdischen Staat gipfelten darin, dass DDR-Medien das Vorgehen Israels im Jom-Kippur-Krieg 1973 oder im Libanonkrieg 1982 mit NS-Methoden gleichsetzten.

Die nur noch aus wenigen hundert Mitgliedern bestehenden jüdischen Gemeinden – 1971 waren es noch 1110 Mitglieder, zwei Jahre später nur noch 710 – ließen sich größtenteils nicht zu Propagandazwecken instrumentalisieren. Trotz wiederholter Aufforderung zu öffentlicher Stellungnahme lehnten die meisten Jüdinnen und Juden die Haltung der Partei- und Staatsführung zum Staat Israel ab. Dies galt insbesondere für die von der DDR unterstützte Gleichsetzung des Zionismus mit Rassismus, wie sie in der UNO-Resolution 3379 vom 10. November 1975 zum Ausdruck kam.

Als die DDR in den 1980er-Jahren in große ökonomische Schwierigkeiten geriet, schien sich das Blatt für die zahlenmäßig kaum noch messbare jüdische Gemeinschaft zu wenden. Die Staatsführung der DDR hoffte, durch eine Einladung zu einem offiziellen Staatsbesuch Erich Honeckers in die USA ihre internationale Reputation aufzuwerten. In diesem Zusammenhang strebte die Regierung der DDR danach, sich mit den wichtigsten jüdischen Organisationen und deren Repräsentanten gut zu stellen, ohne in der Frage der Entschädigung jüdischer Opfer größere Zugeständnisse machen zu müssen.

Eine ganze Reihe von gesellschaftlichen Aktivitäten wurde initiiert oder seitens der SED mit Wohlwollen oder direkter Unterstützung begleitet: Angehörige der Freien Deutschen Jugend (FDJ), der Jugendorganisation der SED, entkrauteten den jüdischen Friedhof in Weißensee, die „Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ wurde mit dem Ziel ins Leben gerufen, die Synagoge in der Oranienburger Straße wiederaufzubauen. Sogar der amerikanische Rabbiner Isaac Neumann durfte von Herbst 1987 bis zum Mai 1988 in der DDR amtieren – ein Experiment, welches allerdings schnell an den kaum miteinander zu harmonisierenden Erwartungen von Gemeinde und Rabbiner sowie erheblichen Mentalitätsunterschieden scheiterte.

Zum 50. Jahrestag der Pogromnacht im November 1988 organisierten das Ministerium für Kultur und der Staatssekretär für Kirchenfragen in Zusammenarbeit mit dem Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR im Berliner Ephraim-Palais eine große Ausstellung zur jüdischen Geschichte mit dem Titel



akg-images / picture-alliance / ZB / Reinhard Kaufhold



Ullstein bild - AP



akg-images / picture-alliance / ZB / Ulrich Haessler

Symbolische Grundsteinlegung für den Wiederaufbau der Synagoge in der Oranienburger Straße am 10. September 1988 in Anwesenheit von DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker (M.)

Der neu amtierende Rabbiner Isaac Neumann (3. v. r.) mit einer Torarolle bei der Wiedereröffnung der Berliner Synagoge in der Rykestraße, 23. September 1987
Dresdner Schüler pflegen im Juli 1988 die Grabstätten auf dem Neuen Jüdischen Friedhof.

Eine Geschichte, die noch zu erzählen ist: jüdischer Alltag in der DDR

Bereits in den 1980er-Jahren begannen sich einzelne Jüdinnen und Juden der zweiten und dritten Generation nach der Shoah für die Traditionen ihrer Familien zu interessieren. Einer von ihnen, Jochana'an Trilse-Finkelstein, erklärt dazu: „Sicherlich hat es mit der Gesamtsituation zu DDR-Zeiten zu tun, als das Jüdische nun nicht gerade unterdrückt wurde, aber im allgemeinen Antifaschismusbegriff unterging, und wenn Jüdisches vorkam, dann war es religiös. Wo blieb also der nichtreligiöse Jude?“

Innerhalb der binären Vorstellungswelt der Parteifunktionäre konnte es so etwas wie säkulares Judentum nicht geben: Kommunistinnen und Kommunisten waren selbstverständlich säkular, dann aber nicht wirklich jüdisch – oder sie waren jüdisch, dann aber religiös und also nicht kommunistisch. Für die Nachfahren derjenigen Jüdinnen und Juden, die bewusst in den Osten Deutschlands eingewandert waren, stellte sich die

„... und lehrt sie: Gedächtnis!“ Schulklassen und Arbeitskollektive fanden sich (nicht immer freiwillig) zur Besichtigung ein.

Das Schicksal der DDR war indessen längst besiegelt. Mit dem dramatischen ökonomischen Niedergang und der friedlichen Revolution von 1989 endete auch für die Jüdinnen und Juden im Osten Deutschlands das Leben in einem Staat, der sich selbst als antifaschistisch und sozialistisch deklarierte und seinen Bürgerinnen und Bürgern eine individuelle Stellungnahme dazu konsequent verwehrt hatte.

Situation jedoch anders dar. Sie hinterfragten die Ideale ihrer Eltern und Großeltern, die mit der Wirklichkeit im Sozialismus der DDR oft heftig kollidierten. Sie suchten nach ihrem Ort in der Gesellschaft, hatten es aber aufgrund der Andersartigkeit ihrer Familien – die sie zwar empfanden, aber nicht verstanden – schwerer, sich zu orientieren.

Erst nach dem Ende der SED-Diktatur schufen sich die Kinder und Enkel der einstigen Migranten ein eigenes Forum: den Jüdischen Kulturverein Berlin, der aus einer informellen Gruppe mit dem bezeichnenden Namen „Wir für uns – Juden für Juden“ hervorgegangen war.

Christlich-jüdische Beziehungen in der DDR

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Bearbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit, insbesondere des Genozids an den europäischen Jüdinnen und Juden, ebenso wie die Restitution jüdischen Lebens in der DDR eine Geschichte des Scheiterns war. Diese Analyse sollte jedoch um die Erkenntnis ergänzt werden, dass die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen auch im Westen Deutschlands zunächst wesentlich von einem individuellen bürgerschaftlichen Einsatz getragen war, der sich häufig massiven Widerständen gegenüber sah.

Ein solches zivilgesellschaftliches Engagement konnte unter den Bedingungen der Diktatur im Osten Deutschlands nicht in vergleichbarem Umfang gedeihen. Es gab jedoch zu jeder Zeit Menschen, denen es um eine gründliche und ernsthafte Bearbeitung der deutschen Schuld und um eine glaubwürdige Auseinandersetzung mit der Shoah ging. Sie mussten sich allerdings – anders als in der Bundesrepublik – in der Regel unter dem Dach der evangelischen Gemeinden zusammenfinden, um ihren Aktivitäten nachzugehen oder Recherchen zu unternehmen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an Arbeitskreise und Initiativen, wie die Aktion Sühnezeichen in der DDR oder die Arbeitsgemeinschaft Judentum und Christentum des Berliner Pfarrers Johannes Hildebrandt. Auch die feindselige Haltung des SED-Regimes gegenüber dem modernen Staat Israel traf innerhalb der Evangelischen Kirche der DDR auf Widerstand. So distanzieren sich deren Bischöfe in einer Erklärung der Konferenz der Kirchenleitungen am 10. Januar 1976 von der UNO-Erklärung zum Zionismus vom 10. November 1975.

Die zivilgesellschaftlichen Nischen unter kirchlichem Dach boten auch den wenigen jüdischen Aktivisten ein Forum, das sie anderenorts vermissten. Hier konnten sie ihre Themen einem Publikum vorstellen und diskutieren. Der Dresdener Jude Helmut Eschwege schildert in seinen Erinnerungen verschiedene Episoden seiner Vortragstätigkeit in Kirchgemeinden und Pfarrkonventen sowie Tagungen der evangelischen Akademien – beginnend etwa im Jahre 1954: „Der Anstoß zur Unterstützung und zur Zusammenarbeit mit der ‚Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit‘ ergab sich aus meiner Enttäuschung darüber, daß nach dem Slánský-Prozeß die regierende sozialistische Partei unter der Devise ‚Kampf dem Kosmopolitismus‘ den Antisemitismus propagierte. Vor allem deshalb suchte ich mir einen neuen Wirkungskreis, den ich in meiner Beschäftigung mit jüdischer Geschichte und Kultur und in den Bewegungen ‚Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum‘ fand, deren Verhalten zum Judentum sich grundlegend geändert hatte. Diese christlichen Kreise waren auf wenige Theologen und Gemeindeglieder und vor allem auf die Jugendbewegung ‚Aktion Sühnezeichen‘ beschränkt. [...] Ab 1979 beteiligte ich mich regelmäßig an den Jahrestagungen der Leipziger Arbeitsgemeinschaft ‚Kirche und Judentum‘,

die zum Teil auch in Dresden stattfanden. Meist waren etwa 50 Personen anwesend, ein Kreis, der die gehaltenen Referate auch weitertragen konnte, so zum Beispiel Pfarrer, Katecheten, Vikare, Theologiestudenten und andere. Die Referate behandelten vorwiegend jüdische Themen, und oft hatte ich eines übernommen.“

Aufarbeitung durch die Kultur

Außerhalb kirchlicher Kreise gab es für die Bevölkerung der DDR immerhin vielfältige Möglichkeiten, sich über die Shoah zu informieren. Zwar wurde in den offiziellen Verlautbarungen, in Schule und Universität, Betrieben und Parteiveranstaltungen, in Zeitungen und Jugendzeitschriften eine aggressive Propaganda gegen den modernen Staat Israel vorgetragen, die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus fanden jedoch selten explizit Erwähnung. Zur gleichen Zeit aber erzählte die Kinder- und Jugendliteratur der DDR von jüdischen Opfern der Shoah, zeigten landesweit laufende Kino- und Fernsehfilme zahlreiche Facetten der antisemitischen Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur auf. Schriftsteller und Dichter der DDR beschrieben differenziert die Ereignisse jener Jahre sowie den Umgang mit Tätern und (jüdischen) Opfern nach 1945. Es scheint, als hätte die DDR-Kulturpolitik das Verdikt ihrer Außen- und Bildungspolitik relativieren wollen.

Auch wenn die Haltung der SED-Führung zu Israel und zur Shoah durch nichts zu rechtfertigen ist; auch wenn die verhinderte Bearbeitung der individuellen und kollektiven Verantwortung im Osten Deutschlands als eine schwere Hypothek jener Zeit gelten muss: Die Positionen einer diktatorischen Führungsschicht waren und sind nicht zwingend identisch mit den Haltungen und Einsichten aller von ihnen beherrschten Menschen. Was die DDR-Bürgerinnen und Bürger über die Shoah wussten oder wissen konnten; ob sie sich von den zahlreichen künstlerischen Beiträgen zur jüdischen Geschichte Deutschlands mehr beeindruckt ließen als von der staatlich verordneten Ideologie sind Fragen, die noch ihrer Beantwortung harren.

2006 wird für eine Fotoausstellung ein Bild des Schauspielers Erwin Geschonneck retuschiert. Das Bild zeigt ihn in dem Film „Jakob der Lügner“ (1974), der als einziger DDR-Film für den Oscar nominiert wurde.



War die DDR ein antisemitischer Staat?

Die reale Staatspolitik, ja
von Anetta Kahane

Neulich hat mir ein DDR-Offizieller erzählt, dass es Juden, die in den Westen zurückkehrten, passieren konnte, dass ihr Restitutionsantrag von dem gleichen Beamten bearbeitet wurde, der schon ihre Enteignung abwickelt hatte; so etwas hätte in der DDR nicht passieren können, sagte der Mann. Ja, habe ich geantwortet, das konnte in der DDR nicht passieren, weil dort ein Jude keinen Rückgabeantrag stellen konnte. Antisemitismus war zwar nicht Bestandteil der Staatsräson, aber das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der DDR antisemitische Politik betrieben wurde. Man kann schon in den frühen 50er-Jahren ein systematisches Misstrauen des Staates sowohl gegenüber religiösen wie kommunistischen Juden nachweisen; es gab eine komplette „Judenliste“ in der SED. [...]

Der systematische Antisemitismus in der DDR drückte sich zum Beispiel in unterschiedlichen Rentenhöhen für jüdische und kommunistische Opfer des Nationalsozialismus aus. Den Juden wurde indirekt eine Mitschuld an ihrem Leid gegeben: Sie hätten ja nicht, wie die Kommunisten, gegen den Faschismus gekämpft, sondern sich ihrem Schicksal ergeben.

Bei all dem wählte sich die SED auf der marxistisch sicheren Seite: Der Faschismus galt in der Definition von Georgi Dimitroff, Generalsekretär der Komintern, als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. [...] Zwar außerhalb der Definition, aber doch leicht erkennbar, ist diese Behauptung antisemitisch konnotiert: Man denkt an den „reichen Juden“, den „jüdischen Banker“. [...] [Die DDR argumentierte], dass die Juden ja keine Nation oder Volk seien, sondern bloß eine Religion bildeten. Dieser Blick auf Juden hatte Auswirkungen auf die Ehrung der Opfer des Holocaust: Die Juden wurden unter den Gruppen der Ermordeten einfach nicht aufgelistet. Die seien ja Staatsbürger mit einer bestimmten Religion, hieß es. Aber jüdische Holländer wurden ja nicht ermordet, weil sie Holländer waren! Dass es die Juden waren, die ganz gezielt zu Opfern der Nazis wurden, verschwieg man systematisch. Ihr Andenken wurde gelöscht und abgelöst durch eine instrumentalisierte Geschichtsbetrachtung, die der Rechtfertigung der DDR als antifaschistischem Staat diene. Diese ideologisierte Erinnerung wurde benutzt, um im Kalten Krieg die Rolle des moralisch Überlegenen gegenüber dem von Nazipräsenz durchzogenen westdeutschen Staat zu spielen. [...]

Die ideologische Basis der DDR, ihre deutsche Geschichte und ihre Bevölkerung, die nach dem Ende des Krieges keinesfalls von einem anderen Stern, sondern aus dem gleichen Deutschland der Täter und Mitläufer kam, waren so etwas wie das Betriebssystem, auf dem Antisemitismus fortgeschrieben, betrieben und ignoriert wurde. [...] War die DDR also ein antisemitischer Staat? Ja und nein. Nein, weil der Antisemitismus nicht zur Staatsräson gehörte. Ja, weil die reale Staatspolitik immer von Antisemitismus durchsetzt war.

Nicht pauschal, nein
von Nora Goldenbogen

Ich denke in dieser Pauschalität kann man das nicht sagen. Erstens ist das eine Frage der verschiedenen historischen Phasen des Staates DDR, die man detailliert betrachten muss. Zweitens war der Antisemitismus in der DDR keine Staatsdoktrin. Deswegen bin ich vorsichtig, wenn es heißt, die DDR sei ein antisemitischer Staat gewesen. Außerdem besteht die Gefahr, damit die auf Antisemitismus beruhenden Menschheitsverbrechen der Nazis zu nivellieren.

Es gab Phasen in der DDR-Geschichte, in denen Antisemitismus in der politischen Ausrichtung eine Rolle gespielt hat. Vor allem zwischen 1949 und 1953, während der spätstalinistischen „Säuberungen“ in der SED und im Staatsapparat. [...] In dieser Phase kann man durchaus von judenfeindlichen Zügen in der Politik sprechen. [...]

Die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949 beurteile ich allerdings anders. Die Anfänge sahen Antifaschismus als Grundkonsens vor. Die Auseinandersetzung, warum der Antisemitismus zu den Grundlagen der NS-Ideologie gehörte, warum antisemitische Klischees so tief im Denken vieler Menschen verwurzelt waren, wurde allerdings auch damals schon viel zu selten geführt. [...]

Was die Situation der jüdischen Gemeinden im Osten Deutschlands betrifft, so sollte man auch hier historisch korrekt bleiben. Kurz nach 1945, als sich die ersten Gemeinden wieder gegründet hatten, gab es ein sehr enges Miteinander mit den jeweiligen Landesverwaltungen. Es gab Unterstützung und Akzeptanz. Viele Funktionäre der jüdischen Gemeinden waren davon überzeugt, dass es notwendig war, einen gemeinsamen Neuanfang zu wagen. [...] [Es] gab bis zum Ende der DDR eine ausreichende finanzielle Unterstützung für die jüdischen Gemeinden. Die Ausübung der Religion war gewährleistet, auch wenn sie nicht besonders gefördert wurde. Spätestens seit Ende der 60er-Jahre wurden die Gemeinden auch gesellschaftlich wieder stärker wahrgenommen. Probleme traten dann auf, wenn aus den Gemeinden und ihren Vorständen kritische Äußerungen zur Politik der DDR oder zur Haltung des Staates gegenüber Israel kamen. Aber ich weiß nicht, ob diese Konflikte unter dem Begriff Antisemitismus zu subsumieren sind, oder ob sie nicht eher etwas damit zu tun haben, dass gesellschaftliche Kritik und unterschiedliche Meinungen zu politischen Fragen von vielen Verantwortungsträgern in der DDR nicht zugelassen wurden. [...]

Unbedingt sollte aber noch ein generelles Defizit erwähnt werden, das die Geschichte der DDR durchzieht: die unzureichende Beschäftigung mit dem Judentum, sowohl im Schulunterricht als auch an den Universitäten. Das ist bis heute zu spüren. Ähnliches gilt für die Auseinandersetzung mit dem historischen Phänomen des Antisemitismus, seinen Wurzeln und Erscheinungsformen. Hier haben wir immer noch großen Nachholbedarf.

„War die DDR ein antisemitischer Staat“, in: Jüdische Allgemeine vom 13. November 2008

Im vereinten Deutschland

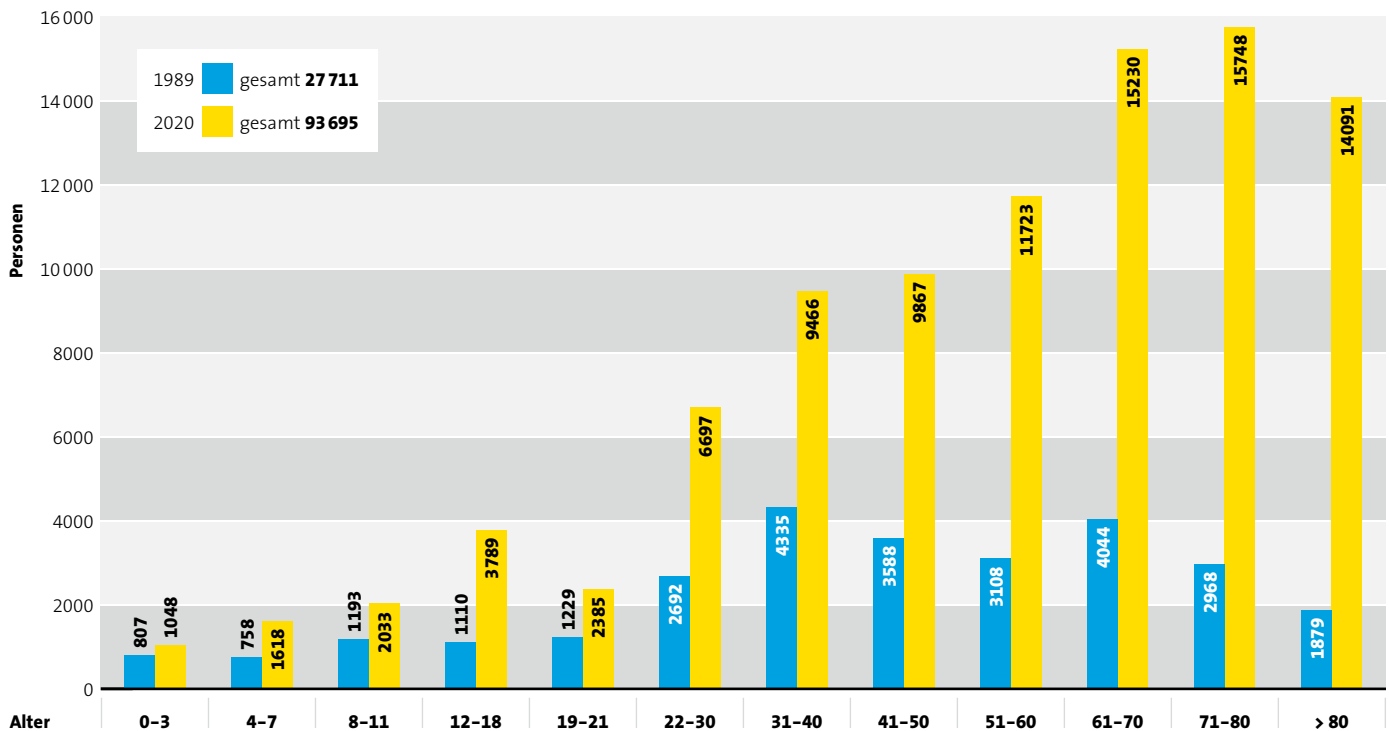
Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989, dem 51. Jahrestag des Novemberpogroms von 1938, läutete zwar nicht das vielfach vorhergesagte „Ende der Geschichte“ ein, aber immerhin eine nicht vorhersehbare Entwicklung für das jüdische Leben Deutschlands.

Mitglieder der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland 2020



Altersgliederung

Wachstumsvergleich der Jahre 1989/2020



Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland [Hg.], April 2021, S.8, in: Mitgliederzahlen Altersgliederung Wachstumsvergleich 1989 bis 2020

Die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung

Jüdische Gemeinden im neuen Deutschland

Die Öffnung der DDR und der Zerfall der Sowjetunion führten zu einer bedeutenden Erhöhung der Mitgliederzahlen jüdischer Gemeinden im wiedervereinten Deutschland. In der Sowjetunion lebten noch etwa 2 Millionen Juden, die nun frei waren, das Land zu verlassen, in dem sie kaum die Möglichkeit besaßen, ihre Religion frei auszuüben und das sie in vielerlei Hinsicht auch als Bürgerinnen und Bürger jüdischer Nationalität unterdrückt hatte. Etwa eine Million entschied sich für die Auswanderung nach Israel. Andere gingen, sofern sie ein Einwanderungsvisum erhielten, in die USA. Doch weit über hunderttausend jüdische Einwanderer kamen während der 1990er-Jahre aus der ehemaligen Sowjetunion ausgerechnet in das Land, das sie gemeinsam mit ihren Eltern und Großeltern weniger als 50 Jahre vorher auslöschten wollten. Ihre genaue Zahl lässt sich nur schwer ermitteln, weil sie davon abhängt, wie man definiert, wer Jude ist. Gemäß des jüdischen Religionsgesetzes, der Halacha, ist es nur das Kind einer jüdischen Mutter; in der Sowjetunion allerdings war es oft der jüdische Vater, der zu dem Eintrag „Jüdische Nationalität“ im Pass führte. Hinzu kommt, dass in der Gesamtzahl der sogenannten Kontingentflüchtlinge oftmals auch die zahlreichen nicht-jüdischen Familienangehörigen eingeschlossen sind. Daher weichen die diesbezüglichen Zahlen oftmals erheblich voneinander ab.

Im wiedervereinten Deutschland trafen sie auf eine kleine überalterte Gemeinde von weniger als 30 000 Personen, die

nun mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert waren, eine wesentlich höhere Zahl von Einwandererinnen und Einwanderern zu integrieren. Manche jüdischen Gemeinden verzehnfachten sich in nur wenigen Jahren, andere wuchsen nun auf eine Mitgliederzahl an, die selbst diejenige vor 1933 übertraf, und von Emmendingen im Südwesten bis nach Rostock im Nordosten Deutschlands wurden sogar eine ganze Reihe neuer jüdischer Gemeinden gegründet. Den Höchststand ihrer Mitgliederzahl erreichten die jüdischen Gemeinden Deutschlands im Jahr 2006 mit 108 000 Personen.

Neue Räume für jüdisches Leben

Die Veränderungen waren aber nicht nur quantitativer, sondern auch qualitativer Natur. So entstanden neue jüdische Schulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen, Schachclubs und Sportvereine, koschere Restaurants und gesellschaftliche Einrichtungen. In den Gemeinden, in denen die neuen Zugewanderten meist die Mehrheit bildeten, waren sie mit dem Problem konfrontiert, dass ihre Zugehörigkeit zum Judentum, die in der Sowjetunion im Sinne einer Nationalität definiert worden war, nun über die Definition einer Religionsgemeinschaft verlief. Auch wenn nur wenige der Zugewanderten regelmäßig die Synagogen besuchen, hat sich durch die zahlenmäßige Zunahme eine kritische Masse ergeben, die mittlerweile auch ihre eigenen Rabbiner und Religionslehrer in dafür geschaffenen Seminaren ausbildet. Während bis in die 1990er-Jahre Rabbiner aus dem Ausland nach Deutschland „importiert“ wurden, können die neu geschaffenen Rabbinerseminare in Deutschland inzwischen ausgebildete Juden ins Ausland „exportieren“.

Geschützter Alltag an der Heinz-Galinski-Schule

[...] Die Kinder hüpfen auf und ab, zupfen an ihren Sitzgurten, es ist der erste Morgen nach den Herbstferien. In einem weißen Minibus sitzen Elijah, Klasse 3a, Hannah, Eva und Amelie, Klasse 2a, und die viereinhalbjährige Marit, die noch in die Vorschule [...] Aber jetzt ist es so weit, Endhaltestelle: Heinz-Galinski-Schule.

An der jüdischen Grundschule in Berlin-Charlottenburg waren die Ferien besonders lang diesmal, erst fiel das jüdische Neujahrsfest Rosch ha-Schana in die Woche mit dem Tag der Deutschen Einheit, da blieb die Schule zu. Dann kamen zwei Wochen staatliche Herbstferien. Dann noch mal zwei jüdische Feiertage, Schemini Azeret und Simchat Tora, da werfen Eltern in der Synagoge Bonbons, Kinder sammeln sie auf. Jetzt endlich soll der Alltag wieder beginnen. Das normale Leben. Wenn jemand das so nennen möchte.

Der Minibus, in dem die Kinder hinter getönten Scheiben sitzen, hält vor einem Gebäude, das von einem Zaun umstellt ist. Metallstangen, Metallspitzen, Videokameras. Ein Tor öffnet sich, der Bus fährt hinein, das Tor schließt sich, dann kommen Sicherheitsleute mit Walkie-Talkies.

Vor vier Wochen hat ein Rechtsradikaler versucht, in eine Synagoge in der Stadt Halle einzudringen, er wollte die Betenden mit selbstgebauten Waffen töten. Er kam wie aus dem Nichts, sagen die Sicherheitsbehörden, und weil dies keine sehr beruhigende Erklärung ist, sehen die Kinder durch die Scheiben ihres Busses an diesem diesigen Morgen auch einen Polizisten, der ihre Schule bewacht.

Der Bus fährt weiter, die Schleuse öffnet sich nach innen auf den Hof der Schule. Die Wachleute, junge Männer in Jeans und Kapuzenjacken, geben Handzeichen. Auch die Lehrer kommen gerade zur Arbeit, aber durch einen anderen Eingang, an dem hinter einer dicken Glasscheibe ein junger Israeli sitzt und jedem von ihnen zuwinkt. Ein Metalldetektor fiept.

Normales Leben: So sieht das aus an einer Grundschule, die sich von anderen nur dadurch unterscheidet, dass die Kinder im Herbst Chanukkaleuchter aus Knetmasse basteln statt Adventskerzen. Dass sie an jüdischen Feiertagen freihaben und dafür mehr Nachmittagsunterricht absitzen müssen. Normaler Alltag, das heißt, dass sie das Verhalten bei einem Terrorangriff üben, und zwar schon bevor sie das Abc beherrschen. Es gibt dafür Probealarme, mehrmals im Jahr. Größte Herausforderung dabei ist: Die Kinder dürfen keinen Mucks machen.

[...] Hinter dem hohen Zaun in Berlin-Charlottenburg wuchert ein riesiger, verwilderter Garten, und es gibt eine Rutsche, die so hoch ist, dass die Kinder erst ab der dritten Klasse drauf dürfen. In der Mitte des Schulgeländes steht eine verwinkelte kleine Bastelwerkstatt, Tonfiguren trocknen auf der Fensterbank. Oder wie eine Mutter aus Frankfurt sagt, die früher selbst auf die jüdische Grundschule dort gegangen ist: Es gibt eine Geborgenheit. Als Annabelle G. ihre Tochter zum ersten Mal in die jüdische Schule in Frankfurt brachte und das Surren der Sicherheitsschleuse hörte, habe das ein vertrautes Gefühl in ihr ausgelöst. Dieses Geräusch. Dieser Raum mit den Videobildschirmen. „Den kannte ich noch.“ [...]

Annabelle G. schickt ihre Tochter gerne auf die jüdische Schule. Die Lehrerin sei toll, ihre Kinder knüpften Freundschaften zu Kindern, mit deren Eltern Annabelle G. selbst seit ihrer Kindheit befreundet ist. Und die Kinder lernten ihre jüdische Identität als etwas Positives kennen, ohne sich als Außenseiter

zu fühlen. Das sei wertvoll. „Aber nach Jom Kippur“, nach dem Anschlag in Halle, „hab’ ich mir gesagt, ich kann sie nicht mehr hinbringen.“

Sie hat mit ihrem Mann darüber gesprochen. Am Ende waren sie sich einig: Man kann der Gefahr nicht entgehen. Man muss mit ihr umgehen. Und man muss auch einsehen, dass es den Kindern nicht verborgen bleiben wird.

[...] Wenn die Kinder am Schabbat mit in die Synagoge gehen, steht auch dort Polizei vor der Tür, und manchmal fragen sie, warum. In der Oranienburger Straße in Berlin zum Beispiel stehen seit dem Anschlag in Halle vier Mann Wache. Keine netten älteren Herren mehr. Sondern junge Männer mit Maschinenpistolen. Es ist fast erleichternd, wenn man mit den Kindern an ihnen vorbei ist. Die Schleuse öffnet sich, die Schleuse schließt sich mit einem hydraulischen Zischen. Die Welt bleibt draußen.

Die Synagoge hat eine historische Fassade und eine goldverzierte Kuppel. Drinnen sieht es eher aus wie in einer alten Gesamtschule. Enger Fahrstuhl, Glastüren, Linoleumboden. Die Rabbinerin Gesa Ederberg, die jeden duzt und herzt, hatte neulich zum Schuljahresbeginn für alle Kinder Geschenktüten vorbereitet, beschriftet mit Namen. Im Gebetsraum hängen von Kindern gebastelte Bilder.

„Wir sagen unseren Kindern: Ihr seid jüdisch“, sagt Miron Kropp, er hat eine Tochter und einen Sohn an der jüdischen Grundschule in Berlin-Charlottenburg, als Kind ist er selbst dort hingegangen. „Andererseits: Man muss es nicht jedem zeigen.“ Das sei der Zwiespalt, den er furchtbar finde. Aber den könne man nicht wegdiskutieren. Die Kinder sollten sich nicht eingeschlossen fühlen. Sie sollen nicht mit dem Gefühl aufwachsen, sich verstellen zu müssen. Und trotzdem. [...] Für Eltern heißt das, sie müssen sich entscheiden, wie ehrlich sie sein wollen. Und Miron Kropp findet: Besser, man ist gleich ehrlich, „Kinder sind viel schlauer, als man denkt“. [...]

Ronen Steinke, „Mitten in Deutschland“, in: Süddeutsche Zeitung vom 8. November 2019



Geschützte Geborgenheit: Blick aus der Luft auf das umzäunte Grundstück der „Heinz-Galinski-Schule Charlottenburg“ in Berlin, Mai 2020

Willkommen bei Makkabi

Und er wächst und wächst und wächst. Der Sportverein Makkabi Frankfurt hat derzeit gut 1700 Mitglieder, Tendenz steigend. Eines der Mitglieder ist Max Eilingsfeld. Der 30-Jährige kam als Elfjähriger zu Makkabi, weil dort seine jüdischen Freunde aus der Schule Fußball spielten. „Damals hatten wir fünf oder sechs Jugendmannschaften“, erinnert sich Eilingsfeld, seit November 2018 Sportlicher Leiter des Vereins. Heute hat der Verein 19 Jugendmannschaften und es könnten noch mehr sein, wenn Makkabi Neumitglieder wegen mangelnder Kapazität nicht ablehnen müsste. „Pro Woche kriegen wir zehn Anfragen rein, das tut mir leid, vor allem für die ganz Kleinen.“

Eilingsfeld war im Jahr 2000 zu Makkabi gekommen, einer Zeit des Umbruchs im Verein, der damals 400 Mitglieder hatte. Seinerzeit entschied der Vorstand, sich zu öffnen. Weg von einem rein jüdisch orientierten Verein, hin zu einer Anlaufstelle für jeden Sportbegeisterten. Alon Meyer, heute Vereinspräsident und damals schon im Vorstand, erinnert sich, wie die Entscheidung zustande kam: „Wir haben erkannt, dass der Verein eine Möglichkeit bietet, Werte zu vermitteln. Mit dem Werkzeug Sport ist vieles möglich.“ Die Vereinsleben gelinge es, „das jüdische Leben im Unterbewusstsein weiterzugeben“, so Meyer, denn: „In der Schule über das Judentum zu sprechen, ist ja langweilig.“

Spannend werde es, wenn junge Moslems, die bei Makkabi kicken, von gegnerischen Spielern als vermeintliche Juden angefeindet werden. Das mache viele Jugendliche schon nachdenklich, mit solchen Vorurteilen konfrontiert zu werden. „Ich will nicht wissen, wie vielen Menschen wir schon die Berührungsgänge genommen haben“, sagt Meyer, der die Jugendlichen dann auch bei Veranstaltungen über ihre Erfahrungen berichten lässt.

Zur Öffnung gehört auch, dass Makkabi Frankfurt kein streng religiöser Verein ist. So wird auch am Sabbat, anders als bei Makkabi München, durchaus Fußball gespielt. Dies sei schon organisatorisch geboten, da schlecht die Fußballspiele von 18 Jugendmannschaften permanent verlegt werden könnten. Für die Weiterentwicklung eines Vereins sei dies andernfalls „ein großer Hemmungsfaktor“. Ein Verein wie jeder andere ist Makkabi Frankfurt aber sicherlich nicht. „Von normal kann keine Rede sein, wir sind im Kern jüdisch und bleiben auch jüdisch“, betont Meyer. Die hohen jüdischen Feiertage werden daher auch eingehalten. „An Jom Kippur wird nicht trainiert.“ Für Sportinteressierte jüdischen Glaubens gibt es daher auch keinen Aufnahmestopp, für jüdische Mitglieder müsse immer Platz sein. Die Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde und der Jüdischen Schule ist „perfekt“, sagt Meyer. Nicht zuletzt, weil sich die Büros des Vereins und der Gemeinde unter ein und demselben Dach im Westend befinden. [...]

Der Verein hat viele Mitglieder, die einen anderen Glauben haben. Nur etwa ein Drittel, schätzt Meyer, sei jüdischen Glaubens. Der kleine Ali gehört nicht dazu. Sein Vater Aziz, französischer Muslim mit marokkanischen Wurzeln, hat den Zehnjährigen bei Makkabi angemeldet, „weil sie eine sehr gute Jugendarbeit haben“. Berührungsgänge hat der Vater keine. Mit seiner Frau war er auch auf der Chanukka-Feier des Vereins. „Wir sind zehn Jahre jünger geworden“, schwärmt Aziz.

Es sind Begebenheiten wie dieses, die den Charme des Vereins ausmachen. Davon weiß auch Daniel Günther zu berichten. Der 17-Jährige spielt in der A-Jugend von Makkabi. Die Leis-



Bei den ersten jüdischen Bundesjugendspielen „Junior Games“ im Juni 2018 treffen sich auf dem Vereinsgelände von Maccabi München jüdische und nicht-jüdische Jugendliche zu verschiedenen Sportwettkämpfen.

tungen des Torhüters haben auch andere Vereine aufmerksam gemacht. Ein Jahr hat er bei Kickers Offenbach gespielt, dann kehrte er zu Makkabi zurück. „Es hat mir einfach keinen Spaß gemacht, für mich zählt nicht nur die Leistung. Ich will auch Freundschaften schließen. Das macht Makkabi aus, es ist sehr familiär“, sagt der 17-Jährige, der seinen Verein auch nicht im Stich lassen wollte. Makkabi noch mal den Rücken zu kehren, käme für ihn nur infrage, wenn er zum Studieren ins Ausland geht. „Ansonsten würde ich dem Verein immer treu bleiben“, verspricht Günther.

Die familiäre Atmosphäre des Vereins ist nicht nur hausgemacht. Denn seit Makkabi in den 80er-Jahren durch den Bau der A661 sein Domizil am Dachsberg in Preungesheim verlor, hat der Verein Platzprobleme, muss näher zusammenrücken und sich mehrere Sportstätten mit anderen Vereinen teilen, [...]. Doch diese Zeit soll bald vorbei sein. [...] Fünf Millionen Euro investiert der Verein, um bis 2023 fast alle Mitglieder unter einem Dach im Stadtteil Dornbusch vereinen zu können. Geplant sind unter anderem ein großes Multifunktionsgebäude mit Sporthalle, zwei große Kunstrasenplätze, ein Basketballplatz und ein Multifunktionsfeld. Wenn die neue Heimat im Schatten der Bundesbankzentrale bezogen ist, will der 1965 gegründete Verein auch erstmals Mädchen- und Frauenfußball anbieten. „Da bekommen wir jeden Tag Anfragen“, sagt Vereinspräsident Meyer. Spätestens mit dem Umzug wird Makkabi weiterwachsen. www.makkabi-frankfurt.de

Oliver Teutsch, „An Jom Kippur wird nicht gekickt“, in: Jüdisches Leben in Frankfurt. Reihe Frankfurter Rundschau Geschichte, Bd. 9/2019, S. 76–77



→ Mehr zum

jüdischen Sportverein Makkabi
erfahrt ihr in der bpb-Mediathek



Die Nachfrage nach koscherer Küche steigt: Bei „Feinkost Danel“ in der Münchener Prinzregentenstraße kann sich die Kundschaft entsprechend versorgen.

Berlin als Einwanderungsstadt junger Israelis

Eine weitere Einwanderergruppe, die vor allem Berlin zu ihrem Zentrum erkor, sind seit der Jahrhundertwende junge Israelis. Ihre genaue Zahl in der Bundeshauptstadt lässt sich nur schwer ermitteln, da die meisten von ihnen über ihren Zweitpass, den sie von ihren polnischen, ungarischen, rumänischen oder anderen Großeltern erhielten, in die Europäische Union einreisen. Man kann aber davon ausgehen, dass über 20 000 zumeist jüngere Menschen von Israel nach Berlin zogen. Manche von ihnen werden wohl nur vorübergehend bleiben, bevor sie wei-

Balagan, ein hebräischer Begriff aus der Theaterszene, heißt so viel wie „Verwirrung“. Am Balagan Day, hier am 4. November 2018, lädt das Jüdische Gemeindehaus Berlin zum Tag der offenen Tür ein, um jüdische Kultur mit allen Sinnen zu erleben. Unter anderem können Interessierte Kindern beim Basteln über die Schulter sehen.



terziehen oder zurück in ihre Heimat gehen. Andere werden in Berlin bleiben und ihre Kinder als Teil der deutsch-jüdischen Gemeinschaft großziehen. Bereits heute gibt es in Berlin eine ganze Reihe von Einrichtungen für diese neue Einwanderergruppe, von Kindergärten über hebräische Bibliotheken bis hin zu israelischen Spezialitätenrestaurants.

Die Transformation jüdischen Lebens

Die zahlenmäßige Veränderung im deutschen Judentum bildete die Voraussetzung dafür, dass sich die bereits in den 1980er-Jahren in der alten Bundesrepublik begonnene Transformation jüdischen Lebens auf einer gesicherten Grundlage entwickeln konnte. Diese Transformation beinhaltet

- religiöse Vielfalt,
- kulturelle Produktivität,
- politischen Pluralismus sowie die
- zunehmende Öffnung nach außen.

Im Folgenden sollen diese vier Aspekte jüdischen Lebens näher erläutert werden.

Religiöse Veränderung

Nach der Shoah war ein Großteil des religiösen jüdischen Lebens in Deutschland orthodox geprägt, weil die überwiegende Mehrheit der sich im religiösen Leben engagierenden Gemeindemitglieder aus Osteuropa stammte und nicht mit der in Deutschland des 19. Jahrhunderts entstandenen Reformbewegung des

liberalen Judentums vertraut war. Aus Nostalgie für die ausgelöschte Welt des osteuropäischen Shtetl besuchten viele Gemeindemitglieder orthodox ausgerichtete Gottesdienste, ohne freilich selbst einem orthodoxen Lebenswandel anzuhängen.

Eine Ausnahme in dieser orthodox geprägten Synagogenlandschaft bildeten die Gottesdienste der amerikanischen Armeeangehörigen, die teilweise auch von Mitgliedern der deutsch-jüdischen Gemeinschaft besucht wurden. Mit dem Abzug der meisten amerikanischen Streitkräfte verlagerten sich manche dieser Gottesdienste in die jüdischen Gemeinden hinein. Zudem war nun eine zweite Generation herangewachsen, die mit dem orthodoxen Gottesdienst im Shtetl nicht mehr vertraut war. Für sie spiegelte der liberale Gottesdienst ihre religiöse Überzeugung wider. Ab den 1990er-Jahren breiteten sich diese liberal geprägten Synagogen weiter aus. Es wurden die ersten Rabbinerinnen eingestellt und eine Dachorganisation für diese liberalen jüdischen Gemeinden, die Union progressiver Juden in Deutschland, geschaffen.

Mit der Einrichtung des Abraham-Geiger-Kollegs wurde 1999 das erste Rabbinerseminar in Deutschland nach dem Holocaust gegründet, ein liberales Rabbinerseminar. Später folgten auch orthodoxe und konservative Rabbinerausbildungsstätten. Die Zahl der in Deutschland amtierenden Rabbinerinnen und Rabbiner ist von etwa einem Dutzend während der 1980er-Jahre auf über 80 im Jahr 2020 angestiegen. Die 1979 gegründete Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg bildet zudem Lehrerinnen und Lehrer für den jüdischen Religionsunterricht aus. Mit dem Anwachsen der jüdischen Gemeinschaft stieg auch der Bedarf für diese Berufsausrüstung.

Kulturelle Produktivität

Auch im Bereich der säkularen jüdischen Kultur hat die Vielfalt deutlich zugenommen. Dies ist besonders im Bereich der Literatur zu sehen. Bereits in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts war eine neue Generation deutsch-jüdischer Schriftstellerinnen und Schriftsteller herangewachsen. Barbara Honigmann, Maxim Biller und Esther Dischereit mögen als profilierteste Vertreterinnen bzw. Vertreter dieser neuen deutsch-jüdischen Literatur gelten, die eigens auch jüdische Themen wählt. Dabei sind sich die Autorinnen und Autoren der Tatsache bewusst, dass es – im Gegensatz zur englisch- oder französischsprachigen jüdischen Literatur – in Deutschland weiterhin keine Selbstverständlichkeit ist, über das Jüdische zu schreiben. Vielmehr handelt es sich häufig um eine Zurschaustellung für eine nicht-jüdische Öffentlichkeit, in den Worten Esther Dischereits „eine Art von Prostitution – jüdische Prostitution –, ich weiß, aber die Alternative wäre zu schweigen“.

Aus diesen Zwängen heraus entwickelte sich mit zunehmendem Abstand zur Shoah ein Trend, sich ironisierend und provokativ mit dem Umgang des Judentums in der deutschen Gesellschaft auseinanderzusetzen. Der Film „Alles auf Zucker“ des in Berlin lebenden Schweizer Regisseurs Dani Levy wurde mit diesem Rezept zum Kassenerfolg; der Komiker Oliver Polak wurde mit seiner Show namens „Ich darf das, ich bin Jude“ bekannt; der Redakteur der Jüdischen Allgemeinen, Michael Wuliger, verfasste einen „Koscheren Knigge“, der verspricht, seine Leserschaft „trittsicher durch die deutsch-jüdischen Fettnäpfchen“ zu führen; Wladimir Kaminer's „Russendisko“ wurde in seinen eigenen Worten aus dem Gerücht heraus geboren, dass

Die wachsende Stabilität jüdischen Lebens spiegelt sich nicht zuletzt im religiösen Bereich wider. 1999 gründet sich das Abraham-Geiger-Kolleg an der Universität Potsdam als erstes Rabbinerseminar in Deutschland nach der Shoah. Am 18. Juni 2009 feiert die Jüdische Gemeinde in der Synagoge Rykestraße, Berlin, das zehnjährige Bestehen, die Ordination von drei Absolventen des Kollegs sowie den Studienabschluss des ersten dort ausgebildeten Kantors.



„Honecker Juden aus der Sowjetunion auf[nimmt], als eine Art Wiedergutmachung dafür, dass die DDR sich nie an den deutschen Zahlungen für Israel beteiligte“; Lena Goreliks Roman von 2011 „Lieber Mischa: ... der Du fast Schlomo Adolf Grinblum geheißten hättest, es tut mir so leid, dass ich Dir das nicht ersparen konnte: Du bist ein Jude“ greift bereits im Titel ironisierend den Umgang mit dem Wort Jude in Deutschland auf.

Die letzten beiden gehören zu den in Russland geborenen und in unterschiedlichem Alter nach Deutschland gekommenen Autorinnen und Autoren, die mit ihrer Literatur im deutschsprachigen Raum Anerkennung erhielten. Zu der jüngeren Generation preisgekrönter russisch-jüdisch-deutscher Autorinnen und Autoren zählen auch Olga Grjasnova, Dmitrij Kapitelman sowie die Dramaturgin Sasha Marianna Salzmann. Zusammen mit Mirna Funk, Linda Rachel Sabiers, Lana Lux, Dana von Suffrin und anderen haben sie die deutsch-jüdische Literaturszene kräftig aufgemischt. Für besondere Furore sorgte Max Czollek mit seinem Essay „Desintegriert Euch“, in dem er die traditionelle Rollenzuschreibung für die Juden im Nachkriegsdeutschland in Frage stellt (siehe S. 60 ff.).

Politischer Pluralismus

Während jüdische Autorinnen und Autoren in der jungen deutschsprachigen Literatur nicht zu übersehen sind, gibt es in der politischen Landschaft weiterhin kaum prominente jüdische Stimmen. Nach dem Ausscheiden des bisher letzten jüdischen Bundestagsabgeordneten Peter Blachstein im Jahre 1968 gab es keine sich zur jüdischen Gemeinschaft bekennenden Abgeordneten mehr im Bundestag, sondern nur gelegentlich auf regionaler und lokaler Ebene, wie etwa der amtierende Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann. Vertreterinnen und Vertreter der jüngeren zugewanderten Generation, wie die ehemalige politische Geschäftsführerin der Piratenpartei, jetzt Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, Marina Weisband, die anlässlich des Holocaustgedenktags 2021 neben der ehemaligen Zentralratsvorsitzenden Charlotte Knobloch im Namen der dritten Generation eine beeindruckende Rede im Bundestag hielt, sowie der Abgeordnete der Grünen im Europaparlament Sergey Lagodinsky, der sich auch in der jüdischen Gemeindepolitik in Berlin engagiert hatte. Sie mögen ein stärkeres parteipolitisches Engagement in der Zukunft andeuten, das von einem Engagement für jüdische Belange nicht getrennt werden muss.



Anlässlich der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2021 sprechen im Deutschen Bundestag Charlotte Knobloch (v.l.) und Marina Weisband.

Bereits in den 1980er-Jahren hatte sich abgezeichnet, dass es eine zunehmende Politisierung unter den deutschen Jüdinnen und Juden geben würde. Aufzeigen lässt sich diese zum einen anhand des großen Protestes gegen den Kohl-Reagan-Besuch auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg sowie einer Besetzung der Bühne aus Protest gegen die geplante Aufführung des als antisemitisch empfundenen Theaterstücks „Der Müll, die Stadt und der Tod“ von Rainer Werner Fassbinder in den Städtischen Bühnen Frankfurt am Main (siehe S. 66 ff.). In beiden Fällen waren es nicht der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, und seine Kollegen, von denen die Proteste ausgingen, sondern sie kamen in Bitburg von Seiten der jüdischen Studentenschaft und in Frankfurt von einer breiten Koalition jüdischer Gemeindeglieder unter Führung ihres Vorsitzenden Ignatz Bubis.

Zunehmende Öffnung nach außen

Nach dem Tod Werner Nachmanns und der Entdeckung, dass er als Zentralratsvorsitzender Wiedergutmachungsgelder veruntreut hatte, gelang es dem neuen Zentralratsvorsitzenden Heinz Galinski zunächst, wieder innere Ordnung in den Zentralrat zu bringen. Es war jedoch Galinskis Nachfolger Ignatz Bubis, der eine neue Ära jüdischer Politik in Deutschland einleitete. Wie keiner seiner Amtsvorgänger zuvor stand er im Rampenlicht der Medien. Er war in zahlreichen Talkshows zu sehen, engagierte sich politisch, als es zu Beginn der 1990er-Jahre zu fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Ostdeutschland kam, und erzählte über sein eigenes Überleben während des Holocaust in zahlreichen Schulbesuchen. Vor ihm hatte kein jüdischer Vertreter in Deutschland eine solche große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erhalten. Er wurde sogar als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten vorgeschlagen, lehnte dies allerdings ab. Dies war gewiss eine erstaunliche Entwicklung für jemanden, der ein halbes Jahrhundert vorher in einem KZ inhaftiert gewesen und lange Zeit als Immobilienhändler Zielscheibe der extremen Linken war. Unter Bubis wurde das Amt des Vorsitzenden des Zentralrats, das nun in Präsident umbenannt wurde, bekannter als jemals zuvor.

Bubis' Prominenz in der Öffentlichkeit hatte nicht nur mit seiner erfrischenden Offenheit zu tun, sondern auch mit dem wachsenden Interesse einer jüngeren Generation an der jüdischen Geschichte und Kultur. Zunächst betraf dieses Interesse vor allem die Geschehnisse der Vernichtung selbst, später er-



Die zunehmende Öffnung nach außen verkörpert Ignatz Bubis, der als damaliger Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht (hier 1997).

Der Militärrabbiner Zsolt Balla ...

Zsolt Balla ist nicht der erste Rabbiner im deutschen Militär. Schon im Ersten Weltkrieg, an dem auf deutscher Seite schätzungsweise rund 100 000 jüdische Soldaten teilnahmen, wirkten im deutschen Heer Feldrabbiner. Der bekannteste unter ihnen war sicherlich der liberale Gelehrte Leo Baeck.

Diese Tradition lebt wieder auf, wenn am Montag [21.06.2021] Zsolt Balla als erster Militärbundesrabbiner der Bundeswehr in sein Amt eingeführt wird. Balla wurde 1979 in Budapest geboren und hat, obwohl er selbst nicht in der Armee gedient hat, einen Bezug zum Militärischen: Sein Vater war ungarischer Oberleutnant und Kommandant einer Militärbasis nahe Budapest. Seine jüdischen Wurzeln entdeckte Balla aufgrund der sehr säkularen Ausrichtung seiner Familie erst recht spät. Sein Interesse an der Religion wurde aber so groß, dass Balla sich nach einem Abschluss als Wirtschaftsingenieur in Berlin zum orthodoxen Rabbiner ausbilden ließ. Mittlerweile ist der verheiratete Vater von drei Kindern zum Landesrabbiner von Sachsen aufgestiegen. Balla wird dieses Amt weiter behalten und die jüdische Militärgestaltung in der Bundeswehr parallel dazu aufbauen. Auch der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck übt das Amt des katholischen Militärbischofs schließlich nebenamtlich aus.

Die Militärseelsorge zählt zu den klassischen Res mixtae zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften und weist vor dem Hintergrund der Vereinnahmung der Religion in den beiden Weltkriegen einige Besonderheiten auf: So wird Balla als Militärbundesrabbiner ebenso wie die Militärbischöfe der beiden Kirchen nicht in einem Dienstverhältnis zum Staat stehen. Anders die Militärgestalten, die Beamte auf Zeit sind. Die Kosten für die Militärseelsorge trägt der Staat. Die Geistlichen übernehmen im Gegenzug nicht nur die seelsorgerische Betreuung der Angehörigen ihrer jeweiligen Religionsgemeinschaft, sondern erteilen auch den lebenskundlichen Unterricht für alle Soldaten. Balla erkennt darin eine Chance, der Truppe das Judentum zu erklären und damit indirekt auch rechtsextremistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Der jüdischen Militärseelsorge liegt ein Staatsvertrag zugrunde, den Verteidigungsministerin Annegret Kamp-Karrenbauer (CDU) im Jahr 2019 mit dem Zentralrat der Juden geschlossen hat. [...] Für die rund 3000 Muslime in der Bundeswehr gibt es bisher noch keine eigenen Geistlichen. Zsolt Balla wirbt dafür, dass sich auch dies in Zukunft ändert.

Reinhard Bingener, „Rabbiner für die Truppe“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Juni 2021 © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

... von Budapest zur Bundeswehr.

Herr Balla, Sie treten am Montag Ihr Amt als erster Militärbundesrabbiner der Bundeswehr an. [...] Sie sind einer der ersten orthodoxen Rabbiner, der in Deutschland seit 1938 ausgebildet wurde. Warum haben Sie Ihre Heimat Ungarn verlassen, wo es eine sehr große und aktive jüdische Gemeinde gibt, um nach Deutschland zu kommen?

Es gibt in Budapest eine große Anzahl von jüdischen Menschen, aber die Zahl der in der Gemeinde Engagierten ist relativ klein. 2002, mit Anfang zwanzig, war ich in einer Phase, in der ich meine jüdischen Wurzeln entdeckte. Dann hatte ich eine



Zsolt Balla, Landesrabbiner von Sachsen, spricht nach seiner feierlichen Amtseinführung als Militärbundesrabbiner im Juni 2021 in der Leipziger Synagoge.

verrückt klingende Idee – statt in Stockholm zu studieren, bin ich nach Berlin an eine Talmudschule gegangen, eine klassische orthodoxe Yeshiva. Damals hätte ich mir nicht vorstellen können, dass es hier so ein blühendes jüdisches Leben gibt.

Seit Jahren führen Sie die jüdische Gemeinde in Leipzig. Dort gibt es nur wenige orthodoxe Juden. Erzählen Sie uns von Ihrer Arbeit!

Ich möchte lieber erzählen, warum ich nach Leipzig kam, ich habe in diese Gemeinde eingeh heiratet. Für mich ist es egal, wer orthodox und wer nicht ist, es gibt 1300 jüdische Menschen in Leipzig. Ich bin für jede Person da, die etwas über das Judentum lernen möchte, die jüdische Ethik und Tradition kennenlernen will. Und so sehe ich auch meine Rolle in der Bundeswehr. Entscheidend ist nicht immer die Anzahl, es geht nicht um Quantität, sondern um Qualität.

[...] Die entscheidende Frage ist: Wie sollen die deutsche Gesellschaft und die Bundeswehr in zehn Jahren aussehen? Es gibt schon jetzt jüdische Soldaten, die Seelsorge brauchen, das ist klar. [...] Außerdem bin auch für alle anderen Soldaten da, als Seelsorger. Und, um ihnen das Judentum näherzubringen. [...]

In der Bundeswehr gibt es Tausende muslimische Soldaten, für sie gibt es keinen Imam. Empfinden Sie das als ungerecht?

Sie haben völlig Recht: Wir brauchen in der Bundeswehr muslimische Seelsorge. Aber es gibt dabei ein Problem: Wir Juden sind sehr gut organisiert und haben einen gemeinsamen Dachverband, den Zentralrat der Juden. Das ist bei den Muslimen nicht der Fall. Ich hatte vor kurzem ein langes Gespräch mit einem muslimischen Soldaten. [...] Ich hoffe, dass unser Rabbinat auch den Weg bereitet für muslimische Seelsorge in der Bundeswehr.

[...] Zuletzt gab es deutsche Militärrabbiner zu Kriegszeiten, im deutsch-französischen Krieg und im ersten Weltkrieg, dazwischen und später nicht. [...] Sollte man wirklich an diese Tradition anknüpfen?

[...] Mir geht es darum, dass jüdische Menschen sich für ihre Heimat engagieren können. Im 19. Jahrhundert waren viel mehr Juden in der deutschen Armee, als es ihrem Anteil in der Gesellschaft entsprach. Und schauen Sie in andere Länder: In Frankreich gibt es Militärrabbiner, in den Niederlanden auch. [...] Ich möchte, dass die Soldaten gewürdigt werden, die sich jeden Tag dafür einsetzen, dass wir in Ruhe und Frieden leben können. Die Wertschätzung dafür fehlt mir oft in der Gesellschaft. [...]

„Antisemitismus isolieren“. Zsolt Balla im Interview mit Kersten Augustin und Yossi Bartal in: taz vom 22. Juni 2021



Ein sichtbarer Ausdruck des Gedenkens an die ermordeten Juden Europas ist das Holocaust-Mahnmal in Berlin mit seinen über 2700 Betonstelen, das 2005 nach zweijähriger Bauzeit eingeweiht wird.



Die W. Michael Blumenthal Akademie des Jüdischen Museums Berlin ist Begegnungsstätte und Brücke in die jüdische Gegenwart. Blick auf den Eingang, 2019

weiterte es sich auf das Interesse an dem, was vernichtet wurde. In zahlreichen Filmen und Bühnenstücken wurde der Völkermord an den Juden thematisiert bzw. in übersetzter Form in Deutschland präsentiert. Nach einer jahrelangen Debatte wurde in Berlin im Jahre 2005 das zentral platzierte monumentale Denkmal für die ermordeten Juden Europas eingeweiht. Doch das Interesse galt nun nicht mehr nur dem jüdischen Sterben, sondern auch dem jüdischen Leben.

Neben dem Holocaust-Mahnmal präsentiert das 2001 eröffnete Jüdische Museum in Berlin die über 1000-jährige Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland. Die wiederaufgerichtete Vorderfront der ehemaligen Berliner Synagoge in der Oranienburger Straße beherbergt mit dem Centrum Judaicum weitere Ausstellungsräume sowie ein Archiv zur jüdischen Geschichte. Aber auch an anderen Orten rückten neben dem Holocaustgedenken die aktuelle jüdische Kultur und das erneuerte jüdische Leben in den Mittelpunkt. Dabei ist nicht immer klar, zu welchen Teilen diese öffentlich sichtbare jüdische Kultur von der jüdischen Gemeinschaft getragen wird. Es scheint eher, dass die meisten der zahlreichen jüdischen Kulturtag, Wochen der Klezmermusik und Ausstellungen zu einem überwiegenden Teil von der nicht-jüdischen Gesellschaft initiiert und konsumiert werden.

Antisemitismus und rechtsextreme Positionen

Neben der positiven Resonanz, die eine sichtbarere gewordene jüdische Kultur in der deutschen Gesellschaft auslöste, gab es aber auch immer wieder zahlreiche Debatten, die die Kluft zwischen den kollektiven Erinnerungen von Juden und Nichtjuden aufdeckten sowie den gesellschaftlich tabuisierten, aber oftmals verdeckt weiterbestehenden Antisemitismus offenlegten. Erwähnt seien hier nur die erhitzte Debatte zu den Verbrechen der Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs, die Ausführungen zum Begriff „Auschwitzkeule“ in der Rede Martin Walsers nach der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1998 in der Frankfurter Paulskirche sowie der Streit um den Literaturnobelpreisträger Günter Grass, der seine Mitgliedschaft in der Waffen-SS erst 2006 offenbarte. Sein israelkritisches Gedicht „Was gesagt werden muss“ (2012) sowie seine Verunglimpfung des Kritikers und Überlebenden des Warschauer Ghettos, Marcel Reich-Ranicki, ließen Antisemitismuskritik aufkommen. Genauso wie im Streit um Rainer Werner Fassbinder war die Öffentlichkeit in der Frage, was als antisemitisch zu gelten habe, auch im Falle von Walser und Grass gespalten.

Unbestreitbar dagegen war das Aufleben rechtsextremer Positionen, die sich in Fremdenhass, Rassismus und Antisemitismus nach der Wiedervereinigung zunächst im Osten Deutschlands, dann aber auch im Westen manifestierten. Als Beispiel dafür seien die gewalttätigen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda genannt, die auch in der jüdischen Gemeinde in Deutschland als Alarmzeichen gewertet wurden. Der Zentralratspräsident Ignatz Bubis, der sich offen gegen Walsers Phrase von der „Auschwitzkeule“ wehrte und der in Rostock gegen die Rechtsextremen auf die Straße ging, verstarb 1999 verbittert im Amt. Kurz vorher äußerte er den Wunsch, in Israel begraben zu werden, da er fürchtete, in Deutschland würde sein Grab wie das seines Vorgängers Heinz

Jüdische Politisierung gegen Antisemitismus in den 1980er-Jahren

[...] Was den Streit um den Antisemitismus angeht, ist der 31. Oktober 1985 ein zentrales Datum der Stadtgeschichte. An diesem Tag besetzen knapp 30 Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, unter ihnen ihr Vorsitzender Ignatz Bubis und der CDU-Stadtverordnete Michel Friedman, die Bühne der Frankfurter Kammerspiele.

Der Protest richtet sich gegen die Uraufführung des Stücks „Der Müll, die Stadt und der Tod“ des 1982 verstorbenen Regisseurs Rainer Werner Fassbinder. Die Besetzer wollen den Theaterabend verhindern, weil das Stück in ihren Augen antisemitische Züge trägt. Es behandelt Häuserkampf und Korruption in Frankfurt. Eine der Hauptfiguren ist ein skrupelloser Immobilienhändler, der im Stück nur „der reiche Jude“ genannt wird. Diese Figur erfülle alle antisemitischen Klischees eines „jüdischen Spekulanten“, urteilten Kritiker.

Bereits 1984 hatte es Streit um das Stück gegeben, als Ulrich Schwab, Leiter der Alten Oper, es aufführen wollte. Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) und Kulturdezernent Hilmar Hoffmann (SPD) hatten die Inszenierung verhindert. Die Bühnenbesetzer des Schauspiels 1985 setzen sich am Ende durch, der Abend wird abgesagt. Es folgt eine monatelange Diskussion über Stereotype und die Freiheit der Kunst. Ende 1985 wird die Inszenierung ganz gekippt. Der Fassbinder-Streit markiert einen Einschnitt: Ab sofort muss man auch mit selbstbewussten Stimmen aus der Jüdischen Gemeinde rechnen, wenn es um Antisemitismus geht. [...]

Ein zweiter Frankfurter Antisemitismusstreit entzündet sich 13 Jahre später. Am 11. Oktober 1998 bekommt der Schriftsteller

Martin Walser in der Paulskirche den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen. In seiner Dankesrede bekennt Walser, dass er ein Problem mit der zeitgenössischen Thematisierung des Holocaust hat: „Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, dass sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt.“ Er befürchte, so Walser, eine „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“. Auschwitz dürfe nicht zur leeren „Moralkeule“ verkommen.

Walters Rede fällt in eine Zeit, in der viel über Erinnerungskultur gesprochen wird und sich die Stimmen mehren, die einen entspannteren Umgang mit der deutschen Geschichte fordern. Die Rede wird vom Frankfurter Publikum mit stehendem Applaus aufgenommen. Ignatz Bubis und seine Frau Ida bleiben dagegen so demonstrativ wie einsam sitzen. Nach der Rede wirft Bubis Walser „geistige Brandstiftung“ vor – und den Wunsch, die deutsche Geschichte zu verdrängen. Wieder entbrennt eine bundesweite Debatte, diesmal über den Platz des Erinnerens an Auschwitz im wiedervereinigten Deutschland. Am Ende sprechen Walser und Bubis zwar miteinander, versöhnen sich aber nicht. Und wieder einmal bleibt der Eindruck, dass jüdische Perspektiven wenig zählen, wenn über deutsche Normalität gesprochen wird. Erst lange nach Bubis' Tod, im Jahr 2015, bezeichnet Walser seine Rede in der gehaltenen Form als Fehler. [...]

Hanning Voigts, „Neuer alter Hass“, in: Frankfurter Rundschau Geschichte „Jüdisches Leben in Frankfurt“, Frankfurt/M. 2019, S. 46 f.

Galinski zur Zielscheibe antisemitischer Angriffe werden. In seinem letzten großen Interview sagte er dem STERN: „Nichts oder fast nichts“ habe er bewirken können, Deutsche und Juden seien einander fremd geblieben.

Antisemitismus im neuen Jahrtausend

Noch wurde diese von Bubis wahrgenommene bedrohliche Entwicklung von der erfreulichen Belebung des jüdischen Gemeindelebens überlagert. Die Einweihung neuer Synagogen und die weiterhin ansteigenden Zahlen an Zuwanderinnen und Zuwanderern ließen die deutsch-jüdische Gemeinschaft hoffnungsfroh in das neue Jahrtausend blicken. Doch sehr bald wurde klar, dass das Anwachsen rechtsextremer Einstellungen mit dem Verüben antisemitischer Taten einherging. 1994 bereits erfolgte ein Anschlag auf die Synagoge in Lübeck, 2000 wurde ein Molotowcocktail auf die Synagoge in Düsseldorf geworfen und ein randalierender Mob zerstörte die Fensterscheiben der Synagoge in Essen. Dabei war nicht immer klar, von wem die Angriffe ausgingen. Neben den Rechtsextremen sind die potenziellen Täter auch im Umfeld der linksextremen und islamistischen Israelhasser zu finden. Als 2003 die Grundsteinlegung des neuen jüdischen Gemeindezentrums in München stattfand, konnte ein geplanter Anschlag erst kurz vorher abgewendet werden. Sechzehn Jahre später verhinderte die starke Holztüre einen schwer bewaffneten Rechtsextremen daran, während des höchsten jüdischen Feiertages, Jom Kippur, in die Synagoge von Halle einzudringen. Daraufhin erschoss der Täter zwei Personen in unmittelbarer Nähe.

Diese Angriffe auf Synagogen zeigen nur die extreme Ausprägung des radikalen Judenhasses, der in seiner alltäglichen Form zahlreiche andere Gestalten annehmen kann. Dazu gehören der Gebrauch des Ausdrucks „Jude“ als Schimpfwort auf Schulhöfen, das Grölen antijüdischer Parolen in Fußballstadien sowie antisemitische Witze in Stammtischrunden. Für Menschen, die durch das Tragen einer Kippa oder eines Davidsterns vermeintlich als Jüdinnen und Juden kenntlich gemacht sind, stellt die Identifikation mit diesen Symbolen jüdischen Glaubens eine handfeste Gefahr dar. Überfälle auf für jüdisch gehaltene Personen nahmen im zweiten Jahrzehnt des



© Heiko Sakurai

21. Jahrhunderts so stark zu, dass selbst der amtierende Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, davor warnen musste, in manchen Gegenden als eindeutig jüdisch identifizierbar auf die Straße zu gehen. Die Herausbildung von Verschwörungstheorien im Zuge der Coronavirus-Pandemie hat antijüdische Stereotype wiederaufleben lassen. Gleichzeitig stellen sich manche Personen, die Corona leugnen, als vermeintliche Opfer einer heutigen Diktatur dar, indem sie sich in provokativer Art und Weise mit dem gelben Judenstern „schmücken“.

Reaktionen der Politik

Der zunehmende Antisemitismus hat auch die Politik auf den Plan gerufen. So gibt es mittlerweile in der Bundesregierung und in den meisten Bundesländern Antisemitismusbeauftragte, die sich direkt mit dieser Herausforderung auseinandersetzen und sich auch der Förderung des jüdischen Lebens angenommen haben. So positiv diese politische Reaktion bewertet werden kann, so traurig ist doch die Tatsache, dass es solcher Einrichtungen in Deutschland des 21. Jahrhunderts überhaupt bedarf.

In der parteipolitischen Landschaft ist durch den Einzug der rechtspopulistischen AfD in den Bundestag so wie die Länderparlamente ein als breit akzeptierter gesellschaftlicher Grundsatz in Frage gestellt worden. Die kontinuierliche Verharmlosung der deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg durch führende Vertreterinnen und Vertreter dieser Partei sowie ihre ausländerfeindlichen Prinzipien stellen das erinnerungspolitische Fundament in Frage, das sich nach langem Ringen in der Bundesrepublik Deutschland seit den 1980er-Jahren durchgesetzt hatte und Voraussetzung für den Bestand jüdischen Lebens bildet.

„Israelkritik“ von links

Das politische Dilemma der deutschen Jüdinnen und Juden wird erst in seiner ganzen Bandbreite verständlich, wenn die israelkritischen Positionen einbezogen werden, die sich im linken politischen Lager verbreitet haben. Die meisten deutschen Jüdinnen und Juden fühlen sich in der einen oder anderen Weise mit Israel verbunden, auch wenn sie, wie die Israelis selbst, unterschiedliche Meinungen über die jeweilige israelische Regierung hegen. Anti-israelische Karikaturen in der deutschen Presse, der Aufruf zum Boykott israelischer Produkte sowie das Verbrennen von Israelfahnen auf deutschen Straßen haben auch innerhalb der jüdischen Gemeinden große Besorgnis erregt. Oftmals unterscheiden die Angriffe nicht zwischen dem israelischen Staat und einer Israelitischen Kultusgemeinde.

So bewegt sich der Alltag jüdischer Deutscher im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zwischen einer Renaissance jüdischen Lebens einerseits und einer spürbar zunehmenden Bedrohung andererseits. Aufgrund ihrer Überalterung sowie von Gemeindeaustritten sinkt die Zahl jüdischer Gemeindeglieder wieder. Im Jahre 2019 war sie von ihrem Höchststand von 108 000 im Jahre 2006 auf weniger als 95 000 geschrumpft. Ob diese Gemeinschaft weiter abnehmen wird, weil zu dem natürlichen Bevölkerungsrückgang auch eine steigende Auswanderung kommen könnte oder ob sie sich stabilisieren wird, ist heute nicht absehbar. Dies wird weniger von der jüdischen Gemeinschaft abhängen als von der politischen und gesellschaftlichen Richtung, in die sich Deutschland und Europa bewegen werden.

Neben das Gedenken an die jüdische Vergangenheit tritt zunehmend das öffentliche Interesse an der jüdischen Gegenwart. Publikum beim 25. Jüdischen Filmfestival Berlin & Brandenburg "Celebration" im Hans Otto-Theater 2019



Meet a Jew

Wenn Sami Wedde Schulklassen besucht, hört er jedes Mal andere Fragen. „Nur eine kommt wirklich immer: ob ich koscher esse und wie das so ist. Dann erzähle ich, dass ich Döner nie mit Soße bestelle.“ Denn nach den jüdischen Speisevorschriften dürfen Fleisch- und Milchprodukte nicht zusammen gegessen werden. Der 19-jährige Student aus Mannheim engagiert sich im Begegnungsprojekt „Meet a Jew“ des Zentralrats der Juden. Seit vier Jahren berichtet er in Schulen von seinem jüdischen Alltag zu Hause und in der Gemeinde. Obwohl bei den Begegnungen immer auch Wissensfragen zu beantworten sind, zum Beispiel zu jüdischen Feiertagen oder rituellen Gegenständen, steht der persönliche Austausch im Vordergrund. „Judentum wird oft nur über die Themen Antisemitismus, Holocaust oder israelische Politik wahrgenommen“, sagt der Geschäftsführer des Zentralrats, Daniel Botmann. „Wir wollen Gelegenheit dazu geben, Jüdinnen und Juden in einem positiven Kontext als normale Menschen kennenzulernen. Das jüdische Leben in Deutschland ist genauso bunt und vielfältig wie der Rest der Gesellschaft.“

Sami Wedde etwa hält sich zwar an Speisevorschriften und feiert sehr gern Pessach. „Und der Freitagabend steht bei mir dick im Kalender, da esse ich mit meiner Familie zusammen. Aber den Schabbat halte ich gar nicht ein.“ Dann spielt nämlich seine Football-Mannschaft. Andere Freiwillige wie die Osnabrücker Gymnasiastin Karoline Becker, ebenfalls 19 Jahre alt, befolgen religiöse Vorschriften strenger. „Ich esse koscher, bete jeden Morgen und trage Kleider, die Knie und Ellbogen bedecken“, erzählt sie. „Am Schabbat ist mein Handy aus, ich schaue dann auch keine Serien, sondern lese und verbringe Zeit mit meiner Familie. Wenn ich am Samstagabend das Handy wieder anschalte, habe ich meistens nicht viel verpasst!“ Man könne auch religiös sein, ohne sich an Vorschriften zu halten, meint Karoline Becker. Sie ist schon öfter gemeinsam mit einem Jugendlichen aus dem liberalen Judentum in Schulen gegangen. „Antworten aus zwei Perspektiven sind für die Klassen besonders interessant. Die meisten wissen ja nur sehr wenig über das jüdische Alltagsleben. Wie auch, es gibt ja meistens keine jüdischen Personen in ihrer direkten Umgebung!“

Das durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderte [...] [P]rojekt „Meet a Jew“ hat zum Ziel, das Angebot weiter auszubauen. Während in den vergangenen Jahren vor allem Schulen, aber auch Kirchenkreise, muslimische Gruppen oder Volkshochschulkurse besucht wurden, sind nun Sportvereine und Hochschulen neue Schwerpunkte. Die Zahl der Freiwilligen ist auf mehr als 300 überwiegend junge Leute gestiegen. „Das Projekt ist im Januar und Februar mit jeweils mehr als 50 Begegnungen stark gestartet, dann hat uns Corona ausgebremst“, sagt Daniel Botmann. Zwar wurde ein Onlineformat entwickelt, die Zahl der virtuellen Treffen blieb aber bisher überschaubar, zudem könnten sie die physische Begegnung nicht ersetzen: „Wenn man sich direkt in die Augen schaut, kommt man anders ins Gespräch.“ Bei Online-Treffen fehlen auch die Objekte zum Anfassen, die die Freiwilligen sonst mitbringen: einen Leuchter, eine Kippa, eine Purim-Rassel oder – besonders beliebt – koschere Gummibärchen. Letztere werden mit Fisch- statt mit Schweinegelatine produziert.

Die meisten Freiwilligen werden in den Jugendzentren der jüdischen Gemeinden oder durch Freunde angeworben. In Wochenendseminaren werden sie auf die Treffen vorbereitet: Sie



Sami Wedde bei einer Ludwigshafener Schulklasse 2018

reflektieren, was Jüdischsein für sie selbst bedeutet, erwerben Basiswissen über jüdische Geschichte, Tradition und Kultur und üben das selbstbewusste Auftreten vor Gruppen. Auch Konfliktmanagement ist ein Thema, insbesondere der Umgang mit verletzenden Fragen. „Ich wurde bisher immer sehr freundlich und offen empfangen“, sagt Karolina Becker. Auch Sami Wedde hat kaum unangenehme Erfahrungen gemacht. „Einmal hat eine Schülerin den Nahostkonflikt angesprochen. Dazu habe ich gesagt: Ich kenne mich damit nicht aus, ich lebe schon immer in Deutschland und kann das auch nicht lösen. Das hat sie so akzeptiert.“ Öfter kommt es vor, dass Sami Wedde von Schülern gefragt wird, ob er selbst schon Erfahrungen mit Antisemitismus gemacht hat. „Zum Glück fast gar nicht“, sagt er. „In meiner Football-Mannschaft hat mal bei einem das Handy nicht richtig funktioniert und er hat in die Whatsapp-Gruppe geschrieben: ‚Judenhandy‘. Ich habe dann geschrieben, dass ich jüdisch bin. Danach hat er so was nicht mehr gemacht.“ Der Umgang mit dem Thema Antisemitismus ist für die jungen Freiwilligen ein Spagat: Einerseits werden sie bei den Begegnungen darauf angesprochen, andererseits wollen sie keinesfalls darauf reduziert werden. Schließlich ist auch ihr Jüdischsein nur eine von vielen Facetten ihrer Identität.

Das Projekt will aber natürlich auch dazu beitragen, schon die Entstehung antisemitischer Vorurteile zu verhindern. Doch selbst wenn „Meet a Jew“ im kommenden Jahr wie geplant ausgebaut werden kann, bleibt die Reichweite begrenzt. Daher fordert Daniel Botmann, das Thema gesellschaftliche Vielfalt stärker in die Lehrerbildung zu integrieren: „Wir sind eine Minderheit und können nicht alle Menschen erreichen. Daher kann unser Projekt nur ein Baustein von vielen sein.“

Miriam Hoffmeyer, „Koschere Gummibärchen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. November 2020



→ Noch mehr

zum Projekt „Meet a Jew“ erfahrt ihr in der Folge „Jüdisches Leben“ des bpb-Podcasts „Was uns betrifft“

PHILIPP LENHARD

Antisemitismus in Deutschland nach 1945

Nach dem Ende der NS-Herrschaft verschwanden antisemitische Einstellungen nicht einfach. Viele Menschen verdrängten die eigene Schuld oder wiesen sie von sich. Erst in den 1960er-Jahren begann in der Öffentlichkeit eine eingehendere Auseinandersetzung mit der belasteten Vergangenheit. Doch bis heute sind antisemitische Stereotype in verschiedensten Formen in der deutschen Gesellschaft verbreitet.

Zwar reicht die Geschichte der Feindschaft gegen Juden bis in die Antike zurück und war über Jahrhunderte vor allem christlich, seit dem 19. Jahrhundert dann verstärkt rassistisch geprägt, aber der Holocaust war auch in dieser Geschichte des Antisemitismus ein Einschnitt: Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten war erstmals die Vernichtung der europäischen Juden zum Staatszweck erklärt worden und bildete geradezu das Zentrum der nationalsozialistischen Weltanschauung. Das

NS-Regime hatte dementsprechend alles daran gesetzt, antisemitische Propaganda zu verbreiten und die Bevölkerung damit zu indoktrinieren. Das erklärt, warum der Antisemitismus auch nach Kriegsende noch weit in der deutschen Bevölkerung verbreitet war.

Der Eingang der neuen Synagoge in Köln wurde in der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember 1959 mit rechten Parolen beschmiert.



picture-alliance/dpa | UPI

Die unmittelbare Nachkriegszeit

Die große Mehrheit der insgesamt etwa 250 000 Juden, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland lebten, waren Überlebende aus Osteuropa. Die meisten von ihnen hatten alles verloren – Familienangehörige und Freunde, ihren Besitz und ihre Wohnstätte – und diejenigen, die aus den Lagern in ihre Heimatorte in Polen, Litauen oder der Ukraine zurückkehrten, sahen sich dort mit Feindseligkeit und Abwehr konfrontiert. Im Sommer 1946 kam es im polnischen Kielce zu einem antijüdischen Pogrom, dem über 40 Holocaust-Überlebende zum Opfer fielen. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war den meisten klar, dass es in ihrer alten Heimat keine Zukunft für sie gab.

Zionistische Organisationen warben um die Überlebenden, um sie zur Einwanderung nach Palästina zu bewegen. Auf der Suche nach einer neuen Heimat begaben sich die meisten von ihnen in die amerikanische oder britische Besatzungszone in Süd- und Westdeutschland, um von dort aus weiter nach Palästina oder in die USA zu emigrieren. Viele hielten sich nur kurze Zeit in den eilig von den Besatzungsmächten eingerichteten DP-Camps auf, manche jedoch verharren, zumeist unfreiwillig, mehrere Jahre in den Camps, die als abgetrennte Wohngebiete nicht selten in ehemaligen Kasernen und Arbeitslagern errichtet worden waren. Doch die Camps wurden rasch zu Orten lebendiger jüdischer Kultur, mit eigenen jüdischen Zeitungen, Theatern, Bibliotheken und Sportvereinen.

Auch wenn die DP's weitgehend isoliert von der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft lebten, kam es zu punktuellen Kontakten. So hatte sich etwa in der Münchner Möhlstraße in den ersten Nachkriegsjahren im Umfeld der großen Hilfsorganisationen eine weitverzweigte jüdische Infrastruktur mit Geschäften, einer Apotheke, einer Schule, einem Kindergarten und einem Krankenhaus herausgebildet. Die Beziehungen blieben jedoch spannungsgeladen. Vor allem Jiddisch sprechende, traditionell gekleidete Juden waren verbalen und gelegentlich auch körperlichen Angriffen ausgesetzt. Ähnliches galt für die Reaktionen auf die Forderungen nach Entschädigungen und Rückgabe „arisierten“ Eigentums. Immer wieder meldeten sich Stimmen zu Wort, die den Juden in antisemitischer Manier Geldgier und Rachsucht vorwarfen.

Der Antisemitismus war also keineswegs mit dem Untergang des NS-Regimes verschwunden. Da es in den meisten deutschen Städten und Dörfern aber schlicht keine Jüdinnen und Juden mehr gab, richtete sich der Hass häufig auf das, was noch an das jüdische Leben vor 1933 erinnerte, nicht zuletzt gegen die über ganz Deutschland verteilten jüdischen Friedhöfe. Schon im Sommer 1945 wurden auf dem jüdischen Friedhof im bayerischen Diespeck mehrere Grabsteine umgeworfen, im November folgten Verwüstungen auf dem Friedhof im hessischen Alsbach, im Dezember schließlich auch in Osnabrück. Die gesamte Nachkriegszeit hindurch und bis in die Gegenwart hinein wurden (und werden) in Deutschland jüdische Grabsteine umgestoßen, beschmiert und zerstört. Alleine zwischen 1945 und 2000 gab es über tausend solcher Vorfälle in der Bundesrepublik, hinzu kommen über 200 Fälle in der DDR bis 1990. Nur selten wurden die Täter zur Rechenschaft gezogen. Stattdessen wurden die Vorfälle immer wieder bagatellisiert und als „Dumme-Jungen-Streiche“ abgetan. Dabei ist die Zerstörung der Friedhöfe, wie die Philosophen Theodor W. Adorno und Max Horkheimer schon 1947 schrieben, „keine Ausschreitung des Antisemitismus, sie ist er selbst.“ Die jüdischen Friedhöfe erinnerten an das einst blühende jüdische Leben in Deutschland – und an das Verbrechen, das all dem ein Ende gesetzt hatte.

Verdrängung und Schuldumkehr

Kaum jemand sprach im Nachkriegsdeutschland offen über die Verbrechen, die den Juden angetan worden waren. Stattdessen verdrängten viele die eigene Schuld und die von Verwandten, Freunden und Bekannten. Kam doch einmal die Rede auf das Schicksal der Jüdinnen und Juden, so wiegelten sie ab, wiesen alle Schuld von sich oder machten gar die Juden selbst für das Geschehene verantwortlich.

Aber auch eine andere Form des Umgangs mit dem Holocaust gehörte zur neuen Realität: der sogenannte Philosemitismus. So mancher, der wenige Jahre zuvor noch Hitler zugejubelt hatte, bekundete nun, „die Juden“ und alles Jüdische zu lieben – wenn dies nicht zum Schein geschah, lag dem häufig eine unreflektierte Haltung zugrunde, die unter umgekehrten Vorzeichen Jüdinnen und Juden abermals nicht als Individuen, sondern als homogenes Kollektiv wahrnahm.

Die Mehrheit der Deutschen äußerte sich jedoch zu diesem frühen Zeitpunkt nicht philosemitisch, sondern stand den Juden nach wie vor negativ gegenüber. Als das Frankfurter Institut für Sozialforschung 1950 eine der ersten breit angelegten empirischen Studien durchführte, die das geistig-politische Klima in der jungen Bundesrepublik untersuchen sollte, war das Ergebnis ernüchternd: „Von den Sprechern zum Thema Antisemitismus verhielten sich 28 % nicht antisemitisch, 10 % betont projüdisch, 25 % bedingt antisemitisch und 37 % extrem antisemitisch“, heißt es in der Zusammenfassung des Abschlussberichts. Gleichzeitig stellten die Forscher fest, dass die sogenannte Judenfrage offenbar ein so stark affektbesetztes Thema war, dass viele Befragte jegliche Äußerung dazu verweigerten.

Die von unterdrückten Hass- und Schuldgefühlen geprägte Haltung der meisten Nachkriegsdeutschen gegenüber Jüdinnen und Juden hat der israelische Psychoanalytiker Zvi Rex einst in dem sarkastischen Satz zusammengefasst: „Auschwitz werden uns die Deutschen niemals verzeihen!“ Aus der deutschen Schuld speiste sich ein „sekundärer Antisemitismus“, der die Juden gerade dafür hasste, dass ihre bloße Existenz die Deutschen immer wieder an die eigene Schuld erinnerte. Über Jüdinnen und Juden und Jüdisches zu sprechen war folglich in der frühen Bundesrepublik weitgehend tabuisiert und schambefahet.

Antikommunismus und Antizionismus

Doch auch wenn die meisten Deutschen brüsk von sich gewiesen hätten, Antisemiten zu sein, oder sich sogar für ausgesprochen „projüdisch“ hielten, war er noch immer weit verbreitet. Zu alten Stereotypen und Vorurteilen gesellten sich nun neue Bilder und Muster, die eher dem Typus des „sekundären Antisemitismus“ entsprachen. Auf der politischen Ebene verband er sich mit den großen Ideologien der herausziehenden Ost-West-Konfrontation. Während in Westdeutschland der Antikommunismus an das nationalsozialistische Feindbild des „jüdischen Bolschewismus“ anknüpfen konnte, wurde in der DDR der gegen den jüdischen Staat Israel gerichtete Antizionismus staatstragend (siehe S. 24 ff.).

1952 wurde der nicht-jüdische Kommunist Paul Merker, ehemaliges Mitglied des Politbüros der SED, im Zuge einer stalinistischen Säuberungswelle verhaftet. Da Merker sich schon lange für Entschädigungszahlungen an jüdische Überlebende eingesetzt und zudem 1948 die Gründung Israels befürwortet hatte, verdächtigte die Partei ihn, Teil einer „zionistischen Verschwörung“ zu sein. Ihm wurde vorgeworfen, als „zionistischer Agent“ die „Ausplünderung Deutschlands“ betrieben und der

„Verschiebung von deutschem Volksvermögen“ zugunsten amerikanischer und „jüdischer Monopolkapitalisten“ Vorschub geleistet zu haben.

Die antizionistische Diktion knüpfte nahtlos an die nationalsozialistische Agitation an – dieses Mal allerdings im Namen von Klassenkampf und Weltrevolution. Auch zahlreiche Mitglieder der jüdischen Gemeinde wurden zionistischer Neigungen verdächtigt und verhört. Die antizionistische Stimmungsmache und das zunehmende Misstrauen des Staates gegenüber den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern hatte eine Auswanderungswelle zur Folge, von der sich das jüdische Gemeindeleben in der DDR nicht mehr erholen sollte. Bis zur Wende blieb das von der Staatssicherheit überwachte organisierte jüdische Leben prekär und auf wenige Gemeinden begrenzt.

Zeitgleich führte die CDU in der Bundesrepublik eine anti-kommunistische Wahlkampagne gegen die SPD durch, in der sie auf die antisemitisch konnotierte Legende einer bolschewistischen Verschwörung zurückgriff. Das Wahlplakat „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“ zur Bundestagswahl 1953 schürte Ängste vor einer drohenden Übernahme Deutschlands durch die Sowjetunion und erinnerte an die Propaganda der NS-Zeit gegen den „jüdischen Bolschewismus“. Der Antikommunismus war grundlegender Bestandteil von Konrad Adenauers Politik der „Westbindung“ und eng verknüpft mit westlichen Vorstellungen von Demokratie sowie mit der Leitidee der sozialen Marktwirtschaft. Dennoch überlebten in ihm Versatzstücke der nationalsozialistischen Ideologie, schon allein deshalb, weil der Großteil der politischen Akteure im „Dritten Reich“ sozialisiert worden war und die NS-Propaganda von klein auf verinnerlicht hatte.

Verschiedene Formen neueren Antisemitismus

Neuer Rechtsextremismus

Wie in der DDR wurde auch in der Bundesrepublik Antisemitismus immer wieder mit dem Mantel des Schweigens bedeckt, weil er das Bild des demokratisch geläuterten Deutschlands störte. Als aber Ende der 1950er-Jahre die Zahl antisemitischer Vorfälle massiv anstieg, war kaum noch zu leugnen, dass sich alte und neue Anhänger der NS-Ideologie wieder formierten. In der Weihnachtsnacht 1959 wurde die kurz zuvor wiedereröffnete Kölner Synagoge von zwei Mitgliedern der rechtsextremen Deutschen Reichspartei mit Hakenkreuzen und der Parole „Juden raus!“ beschmiert. Die bundesweit aufsehenerregende Tat wurde zur Initialzündung für eine sich über das ganze Land ergießende „Schmierwelle“. Anders als noch zehn Jahre zuvor war nun allerdings die öffentliche Empörung groß. Zahlreiche Initiativen gegen Antisemitismus wurden ins Leben gerufen, vor allem im Bildungssektor, und die „Vergangenheitsbewältigung“ wurde erstmals auf eine breite zivilgesellschaftliche Grundlage gestellt. Dazu trug auch die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen bei. Als Adolf Eichmann, einem der Hauptverantwortlichen des Holocaust, 1961 in Jerusalem der Prozess gemacht wurde, berichteten Funk und Fernsehen täglich und konfrontierten die deutsche Öffentlichkeit mit ihrer Vergangenheit. Dies wiederholte sich ab 1963 im Zuge der Frankfurter Auschwitz-Prozesse. Immer mehr Deutschen, insbesondere aus der jüngeren Generation, wurde bewusst, dass sie sich dieser Vergangenheit stellen mussten.

Israelfeindschaft in der bundesdeutschen Linken

Auf dem Höhepunkt der vergangenheitspolitischen Wende sorgte 1967 der Sechs-Tage-Krieg, den Israel gegen seine feindlichen arabischen Nachbarstaaten erfolgreich für sich entschied, besonders im linken und linksliberalen Milieu für Verwirrung. Hatten viele aus diesem politischen Spektrum bislang eine eher proisraelische Haltung eingenommen, weil der in seiner Anfangszeit sozialistisch geprägte jüdische Staat vor allem als Antwort auf den Holocaust wahrgenommen wurde, so kippte nun die Stimmung. Während rechte und konservative Medien, allen voran die Springer-Presse, Israels „Blitzkrieg“ feierten, fand sich die Linke plötzlich auf Seiten arabischer Freischärler wieder. Angefeuert durch die entsprechende Propaganda aus dem Ostblock erschien Israel vielen Linken nun als imperialistischer Aggressor, gegen den sich berechtigter arabischer Widerstand rege. Unübersehbar war die Wahrnehmung des Konflikts in beiden politischen Lagern von der Vergangenheitsbewältigung überformt. Rechte wie Linke setzten Israel nun mit NS-Deutschland und die Palästinenser mit dem antifaschistischen Widerstand gleich, nur fiel die Bewertung gegensätzlich aus. Beide Sichtweisen hatten mit dem realen Konflikt wenig zu tun, sondern spiegelten vielmehr das Verhältnis der Deutschen zu ihrer eigenen Vergangenheit wider.

Am 19. August 1965 werden im 1. Frankfurter Auschwitz-Prozess die Urteile gesprochen. Vor der Urteilsverkündung warten zahlreiche Menschen auf den Einlass.

In einem von der Polizei geöffneten Paket finden sich am 11.11.1969 Sprengstoff, Klebstoff, Chemikalien, ein Zünder und ein Wecker. Die „Briefbombe“ war zwei Tage zuvor im Jüdischen Gemeindehaus Berlin abgegeben worden.



Hauptformen des Antisemitismus

Antijudaismus: Wenn die religiöse Motivation der Judenfeindschaft betont werden soll, wird zumeist der Terminus „Antijudaismus“ verwendet, obgleich dieser etwas missverständlich ist. Denn die religiöse Judenfeindschaft richtet sich nicht nur gegen den „Judaismus“, also die jüdische Religion, sondern auch gegen Jüdinnen und Juden als Träger dieser Religion. Zudem haben sich schon in der Antike, aber auch im Mittelalter, religiöse und soziale Motive gemischt. Anders als der „Antisemitismus“ argumentiert der „Antijudaismus“ in der Regel aber nicht biologistisch. Grundsätzlich behauptet der Antijudaismus, dass Juden ihr Judentum durch Taufe oder Konversion ablegen könnten und dann keine Juden mehr seien. Es gibt verschiedene Ausprägungen des Antijudaismus, die wichtigsten sind der christliche und der islamische:

Christlich: Der christliche Antijudaismus verfügt über eine lange und weitverzweigte Tradition. Ursprünglich entwickelte er sich aus der religiösen Konkurrenz zwischen dem Judentum und dem aus diesem hervorgegangenen Christentum. Die Kirchenväter mussten sich vom Judentum abgrenzen und taten das häufig, indem sie das Judentum als „veraltet“ oder „buchstabengläubig“ herabsetzten. Schon in den Evangelien taucht aber auch das Bild der Juden als vermeintliche „Gottesmörder“ auf, die am Tod Jesu schuld seien. Der Vorwurf des Gottesmordes war so gravierend, dass er über Jahrhunderte die Basis des christlichen Antijudaismus bildete. Seit dem Mittelalter wurde das Judentum verstärkt dämonisiert, der theologische Antijudaismus wurde durch Mythen und Legenden angereichert. Noch heute finden sich antijüdische Einstellungen in christlichen Gemeinden, zugleich sind tradierte Bilder auch in säkulare Formen der Judenfeindschaft eingegangen.

Islamisch: Wie im Christentum so existiert auch im Islam eine antijüdische Tradition, in der den Juden vor allem eine Manipulation der Schrift, aber auch Hinterlistigkeit nachgesagt wird. Aber auch Motive aus dem europäischen Antisemitismus wurden seit dem 19. Jahrhundert in der islamischen Welt übernommen und mit traditionellen Elementen verquickt. So ist das antisemitische Machwerk „Die Protokolle der Weisen von Zion“ bis heute ein Bestseller in manchen arabischen Ländern.

Rassistischer Antisemitismus: Der Begriff „Antisemitismus“ wurde im 19. Jh. mit Bezug auf zeitgenössische Rassetheorien erfunden, um die Feindschaft gegenüber Juden vermeintlich „wissenschaftlich“ zu legitimieren. Der „rassistische Antisemitismus“ grenzt sich häufig von religiös motivierter Judenfeindschaft („Antijudaismus“) ab und beruft sich auf vermeintlich unveränderliche „rassische“ Eigenschaften aller Juden.

„Erlösungsantisemitismus“: Der Terminus meint eine spezifische Spielart des rassistischen Antisemitismus, die vor allem für den Nationalsozialismus charakteristisch ist. Adolf Hitler und andere glaubten an einen endzeitlichen Kampf zwischen Juden und Arierern, von dem das Schicksal der Welt abhängt.

Sekundärer Antisemitismus: Der „sekundäre Antisemitismus“ meint den Antisemitismus nach dem Holocaust, der zumeist mit Verdrängungs- und Abwehrmechanismen verknüpft ist. Typisch ist die Täter-Opfer-Umkehr, die Juden zu Tätern macht und damit ihre Verfolgung rechtfertigt.

Antikommunistischer Antisemitismus: Spätestens seit der Russischen Oktoberrevolution von 1917 wurde die kommunistische

Bewegung von ihren Gegnern als vermeintlich „jüdisch“ angefeindet. Die NS-Propaganda malte das Bild eines „Judeo-Bolschewismus“ an die Wand und behauptete, Deutschland vor einer jüdisch-kommunistischen Verschwörung zu verteidigen. Auch nach 1945 wurden im Kontext des Kalten Krieges bisweilen Elemente des antikommunistischen Antisemitismus reaktiviert.

Antizionismus / Israelbezogener Antisemitismus: Der Zionismus ist eine im 19. Jahrhundert entstandene Bewegung, die das Judentum nicht vorwiegend als Religionsgemeinschaft, sondern als Nation versteht – auch in Reaktion auf Verfolgung und Ausgrenzung. Die Mehrheit der Zionisten strebte nach der Errichtung eines eigenen jüdischen Nationalstaates. Deshalb werden die Gegner des Zionismus, die das Verständnis des Judentums als Volk oder Nation ablehnen und sich gegen die Gründung eines jüdischen Staates aussprechen, Antizionisten genannt. Vor dem Holocaust waren in Deutschland nur wenige Jüdinnen und Juden zionistisch ausgerichtet. Nach dem Massenmord änderte sich dies, nicht zuletzt aufgrund der Bedeutung Israels als Zufluchtsstätte. Antizionismus ist also nicht immer antisemitisch – aber er ist es dann, wenn 1) ausschließlich den Juden das Recht auf einen eigenen Nationalstaat verwehrt werden soll, wenn 2) Juden dem Antisemitismus schutzlos ausgeliefert werden sollen und ihnen das Recht auf Selbstverteidigung abgesprochen wird, und wenn 3) der jüdische Staat mit Bildern und Begriffen aus der antisemitischen Tradition dämonisiert wird. In der Forschung hat sich seit einigen Jahren der Begriff des „israelbezogenen Antisemitismus“ durchgesetzt, um ihn von bestimmten Varianten des (nicht-antisemitischen) Antizionismus abzugrenzen. Im Vordergrund steht dabei die Übertragung antisemitischer Bilder und Semantiken auf den Staat Israel.

Antikapitalistischer Antisemitismus: Seit dem Mittelalter wurden Jüdinnen und Juden mit dem Geldhandel identifiziert, da besonders in ländlichen Regionen der Geldverleih häufig von Juden betrieben wurde. Mit dem Aufstieg des Kapitalismus gerieten „die“ Juden zunehmend als vermeintliche Personifikationen von Geld, Handel und Zins ins Visier. Wird der Kapitalismus nicht als Gesellschaftsform kritisiert, sondern als geheime Verschwörung jüdischer Kapitalisten, so handelt es sich um eine Form von antikapitalistisch konnotiertem Antisemitismus.

Antisemitische Verschwörungstheorien: Allen Verschwörungstheorien wohnt die Tendenz zu antisemitischem Denken inne – auch wenn nicht alle Warnungen vor vermeintlichen oder auch tatsächlichen Verschwörungen antisemitisch sind. Es muss hier sehr genau hingeschaut werden: Auf Protestdemonstrationen gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie wurden 2020/21 vereinzelt „die Juden“ für die Pandemie verantwortlich gemacht. Auch wurde wiederholt die Legende einer vermeintlichen jüdischen „Brunnenvergiftung“, die in der mittelalterlichen Pestzeit entstanden war, auf die heutige Situation übertragen. Dies sind klassische Beispiele für antisemitische Verschwörungstheorien. Am bedeutsamsten ist die Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung oder einer geheimen jüdischen Weltregierung, die im Hintergrund alle Fäden ziehe.

Besonders in der radikalen Linken überschritt die Gegnerschaft zu Israel in den folgenden Jahren immer wieder die Grenze zum offenen Antisemitismus. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1969, dem Jahrestag der Novemberpogrome, deponierte die linksradikale Gruppe „Tupamaros Westberlin“ eine (glücklicherweise defekte) Bombe im jüdischen Gemeindehaus. In ihrem Bekennerschreiben behauptete die Gruppe, „daß die Kristallnacht von 1938 heute tagtäglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt“ werde. Nicht nur vollzogen die Attentäter damit eine Täter-Opfer-Umkehr, der zufolge die Opfer des Holocaust nun zu Tätern geworden seien, sondern sie setzten auch das Judentum mit Israel und dem Zionismus gleich. Aus ihrer Sicht ging man gegen den „zionistischen Imperialismus“ vor, wenn man Jüdinnen und Juden in Deutschland angriff.

Palästinensischer und linker Terrorismus

In den 1970er-Jahren kam es zu einer Welle palästinensischen Terrors in Westdeutschland. Im Februar 1970 griffen arabische Terroristen auf dem Flughafen in München-Riem die Crew und Fluggäste einer israelischen Maschine an und töteten dabei einen Passagier. Einige Tage später starben bei einem Brandanschlag auf das Altenheim der Israelitischen Kultusgemeinde in München sieben Bewohnerinnen und Bewohner. Bis heute

Die Gedenktafel im Olympischen Dorf in München erinnert an die elf israelischen Opfer des Olympia-Attentates vom 5. September 1972.



ist nicht geklärt, wer genau hinter dem Anschlag steckte, aber ein Zusammenhang mit dem gegen Israel gerichteten Terrorismus kann nicht ausgeschlossen werden. Dieser zeigte sich 1972 abermals bei den Olympischen Spielen in München, als die palästinensische Gruppe „Schwarzer September“ im Zuge einer Geiselnahme elf israelische Sportler sowie einen Sicherheitsbeamten ermordete. Deutsche Neonazis hatten die arabischen Terroristen zuvor unter anderem bei der Beschaffung von Fluchtfahrzeugen und gefälschten Pässen unterstützt, die linke RAF-Terroristin Ulrike Meinhof wiederum lobte die Geiselnahme als revolutionäre Tat.

Ganz in diesem Geist beteiligten sich linke Aktivisten der „Revolutionären Zellen“ 1976 an der Entführung einer Air France-Maschine, die von Tel Aviv nach Paris fliegen sollte. Gemeinsam mit Gesinnungsgenossen der palästinensischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (Popular Front for the Liberation of Palestine, PFLP) entführten die Terroristen Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann die Maschine ins ugandische Entebbe, wo die beiden Deutschen gezielt die jüdischen (oder für jüdisch gehaltenen) von den nicht-jüdischen Passagieren trennten, um Gefangene aus israelischen Gefängnissen freizupressen. Nach einer Woche befreite eine israelische Spezialeinheit die festgehaltenen Passagiere und tötete die Geiselnahmer. Teile der deutschen Linken distanzieren sich von der „Selektion“ jüdischer Passagiere und es kam erstmals zu Debatten über einen genuin linken Antisemitismus. Dennoch wurde der Antisemitismus seitens der Linken weiterhin vorwiegend als rechtes Problem wahrgenommen.

Rechtsextremer Terror

Dieser Eindruck verstärkte sich durch eine Reihe rechtsextremer Anschläge auf Jüdinnen und Juden und jüdische Einrichtungen in den 1980er-Jahren. Der wegen versuchten Mordes einsitzende deutsche Neonazi Ekkehard Weil floh 1979 aus der Haftanstalt und verübte eine Serie von Anschlägen auf jüdische Geschäfte und Privathäuser in Österreich, darunter die Wohnung des Holocaust-Überlebenden Simon Wiesenthal, der erfolgreich untergetauchte NS-Täter aufspürte und vor Gericht brachte. Im Dezember 1980 ermordete ein Mitglied der rechtsterroristischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ in Erlangen den Rabbiner und Gemeindevorsitzenden Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frida Poeschke.

Auch in der DDR gab es neonazistische Strukturen. Das Regime spielte solche Fälle in der Regel herunter und bestritt, dass es rechtsradikale Gewalt im „antifaschistischen Staat“ gab. Erst nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 wur-

Antisemitisch motivierte Straftaten in Deutschland

Antisemitisch	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
PMK -links-	2	6	6	4	7	4	1	5	4	1	6	3	0	7	5	2	1	14	6	10
PMK -rechts-	1629	1594	1226	1346	1682	1662	1561	1496	1520	1192	1188	1314	1218	1342	1246	1381	1412	1603	1898	2224
PMK -Ausländer-*	31	89	53	46	33	89	59	41	101	53	24	38	31	176	78	48	-	-	-	-
-ausländische Ideologien-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	41	102	57	40
-religiöse Ideologien-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30	52	24	31
PMK -nicht zuzuordnen-*	29	82	59	53	26	54	36	17	65	22	21	19	26	71	37	37	20	28	47	46
PMK Gesamt	1691	1771	1344	1449	1748	1809	1657	1559	1690	1268	1239	1374	1275	1596	1366	1468	1504	1799	2032	2351

Fälle politisch motivierter Kriminalität (PMK) werden von den Polizeibehörden beim Bundeskriminalamt gemeldet und dort statistisch erfasst. Da es sich hier nur um dokumentierte Straftaten handelt, ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer antisemitischer Hasskriminalität höher liegt.

*„Seit 2017 werden die politisch motivierten Straftaten in fünf Phänomenbereichen erfasst. Der Phänomenbereich ‚PMK -Ausländer-‘ wurde in ‚PMK -ausländische Ideologien-‘ und ‚PMK -religiöse Ideologien-‘ ausdifferenziert. ‚PMK -Sonstige-‘ wurde umbenannt in ‚PMK -nicht zuzuordnen-‘. [gekürzt, Anm. d. Red.]“

© Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, „Übersicht Hasskriminalität: Entwicklung der Fallzahlen 2001–2020“, 2021

de das Phänomen des Neonazismus in seiner ganzen Tragweite deutlich. Neben den rassistischen und ausländerfeindlichen Pogromen von Hoyerswerda 1991 und Rostock-Lichtenhagen 1992 kam es auch zu einer Reihe von Brandanschlägen, so in Mölln 1992 und Solingen 1993. Auch die Lübecker Synagoge war in den Jahren 1994 und 1995 zweimal Ziel eines Brandanschlags. Zahlreiche weitere Sprengstoffanschläge und antisemitische Attacken gipfelten im Jahr 2000 in einem Terroranschlag in Düsseldorf-Wehrhahn, der sich gegen jüdische Flüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion richtete. Auch wenn der Attentäter bis heute nicht zweifelsfrei ermittelt werden konnte, deuten zahlreiche Indizien auf eine rechtsextreme Täterschaft hin. 2003 wurde ein von der neonazistischen Vereinigung „Kameradschaft Süd“ geplanter Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung der neuen Münchner Hauptsynagoge gerade noch vereitelt.

Islamistischer Terrorismus

Spätestens seit der Jahrtausendwende rückte eine weitere Gefahr vermehrt in den Vordergrund, nämlich der mit dem Islamismus verbundene Antisemitismus unter Musliminnen und Muslimen. Als die Anschläge islamistischer Terroristen auf das *World Trade Center* in New York am 11. September 2001 mit dem westlichen „*War on Terror*“ unter Führung der USA beantwortet wurden, gelang es islamistischen Predigern, diesen als imperialistischen Kreuzzug gegen den Islam darzustellen. Diesem Narrativ zufolge waren die Muslime Opfer westlicher Diskriminierung, Demütigung und Aggression und mussten sich schon aus reiner Notwehr oder wenigstens aus Solidarität dem „Heiligen Krieg“ anschließen oder ihn zumindest unterstützen. Solche Argumente radikalisierten auch in Deutschland manche junge Musliminnen und Muslimen, von denen einige dann tatsächlich in das terroristische Milieu abrutschten. Allerdings stellten gewaltbereite Islamisten damals wie heute lediglich eine kleine Minderheit in den muslimischen Gemeinschaften Deutschlands dar.

Dialog zwischen Juden und Muslimen

Herr Schuster, der Zentralrat der Juden hat das Dialogprojekt „Schalom Aleikum“ 2019 gestartet. Mit welchen Erwartungen?

Wir haben im Juni 2019 mit dem Ziel angefangen, einen Austausch zwischen Juden und Muslimen bundesweit zu initiieren, nicht zuletzt um Antisemitismus vorzubeugen oder abzubauen. Die hebräisch-arabische Wortkreation „Schalom Aleikum“ für unser Projekt, die für die vertrauensvolle Begrüßung: „Friede sei mit Dir“ steht, gibt die Intentionen des Zentralrats der Juden bei diesem Vorhaben wieder. Es geht um eine bewusste, ehrliche Annäherung.

Warum sind muslimische Verbände nicht beteiligt?

Wir streben einen Dialog auf Augenhöhe an. Diese war wirklich bei jeder der 13 großen und kleineren Veranstaltungen von „Schalom Aleikum“ gewährleistet. Das Rezept war scheinbar einfach – wir haben die Funktionärschicht verlassen und uns dorthin begeben, wo der Austausch möglich ist, nämlich in die Zivilgesellschaft. Paritätische Begegnungen von jüdischen und muslimischen Frauen, Jungunternehmern, Familien, Lehrern, Senioren und Influencern haben gezeigt – so geht die Augenhöhe.

Inwieweit ist das Projekt auch eine Antwort auf Anfeindungen von rechts, die Juden und Muslime als Minderheiten in Deutschland gleichermaßen treffen?

Der Rechtsextremismus hat sowohl Juden als auch Muslime zum Angriffsziel. Das ist auch die Wahrnehmung beider Gruppen, was sich mit Zahlen untermauern lässt. Unser Projektteam hat in Kooperation mit dem Forschungsinstitut Forsa eine nicht repräsentative Umfrage unter jüdischen, muslimischen und christlichen Multiplikatoren durchgeführt. Wir haben mehr als 200 Personen befragt. Am häufigsten (52 Prozent) wurden Rechtsnationale- und radikale als gleichermaßen Juden und Muslimen gegenüber ablehnend wahrgenommen. Diese Gemeinsamkeit gibt es also, dennoch gibt es in der gesellschaftlichen Stellung von Juden und Muslimen Unterschiede, die wir im Projekt nicht verwischen möchten.

Welche meinen Sie?

[...] Antisemitismus darf man nicht mit dem antimuslimischen Rassismus gleichsetzen. Beide Diskriminierungsformen sind

aufs Schärfste zu verurteilen. [...] Parallelen gibt es immer, doch bei einer Gleichsetzung verharmlosen wir die unterschiedlichen Diskriminierungsformen, tun den konkreten Menschen Unrecht und geben einer völlig unnötigen Opferkonkurrenz einen unnötig großen öffentlichen Raum.

Wie ist es denn generell um die Verständigung zwischen Juden und Muslimen bestellt?

[...] Wir haben es mit sehr unterschiedlichen Communities zu tun. Es gibt vieles, was uns verbindet. Das war zum Beispiel in der Beschneidungsdebatte zu spüren. Doch der Dauerkonflikt im Nahen Osten trägt nicht gerade zu einem entspannten Verhältnis zwischen Juden und Muslimen in Deutschland bei. Von nicht wenigen Muslimen, zumal den Geflüchteten der letzten Jahre, wird das Existenzrecht Israels massiv in Frage gestellt. Das ist für uns ein absolutes No-Go.

Der Zentralrat warnt seit längerem vor wachsendem Antisemitismus in Deutschland. Welche Rolle spielen dabei muslimische Communities?

Leider eine nicht ganz kleine. Wir registrieren zwar einen Generationswechsel in den muslimischen Gemeinden und Verbänden. Uns erreichen immer wieder einzelne Akteure, die konkrete Schritte für die Bekämpfung von Antisemitismus in ihrer Gemeinschaft unternehmen. Doch es gibt da noch sehr viel zu tun [...].

Hierbei handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Agenda. Am allerwichtigsten ist Bildung. Hier muss sowohl in den Schulen als auch in den Integrationskursen viel stärker aufgeklärt werden. Zugleich müssen wir die Muslime stärken, die sich aktiv gegen Antisemitismus einsetzen. Sie brauchen Rückhalt gegenüber ihren eigenen Leuten.

„Schalom Aleikum“ wurde im Juni 2019 gestartet, um Juden und Muslime an einen Tisch zu bekommen. Dazu werden bundesweit Talkrunden und Treffen organisiert. Mehr Infos finden Sie auf www.schalom-aleikum.de

„Wir streben einen Dialog auf Augenhöhe an“. Josef Schuster, seit 2014 Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, im Interview mit Nadja Erb, in: Frankfurter Rundschau vom 18./19. Januar 2020

Israelbezogener Antisemitismus

Obwohl der islamistische sowie der neonazistische Terrorismus nach wie vor große Bedrohungen für Jüdinnen und Juden in Deutschland darstellen, ging antisemitische Gewalt in den vergangenen beiden Jahrzehnten weniger von organisierten Terrorzellen als vielmehr von mehr oder weniger spontan handelnden Einzeltätern aus. Allerdings radikalisierten diese sich häufig über die Sozialen Netzwerke und inszenierten ihre Verbrechen bewusst für ein gleichgesinntes Publikum im World Wide Web, das die Täter ermutigte und Beifall spendete.

Während antisemitische Gewalt von rechts in einer weitgehend ungebrochenen ideologischen Tradition des Nationalsozialismus steht, hat Antisemitismus unter Musliminnen und Muslimen komplexere Wurzeln: Versatzstücke islamistischer Ideologie, Verschwörungstheorien, tradierte Feindbilder und das beschriebene Opfernarrativ vereinen sich vielfach zu einem sogenannten israelbezogenen Antisemitismus. In diesem Weltbild ist Israel der ultimative Feind. Nicht selten wird der Hass auf Israel und die Juden sogar als Ausdruck der Zugehörigkeit zur muslimischen, türkischen oder arabischen Gemeinschaft angesehen. In einer vereinfachenden, aber sinnstiftenden Sicht wird muslimische Solidarität als Kampf gegen Israel interpretiert und die Jüdinnen und Juden in Deutschland werden dabei als Repräsentanten Israels wahrgenommen.

In den vergangenen Jahren häuften sich antisemitische Vorfälle, wenn es im Nahen Osten zu Krieg zwischen Israel und der terroristischen Organisation Hamas kam. Schon zu Beginn der zweiten Intifada warfen im Oktober 2000 zwei arabischstämmige Männer Molotowcocktails auf die Düsseldorf Synagoge, wenige Tage später beteiligte sich einer der Täter an einem Angriff auf die Essener Synagoge. Aus einer antiisraelischen Demonstration heraus griffen damals 250 Teilnehmende das Gotteshaus mit Steinen und Schreckschusspistolen an. Auf die Berliner Synagoge am Fraenkelufer wurde im April 2002 ebenfalls ein Brandanschlag verübt. Auch auf offener Straße kam es seit der Jahrtausendwende immer wieder zu Übergriffen auf Juden, die aufgrund einer Kippa oder eines Davidstern-Anhängers als solche zu erkennen waren. Im Mai 2021 wurden in Deutschland im Zusammenhang mit den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der terroristischen Organisation Hamas immer wieder Juden, jüdische Einrichtungen, so die Synagogen in Bonn, Mannheim und Ulm, und Holocaust-Mahnmale attackiert. Vor der Synagoge in Gelsenkirchen versammelten sich rund 180 Demonstrierende, von denen einige antisemitische Sprechchöre anstimmten.

Anders als organisierte Terrorzellen ließ und lässt sich der eher spontane „Straßenantisemitismus“ von den Sicherheitsbehörden kaum präventiv überwachen. Umso wichtiger ist die Abschreckung durch konsequente strafrechtliche Verfolgung. Aber auch in diesem Punkt kam es immer wieder zu fragwürdigen Ergebnissen. Am bekanntesten ist ein Vorfall aus dem Jahr 2014, als drei Palästinenser, die tagsüber an einer Demonstration gegen den Gazakrieg teilgenommen hatten, nachts Molotowcocktails auf die Bergische Synagoge in Wuppertal warfen. Die Täter wurden wenig später gefasst, kamen aber mit Bewährungsstrafen davon, weil das Gericht keine antisemitischen Motive für die Tat erkennen wollte – sie hätten schließlich aus Kritik an Israels Politik gehandelt. Das Gericht hatte damit offiziell erklärt, dass es nicht per se antisemitisch sei, Brandanschläge auf Synagogen zu verüben. Ein fatales Signal.

Antisemitismus der Mitte

Solche Urteile werfen die Frage auf, wie verbreitet der „israelbezogene Antisemitismus“ in der Mitte der Gesellschaft war und ist. Er ist offenbar kein Problem, das sich nur in muslimischen Gemeinschaften finden lässt. Empirische Umfragen, wie die Studie des Expertenkreises Antisemitismus im Auftrag des Bundesinnenministeriums, haben gezeigt, dass antiisraelische Einstellungen in der Bevölkerung weite Verbreitung finden und sich oft mit antisemitischen Ressentiments verbinden. Israel wird etwa als jüdischem Staat besondere Rachsucht, Rücksichtslosigkeit und Machtgier unterstellt. Auch Motive des „sekundären Antisemitismus“ und der Täter-Opfer-Umkehr verknüpfen sich häufig mit als „Israelkritik“ getarntem Antisemitismus. Seit Jahren ist die Frage, wo die Grenze zwischen legitimer Kritik an der israelischen Politik und antisemitischen Denkmustern verläuft, Gegenstand heftiger Debatten. Dabei kommt ein Grundzug des Antisemitismus nach dem Holocaust zum Tragen, der den gesamten in diesem Artikel behandelten Zeitraum betrifft: Abgesehen von überzeugten Nationalsozialisten bekennt sich niemand mehr offen zum Antisemitismus. Festzustellen, ob eine Aussage oder eine Tat antisemitisch ist, bedarf deshalb in den meisten Fällen der Interpretation.

Verschwörungstheorien unter „Querdenkern“

Das gilt auch für die neueste Erscheinungsform des Antisemitismus, die sich bei den sogenannten Querdenker-Demonstrationen während der Coronavirus-Pandemie finden ließ. Zahlreiche auf solchen Demonstrationen vertretene Verschwörungserzählungen beinhalten klassische antisemitische Bilder und Stereotype. Beispielsweise knüpfen manche Querdenker, die in der Impfkampagne gegen das Coronavirus eine geheime Verschwörung zur Schädigung der Volksgesundheit vermuten, an die antisemitische Legende der Brunnenvergiftung an.

Dennoch sah sich der größte Teil der Querdenker selbst nicht als antisemitisch. Eine Studie des Sozialwissenschaftlers Oliver Nachtwey ergab, dass ein Großteil der Teilnehmenden eher einen alternativen und bildungsbürgerlichen Hintergrund hatte und nicht etwa aus dem rechten oder gar rechtsextremen Spektrum kam.

Wie nicht zuletzt der 2019 verübte Anschlag auf die in der Synagoge in Halle versammelten Jüdinnen und Juden zeigt, ist die Geschichte des Antisemitismus in Deutschland leider alles andere als abgeschlossen. Auch in Zukunft, so steht zu be-



Die Einschusslöcher in der Eingangstür der Synagoge in Halle erinnern an den Terroranschlag am 9. Oktober 2019, bei dem zwei Menschen getötet wurden.

Zunahme antisemitischer Gewalt im Zuge des Nahostkonflikts

[...] Als sich der Konflikt im Nahen Osten Anfang Mai [2021] zuspitzte, waren auch Jüdinnen und Juden in Deutschland alarmiert. Würde sich der Hass von dort auch hierzulande entladen? Bald nahmen antisemitische Attacken auf den Straßen zu. [...] Wie erleben [...] [Betroffene] diese Hasswelle? Was erwarten sie von der Mehrheitsgesellschaft? [...]

Laura Cazés, 31, lebt in Frankfurt am Main und arbeitet als Leiterin für Kommunikation und Digitalisierung bei der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)

„Als die aktuelle Eskalation in Israel/Palästina losging, kam in mir ein bekanntes Unbehagen auf. Davon erzählten mir auch jüdische Freund:innen. Wir dachten an die antisemitische Hasswelle, die sich zuletzt rund um den Gaza-Krieg 2014 entladen hat, und wussten: Es geht wieder los.“

Ich fragte mich, ob das von der Gesellschaft endlich als Antisemitismus benannt werden würde. Würde man verstehen, in welcher Form diese sich entladende Aggression direkt auf unser Leben als deutsche Jüd:innen auswirkt? Leider haben sich viele Sorgen bisher bestätigt. Ich bekomme viele Zuschriften, gerade von jungen Jüdinnen und Juden, die auch auf Social Media die Wucht dieser Eskalation abbekommen: „Ich bekomme bald einen Nervenzusammenbruch“, schreiben sie. Oder: „Ich will mein Instagram-Konto löschen, aber schaue dann doch wieder rein.“ Viele können nachts nicht mehr schlafen.

Jüdische Menschen haben Angst. Die Belastung ist unglaublich spürbar – und das nimmt mich sehr mit. Und das betrifft uns alle, egal wie wir uns politisch positionieren: wir alle werden adressiert, wir alle bekommen den Antisemitismus zu spüren. Uns allen schlägt sehr viel Hass und Aggressivität entgegen. Gerade in den sozialen Medien wird der Konflikt in Israel und Palästina sehr verkürzt dargestellt. Postkoloniale Theorien und viele antirassistische Aktivist:innen verstehen Israel leider als den mächtigsten Staat, als Unterdrücker, und die überdimensionierte Vorstellung allein schon ist antisemitisch.

Nach 2014 haben gerade junge Jüdinnen und Juden sich in Bündnissen organisiert: intersektional, in muslimisch-jüdischen Allianzen.

Leider drohen die genau an diesem Punkt aufzubrechen. Es reicht nicht „Wir sind gegen Antisemitismus“ zu sagen und dann Aufrufe der Boykottbewegung gegen Israel zu teilen. Dann sind das nur Lippenbekenntnisse. Und dabei können wir eine inklusive Gesellschaft nur zusammen gestalten, gerade angesichts rechtsextremer Kontinuitäten, Hanau und Halle.

Heute gibt es zwar viele jüdische Safe Spaces, jüdische Austauschräume. Das hilft. Doch die Anspannung wird bleiben. Antisemitische Weltbilder sind so festgesetzt, auch wenn sie dann länger nicht ausbrechen. Und Jüdinnen und Juden müssen sich fragen: Was macht es mit uns, wenn diese Aggressivität wieder auf uns einschlägt? Merken andere überhaupt, wie unsicher wir uns fühlen?“

Protokoll: Kevin Čulina

Anton Tsirin, 33, Schauspieler, Präsident von Makkabi Deutschland Jugend, im Vorstand bei Kibbuz e.V. und Jugendreferent des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden Westfalen-Lippe

„Ich arbeite gerade in einem Projekt, das sich „Youde“ nennt. Letzte Woche haben wir dafür gedreht, ein Experiment: Mit Kippa lief ich durch die Straßen und hielt in der Hand ein Schild. Darauf stand: „Ich bin ein Jude. Was wolltest du schon immer fragen oder sagen?“ Jemand sagte zu mir, es sei eine Provokation, dass ich eine Kippa trage. Was provoziert da? Die Kippa? Dass ich Jude bin?“

Es wird immer wieder abgeraten, in der Öffentlichkeit eine Kippa zu tragen. Als ich etwa 20 Jahre alt war, habe ich noch aus Prinzip gesagt: Ich ziehe die Kippa an. Ich fand, dass Juden zu sehr zurückgezogen leben. Es bringt nichts, sich zu verstecken, dachte ich, wir müssen uns zeigen, und dass es normal ist in Deutschland ein Jude zu sein.

Heute würde ich mich nicht mehr alleine mit Kippa auf die Straße trauen. Ich hätte jetzt Angst. Denn die Wahrscheinlichkeit ist hoch, Gewalt zu erleben. Und ich möchte nicht, dass meine Familie sich um mich Sorgen macht.

Als die ersten antisemitischen Demonstrationen stattfanden, fühlte ich mich verantwortlich, etwas zu tun. Es überforderte mich auch. Ich sehe, dass in den sozialen Medien viele falsche Berichte und Videos über den Nahostkonflikt verbreitet werden. Viele Menschen teilen das, ohne wirklich Ahnung zu haben. Das ist ein Problem. Ich habe lange und viel überlegt, wie man diese Menschen erreicht. Aber da läuft man oft gegen eine Wand.

Es gab mehrere muslimische Gruppen, die sich solidarisch gezeigt haben. Dafür bin ich ihnen sehr dankbar. Wir leben alle zusammen in Deutschland. Wir alle sind nicht dafür verantwortlich, was dort passiert, sondern was hier passiert. Und wir müssen alle zusammen für unseren gegenseitigen Frieden einstehen.

Es wird wieder ruhiger werden in Deutschland. Was bleibt, ist die Unsicherheit. Ich weiß nicht, ob ich als Jude meine Kinder mal unter diesen Voraussetzungen hier aufziehen will.

Meine letzte Hoffnung ist, dass Menschen, die auch für ein friedliches Zusammenleben sind, öfter ihre Stimme erheben. Und, neben Juden, mehr andere Leute auf Demos gegen Antisemitismus auftauchen oder gar mitorganisieren.“

Protokoll: Erica Zingher

Erica Zingher / Kevin Čulina, „Die Angst wird bleiben“, in: taz vom 25. Mai 2021

fürchten, werden judenfeindliche Ressentiments, antijüdische Denkmuster und antisemitische Gewalttaten zur Realität des Lebens in Deutschland gehören. Seit 1945 bildeten sich verschiedene Formen des offenen oder versteckten Antisemitismus heraus, die sich in allen Teilen der Gesellschaft wiederfinden. Während sich die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen seit den 1950er-Jahren weitgehend konstant auf einem hohen

Niveau hielt, kam antijüdische Gewalt zumeist von den extremistischen Rändern der Gesellschaft und verlief wellenförmig. Ohne die stillschweigende Billigung oder Ignoranz weiter Teile der Bevölkerung allerdings wäre diese Gewalt nicht möglich. Umso wichtiger ist es, schon im privaten Raum antijüdische Äußerungen zurückzuweisen und in der Bildungsarbeit über die Geschichte des Antisemitismus aufzuklären.



Ein großes, buntes Schild begrüßt Ankommende im Flughafen Ben Gurion in Tel Aviv, dem größten Flughafen Israels. Der israelische Staat garantiert allen Jüdinnen und Juden weltweit ein Einbürgerungsrecht und ist für viele daher eine Art Lebensversicherung.

DANIEL MAHLA

Juden in Deutschland und der Staat Israel

Für die Mehrzahl der Jüdinnen und Juden in Deutschland bleibt Israel ein emotionaler Zufluchtsort. Während die Existenz jüdischer Gemeinden in Deutschland in der Nachkriegszeit noch auf verbreitete Kritik aus Israel stieß, zieht es seit den 2000er-Jahren vermehrt junge Israelis nach Berlin, wo sie sich inzwischen ganz eigene Räume geschaffen haben.

„Ich glaube, kein Jude auf der Welt kann ein neutrales Verhältnis zu Israel haben, schon gar nicht in Deutschland. Die Existenz des israelischen Staates, der jedem Juden ein Einbürgerungsrecht garantiert, ist eine Lebensversicherung. Hätte es ihn schon in den 30er-Jahren gegeben, wäre es nicht zu dem gekommen, was geschehen ist.“

Mit diesen Worten schilderte in einem Interview im Dezember 2014 der damals gerade zum Präsidenten des Zentralrats

der Juden in Deutschland gewählte Dr. Josef Schuster die Beziehung der Jüdinnen und Juden in Deutschland zum Staat Israel. Gleichzeitig aber betonte er, dass der Zentralrat „keine israelische Konsularbehörde“ sei. Bei weitem nicht alle Deutschen, so führte er aus, könnten die Beziehung der Juden in Deutschland zu Israel verstehen. Ein Nachbar etwa habe seine Frau vor ein paar Jahren gefragt, ob die Familie im Sommer „wieder mal nach Hause“ fahre.

Was Schuster hier beschrieb, ist eine Grundspannung, der sich in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden immer wieder ausgesetzt sehen. Denn zum einen ist klar, dass sich viele von ihnen in besonderer Weise mit dem jüdischen Staat identifizieren. Zum anderen aber haben sie mit dem klassischen antisemitischen Stereotyp zu kämpfen, Juden seien in erster Linie dem Staat Israel gegenüber loyal und nicht ihren Heimatländern. Bewusst oder unbewusst sprach der Nachbar der Familie Schuster mit seiner Bemerkung indirekt ab, zur Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland zu gehören, wie der Vorsitzende des Zentralrats dann auch resigniert feststellte.

Konfliktträchtig und sprunghaft: die Jahre 1945-1990

Tatsächlich gestalteten sich die Beziehungen der Jüdinnen und Juden in Deutschland zu Israel nicht immer einfach. Gerade in den frühen Nachkriegsjahren blickten Israelis höchst negativ auf die Existenz jüdischer Gemeinden im Land der Täter. Der israelische Konsul in München etwa, Dr. Eliahu Livneh, unterstellte der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, keinerlei moralische Standards zu haben. „Es handelt sich um Elemente,“ so sein vernichtendes Urteil, „die nur in Dimensionen von Geld und Profit denken und Israel und den Zionismus mit Zynismus und Gleichgültigkeit betrachten.“ Ächtung und Boykott gegenüber allem Deutschen bezogen sich in dieser Weise auch auf die im Lande verbliebenen Jüdinnen und Juden, versinnbildlicht etwa in der anfänglichen Nichtanerkennung einer deutschen Sektion innerhalb der Zionistischen Weltorganisation. Noch weit negativer beurteilte man dort die 2500 bis 3000 Menschen, die vor dem Krieg aus Deutschland nach Palästina geflohen waren und in den späten 1940er- und frühen 1950er-Jahren wieder dorthin zurückkehrten.

Die jüdischen Gemeinden in Westdeutschland sahen sich – auch vor dem Hintergrund dieser Ablehnung – von einem schlechten Gewissen geplagt. Zum Ausgleich engagierten sie sich demonstrativ für den jüdischen Staat. Israel wurde zum Dreh- und Angelpunkt jüdischen Lebens in Deutschland. Da sie sich selbst auferlegten, im „Land der Henker“ nicht heimisch zu werden, wurde der jüdische Staat für viele damals zur Ersatzheimat. Mit dem fortschreitenden wirtschaftlichen Aufschwung der 1950er-Jahre drückte dies sich vor allem in einer enormen Spendenbereitschaft aus. Die in Westdeutschland etablierten Gemeinden veranstalteten zahllose Fundraising-Veranstaltungen. Einzelne Mitglieder wurden sogar unter Druck gesetzt, durch individuelle Zuwendungen ihre Solidarität mit Israel zum Ausdruck zu bringen. Diese Solidarität drückte sich außerdem in einer höchst zionistisch geprägten Erziehung aus, die bald Früchte trug. So gaben bei einer Umfrage im Jahr 1964 73 Prozent der befragten Jugendlichen an, zukünftig in Israel leben zu wollen. Nur 8 Prozent sahen ihre Zukunft in Deutschland. Zwar gab es vereinzelt auch Kritik an dieser Stimmung, etwa wenn der konservative Historiker Hans-Joachim Schöps mahnte, man solle sich nicht „als vorübergehend in Deutschland amtierende Gast-Israelis“ sehen, sondern als „deutsche Staatsbürger mit allen politischen Rechten und Pflichten.“ Doch die überwiegende Mehrheit der in Westdeutschland lebenden Juden sah dies anders.

Im Gegensatz dazu war für die Juden in der DDR solch eine offene Solidarisierung mit Israel aufgrund der antizionistischen Haltung des Staates höchst gefährlich. Nach dem Sechs-Tage-Krieg spitzte sich die antiisraelische Demagogie in der DDR noch weiter zu (siehe S. 24 ff.). Auch für die jüdischen Gemeinden in Westdeutschland war der Sechs-Tage-Krieg ein wichtiger Wendepunkt. Zum einen stärkte der überwältigende Sieg des



Die Jüdische Jugend Berlin feiert am 29. November 1947 den Teilungsbeschluss der UNO zur Gründung eines unabhängigen jüdischen und eines arabischen Staates im damaligen Palästina.

jungen Staates über seine Feinde noch einmal die Identifikation vieler Jüdinnen und Juden mit Israel nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Zum anderen aber führte die nun einsetzende militärische Besetzung der Palästinensergebiete auch zu scharfer Kritik. Hinzu kam es mit dem Heranwachsen der zweiten Generation zu einer Pluralisierung der westdeutschen jüdischen Gemeinden. Insbesondere die Frankfurter Jüdische Gruppe um die Intellektuellen Dan Diner, Micha Brumlik und Cilly Kugelmann setzte sich äußerst kritisch mit dem jüdischen Staat auseinander und beteiligte sich an Protesten gegen die israelische Politik. Brumlik etwa erklärte das „zionistische Experiment in politischer und moralischer Hinsicht“ für gescheitert und forderte, es müsse nun wieder möglich sein, sich ein Judentum „ohne den Staat Israel“ vorzustellen.

Die ab 1977 regierende rechtsnationale Koalition unter Menachem Begin sowie der Libanonkrieg 1982 führten zu einer weiteren Verschärfung der Auseinandersetzung. In dieser Kritik und dem Aufbegehren gegen die Elterngeneration sahen sich die jüdischen Studierenden vereint mit vielen nicht-jüdischen Altersgenossen auf der politischen Linken. Allerdings gestaltete sich dort die Kritik am Staat Israel zunehmend aggressiver und wurde nicht selten von antisemitischen Untertönen begleitet. Dies bewirkte schließlich einen Prozess der Loslösung der jüdischen Aktivistinnen und Aktivisten von ihren linken Partnern. Sie entwickelten sich nun zu Intellektuellen, die unterschieden jüdische Standpunkte vertraten. Darüber hinaus kam es in diesen Jahren zu einer positiveren Identifizierung vieler Jüdinnen und Juden mit Deutschland, womit gleichzeitig die Bedeutung Israels als „Ersatzheimat“ zurückging. So gaben in einer Umfrage von 1990 64 Prozent der befragten Jüdinnen und Juden aus Westdeutschland an, sich „zunächst einmal als Deutsche“ zu sehen und 56 Prozent verneinten die Behauptung, Israel sei ihre wahre Heimat.

Neue Perspektiven und Identifikationen: die Jahre 1990 – heute

Die deutsche Wiedervereinigung und die Einwanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion stellten die jüdischen Gemeinden in den 1990er-Jahren schließlich vor weitreichende Herausforderungen, deren erfolgreiche Bewältigung nun im Fokus stand. Die Migrantinnen und Migranten brachten aber auch neue Perspektiven in die Gemeinden ein. Viele von ihnen unterhielten enge Verbindungen zu Verwandten und Freunden, die nach Israel emigriert waren. Andere hatten



Deutsch-israelische Beziehung (v.l.n.r.): Am 8. Dezember 2002 nimmt Mosche Katzav erstmals ein israelischer Präsident an der Eröffnung einer Synagoge in Deutschland teil und spricht im Wuppertaler Rathaus über die 25-jährige Städtepartnerschaft zwischen Beer Sheba und Wuppertal. Am 7. Mai 2009 feiern zahlreiche Menschen auf dem Karlsplatz in München den Israeltag.

selbst ein paar Jahre im jüdischen Staat gelebt, bevor sie nach Deutschland kamen.

Gleichzeitig mussten sie sich in der neuen Umgebung zu rechtfinden, was nicht selten zu einer Auseinandersetzung mit der eigenen kulturellen Zugehörigkeit und Identität führte und damit auch zu der Frage, welche Bedeutung ihrem Verhältnis zum jüdischen Staat darin zukam. Vor allem die zweite Generation von ihnen, die als Kinder nach Deutschland gekommen waren oder erst hier geboren wurden, setzte sich intensiv mit solchen Fragen auseinander. Stellvertretend für diese Generation etwa kann der Schriftsteller und Journalist Dmitrij Kapitelman angeführt werden, der in seinem 2016 erschienenen Erstlingswerk „Das Lächeln meines unsichtbaren Vaters“ feinsinnig und humorvoll die eigene Suche nach Identität und Heimat thematisiert. Zurückgekehrt von einer Reise nach Israel, die er zu diesem Ziel zusammen mit seinem Vater unternahm, stellt er fest, auch dort gäbe es keine ideale Gesellschaft „ohne Fremdenfurcht, Neid und Ungerechtigkeit“. „Die Reise mit meinem Vater hat mir gezeigt,“ so resümiert er seine Identitätssuche, „dass Zugehörigkeiten austauschbar sind – nicht aber die Menschen, mit denen man diese teilt. Meine Familie und Freunde leben in Deutschland. Die Unmenschen, die sie bedrohen, ebenfalls. Somit bin ich für Deutschland mitverantwortlich. Ob ich will oder nicht.“

Daneben vollzog sich über die Jahrzehnte eine schrittweise Anerkennung der Gemeinden in Deutschland durch die großen jüdischen Zentren in Israel und den USA. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem jüdischen Staat 1965 und die sich stetig enger gestaltenden Bindungen zwischen den beiden Staaten bildeten hierfür eine wichtige Voraussetzung. Einen historischen Moment konstatierte schließlich der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, als der israelische Präsident Mosche Katzav während eines offiziellen Staatsbesuchs 2002 bei der Einweihung einer neuen Synagoge in Wuppertal sprach und damit eine positive Einstellung gegenüber jüdischem Leben im Land demonstrierte.

In den 2000er-Jahren kam es dann zu einer neuen Entwicklung in der deutschen Nachkriegsgeschichte: Erstmals wanderten nicht nur einzelne, sondern mehrere Tausend israelische

Staatsbürgerinnen und -bürger ein, die sich insbesondere in Berlin niederließen und dort eigene Organisationen und Strukturen aufbauten. In Israel selbst sorgte diese neue Diaspora für Unmut. So warf etwa der damalige Finanzminister Yair Lapid den Fortgezogenen vor, „das einzige Land der Juden so einfach hinter sich zu lassen, weil das Leben in Berlin einfacher ist.“ Viele Deutsche dagegen zeigten sich hoch erfreut über die neue Anziehungskraft ihrer Hauptstadt auf junge Jüdinnen und Juden aus Israel und anderen Ländern.



Diese selbst sorgten für eine weitere Pluralisierung jüdischen Lebens in Deutschland. Einige unter ihnen vertraten eine entschieden kritische Position gegenüber der israelischen Politik und etablierten sich bald als zusätzliche Stimme im deutsch-israelischen Dialog. Auch hier kann wieder ein junger Autor als Beispiel dienen, der als Jugendlicher wegen der neuen Liebesbeziehung seiner Mutter aus einer israelischen Siedlung im Westjordanland ausgerechnet in eine Hochburg der NPD in Sachsen-Anhalt zog. Pointiert und provokativ erzählt Shahak Shapira, der heute in Berlin lebt und 2017 die deutsche Staatsangehörigkeit annahm, in seinen autobiografischen Aufzeichnungen „Das wird man ja wohl noch schreiben dürfen! Wie ich der deutscheste Jude der Welt wurde“ von seinen Erlebnissen. Schonungslos nimmt er dabei die neue deutsche und die alte israelische Heimat aufs Korn, wie auch seine jüdische Identität und den Umgang seiner deutschen Umgebung mit dieser. Der Autor und Satiriker provoziert zudem immer wieder mit Aktionen wie etwa einer Website, auf der er 2017 Selfies von fremden Personen vor dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas mit Fotomaterial aus NS-Vernichtungslagern kombinierte und

damit eine Debatte über die Erinnerung an den Holocaust auslöste.

Doch im neuen Millennium trat auch der Antisemitismus wieder offener und vermehrt gewaltbereit zu Tage. In diesem Zusammenhang mussten in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden nicht selten erleben, dass sie für die israelische Politik gegenüber den Palästinensern verantwortlich gemacht und immer öfter auch Opfer von tätlichen Angriffen und Gewalt wurden. Vor diesem Hintergrund ist die eingangs zitierte Aussage Josef Schusters zu verstehen, der Staat Israel sei eine Lebensversicherung für alle Juden. Darüber hinaus zwingt die undifferenzierte Gleichsetzung von Juden und Israelis die in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden immer wieder dazu, sich zu positionieren und die eigene Beziehung zum Staat Israel zu erläutern. Wie erwähnt, steht hier das antisemitische Stereotyp im Raum, Juden könnten aufgrund ihrer Beziehung zu Israel keine loyalen Bürger ihrer Heimatländer sein. Doch wie dargestellt, gestalten sich diese Beziehungen sehr vielfältig und dynamisch und haben im Laufe der Jahre höchst unterschiedliche Positionen und Zugänge hervorgebracht.

Junge Israelis in Berlin

Yehuda Swed zeigt stolz die moderne Einrichtung seines neuen Büros im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg. Der Vater zweier Jungs ist kein allzu emotionaler Typ, doch wenn er von seiner Fotoagentur Seesaw erzählt, gerät er ins Schwärmen. „Wäre ich in Israel geblieben, müsste ich wahrscheinlich Hochzeiten fotografieren und wäre nicht annähernd so respektiert.“ Der 1983 geborene Swed kam vor fast zehn Jahren aus Jerusalem nach Berlin, nachdem er 2006 im Libanonkrieg gekämpft und es satt hatte, „dass andere über mein Leben bestimmen“.

Ausgerechnet in Berlin, jener Stadt, in der die Nationalsozialisten den Holocaust planten, leben heute tausende Israelis. Doch so präsent die Shoah sein mag, sie ist viel mehr Teil der Vergangenheit als des Alltags. Zumindest für viele Neu-Einwanderer aus Israel.

Jung, selbstbewusst, abenteuerlustig – in Berlin lebende Israelis ähneln sich in mancher Hinsicht sehr. Viele kommen, um zu feiern, vom Nahostkonflikt Abstand zu gewinnen oder einen Neuanfang zu wagen. Nach Angaben des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg hat sich die Zahl der in Berlin gemeldeten Israelis zwischen 1993 und 2014 auf 6265 Personen mehr als verdoppelt. Inzwischen ist in den Medien aber von bis zu 30 000 Menschen die Rede. Die israelische Botschaft geht von knapp der Hälfte aus. Verlässliche Zahlen sind rar. Nicht nur, weil viele Israelis ihren Zweitpass angeben. Sicher ist: 2018 waren in Berlin offiziell 5319 israelische Staatsbürger amtlich registriert.

Aber was zieht Israelis nach Berlin? Hat die deutsche Hauptstadt das Potenzial, Heimatgefühle zu wecken? „Was Heimat für mich bedeutet, kann ich nicht genau sagen“, überlegt Yael Nachshon Levin, „das verändert sich dauernd.“ 2016 hat sie mit ihrer vierköpfigen Familie Tel Aviv verlassen. Aus Liebe zu ihrem Mann, Enkel von deutschen Holocaustüberlebenden, den es nach Deutschland zog – und um sich eine Auszeit zu nehmen. „Ich wollte nach meiner Krebserkrankung ein neues Kapitel aufschlagen“, erzählt die 39-Jährige Nachshon Levin. Doch statt alles etwas langsamer anzugehen, organisierte sie in ihrer Ber-

liner Altbauwohnung bald regelmäßig Wohnzimmerkonzerte und Ausstellungen. Der Erfolg von „Framed“, so der Name ihres Kultursalons, führt 2019 zur Gründung eines Vereins. Die heimelige Atmosphäre bietet nun ein Studio in Friedrichshain, in dem auch Lesungen und Zeichenkurse gehalten werden.

Wer dennoch Heimweh bekommt, kann sich auch in Berlin ohne Mühe in einen israelisch-jüdischen Kosmos begeben. In praktisch jedem Innenstadtbezirk lässt sich nicht nur israelisch essen, sondern auch koscher. So muss niemand auf Falafel oder Shakshuka verzichten. Dazu kann man die neueste Ausgabe des hebräischen „Spitz“-Magazins lesen, das in der Spree-Metropole herausgegeben wird oder in der privat geführten Hebräischen Bücherei vorbeischaun und abends noch israelischen Musikern lauschen. Und auch für spirituelle Momente ist gesorgt: Mehr als zehn Synagogen gibt es in Berlin. Jüdische Kitas und (Grund-)Schulen sind ebenfalls vorhanden.

Yehuda Swed fühle sich in erster Linie als Israeli, sagt er, nicht als Jude. Damit seine Kinder neben der deutschen Muttersprache auch Hebräisch lernen, kommuniziert er auf Ivrit mit ihnen. Deutsch ist dem mit einer Deutschen verheirateten Swed noch immer etwas fremd – und Englisch für seine internationale Agentur ohnehin die beste Wahl.

Ob als Fotograf, Modemacher, Journalistin, Start-up-Gründer, Bäcker oder Restaurantbesitzer – viele Israelis lassen sich als Selbstständige an der Spree nieder. Die Freiheit, die eigenen Talente auszuprobieren, ist verführerisch. In Israel sei sie ständig gegen Wände gelaufen, erklärt Yael Nachshon Levin, die auch Musikerin ist und Kolumnistin. In Berlin könne sie ihre Träume realisieren. Außerdem ermögliche ihr die Stadt, mit Syrern und Arabern befreundet zu sein. „Leute, die ich in Israel nicht mal treffe“. Auch für Yehuda Swed spielt der entspannte Umgang mit der eigenen Identität eine entscheidende Rolle: „In Berlin kannst du dich immer wieder neu erfinden, anonym in der Großstadt unterwegs sein oder unter Freunden in deinem Kiez.“

Christa Roth, „Berlin weckt Heimatgefühle“, 23. Juli 2019, © www.deutschland.de

ALFRED BODENHEIMER

Literarische Auseinandersetzungen

In beiden deutschen Staaten stieß Literatur zur jüdischen Verfolgungserfahrung zunächst auf wenig Gegenliebe. Es gab nur wenige jüdische Autorinnen oder Autoren. Doch seit den 1990er-Jahren veröffentlichten vermehrt junge jüdische Autorinnen wie Katja Petrowskaja, Olga Grjasnowa und Mirna Funk Literatur zu jüdisch orientierten Themen.

In den Jahren der Weimarer Republik, unmittelbar vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933, befand sich das jüdische Kulturschaffen in Deutschland in einer nie zuvor erreichten Blüte. In der Literatur und Publizistik sollen exemplarisch nur Namen wie Else Lasker-Schüler, Alfred Döblin oder Kurt Tucholsky genannt sein, um eine Innovativität und Originalität zu beschreiben, ohne die deutsches Kulturleben undenkbar schien. Doch Verfolgung, Vertreibung und Ermordung waren in den Jahren 1933–1945 das Schicksal jüdischer Literaturschaffender in Deutschland.

Jüdische Autorinnen und Autoren in Ost- und Westdeutschland

Nur wenige emigrierte Autorinnen und Autoren, die schon vor oder während ihres Exils bekannt waren, kehrten nach 1945 zurück, zuweilen mit Vorbehalten. In Westdeutschland war dies etwa Alfred Döblin (der allerdings dann zeitweise wieder nach Frankreich zog), in Ostdeutschland Arnold Zweig und Anna Seghers. Einige jüngere Rückkehrerinnen und Rückkehrer machten sich erst in der Nachkriegszeit literarisch einen Namen, so etwa Hilde Domin oder Grete Weil in Westdeutschland, Stefan Heym und Stephan Hermlin in der DDR. Doch ein beträchtlicher Teil der jüdischen Autorinnen und Autoren deutscher Sprache lebten und schrieben weiterhin in den Gastländern, die sie einst aufgenommen hatten. Das galt, in der älteren Generation, für Lion Feuchtwanger in den USA oder für Nelly Sachs in Schweden, in der nachfolgenden Generation für Paul Celan in Frankreich, Erich Fried in England oder Peter Weiss in Schweden. Auch Hermann Kesten zog, als er aus den USA nach Europa kam, nach Italien (und war von dort aus sogar Präsident des deutschen Poets, Essayists, Novelists-Zentrums (PEN)) sowie später in die Schweiz. Auch Wolfgang Hildesheimer verließ einige Jahre nach seiner Rückkehr aus Palästina Deutschland und ließ sich in der Schweiz nieder.

In beiden deutschen Staaten war zunächst ein Thematisieren der jüdischen Verfolgungserfahrung unerwünscht. Paul Celan etwa, der dies seit den 1950er-Jahren offen tat, erfuhr dafür massive Ablehnung und Kritik. Edgar Hilsenrath, der als Shoah-überlebender erst nach seiner Befreiung über Palästina und Frankreich in die USA gekommen war, feierte mit seiner 1971 erschienenen Shoah-Satire „Der Nazi & der Friseur“ zuerst auf Englisch einen Welterfolg, bevor die Übersetzung ins Deutsche und später auch seine Remigration nach Deutschland erfolgten.

Literarisches Schaffen in der DDR

Seit den 1970er-Jahren verringerte sich in der DDR die Anzahl jüngerer deutscher Literaturschaffender. Die drei bekanntesten jüdischen Autoren der Generation, die unmittelbar vor oder während des Zweiten Weltkriegs geboren war, überwarfen sich mit der Staatsführung und verließen halb oder ganz



Die literarische Aufarbeitung der Shoah ist in Deutschland zunächst unerwünscht. Edgar Hilsenraths sehr erfolgreiche Satire „Der Nazi & der Friseur“, hier eine Generalprobe des Magdeburger Schauspielhauses 2015, erscheint daher zuerst auf Englisch.

unfreiwillig in den 1970er-Jahren die DDR: Wolf Biermann, Jurek Becker und Thomas Brasch. Von den Dreien war der aus Lodz stammende, als Kind durch den Krieg gerettete Becker durch seinen Shoah-Roman „Jakob der Lügner“ (1969) und dessen Verfilmung damals am deutlichsten mit dem Judentum befasst. Biermann hat sich erst in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts zu jüdischen Themen geäußert: Er übersetzte das Gedicht „Großer Gesang vom ausgerotteten Jüdischen Volk“ des jiddischen Dichters Jizchak Katzenelson, der wie Biermanns Vater in Auschwitz ermordet worden war, ins Deutsche und gab Stellungnahmen zur Verteidigung Israels ab.

Literarisches Schaffen in Westdeutschland

Auch in der Bundesrepublik war in den Jahren vor der Wende die Anzahl jüngerer jüdischer Autorinnen und Autoren dünn gesät. Publizistisch traten dagegen einige sich der politischen Linken zurechnende Autorinnen und Autoren pointiert hervor, allen voran der ebenfalls in Polen als Kind von Shoah-Überlebenden geborene Henryk M. Broder, der mit seinem Buch „Der ewige Antisemit“ (1981) auf die Judenfeindschaft in der deutschen Linken hinwies.

Seit den 1980er-, besonders aber in den 1990er-Jahren traten eine ganze Anzahl jüdischer Autorinnen und Autoren, die meist nach der Shoah geboren worden waren, prominent und mit eindeutig jüdisch orientierten Themen ins literarische Rampenlicht, so etwa Barbara Honigmann, Esther Dischereit, Rafael Seligmann, Vladimir Vertlib, Maxim Biller oder Matthias Hermann. Aus Österreich kamen Stimmen wie Robert Schindel, mit dem vielbeachteten Roman „Gebürtig“ (1993), sowie Doron Rabinovici und Robert Menasse hinzu. Dennoch erklärte der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, selbst ein polnisch-jüdischer Überlebender des Warschauer Ghettos, in einem Vortrag 2003, die Epoche der deutsch-jüdischen Literatur sei seit der Shoah beendet.

Jüdische Literatur heute

Aus einer Distanz von rund 20 Jahren lässt sich Reich-Ranickis Bemerkung neu einordnen. Bis um die Jahrtausendwende nämlich war noch immer ein konservatives Verständnis von „deutscher Literatur“, gebunden an Begriffe wie Heimat oder Sprachgemeinschaft, vorherrschend. Aus dieser Perspektive war jüdisches Schreiben in deutscher Sprache notwendigerweise von Außenseitertum und innerer Entfremdung geprägt. Inzwischen aber sind Migration und Vielfalt, sowohl von ihren Möglichkeiten wie von ihren Problemen her, als zentrales Element kultureller Entwicklung erkannt worden, und dies rückt jüdische Autorinnen und Autoren im deutschen Sprachraum geradezu in eine Vorreiterposition.

Wie die Autorin und Journalistin Mirna Funk in einem Interview bemerkt hat, zeichnet sich gerade die Generation jüdischer Literaturschaffender in der Gegenwart durch Diversität und Weltbürgertum aus. Schauen wir auf die Gegenwartsliteratur seit dem Jahr 2000 und dann noch deutlicher seit den 2010er-Jahren, sind dies unter anderem Wladimir Kaminer, Adriana Altaras, Lena Gorelik, Olga Grjasnowa, Sasha Marianna Salzmann und Katja Petrowskaja. Neben ihnen ist durchaus auch eine Gruppe in Deutschland (Ost und West) geborener Literaturschaffender mit jüdischem Hintergrund zu erwähnen, für die hier Oliver Polak, Benjamin Stein und die erwähnte Mirna Funk stehen sollen. Auch sie jedoch zeichnet aus, dass es

in ihren Werken in hohem Maße um Fremdheitserfahrungen geht. Und nicht zuletzt hat auch die in den vergangenen Jahren wachsende israelische Diaspora in Berlin in ihrer Annäherung an die deutsche Sprache bemerkenswerte Werke hervorgebracht – als bekanntere Namen sind hier etwa Tomer Gardi und Mati Shemoelof zu nennen.

Festzuhalten ist, dass nebst dem Verfassen von Büchern, Gedichtbänden, Dramen, Hörspielen und Filmdrehbüchern auch eine frühere Tradition der deutsch-jüdischen Literatur wieder aufgenommen worden ist: das Herausgeben kulturbezogener Periodika mit jüdischem Schwerpunkt. Besonders hervorstechend ist dabei die 2017 gegründete Zeitschrift „Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart“. Zu deren Initiatoren gehört der Lyriker und Politologe Max Czollek, der vor allem mit seinem Essay „Desintegriert euch!“ im Jahr 2018 eine lebhaft debattierte um Akzeptanz und Selbstverständlichkeit jüdischen Lebens in Deutschland angestoßen hat. Darin schreibt er etwas rüde, aber anschaulich: „Die Juden und Jüdinnen in Deutschland sind dazu da, die Nachkommen der Täter*innen bei der Konstruktion ihrer Identität zu unterstützen. Ich erlebe das regelmäßig. Man sitzt nach einer Lesung in der Kneipe und isst einen Handkäse oder trinkt noch ein Bier, da lehnt sich die Moderatorin oder ein Kollege nach vorn und will sich über den einen oder anderen Text unterhalten. Manchmal erwischt mich das auf dem falschen Fuß, und ich denke, schön, dem oder der geht es wirklich um den Austausch von Gedanken. Aber spätestens, wenn die Person mir von ihrem SS-Opa erzählt, verstehe ich, dass die Gegenseite gerade ihren Lieblingskanal bei Jewporn eingeschaltet hat. Nach jedem dieser Kneipengespräche fühle ich mich so leer, als hätte nur mein Gegenüber Spaß gehabt, während ich den Impuls unterdrücke, ihm oder ihr hinterherzurufen: Mach es dir beim nächsten Mal doch alleine.“ (S. 30)

Oder, programmatischer und theoretischer: „Die Idee der Integration von allem und allen ist nicht nur eine frei verfügbare Projektionsfläche für deutsche Phantasien kultureller Dominanz – die ihr zugrunde liegende Vorstellung eines gesellschaftlichen Zentrums macht es auch unmöglich, die radikale Vielfalt der deutschen Gesellschaft anzuerkennen, die heute schon Realität ist. Dagegen hat die Benennung des neuen Antisemitismusbeauftragten 2018 noch einmal unterstrichen, dass der deutsche Staat sich nach wie vor nur als Partner der Juden denken kann. Und nicht als ein unter anderem jüdisches Land. Solange dieses Integrationsdenken den politischen Mainstream bildet, wird es eine Allianz mit meinen Freund*innen und mir nicht geben können. Sie ist aber nötig.“ (S. 188)

In der Folge sollen anhand von drei Beispielen Formen, Inhalte und Tendenzen der Gegenwartsliteratur aufgezeigt werden, die mit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland verbunden werden kann. Es handelt sich dabei durchweg um Publikationen der vergangenen zehn Jahre, die eine breite mediale und teilweise auch wissenschaftliche Rezeption erfahren haben. Sie alle sind stark autobiografisch geprägt und spiegeln gerade darin die Vielfalt und Komplexität jüdischen Schreibens innerhalb der deutschen Gegenwartsliteratur – und in vielen Fällen prägt sie auch die Suche nach dem, was sich als jüdisches Selbstverständnis positiv formulieren ließe.

Katja Petrowskaja: „Vielleicht Esther“

Es ist ungewöhnlich, dass der Ingeborg-Bachmann-Preis, einer der renommiertesten deutschsprachigen Literaturpreise, an eine Autorin geht, die erst als Erwachsene in näheren Kontakt mit der deutschen Sprache kam. So geschah es, als im Jahr 2013



Fritz Neuwirth / Süddeutsche Zeitung Photo



Brigitte Friedrich / Süddeutsche Zeitung Photo



Jürgen Bauer / Süddeutsche Zeitung Photo



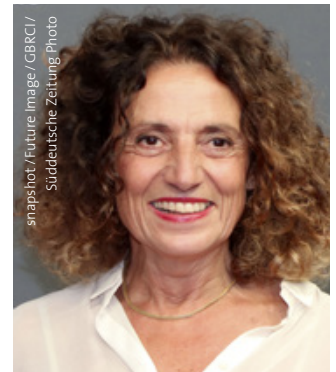
picture alliance / dpa | Arne Dedert



Teutopress / Süddeutsche Zeitung Photo



IMAGO / Thinkers



snapshots / Future Image / GBRC / Süddeutsche Zeitung Photo



Alessandra Schellneger / Süddeutsche Zeitung Photo



Ulrich Baumgarten / Süddeutsche Zeitung Photo



IMAGO / gezett



IMAGO / STAR-MEDIA



IMAGO / Martin Müller



IMAGO / Jakob Hoff

Die Zahl Literaturschaffender und Veröffentlichungen zu jüdischen Themen ist zunächst gering, seit den 1990er-Jahren publizieren aber immer mehr jüdische Autorinnen und Autoren zu dieser Thematik.

Wolf Biermann 1976 / Thomas Brasch 1977 / Esther Dischereit 2011
 Maxim Biller 2018 / Rafael Seligmann 2010 / Barbara Honigmann 2014 / Adriana Altaras 2020
 Lena Gorelik 2020 / Sasha Marianna Salzmann 2017 / Max Czollek 2019
 Katja Petrowskaja 2014 / Olga Grjasnowa 2017 / Mirna Funk 2017

Katja Petrowskaja, geboren 1970 in Kiew und nach Studien in Estland, den USA und Russland erst seit 1999 in Berlin lebend, einen Auszug aus ihrem Werk „Vielleicht Esther“ vortrug. In dem Buch, das ein Jahr später erschien, folgt Petrowskaja den Spuren ihrer mütterlichen und väterlichen Vorfahren und deren Familien. Einzelne Gegenstände, Schriftstücke, Erzählungen, Reisen und Erinnerungen versucht sie zu einem aus Bruchstücken zusammengesetzten Bild zusammenzufügen, unterlegt mit etlichen Vermutungen, Rückschlüssen, aber auch inneren Lücken und Widersprüchen.

Ein Beispiel für die Komplexität überlieferter Erinnerung, die das Buch durchzieht, ist die Bedeutung einer Fikus-Pflanze, die in den Erzählungen des Vaters der Autorin eine entscheidende Rolle spielt. Diesen Fikus nämlich hat Petrowskajas Vater immer erwähnt, wenn er von seiner Rettung vor den vorrückenden Nazis aus Kiew erzählte. Ihr Großvater habe ihn von der Ladefläche eines Lastwagens entfernt, auf dem flüchtende Jüdinnen und Juden auch ihren Hausrat unterbrachten, und damit erst Platz für seine Familie geschaffen. Als ihr Vater später seine Erinnerungen an diese Flucht niederschreibt, gibt es diesen Fikus, dem die Autorin jahrzehntelang sein Überleben und ihre Existenz zu verdanken glaubte, dort plötzlich nicht mehr. Dieses Detail erschüttert die Autorin, und ihr Vater tröstet sie, manchmal sei es „gerade die Prise Dichtung, welche die Erinnerung wahrheitsgetreu macht“.

Das Gesamtbild einer Suche – die nach möglichst vielen historischen Hinweisen im Leben der Familie strebt, aber auch erkennt, dass gewisse Dinge der Erinnerung der Überlebenden selbst unzugänglich sind – wird zu einem neuen literarischen Umgang mit dem Trauma, das seine eigenen Narrative schafft, tröstende und verstörende, die im Falle dieser Familie auch verschiedene Quellen haben: die Shoah und der stalinistische Terror, später auch die bleierne Decke der poststalinistischen Sowjetunion. Dass der biografische Druck des Aufwachsens in einem unfreien System ihr nachhaltige Angst vor dem Gebrauch ihrer russischen Muttersprache als Literatursprache eingeflößt habe und sie deshalb ins Deutsche ausgewichen sei, betonte Petrowskaja denn auch, als sie 2013 den Ingeborg-Bachmann-Preis gewann.

Olga Grjasnowa: „Der Russe ist einer, der Birken liebt“

Kam Petrowskaja als promovierte und profilierte Publizistin nach Deutschland, so wanderte die 1984 geborene Olga Grjasnowa als Kind 1996 mit ihren Eltern aus Aserbeidschan ein. Mascha, Ich-Erzählerin ihres Romandebüts, trägt denn auch kein familiäres, sondern ein persönliches Kriegstrauma in sich, nämlich das des Konflikts zwischen Aserbeidschan und Armenien innerhalb der Sowjetunion der späten 1980er-Jahre. Zugleich zeigt sich im Schicksal ihrer Familie die Vielfalt von Motiven, die jüdische Familien zur Emigration nach Deutschland führten. So schreibt Olga Grjasnowa in ihrem Roman: „Offiziell gehörten wir zum Kontingent jüdischer Flüchtlinge, die jüdische Gemeinden in Deutschland stärken sollten. Aber unsere Auswanderung hatte nichts mit dem Judentum, sondern mit Bergkarabach zu tun.“ (S. 44)

Im multikulturellen Berlin des 21. Jahrhunderts wird die polyglotte Übersetzerin Mascha durch den unerwarteten Tod ihres deutschen Freunds Elischa zurückgeworfen auf Fragen des adäquaten Trauerns. Auf ihrer Suche nach Zerstreuung, Trost und über den Tod hinausgehender Treue zu dem Verstorbenen fährt sie auch zu ihrer Verwandtschaft nach Israel und spricht an der Klagemauer das jüdische Totengebet Kadisch für Elischa – am Ende gerät sie in Palästina zwischen

die Fronten und wird verletzt. Die Germanistin Martina Kofer sieht in Mascha und auch in vielen der Personen, die sie umgeben, hybride Figuren, die sich einheitlichen Identitätszuschreibungen entziehen. Sie erklärt, „dass das zentrale Thema des Traumas und der Trauer im Roman einhergeht mit Fragen kultureller Zugehörigkeiten und einer kritischen Auseinandersetzung mit den Begriffen ‚Nation‘, ‚Heimat‘ und ‚Religion‘“. Dass Mascha an einer posttraumatischen Belastungsstörung leidet, unterläuft teilweise das gängige postmoderne Feiern pluraler Identitäten.

Mirna Funk: „Winternähe“

Die 1981 in Ost-Berlin geborene Mirna Funk zählt zu den jüngeren Autorinnen der deutsch-jüdischen Gegenwartsliteratur, die in Deutschland sozialisiert wurden. Stark autobiografisch geprägt ist auch ihre Romanfigur, die Fotografin Lola, die Geburtsort und -jahr mit der Autorin teilt. Anders als Grjasnowas Mascha, deren jüdische Mutter ihre religionsgesetzliche Zuschreibung zum Judentum garantiert, ist Lola eine „Vaterjüdin“ mit nicht-jüdischer Mutter, was religiös gesehen ihre Konversion zum Judentum erfordern würde. Die Dissonanz zwischen Selbstwahrnehmung und Nichtakzeptanz durch die jüdische Religionsgemeinschaft wird noch überlagert dadurch, dass sie in Deutschland eine Reihe antisemitischer Erfahrungen macht, und zwar in ihrer eigenen liberalen, jungen und urbanen Community. Diese Frustration und die Sehnsucht nach ihrer israelischen Bekanntschaft Schlomo hat zur Folge, dass Lola nach Tel Aviv fliegt – just am Vorabend des Gazakriegs von 2014, den sie zwischen Besuchen bei ihrem Großvater, der Liebe zu Schlomo, dem Horror vor Raketenalarm und dem Erschrecken über die israelfeindliche Stimmung in Deutschland verbringt.

Lolas jüdische Identität ist durch die deutsche Geschichte geprägt – der Antisemitismus, der ihr in Deutschland entgegenschlägt, ist für sie eine unmittelbare Folge des innerlich über die Generationen hinweg nie eingesenkten Verständnisses für die unendliche Schuld an der Vernichtung des europäischen Judentums. Zugleich kämpft sie mit der Gegenwart, hin- und hergerissen zwischen Schlomos linker Identifikation mit Palästinenserinnen und Palästinensern und dem Widerstand gegen die Anti-Israel-Agitation in Deutschland. Die Literaturwissenschaftlerin Luisa Bank sieht in der Neuprägung des Titelworts „Winternähe“, das einerseits das Symbol des Toten im „Winter“, andererseits das Versprechen von „Nähe“ enthält, das Einfassen des Grundkonflikts in diesem Roman: die Versuche, das Misslingen und die potenziell weiterbestehenden Möglichkeiten des Zusammenfügens von Identitäten und Lebensmöglichkeiten.

War die deutsch-jüdische Literatur seit 1945 ununterbrochen durch die Erfahrung von Fremdheit, durch Migration, durch erlittene Verfolgung oder durch das Totschweigen der Geschichtslast geprägt, so ist im Schreiben jüdischer Autorinnen und Autoren der Gegenwart diese Fremdheit definitiv Programm geworden. Dies kann in Form von Czolleks Desintegrationsforderung, Petrowskajas Suche nach Bruchstücken der Familiengeschichte, Grjasnowas Thematisierung transmittantisch fortwirkender Traumata oder Funks global erfahrener Heimatlosigkeit geschehen. Damit schafft diese Literatur für das deutsche Lesepublikum die Herausforderung, aber auch die Möglichkeit, sich der Komplexität, in Deutschland jüdisch zu sein, neu anzunähern.

HANNO LOEWY

Jüdische Präsenz auf Bühne, Leinwand und Bildschirm

Welche Rolle spielen jüdische Figuren in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, gespalten und wiedervereinigt, in der Vorstellungswelt von Theater, Film und Fernsehen? Welches Bild von Jüdinnen und Juden entstand aus den Wünschen des Publikums und welche Funktion kam ihnen in den Debatten um ein deutsches Selbstverständnis nach dem Holocaust zu?

Shylock und Nathan: Wiedergutmachung auf der Bühne

Theater

Am 7. September 1945 betrat Nathan der Weise nach zwölfjähriger Verbannung von deutschen Bühnen wieder die Szene. Fritz Wisten inszenierte Lessings Klassiker am Deutschen Theater in Berlin-Mitte, mit Paul Wegener als Nathan. Das „humanistische Bekenntnis“ zur Toleranz, Lessings Stück über den gerade einem mörderischen Pogrom entkommenen jüdischen Weisen, sollte die Tradition der Aufklärung wieder in ihr Recht setzen – und zur deutsch-jüdischen Verständigung beitragen. Zugleich enthielt Nathans Gleichnis, nach allem, was geschehen und getan worden war, eine tröstliche Versöhnungsbotschaft.

Im Januar 1946 folgte die deutsche Uraufführung von Friedrich Wolfs (1888–1953) antifaschistischem Drama „Professor Mamlock“ am Berliner Hebbel-Theater im amerikanisch besetzten Teil Berlins. Geschrieben 1933, am Beginn und unter Eindruck der antisemitischen Verfolgung in NS-Deutschland, setzte Wolfs Stück, auf Druck der kommunistischen Partei mehrfach umgeschrieben und politisch ausgerichtet, den Ton für manches spätere DDR-Drama, in dem bürgerliche Juden mit dem Leben dafür zahlen, die Gefahr eines faschistischen Kapitalismus nicht rechtzeitig erkannt zu haben – als Exempel, einer die DDR legitimierenden neuen deutschen Nationalliteratur.

Es dauerte nicht lange, da wurde auch das klassische Gegenstück zu Lessings Nathan wieder auf die Bühne geholt: Shakespeares Shylock im „Kaufmann von Venedig“. Die Darstellung des Charakters Shylock vertraute man nun insbesondere Juden



Jüdische Charaktere des klassischen Theaters auf den Bühnen Nachkriegsdeutschlands: Ernst Deutsch als Shylock in „Der Kaufmann von Venedig“ am Düsseldorfer Schauspielhaus 1957 (l.), Paul Wegener in der Rolle des „Nathan der Weise“ 1945 am Deutschen Theater in Berlin-Mitte

an, zum Beispiel Ernst Deutsch (1890–1969), der 1951 unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit nach Berlin zurückgekehrt war, oder Fritz Kortner (1892–1970), die dem schwierigen Stoff eine andere Wendung geben sollten. Die Fantasie über „jüdische Rache“ für erlittenes Unrecht und die selbstquälerische Beziehung zum antisemitischen Stereotyp, das Shylock sich trotzig zu eigen macht, hatten nach 1945 einen anderen Resonanzboden als zuvor. Die Shylock-Figur ließ die wenigen Juden an den deutschen Bühnen seitdem nicht los, wie zum Beispiel die Theaterregisseure Peter Zadek oder George Tabori. Taboris Shylock an den Münchner Kammerspielen 1978 sollte mit dem Stoff ernüchert aufs Ganze gehen. Sein Shylock unternahm nichts, um aus dem Panzer des Stereotyps, der Wahrnehmung durch die anderen auszubrechen, sondern richtete sich in ihm ein, als einzigem psychischem Schutz. Ein derart schonungslos fatalistischer jüdischer Umgang mit Antisemitismus und Vorurteil war 1950 noch kaum denkbar.

De facto blieben die Jüdinnen und Juden, ermordet, geflohen oder in wenigen Ausnahmefällen zurückgekehrt, für das deutsche Theater der Nachkriegszeit abstrakt, Verkörperung eines radikal Anderen. Oder: als bloße Projektionsfläche für das ganz Eigene. Als unbestimmte Chiffre eines universellen Leidens, in dem sich auch die Deutschen wiederfinden durften.

Film

Das gilt auch für die Mehrzahl der wenigen deutschen Filme, die sich nach 1945 einer jüdischen Perspektive auf die Jahre 1933–1945 annahmen. Und die zumeist an den Kinokassen versagten, jedenfalls dann, wenn sie dennoch versuchten, einen konkreten Standpunkt zu beziehen.

Der Film „Der Ruf“ (1949) des ungarischen Filmregisseurs Josef von Baky, in dem Fritz Kortner, der Verfasser des Drehbuchs, selbst die Hauptrolle als Rückkehrer aus dem Exil übernahm, endet desillusioniert mit der bitteren Erfahrung des Nachlebens des Nationalsozialismus und mit dem Tod des Protagonisten. Eugen Yorks „Morituri“ (1948), produziert von Arthur Brauner (1918–2019), gab sich hingegen große Mühe, das Publikum anzusprechen, jüdische Charaktere an das Bild von Kriegsversehrten anzunähern, „gute Deutsche“ zu präsentieren und den Gedanken an „Rache“ demonstrativ abzuweisen. Doch niemand wollte den Film sehen.

Anders erging es dem Schriftsteller Carl Zuckmayer mit seinem Drama „Des Teufels General“ (uraufgeführt 1946). Wie in anderen Produkten einer moralischen Wiederaufbauliteratur erweist sich die jüdische Gestalt als rhetorische Figur, an der sich die Integrität des Protagonisten entscheidet: so auch für den Fliegergeneral Harras, der einem jüdischen Arzt das Leben rettet. Zuckmayer, der Emigrant, machte den Deutschen ein Identifikationsangebot, das sie nicht ablehnen mochten. So wurde das Stück alleine in den ersten drei Jahren mehr als 3200 Mal aufgeführt, 1948/49 alleine an 53 Bühnen. Der Fliegergeneral, in den Nationalsozialismus „tragisch verstrickt“ (also „unschuldig schuldig“ geworden, wie es so viele deutsche Fiktionen über die NS-Zeit bis heute nahelegen), nimmt sich am Ende selbst das Leben. „Sie reden wie ein Jude“ bemerkt die Nationalsozialistin Pützchen irgendwann spitz und Harras gibt zurück: „Bin ich auch – honoris causa“.

Mehr jüdisches „Leben“, gar jüdische Gegenwart wird es im deutschen Kino vorerst nicht geben. Und auch dann werden sie Randfiguren eines „deutschen Schicksals“ bleiben und im Schatten des Holocaust stehen. So zum Beispiel in Fritz Umgelters Fernsehserie „Am grünen Strand der Spree“, die 1960 ein Massenpublikum vor den Bildschirm bannte. In der ersten Fol-

ge schon darf ein deutscher Soldat sich 1941 in Russland in eine junge Jüdin verlieben und Zeuge einer Massenerschießung werden. Damals ein Tabubruch für die westdeutsche Öffentlichkeit, auch wenn das noch lange gepflegte Bild vom Gegensatz zwischen SS und der sauberen Wehrmacht nicht in Frage gestellt wurde.

Anne Frank und Nackt unter Wölfen: Systemkonkurrenz und Holocaust

Anne Frank

Eine Ausnahme blieb in den 1950er-Jahren die Gestalt der Anne Frank. Im Oktober 1956 eroberte die Dramatisierung ihres Tagebuches in Deutschland die Bühnen (und drei Jahre später George Stevens US-amerikanischer Spielfilm „The Diary of Anne Frank“ die Kinos).

In nur zwei Jahren kam es in beiden deutschen Staaten sowie in Österreich und der Schweiz zu fast 3500 Aufführungen. Zum ersten Mal stand in einem populären Theaterstück ein Holocaust-Opfer im Zentrum. „Kaum ein west- oder ostdeutsches Theater“, so schrieb der Publizist Gert Kalow in der FAZ, „das dieses Memento nicht ankündigte oder schon im Programm führte: ein Element Wiedervereinigung, geistige Wiedervereinigung“ und holte weit aus, um die gesamtdeutsch nationale Katharsis zu feiern, die von diesem dreizehnjährigen Mädchen ausginge – das trotz allem noch an das Gute im Menschen glaubt wie ihre pathetische Schlusszeile im Stück lautet. „Niemand, auch der alte Kämpfer des Antifaschismus nicht, auch, so hoffen wir, so glauben wir, der einstige Nationalsozialist nicht, schaut in diesen Spiegel hasslos ertragenen, abgründigen Leidens ohne Erschütterung.“

Die Aufführungen des Stückes verwandelten sich in Gedenkveranstaltungen, die Zuschauer wurden gebeten, auf Beifall zu verzichten (und damit freilich auch auf jede etwaige Äußerung von Missfallen). Und sie lösten Pilgerfahrten von tausenden

Im Westen erobert „Das Tagebuch der Anne Frank“ Mitte der 1950er-Jahre die Bühnen, hier 1956 am Berliner Schlosspark-Theater mit Johanna von Koczan als Anne.



von Schülerinnen und Schülern nach Bergen-Belsen aus, wo Anne Frank unter grauenhaften Umständen gestorben war. Umstände, die im Theaterstück nicht zur Sprache kamen.

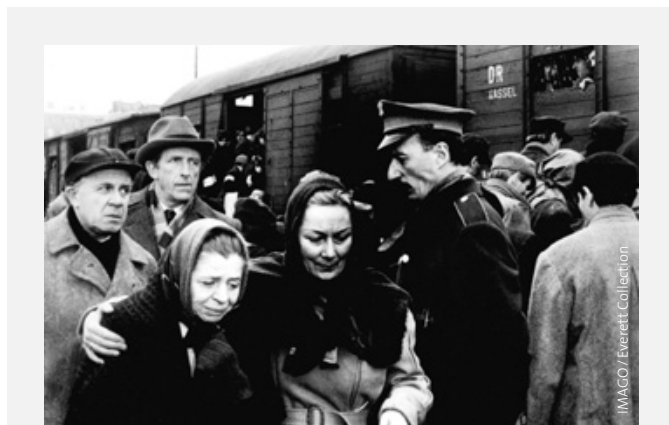
Nackt unter Wölfen

Ganz anders setzte Bruno Apitz' Roman „Nackt unter Wölfen“ (1958) und schließlich auch dessen Verfilmung durch Frank Beyer 1963 im Auftrag des DDR-Filmstudios DEFA ein jüdisches Kind im KZ in Szene. Statt mit der heranwachsenden Tagebuchschreiberin letztlich das bürgerliche Individuum zu feiern, das auch angesichts der drohenden Vernichtung an das Gute im Menschen glaubt, steht hier das rettende Kollektiv der Widerstandskämpfer im Mittelpunkt, dessen Humanismus auch im kompromisslosen Kampf mit den Nazis nicht zerbricht. Selbst wenn das hilflose Kind eine Gefahr für die Widerstandsorganisation darstellt, so hebt es doch zugleich deren Moral.

In den 1960er-Jahren werden nun die westdeutschen Bühnen gleichfalls Ort politischer Auseinandersetzung, im Medium des Dokumentartheaters. Auch hier bleiben Jüdinnen und Juden Randfiguren oder werden zur Chiffre in einer Auseinandersetzung um gesellschaftliche Kontinuitäten. „Das Wort ‚Jude‘ fällt nicht ein einziges Mal, sondern es wird nur von den Verfolgten geredet“, wunderte sich der deutsch-amerikanische Journalist Kurt Grossmann in der Zeitschrift Aufbau über Peter Weiss' (1916–1982) Auschwitz-Oratorium „Die Ermittlung“ (1965).

Immerhin, als der Intendant und Theaterregisseur Erwin Piscator das Stück am 19. Oktober 1965 auf die Westberliner Freie Volksbühne brachte (im Rahmen einer synchronen Uraufführung an 15 Theatern), sah er sich dennoch dazu veranlasst, Besucher auf einem Handzettel mit Fragebogen zu ermahnen: „Bitte verlassen Sie die Aufführung nicht; versuchen Sie, durchzuhalten ...“. Wer dennoch ging, wurde höflich gefragt: „Gehen Sie fort, ... weil Sie dagegen sind, dass man jüdische Probleme auf der Bühne verhandelt?“ Wenn Peter Weiss alles vermeiden wollte, was Auschwitz als „Jüdisches Schicksal“ hätte erscheinen lassen, stand dahinter auch ein durchaus berechtigtes Misstrauen gegen die verbreitete Wahrnehmung von Auschwitz als „jüdisches Problem“, wie sie nicht zuletzt der westdeutsche Literaturbetrieb der Gruppe 47 und seine Erfolgshaft pflegten.

In der DDR feiert 1963 der Film „Nackt unter Wölfen“ Premiere. Er rückt die Widerstandskämpfer im KZ Buchenwald in den Fokus, die einen polnischen Jungen retten.



→ In der bpb-Mediathek

erzählt der Dokumentarfilm „Wie ‚Holocaust‘ ins Fernsehen kam“ die Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte der US-amerikanischen Serie „Holocaust“

Jüdische Gegenwart oder deutsche Phantasien?

In den 1960er-Jahren hatte eine kritische Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und mit Auschwitz den Schwerpunkt der politischen Agenda gebildet. Greifbar wurde dies nicht zuletzt in der großen öffentlichen Wirkung der Frankfurter Auschwitz-Prozesse und in den politischen Konflikten, die sich rund um das Jahr 1968 aufluden.

Dagegen standen die 1980er-Jahre nach dem als kathartisch empfundenen Fernsehereignis „Holocaust“ im Zeichen ganz anderer Debatten. Jüdische Gegenwart in Deutschland war bis dahin in Kino oder Fernsehen allenfalls aufgeblitzt, wie zum Beispiel 1961 in Helmut Käutners Spielfilm „Schwarzer Kies“, in dem ein jüdischer Bordellbesitzer sich von einem deutschen Bauern als „Saujud“ beschimpfen lassen musste. Dies freilich nur bei der Premiere. Nach einer heftigen Kontroverse wurden die entsprechenden Szenen herausgeschnitten. Schon 1976 war Rainer Werner Fassbinders Theaterstück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ als Spielfilm unter dem Titel „Schatten der Engel“ (Regie Daniel Schmid) in die Kinos gekommen. Klaus Löwitsch spielte darin eine Rolle als „der reiche Jude“, eine Bezeichnung, die er sich freilich selbst in Reaktion auf antisemitische Stereotype verlieh.

War der Film damals noch weitgehend unbeachtet geblieben, so sorgte 1985 die geplante Uraufführung des Theaterstücks in Frankfurt am Main für einen Skandal. Und für ein Ereignis, das als „Coming Out“ der bis dahin eher unauffällig und mit zwiespältigen Gefühlen in Frankfurt lebenden jüdischen Gemeinde gewertet wurde. Fassbinder hatte, wenn auch zeitverzögert, in ein Wespennest gestochen und mehrere Tabus zugleich verletzt. Ohne warnende Zeigefinger und ostentative Distanzierung, dafür aber in melodramatischer Überzeichnung hatte er antisemitische Stereotype auf die Bühne gebracht: eine Stadt, in der alte Nazis und Holocaust-Überlebende miteinander Geschäfte machen und die Spekulation blüht. Zusätzlich stand die Phantasie jüdischer Rache für die Shoah im Raum.



Um die Aufführung des Theaterstücks „Der Müll, die Stadt und der Tod“ im Schauspiel Frankfurt/M. zu verhindern, besetzen Mitglieder der Jüdischen Gemeinde am 31. Oktober 1981 die Bühne.

Fassbinder, der 1982 verstorben war, geriet nun posthum selbst unter Antisemitismus-Verdacht. Gemeinsam protestierten junge wie alte Angehörige der Jüdischen Gemeinde auf der Bühne erfolgreich gegen die Aufführung – unter dem Beifall eines überwiegend konservativen Publikums, dessen neu entdeckte Liebe zu den Juden kaum jemand hinterfragte. Erst recht nicht, als im Zeichen der Wiedervereinigung seit Ende des 1980er-Jahre das Interesse an „jüdischen Themen“ und an „jüdischer Gegenwart“ auch das Unterhaltungsprogramm erreichte. Zur ersehnten Normalität gehörte auch die „Renaissance“ jüdischer Gemeinden in Deutschland, selbst wenn deren Realität heute nicht zuletzt von russischer Vergangenheit und einer demonstrativen Verbundenheit zu Israel geprägt ist, gegen die erst langsam Angehörige einer jüngeren Generation – und Emigranten aus Israel – differenziertere Akzente setzen.

Erinnerung und Vergessen in der Lindenstraße: Juden im Fernsehen

Der Wiedereintritt jüdischer Gegenwart in die deutsche Populärkultur begann eher unbeholfen. Im September 1990 betrat ein Auschwitz-Überlebender den deutschen Serien-Alltag. Enrico Pavarotti, der Pizza-Bäcker in der deutschen Musterwelt der Lindenstraße, offenbarte in Folge 248 sein lang gehütetes Geheimnis: die Auschwitz-Nummer unter der Ledermanschette um seinen Arm. Valerie Zenker ist es, die junge Serienheldin mit dem Sinn für alle Probleme dieser Welt, die einige Folgen lang ihr „deutsches Bildungserlebnis“ hat, nächtelang Bücher wie „Der gelbe Stern“ studiert und auf dem jüdischen Friedhof einem freundlichen alten Juden begegnet, der ihr in einer Synagoge die Grundlagen der Erinnerungskultur erklärt. Sie kämpft mit Enricos trotzigem Schweigen und ungläubig mit der erschütternden Erkenntnis: „Opa war ein Nazi?“ Schließlich versucht sie, ihre Solidarität mit den Opfern zum Ausdruck zu bringen, indem sie sich den Kopf kahl rasiert. Doch ein Besuch in einer KZ-Gedenkstätte lässt sie erahnen, dass das auch nichts hilft. Und so wird die Geschichte erst einmal wieder ad Acta gelegt.

Erst in Folge 1301 betritt wieder eine Jüdin als Jüdin die Lindenstraße. Frau Rosenberg aus Amerika ist auf der Suche nach den Spuren ihrer Kindheit und landet bei Mutter Beimer im Wohnzimmer, bei Kaffee und Kuchen. Ein Kindertransport hatte ihr damals das Leben gerettet. Der Rest der Familie wurde vernichtet und ihr Haus in der Kastanienstraße um die Ecke „arisiert“. Nun gehört es einem eiskalten Geschäftsmann aus der Lindenstraßen-Welt. Mutter Beimer hingegen möchte dafür sorgen, dass an Frau Rosenbergs „Mischpoche“ (Jiddeln müssen in der Lindenstraße sogar bürgerliche Münchner Juden aus Amerika) wenigstens mit Stolpersteinen vor ihrem alten Haus erinnert wird – was in München von Stadt und jüdischer Gemeinde anders als in vielen anderen Städten bislang abgelehnt wird. Wenige Folgen später steht der 25-jährige Geburtstag der „Lindenstraße“ an. Bis dahin müssen alle Widersprüche aus der Welt geschaffen sein. Und wie in einer Komödie üblich, ist es schließlich ein Hochzeitsfest, auf dem sich alle versöhnen. Die Steine werden verlegt, der eiskalte Geschäftsmann bezahlt sie und ist gerührt. Der „linke“ Klausi heuert als Pressesprecher „der Konservativen“ an und bekommt seine „Iffi“, Valerie Zenkers Schwester, zur Frau. Frau Rosenberg bleibt abwesend, irgendwie ist für sie bei dieser Versöhnungsparty kein Platz.

Auch Enrico, der Pizza-Bäcker, ist nicht dabei. Doch dessen Fehlen hat mit einer besonderen Vergesslichkeit zu tun. Schon in Folge 556 war er auf eigensinnige Weise im Lindenstraßen-Krankenhaus zu Tode gekommen. Da war seine jüdische Herkunft und sein Überleben in Auschwitz den Autoren der Serie irgendwie abhandengekommen. Seit Wochen im Koma liegend, wurde Enrico stattdessen als Exempel für das Thema Euthanasie verhandelt, und von seiner liebenden Gattin und seinem Lieblingskellner durch Abschalten der lebenserhaltenden Geräte von seinen Leiden erlöst. Nicht ohne vorher ein Kruzifix neben ihn zu stellen.

So wie in der Lindenstraße sind Juden vor allem ein Anlass für deutsche Jubiläen und Versöhnungen. In Spielfilmen wie „Aimee und Jaguar“ oder den „Comedian Harmonists“, in Staatsakten, wie der Eröffnung des Jüdischen Museums Berlin im September 2001, deren Gästeliste von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als Gründungsversammlung der Berliner Republik gefeiert und veröffentlicht wurde. Stand die Eröffnung des Jüdischen Museums in Frankfurt am Main am 9. November 1988 noch im Zeichen einer gerade durchgesetzten Gedenkrou-

In der Figur des Auschwitz-Überlebenden Enrico Pavarotti thematisiert die Fernsehserie „Lindenstraße“ im September 1990 NS-Vergangenheit und jüdische Gegenwart.



tine, so markierte die Eröffnung des Berliner Museums freilich auch den unerwarteten Einbruch einer ganz neuen politischen Konstellation. An dem Tag, an dem das Museum seine Pforten schließlich am dritten Eröffnungstag endlich dem allgemeinen Publikum öffnen sollte, flogen in New York zwei entführte Flugzeuge in das World Trade Center.

Alltag und Ironie. Selten gesehen

Bis heute tun sich das deutsche Kino und das Fernsehen schwer, komplexe jüdische Figuren zu erfinden, vorhandenen Stereotypen mit Ironie zu begegnen und ohne eine demonstrative pädagogische Absicht auszukommen. Erste Versuche gab es zwar schon in den 1980er-Jahren, als in der Serie „Levin

und Gutman“ eine religiöse und eine weltlich orientierte jüdische Familie ihren Auftritt im Vorabendprogramm hatten. Zu erwähnen ist auch Towje Kleiner, der als Maximilian Glanz in „Der ganz normale Wahnsinn“ Münchner und jüdischen Humor vereinen sollte. Allerdings wurde solchen Ansätzen keine größere Aufmerksamkeit zuteil.

Der Schweizer Dani Levy gehört zu den ersten, der die realen Widersprüche jüdischen Lebens in Deutschland auf die Kinoleinwand brachte. Zunächst mit seinem Film „Meschugge“ (1998), dann in „Alles auf Zucker“ (2004). Dort versucht der arbeitslose Ex-DDR-Sportreporter Jakob Zuckermann (alias Jaeckie Zucker, gespielt von Henry Hübchen) mit der Hilfe seiner nicht-jüdischen Ehefrau Marlene (Hannelore Elsner) eine Erbschaft anzutreten. Doch dafür muss sich der „ungläubige“ zunächst in einen „gläubigen Juden“ verwandeln. Levi vereint Slapstick und so manches liebevoll demontierte Stereotyp in die flotteste Rei-

Gründung jüdischer Museen nach 1945

[...] Die Vielzahl der Bau- und Erweiterungsprojekte von Jüdischen Museen in Deutschland deutet auf einen tiefgreifenden Wandel in deren Aufgabe und Bedeutung hin. Um diesen zu verstehen, muss man sich die partikuläre Gründungsgeschichte von deutschsprachigen jüdischen Museen nach dem Holocaust vergegenwärtigen.

Im Unterschied zu anderen west- oder südeuropäischen Ländern basierten die Gründungen dieser Museen zumeist nicht auf der Initiative lokaler jüdischer Gemeinden, die vor dem Fall der Berliner Mauer ohnehin nur wenige Mitglieder hatten. Ihnen lag auch nicht der Wunsch zugrunde, eine größere Sammlung an jüdischen Kunst- oder Zeremonialobjekten öffentlich zu präsentieren.

Die Museumsgründungen waren vielmehr Bestandteil jener Erinnerungskultur, die nach der Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust“ (1979) zum gesellschaftlichen Konsens der Bundesrepublik Deutschland wurde. [...] Die Eröffnung des ersten Jüdischen Museums der Bundesrepublik Deutschland [in Frankfurt/M.] erfolgte dann am 50. Jahrestag der Reichspogromnacht, dem 9. November 1988 durch Helmut Kohl.

Während der Beschluss zur Gründung des Frankfurter Jüdischen Museums von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden mit Max Horkheimer, Robert Weltsch, Georg Salzberger und anderen namhaften Persönlichkeiten jahrzehntelang vorbereitet wurde, nahmen sich andernorts eher lokale Bürgerinitiativen der Aufgabe an, Zeugnisse der deutsch-jüdischen Geschichte zu bewahren. Der Wunsch dieser Initiative, die gesammelten Zeugnisse an einem öffentlichen Ort zu zeigen, fand häufig zunächst kein Gehör.

Dies verdeutlicht unter anderem auch der wohl bedeutendste öffentliche Konflikt um den Umgang mit jüdischem Kulturgut in der Bundesrepublik Deutschland, der 1987 am Frankfurter Börneplatz ausgetragen wurde. [...] Die öffentlichen Auseinandersetzungen endeten mit der Entscheidung der Stadt Frankfurt, einen Teil der freigelegten Fundamente im Erdgeschoss des neuen Gebäudes zu bewahren. Diese Mauerreste bilden heute den Kern des Museums Judengasse, das 1992 als Dependence des Jüdischen Museums eingerichtet wurde.

Während Gründungsdirektor Georg Heuberger vor allem das Ziel verfolgte, „den Blick für die Besonderheiten jüdischen Lebens und jüdischer Religion zu öffnen“, konzentrierte sich

das Museumsprogramm unter der Leitung seines Nachfolgers Raphael Gross auf die jüdische Zeitgeschichte und das problematische Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden in der Bundesrepublik Deutschland. [...]

Mit den sogenannten Kontingentflüchtlingen wanderten nach 1989 über 200 000 Juden aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland ein. Die jüdischen Gemeinden in Deutschland wurden zu der am schnellsten wachsenden jüdischen Gemeinschaft Europas. Die jüdischen Museen hingegen, die mehrheitlich in demselben Zeitraum ihre Arbeit aufnahmen, sahen ihre Aufgabe vor allem darin, Zeugnisse des deutschen Judentums zu sammeln und Kulturgüter aus einer Zeit zu bewahren, die unwiederbringlich vergangen war.

Dies führte zu der paradoxen Situation, dass jüdische Museen in Deutschland bedeutend engere Verbindungen zu Gedenkstätten unterhielten, als zu der zeitgenössischen nicht deutschsprachigen jüdischen Kultur. Der Erneuerungsprozess vieler jüdischer Museen ist auch als eine Reaktion auf diese Situation, ja als eine Neugestaltung des Verhältnisses zwischen jüdischen Museen und jüdischem Leben in Deutschland zu verstehen. [...]

Da jüdische Geschichte und Gegenwart stets von Flucht und Migration geprägt war und ist, kommt jüdischen Museen heute eine Bedeutung zu, die weit über ihr Themenfeld hinausreicht. Jüdische Museen in Deutschland sind nicht nur dazu prädestiniert, sich zu Orten zu entwickeln, an denen Migration exemplarisch thematisiert und reflektiert wird. Sie können auch eine besondere Rolle bei der gesellschaftlichen Integration von Muslimen spielen.

Um dies zu gewährleisten, haben die Jüdischen Museen in Berlin und Frankfurt in den vergangenen Jahren mehrere Bildungsprogramme initiiert, die Gemeinsamkeiten von Judentum und Islam in den Blick nehmen oder Diskriminierungserfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund thematisieren und im Hinblick auf Antisemitismus reflektieren. Diese und andere Programme schlagen nicht nur eine Brücke in die Gegenwart jüdischen Lebens. Mit ihnen erweisen sich jüdische Museen auch als eine Plattform der Reflexion über Geschichte und Kultur in der deutschen Einwanderungsgesellschaft.

Mirjam Wenzel, „Schlechtes Gewissen oder Brücke in die Gegenwart?“, in: Kippa, Koscher, Klezmer? Dossier „Judentum und Kultur“, Beilage zu Politik & Kultur, Berlin 2016, S. 56 f.



Als einer der wenigen deutschsprachigen Regisseure verstand es der Schweizer Dani Levy, die Widersprüche des gegenwärtigen jüdischen Lebens auf die Leinwand zu bringen, so in seinem Film von 2004 „Alles auf Zucker“.

„Einmal Jude, immer Jude? Meine Entscheidung“

[...] Daniel Donskoy moderiert seit einiger Zeit die Late-Night-Show „Freitag Nacht Jews“. [...] Bittet man Donskoy, seinen Lebenslauf kurz zu skizzieren, lacht er. „Kurz?“

Geboren 1990 in Moskau als Daniil Vadimovich Donskoy. Mit seinen Eltern kommt er im selben Jahr als jüdischer Kontingentflüchtling nach Berlin. Flüchtlingsunterkunft, dann Platte in Hönow bei Marzahn-Hellersdorf. Umzug nach Israel mit elf Jahren, im Jahr darauf wieder nach Berlin. Zwei Jahre lang besucht er die jüdische Schule, mit 14 geht es zurück nach Israel. Mit 16 beginnt er zu modeln, macht ein Einserabitur, geht wieder nach Berlin. Mit 21 zieht er nach London und besucht eine Schauspielschule. „Seitdem arbeite ich.“

Arbeiten, das heißt: Er macht Musik, veröffentlichte bisher aber nur einzelne Songs. Er spielt den Rechtsmediziner im Göttinger „Tatort“, gab einen Geiger im Kinofilm „Crescendo“ und den Reitlehrer und Lover von Prinzessin Diana in „The Crown“. Sein bislang größter Erfolg ist die Hauptrolle in der RTL-Serie „Sankt Maik“ [...].

[Jetzt moderiert er] eine Late Night Show, in der Jüdinnen und Juden über alles Mögliche reden. Die unterschiedliche Art, Feiertage zu zelebrieren. Das Für und Wider von jüdischen Schulen. Ob es so etwas wie typisch jüdische Erziehung gibt. Und, ja, auch über die Trias Holocaust, Antisemitismus, Israel-Palästina-Konflikt.

[...] Er kocht, redet mit den Gästen über Vorurteile gegenüber Jüdinnen und Juden, streitet sich und lacht mit ihnen, er oszilliert zwischen laut und leise, Provokation und Zurückhaltung, Politik und Emotion. Zu Gast sind so unterschiedliche Leute wie die Schriftstellerin Mirna Funk, der Lyriker und Antisemitismusexperte Max Czollek, der arabische Israeli Ahmad Mansour oder die queere angehende Rabbinerin Helene Braun, mit der Donskoy auch das „Über-den-Holocaust-zu-sprechen-Spiel“ spielt. Sie schaffen es fünf Minuten, dann erzählt Braun von ihrer Familie, deutschen Juden, Holocaustüberlebenden.

Am Anfang jeder Folge hält Donskoy einen kurzen Monolog, in dem er eine These aufstellt. „Einmal Jude, immer Jude“ ist die erste. Damit bringt Donskoy direkt das Dilemma zur Sprache, das über der Sendung, über ihm selbst und über diesem

se durch jüdische Gegenwart, die das deutsche Nachkriegskino bisher zustande gebracht hat. Immerhin gibt es jetzt auch eine jüdische Tatort-Kommissarin, Nina Rubin (Meret Becker), die 2015 die Berliner Mordkommission verstärkt hat – und nun nach 15 Folgen wieder aussteigen will.

Seitdem sich immer mehr junge Israelis, darunter auch Filmschaffende, in Deutschland und nicht zuletzt in Berlin niederlassen, hat sich die kulturelle Landschaft jedenfalls aufs Neue verändert. Deutsch-israelische Koproduktionen sind inzwischen eine Selbstverständlichkeit. Und Filme wie Yael Reuvenys „Schnee von gestern“ (2013), „Herbe Mischung“ von Dror Zahavi (2015) oder „Back to the Fatherland“ von Kat Rohrer und Gil Levanon (2017) nehmen nun auch israelische Geschichtsmymen und politische Realitäten kritisch aufs Korn. Es bleibt abzuwarten, wie sich – jenseits der aktuellen Tabus und Sprachhemmnisse in der Welt der politischen Nachrichten – Bühne, Film und Fernsehen dem eigentlichen Minenfeld der Gegenwart zuwenden werden: der wachsenden Verquickung zwischen den innerjüdischen Konflikten, zwischen Diaspora und Israel – den europäischen Konflikten um die Realitäten der Einwanderung und Migration.

Text liegt: Sobald man das Anderssein markiert, wird es zur bestimmenden Kategorie. Warum steckt er sich jetzt selbst in diese Schublade? „Meine Eltern fanden es ganz schlimm“, sagt Donskoy. „Du bist doch frei davon!“, hätten sie gesagt. „Warum machst du das?“ Seine Antwort: „Weil ich es kann.“

[...] Max Czollek schrieb einmal, dass man als Jude immer eine Rolle im deutschen Gedächtnistheater spiele. Donskoy ist da anderer Meinung: „Das stimmt nicht. Nur wenn du entscheidest mitzuspielen. Einmal Jude, immer Jude? Ja, aber es war meine Entscheidung.“ Er versteht das alles auch als Experiment. Wenn es die Leute nicht hinkriegen würden, ihn losgelöst vom Judentum zu sehen, wenn er fortan nur noch der jüdische Musiker, der jüdische Schauspieler sein sollte, dann hätten die Leute die Show nicht verstanden. Es klingt so, als hätte er das Scheitern des Experiments schon eingepreist.

Seit der Talkshow ist er also Daniel Donskoy, Jude. Dabei hat sich seine jüdische Identität ursprünglich aus negativen Erfahrungen herausgebildet. „Meine Familie ist so religiös wie 'ne Currywurst“, sagt Donskoy, aber in der Grundschule habe sich ein Kind nicht neben ihn setzen wollen, eben weil er jüdisch ist. Das Judentum, sagt Donskoy, sei für ihn keine Religion, keine Ethnie, sondern, zumindest in Deutschland, eine Schicksalsgemeinschaft.

Nach dem Vorfall in der Grundschule schickten seine Mutter und ihr Mann, ein Deutschisraeli und Sohn von Holocaustüberlebenden, ihn auf die jüdische Schule. Im Nachhinein sieht Donskoy das kritisch. Klar, so eine Schule ist ein Safe Space, man ist sicher vor Anfeindungen. Andererseits grenzt man sich ab von der Außenwelt, das Anderssein wird erst recht betont.

Auf Instagram wird er seit dem Start seiner Show als „scheiss judenkopf“ beschimpft. [...] Manchmal erstattet er Anzeige, seine Adresse hat er im Melderegister zur Sicherheit sperren lassen.

Je länger man sich als Nichtjude mit Donskoy unterhält, desto klarer wird einem, wie wichtig seine Sendung ist und wie sehr man selbst es nötig hätte, das Wort Jude im eigenen Kopf vielschichtiger zu besetzen als mit den üblichen Themen. [...]

Xaver von Cranach, „Der Überflieger“, in: DER SPIEGEL Nr. 31 vom 31. Juli 2021

Religiöse Strömungen und jüdische Feiertage

Wie unterscheiden sich die unterschiedlichen Strömungen des Judentums? Wie und wo wird der Schabbat gefeiert? Welche weiteren hohen und kleinen Feiertage gibt es im Judentum? Und welche israelischen Feier- und Gedenktage sind in den jüdischen Gemeinden Deutschlands etabliert?

Religiöse Strömungen

Drei der heute größten jüdischen Strömungen auf der Welt haben ihren Ursprung im Deutschland des 19. Jahrhunderts:

- das **Reformjudentum** (auch liberales oder progressives Judentum genannt),
 - das **modern-orthodoxe Judentum** (seltener als Neo-Orthodoxie bezeichnet) sowie
 - das **historisch-positive Judentum** (heute hingegen als konservatives oder Masorti-Judentum bekannt).
- Diese drei Strömungen sind auch heute noch bzw. wieder in Deutschland vertreten, aber auch andere Strömungen und Gruppierungen kommen mittlerweile in deutschen Städten vor.

Orthodoxes Judentum

Fast alle jüdischen Gemeinden in Deutschland sind seit der Nachkriegszeit Einheitsgemeinden, die dem orthodoxen Ritus folgen. Eine Einheitsgemeinde soll der Einheit der jüdischen Gemeinschaft eines Ortes dienen, also allen Juden eines Ortes unabhängig von ihrer Strömung und Überzeugung offenstehen. Mit Blick auf die Ausrichtung der G'ttesdienste und die

Einstellung eines Rabbiners oder Kantors, also eines gesanglich ausgebildeten Vorbeters, entscheidet sich eine Einheitsgemeinde aber für eine bestimmte jüdische Strömung.

Während vor der Shoah das Reformjudentum die größte Strömung in Deutschland gewesen war, sorgte der Einfluss der meist nur mit der Orthodoxie vertrauten Shoah-Überlebenden aus den *DP-Camps*, die nach ihrer Befreiung in Westdeutschland geblieben waren, in den deutschen Gemeinden für einen fundamentalen Wechsel von der liberalen zur orthodoxen Strömung.

Die meisten Mitgliedsgemeinden des Zentralrats der Juden in Deutschland halten orthodoxe G'ttesdienste ab und beschäftigen Rabbiner und Kantoren, die einer orthodoxen Gruppierung angehören. Die Ausübung der jüdischen Religion richtet sich in der orthodoxen Strömung nach einem traditionellen Verständnis der Halacha, des jüdischen Religionsgesetzes. Die *Halacha* beschreibt den von G'tt¹ für sein jüdisches

¹ Der Autor schreibt aufgrund seiner religiösen Überzeugung G'tt. Diese „vermeidende Schreibweise“ entspringt dem Bemühen, den Namen Gottes nicht in eine Form zu bringen, in der er beschmutzt oder zerstört werden kann. Die Schreibweise soll Schreibende und Lesende zudem daran erinnern, Bezeichnungen für G'tt nicht inflationär zu benutzen.



Im Judentum gibt es unterschiedliche Strömungen. Die Synagogengemeinde in Potsdam feiert gemeinsam mit Rabbinern aus anderen Gemeinden im September 2020 die Einweihung der neuen Torah in die Synagoge in der Kietzstraße.

Einstellungen der unterschiedlichen Strömungen des Judentums zu verschiedenen Aspekten

	orthodox	konservativ	liberal
Einstellung zu Tora und Talmud	Tora und [Mischna, die mündliche Tora, der erste Teil des] Talmud, von Gott gegeben und verbindlich; alle Gebote müssen so befolgt werden, wie die Schriften es vorschreiben	Tora und [Mischna, die mündliche Tora, der erste Teil des] Talmud, von Gott gegeben und verbindlich; Auslegung der Gebote kann jedoch behutsam an die moderne Zeit angepasst werden	Tora als Geschichtswerk, kann immer wieder neu interpretiert werden, Aussagen sind oft symbolisch zu verstehen; Einhaltung der Gebote freigestellt; nur Gebote, die vernünftig erscheinen, werden eingehalten; Talmud als Orientierungshilfe, nicht als verpflichtendes Gesetz
Volk oder Religion?	Keine Trennung zwischen Volkszugehörigkeit und Religion	Keine Trennung zwischen Volkszugehörigkeit und Religion	Judentum vor allem als Religion
Stellung der Frau	Frau erfüllt die ihr zugeordneten Gebote, ist vor allem für den häuslichen Bereich zuständig, hat Recht auf Versorgung durch den Mann; Studium der Schriften und Durchführung der Gottesdienste sind Sache des Mannes; Frau sitzt in der Synagoge getrennt und abgeschiedet	Frauen und Männer gleichberechtigt; Frau wird bei Minjan mitgezählt, nimmt am Gottesdienst teil, sitzt nicht getrennt, darf studieren, alle Ämter ausführen, kann Rabbinerin werden.	Frauen und Männer gleichberechtigt; Frau wird bei Minjan mitgezählt, nimmt am Gottesdienst teil, sitzt nicht getrennt, darf studieren, alle Ämter ausführen, kann Rabbinerin werden

Katharina Hoba / Gesa Löbbecke, Judentum, 5. Aufl., Berlin: Cornelsen Verlag 2006, S. 27 (aktualisiert)

Volk gewollten rechten Lebensweg. Zu diesem gehören unter anderem eine strikte Ruhe am Schabbat ebenso wie die genaue Befolgung der Speisegesetze, unterschiedliche Rollen für Männer und Frauen, Geschlechtertrennung im G'ttesdienst und eine instrumentenlose Liturgie. Die Befähigung zum Rabbiner steht nur heterosexuellen Männern offen; mit dem orthodoxen Rabbinerseminar zu Berlin, besteht dafür gegenwärtig in der Hauptstadt eine Ausbildungsstätte. Die orthodoxen

Gemeinderabbiner sind in der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland zusammengeschlossen.

Neben der modernen Orthodoxie mit ihren Wurzeln in Deutschland gibt es hierzulande mittlerweile Jüdinnen und Juden anderer orthodoxer Prägungen. Traditionelle Jüdinnen und Juden vom Balkan, aus dem Iran, Afghanistan, dem Kaukasus, aus Nordafrika oder zum Teil aus Israel, die sich als *Sepharden* (Nachfahren der Juden, die Ende des 15. Jahrhunderts von

Die Gemeinde

Die zentrale Einrichtung einer jüdischen Gemeinde ist die Synagoge. Sie ist das Zentrum des religiösen und sozialen Lebens und fungiert gleichzeitig als Gebetsstätte, Gemeindehaus und Gerichtssaal. Zu den unbedingt notwendigen Einrichtungen einer Gemeinde gehören zudem die Mikwe (Ritualbad) und der Friedhof. Einige Gemeinden unterhalten auch Schulen.

Ämter und Aufgabenverteilung

Jede Gemeinde hat einen gewählten Vorstand, mit dessen Hilfe sie alle inneren Angelegenheiten in eigener Verantwortung nach dem jüdischen Religionsgesetz regelt.

Daneben gibt es einige wichtige Gemeindeämter:

Der **Rabbiner** (*Raw*) erhält sein Amt [...] [durch ein Bewerbungsverfahren]. Seine Befähigung hat er durch ein gründliches Studium der Schriften, in der Regel an einem Rabbinerseminar, erworben. [...] Zu den Aufgaben des Rabbiners gehört es, seine Gemeindemitglieder in religionsgesetzlichen Fragen zu beraten und als eine Art Richter Entscheidungen zu treffen. [Außerdem ist die Seelsorge heutzutage ein zentraler Bestandteil des Rabbinats.]

Auch die Ehefrau des Rabbiners nimmt bestimmte Aufgaben wahr. So kümmert sie sich z. B. um die Frauen, die die Mikwe besuchen und bereitet die Braut vor der Hochzeit in einem Beratungsgespräch auf die Ehe vor.

[Frauen können heute in allen Strömungen jenseits der Orthodoxie ebenfalls Rabbinerin werden, das gilt auch für Schwule/Lesben etc.]

Der **Kantor** (*Chasan*) ist der Vorbeter der Gemeinde. In kleineren Gemeinden ohne Kantor kann jedes männliche Gemeindemitglied Vorbeter sein.

Der **Synagogendiener** (*Schamasch*) überwacht die täglichen Gottesdienste und ist für die rituellen Gegenstände verantwortlich. Er fungiert oft als Vorleser der Tora oder Stellvertreter des Kantors.

Der **Schächter** (*Schochet*) nimmt die koschere Schlachtung der Tiere vor. Hat eine Gemeinde keinen eigenen Schächter, kaufen die Gemeindemitglieder dann ihr koscheres Fleisch in anderen Gemeinden ein.

Der **Mohel** ist für die Beschneidung der Jungen zuständig. Hierfür hat er eine spezielle medizinische Ausbildung. Meist betreut ein Mohel mehrere Gemeinden gleichzeitig.

In orthodoxen und konservativen Gemeinden sind die genannten Gemeindeämter nur Männern zugänglich. In Reformgemeinden gibt es auch Rabbinerinnen.

Eine zentrale Gemeindeaufgabe ist die **Wohlfahrtspflege**. Es gibt verschiedene Ausschüsse, die sich um die sozialen Angelegenheiten in einer Gemeinde kümmern. Dazu gehören zum Beispiel die Unterstützung ärmerer Gemeindemitglieder, Hilfe für Alte und Kranke, aber auch die Ausrichtung von Festen. Um einen Teil dieser Aufgaben kümmert sich traditionell die **Chewra Kadischa** („heilige Gesellschaft“), eine in allen Gemeinden bestehende Bruderschaft, die vor allem für die Bestattung der Toten und den Erhalt der Friedhöfe zuständig ist („Beerdigungsbruderschaft“).

Katharina Hoba / Gesa Löbbecke, Judentum, 5. Aufl., Berlin: Cornelsen Verlag 2006, S. 31 ff.

der Iberischen Halbinsel vertrieben wurden) oder *Misrachim* (Juden des Nahen und Mittleren Ostens) begreifen, sind zu verschiedenen Zeiten nach Deutschland gekommen und haben beispielsweise in Hannover und Berlin unabhängige orthodoxe Betergemeinschaften gegründet.

Vereinzelt sind auch charedische („ultraorthodoxe“) Juden litauischer Prägung zum Beispiel als Rabbiner oder Lehrer mit ihren Familien in deutsche Großstädte gezogen. Ungleich prägender für die jüdischen Gemeinden in Deutschland war das Aufkommen des Chabad-Chassidismus in den letzten 30 Jahren. Das chassidische Judentum entstand während des 18. Jahrhunderts in Osteuropa als jüdische Erneuerungsbewegung mit deutlichen mystischen Elementen und brachte als eine von vielen örtlich organisierten Gruppierungen Chabad-Lubavitch hervor.

Chabad-Lubavitch begann Mitte des 20. Jahrhunderts von New York aus mit einem innermissionarischen Programm, das Juden überall auf der Welt zu einem strikten Glauben im Sinne von Chabad bewegen soll. Mit diesem Auftrag kamen auch in 18 deutsche Städte Chabad-Familien, die die örtlichen jüdischen Gemeinden prägen und gerade die Juden aus der ehemaligen Sowjetunion von einem chassidischen Lebensweg überzeugen wollen.

Als Einheitsgemeinde dem orthodoxen Ritus zu folgen lässt allerdings kaum einen Rückschluss über die Selbstidentifikation oder die religiöse Praxis ihrer Mitglieder zu. Nur eine Minderheit in den Einheitsgemeinden lebt strikt nach orthodoxen Regeln. Mehr Juden wiederum bezeichnen sich zwar als orthodox, sind aber kaum oder gar nicht praktizierend. Gründe für diese Selbstverortung können der familiäre Hintergrund, die Sympathie für althergebrachte Traditionen und Werte oder die Abgrenzung zu anderen Strömungen sein.

Liberales Judentum

Neben den vereinzelt Einheitsgemeinden, die sich bei ihrer Wiedergründung oder in späterer Zeit für den liberalen Ritus im G'ttesdienst entschieden hatten, haben sich in den 1990er- und 2000er-Jahren einige explizit liberale Gemeinden gegründet, sei es neben bereits vorhandenen orthodoxen Einheitsgemeinden oder an Orten ohne bestehende jüdische Gemeinde. 26 liberale Gemeinden existieren mittlerweile in Deutschland und sind unter dem Dachverband der Union progressiver Juden zusammengeschlossen. Diese Gemeinden sind zwar im Schnitt deutlich kleiner als die Einheitsgemeinden und repräsentieren nur einen kleinen Teil der Jüdinnen und Juden in Deutschland, doch erfreuen sich einige liberale Gemeinden in den Großstädten stetigen Zuwachses, während nahezu alle Einheitsgemeinden stetig Mitglieder vor allem wegen Überalterung verlieren.

Mit dem Abraham-Geiger-Kolleg in Potsdam konnten liberale Juden als Erste nach der Shoah in Deutschland wieder eine Ausbildungsstätte für das Rabbinat und Kantorat gründen. Männer und Frauen jedweder geschlechtlicher und sexueller Identität können ein religiöses Amt erlangen, denn Männer und Frauen sind in allen religiösen Belangen im liberalen Judentum gleichberechtigt. Männer und Frauen sitzen im G'ttesdienst gemischt und Frauen dürfen auch das Gebet leiten oder Rituale für andere Gemeindemitglieder ausführen. In den G'ttesdiensten können Musikinstrumente genutzt werden; besonders wichtig war hierbei vor der Shoah die Orgel, die unter anderem noch in der Berliner Synagoge zu hören ist. Hatte sich das liberale Judentum vor der Shoah, etwa bei der Gestaltung des G'ttesdienstes bis hin zur Amtstracht der Rabbiner, oft noch deutlich an protestantischen Kirchen orientiert, tritt das heutige liberale Judentum in Deutschland eigenständiger auf und ist etwa im Vergleich zu liberalen Gemeinden in den

USA traditioneller orientiert. Die vorherrschende Sprache des G'ttesdienstes ist Hebräisch mit gewissen Anteilen der Landessprache. Das jüdische Religionsgesetz wird als veränderlich und lediglich als Orientierung betrachtet und dem Individuum wird die Freiheit gelassen zu entscheiden, welche religiösen Pflichten es einhalten möchte.

Kennzeichnend für das liberale Judentum in Deutschland ist die überdurchschnittlich hohe Beteiligung am jüdisch-christlichen Dialog, insbesondere was das Engagement liberaler Rabbinerinnen und Rabbiner im theologischen Diskurs mit christlichen Geistlichen anbelangt.



Die traditionell-progressiv jüdische Kultusgemeinde Bielefeld feiert ihren Gottesdienst in der Synagoge Beit Tikwa (Haus der Hoffnung), die 2008 eingeweiht wurde.

Der Hebräische Kalender

Das Judentum hat eine eigene Zeitrechnung, deren Beginn 3761 vor dem Jahr [...] [o] liegt. Diese Festlegung hat [...] Rabbi Hillel II. um 330 n. d. Z. getroffen, in dem er die in der Hebräischen Bibel aufgeführten Jahre seit Erschaffung der Welt zusammenzählte.

Der hebräische Kalender ist lunisolar: d. h., die Monate richten sich nach dem Mond, das ganze Jahr aber nach der Sonne. Damit zählt das Jahr lediglich 354 Tage, elf Tage weniger als das „Sonnenjahr“. Um die Abweichung auszugleichen und ein Wandern der Monate durch das Jahr [...] zu vermeiden, wird regelmäßig ein Schaltmonat eingefügt. Die Schaltung folgt einem höchst komplizierten Muster, die den religiösen Vorschriften verschiedener Feiertage geschuldet ist. So darf [...] der 1. Tischri kein Sonntag, Mittwoch oder Freitag sein; das Pessachfest, das immer am 15. Nisan einsetzt, darf weder am Montag noch am Mittwoch oder Freitag beginnen.

[...] [Der Hebräische Kalender] beginnt mit dem Monat [Nisan, der Festekalender mit dem Monat] Tischri (September bis Oktober, 30 Tage); dann folgen Cheschwan (Oktober bis November, 29 bzw. 30 Tage), Kislew (November bis Dezember, 30 bzw. 29 Tage), Tevet (Dezember bis Januar, 29 Tage), Schevat (Januar bis Februar, 30 Tage), Adar (Februar bis März, 29 Tage), Nisan (März bis April, 30 Tage), Ijjar (April bis Mai, 29 Tage), Siwan (Mai bis Juni, 30 Tage), Elul (August bis September, 29 Tage).

Nach Inke Brodersen, Judentum. Eine Einführung, Frankfurt a. M.: S. Fischer Verlag 2011, S. 25 ff.

Stationen im Lebenszyklus

Beschneidung (Brit Mila)

Am achten Tag nach der Geburt werden alle jüdischen Jungen beschnitten, d.h., die Vorhaut des männlichen Gliedes wird entfernt. Durch die Beschneidung tritt der Junge in den Bund (Brit) ein, den Gott mit Abraham geschlossen hat [...]. [...]

Während der Zeremonie, die von einem speziell geschulten Beschneider (Mohel) vorgenommen wird, bekommt das Kind seinen Namen. Anschließend feiern die Eltern mit Familie und Freunden die Zugehörigkeit ihres Sohnes zur jüdischen Gemeinschaft, die mit der Beschneidung besiegelte wurde.

Mädchen werden nicht beschnitten. Sie erhalten am ersten Schabbat nach der Geburt in der Synagoge ihren Namen.

Bar Mizwa und Bat Mizwa

Die religiöse Volljährigkeit erreicht ein jüdischer Junge im Alter von 13 Jahren. Dieser Lebensabschnitt wird mit der Bar Mizwa-Feier feierlich begangen.

Zum ersten Mal in seinem Leben legt der Junge Gebetsriemen (Tefillin) und Gebetsschal (Tallit) an. In der Synagoge wird er dazu aufgerufen, aus der Tora zu lesen. Er ist jetzt ein vollmündiges Mitglied der Gemeinde, mit allen Rechten und Pflichten, die dazu gehören. Auch wenn es darum geht, die Mindestzahl von zehn jüdischen Männern für die Feier eines Gottesdienstes (Minjan) zu erreichen, wird er nun dazu gezählt. Nach dem Gottesdienst in der Synagoge wird die Bar Mizwa in der Familie groß gefeiert. [...]

Auch die Bat Mizwah-Feier findet in der Synagoge statt. Das Mädchen [...] muss und darf [...] von nun an alle religiösen Pflichten der Frau erfüllen. Dazu gehört zum Beispiel das Anzünden der Schabbatkerzen. Eine Ausnahme bildet das Reformjudentum: Hier werden auch Mädchen zur Toralesung in der Synagoge aufgerufen.

Hochzeit (Chatuna)

Eines der bedeutendsten Feste im Leben eines Juden ist die Hochzeit. Daher sind auch die Rabbiner verheiratet. Die Hochzeit ist sogar Voraussetzung für die Übernahme des Rabbineramtes. Auch das Großziehen von Kindern ist religiöse Pflicht. [...] Sexualität gilt im Judentum nicht als frevelhaft, sondern als etwas Positives, von Gott in seiner Schöpfung Vorgesehenes. Sie ist allerdings an den Rahmen der Ehe gebunden. [...]

Hochzeiten werden oft unter freiem Himmel in großem Rahmen mit vielen Gästen gefeiert. Vor der Zeremonie unter der Chuppa wird als erstes Zeichen der einzugehenden Ehe vom Bräutigam und zwei Zeugen der Ehevertrag unterschrieben, die Ketubba. In diesem Vertrag legt der Bräutigam unter anderem fest, wie viel Unterhalt seiner Braut im Falle einer Scheidung oder im Falle seines vorzeitigen Todes zusteht. Früher war die Ketubba ein wichtiges Dokument für die Versorgung geschiedener und verwitweter Frauen. Heute hat sie – abgesehen von orthodoxen Kreisen – mehr symbolischen Charakter.

Ist das Brautpaar mit den Eltern unter der Chuppa eingetroffen, spricht der Rabbiner den Segen über einen Becher Wein, aus dem Braut und Bräutigam trinken. Der Bräutigam steckt seiner Braut einen Ring auf den Finger und spricht dabei auf Hebräisch folgenden Satz: „Mit diesem Ring bist Du mir angeheilig nach den Gesetzen von Moses und Israel.“ Nur im Reformjudentum ist es üblich, dass auch die Frau dem Mann einen Ring ansteckt. Anschließend wird die Ketubba vorgele-

sen. Manchmal hält der Rabbiner eine Ansprache. Dann werden sieben Danksprüche vorgetragen oder gesungen, die von der Freude des Paares aneinander handeln, die nur noch von der Freude über das wiedererbaute Jerusalem übertroffen wird.

Am Ende der Trauerzeremonie zerbricht der Bräutigam mit einem kräftigen Tritt ein auf dem Boden liegendes Glas. Dies geschieht zum Gedenken an die Zerstörung des Tempels in Jerusalem, die auch in Augenblicken größter Freude nicht vergessen werden soll.

Mit lauten masal tow-Rufen (Viel Glück!) wird das Paar beglückwünscht. Im Anschluss an die Zeremonie wird mit Musik und Tanz und gutem, reichlichen Essen gefeiert.

Scheidung

Trotz der wichtigen Stellung der Ehe ist im Judentum unter bestimmten Voraussetzungen auch eine Scheidung möglich und durchaus üblich. So zum Beispiel, wenn die Ehepartner sich nicht verstehen, die Ehe kinderlos bleibt oder die Frau mishandelt wird. Zur Scheidung bedarf es einer schriftlichen Urkunde, die nur von Rabbinern ausgestellt werden kann.

Tod und Trauer

Der Tod gehört für Juden als Selbstverständlichkeit zum Leben. Wenn der Tod eintritt, beten die Angehörigen oder dem Verstorbenen nahe stehende Personen das Schma Israel, in dem sie den Glauben an Gott bekennen, und zünden ein Licht an. Traditionell zerreißen sie zum Zeichen des Schmerzes und der Trauer ein Stück ihrer Kleidung.

Der Tote wird gewaschen, mit einem einfachen weißen Gewand bekleidet und auf die Erde gelegt. Die Beerdigung muss so schnell wie möglich nach dem Tod erfolgen. Am Schabbat und den Feiertagen finden keine Beerdigungen statt. Die Toten werden in schlichten Särgen beerdigt, oder, wie in Israel üblich, in Tüchern gehüllt in das Grab gesenkt. Das soll ausdrücken, dass im Tod alle gleich sind. Tote werden nicht in offenen Särgen aufgebahrt. Für religiöse Juden ist die Einäscherung verboten [...]. [...]

Das wichtigste Gebet zur Beerdigung ist das Kaddisch, eines der ältesten jüdischen Gebete, das in aramäischer Sprache vorgetragen wird. Es ist ein Gebet zum Lobpreis Gottes und enthält die Bitte um Rettung und Erlösung. Voraussetzung dafür, dass das Kaddisch gesprochen werden kann, ist die Anwesenheit eines Minjans, also von zehn männlichen Erwachsenen.

Nach der Beerdigung sitzen die engsten Familienangehörigen sieben Tage lang Schiwa im Haus des Verstorbenen, das heißt sie gehen nicht aus und verrichten keine Arbeit. [...] Abends und morgens hält man einen Gottesdienst und spricht das Kaddisch, sofern genügend Männer anwesend sind. Nur am Schabbat wird die Schiwa unterbrochen, weil die Freude über den Schabbat stärker ist als der Tod. [...]

Die zweite Phase der Trauer sind die ersten dreißig Tage nach dem Tod des Angehörigen. In dieser Zeit schneidet man sich weiterhin nicht die Haare, feiert nicht und vermeidet es, Musik zu hören. Jeweils am Jahrestag des Todes zünden die Hinterbliebenen ein Licht an, das 24 Stunden lang brennt. Der Sohn des Verstorbenen liest an diesem Tag noch einmal das Kaddisch.

Katharina Hoba / Gesa Löbbecke, Judentum, 6. Aufl., Berlin: Cornelsen Verlag 2005, S. 52 ff.

Konservatives oder Masorti-Judentum

Das konservative oder Masorti-Judentum hat zwar auch seine Wurzeln in Deutschland, institutionalisierte sich aber vor allem in den USA, wo es zeitweise die größte, heute die zweitgrößte Strömung nach dem liberalen Judentum ist. In Deutschland zentriert sich Masorti noch stark auf Berlin mit zwei Synagogengemeinschaften, ansonsten findet sich noch jeweils eine Gemeinde, die sich als konservativ begreift, in Niedersachsen und Bayern. „Konservativ“ meint bei dieser Strömung im Wortsinn „bewahrend“, was sich auf die Bewahrung der jüdischen Tradition bei gleichzeitigem Leben in und Teilnehmen an einer (post-)modernen Gesellschaft bezieht. „Masorti“ wiederum bedeutet auf Hebräisch „traditionell“. Damit positioniert sich das konservative Judentum zwischen dem orthodoxen und liberalen Judentum. Wie in der Orthodoxie wird an der Tradition und ihren Gesetzen festgehalten, die Gesetze werden jedoch auch kritisch reflektiert, um etwa Ungerechtigkeiten aufgrund veralteter diskriminierender Annahmen über die Fähigkeiten von Frauen beseitigen zu können. So ist es wie im liberalen Judentum auch im Masorti-Judentum möglich, als Frau Kantorin oder als homosexueller Mann Rabbiner zu werden.

Je nach Land und Gemeinde ähneln konservative Gemeinden stärker orthodoxen oder liberalen Gemeinden. In Deutschland liegen konservative Jüdinnen und Juden mit Blick auf die Einhaltung der Halacha näher an der Orthodoxie, während die Masorti-Rabbinerinnen und -Rabbiner ihrerseits wiederum zusammen mit den liberalen Rabbinerinnen und Rabbinern in der Allgemeinen Rabbinerkonferenz organisiert sind. Auch das konservative Rabbinerseminar, das Zacharias Frankel College in Potsdam, existiert als Schwesterinstitution neben dem liberalen Rabbinerseminar im selben Gebäude.

Weitere Strömungen und über die Strömungen hinaus

Zum weiteren nicht-orthodoxen Spektrum gehört auch das *Renewal*-Judentum, das als progressive amerikanische Strömung unter anderem deutliche Elemente jüdischer Mystik, Musikalität, Tanz und Meditation aufweist und aus dem Kontext der Gegenkulturbewegungen der 1960er-Jahre wie der Hippie-Bewegung, Bürgerrechts- und Frauenbewegung entstammt. Vertreter dieser Strömung gibt es seit den letzten 20 Jahren beispielsweise in Frankfurt und Berlin.

Viele Jüdinnen und Juden ordnen sich keiner Strömung zu oder sympathisieren mit mehreren. In den vergangenen Jahren sind zudem gerade unter jungen Leuten vermehrt Bestrebungen und Tendenzen zu beobachten, religiöse Veranstaltungen, etwa Sederfeiern an Pessach oder gemeinsames Beten am Schabbat, entweder strömungsübergreifend zu organisieren (*transdenominational*) oder sie keiner bestimmten Strömung zuzuordnen (*non-denominational*).

Jüdische Feiertage

Schabbat

Der bedeutendste jüdische Feiertag ist der wöchentliche Schabbat, der von der Abenddämmerung am Freitag bis Nachteinbruch am Samstag Ruhe, Freude und die Beschäftigung mit G'tt verlangt. Der Schabbat wird sowohl Zuhause als auch in der Synagoge gefeiert: Zuhause mit einigen Ritualen wie dem Segnen der Kinder, dem Kiddusch zur Heiligung des

Zum heiligen Schabbat wird der traditionelle Tisch mit Zopfbröten, Salz, Wein und Kerzen gedeckt.

Der Schofar, gefertigt aus einem Widderhorn, wird unter anderem zum Morgengebet an Rosch haSchana und am Ende von Jom Kippur geblasen.



Tages und Mahlzeiten mit Wein und Challot, geflochtenen Schabbatbröten. In der Synagoge wird mit einem musikalischen G'ttesdienst am Freitagabend und zwei G'ttesdiensten mit Torahlesung am Samstagmorgen und -nachmittag gefeiert. Wenige Jüdinnen und Juden in Deutschland besuchen alle G'ttesdienste zum Schabbat; einige versuchen, am Freitagabend oder am Samstagmorgen in die Synagoge zu gehen. Einige Familien feiern Schabbat nur Zuhause und halten eine Schabbatruhe ein, indem sie nicht arbeiten, auch nicht kochen, fernsehen oder Zeit im Internet verbringen. Viele Juden feiern Schabbat wiederum gar nicht oder nur manchmal oder haben ein Familienessen mit oder ohne Rituale, aber halten keine besondere Schabbatruhe ein.

Die Synagoge

Wahrscheinlich begannen die Israeliten bereits in der Zeit des babylonischen Exils nach der Zerstörung des Ersten Tempels damit, Lehr- und Versammlungshäuser einzurichten, die zu Orten des gemeinsamen Gebetes wurden.

Nachdem durch die Zerstörung des Zweiten Tempels (70 n. Chr.) das religiöse Zentrum in Jerusalem endgültig verloren ging, erlangten diese Synagogen (griech. „Versammlung“, hebr. Bet Knesset, „Haus der Versammlung“) als Versammlungsort der jüdischen Gemeinden zentrale Bedeutung.

Da es keine festgelegten Regeln für Größe, Grundriss oder Form einer Synagoge gibt, entwickelte sich im Laufe der Geschichte eine vielfältige Synagogenarchitektur. Die Halacha, das jüdische Religionsgesetz, kennt nur zwei Vorgaben für den Bau einer Synagoge: sie sollte Fenster haben und nach Jerusalem ausgerichtet sein.

Oft sind die Synagogen mit architektonischen Dekorationselementen, hebräischen Inschriften oder anderen Symbolen farbenprächtig ausgeschmückt. Bilder von Menschen gibt es jedoch nicht, da das zweite der Zehn Gebote lautet: „Du sollst dir kein Bild machen ...“ (Ex 20, 4). Häufig verwendete Symbole sind die Menora (der siebenarmige Leuchter), die Gesetzestafeln mit den Zehn Geboten und der Davidsstern.

Die Hauptausrichtung einer Synagoge ist der meist erhöht stehende Toraschrein (Aron ha-Kodesch), ein Schrank, in dem die Torarollen aufbewahrt werden. Eine Gemeinde besitzt in der Regel mehrere dieser wertvollen Schriftrollen. Der Toraschrein befindet sich an der Wand der Synagoge, die Richtung Jerusalem zeigt, in europäischen Synagogen also an der Ostwand. Der Schrein selbst ist oft von einem prachtvoll bestickten Toravorhang verhüllt. Vor dem Toraschrein brennt nach den Vorgaben des Stiftszeltes, in dem die Bundeslade aufbewahrt wurde (Lev 24, 2f), ein ewiges Licht, das Ner Tamid.

Die Torarollen im Schrein sind durch so genannte Toramäntel aus Samt, die mit Brokat und Stickerei verziert sind, geschützt. Zur Ehre der Tora sind die Schriftrollen mit aus Silber getriebenen Aufsätzen in Form von Granatäpfeln (Rimonim) geschmückt, die auf die Holzstäbe, auf denen die Rolle aufgewickelt ist, gesteckt werden. Schon seit biblischer Zeit werden auch Glöckchen als Schmuckelemente verwendet. An bestimmten Festtagen wird der Schriftrolle anstelle der Rimonim die Torakrone (Keter Tora) aufgesetzt, die ein Symbol für die königliche Bedeutung der Lehre darstellt. An silbernen Ketten hängt das Toraschild, das die Rollen markiert und oft Widmungen der Spender der Torarolle zeigt. Zum Lesen der Torarolle in

der Synagoge wird der Torazeiger (Jad) verwendet, ein meist silberner Stab, an dessen Ende eine silberne Hand mit ausgestrecktem Zeigefinger befestigt ist. Der Torazeiger dient als Lesehilfe, damit der heilige Text der Tora nicht berührt werden muss. Wenn die Torarollen durch Gebrauch beschädigt worden sind, werden sie nicht weggeworfen, sondern auf dem Friedhof beerdigt.

An zentraler Stelle in der Synagoge steht die Bima (auch Almemor oder Teva genannt), ein Podium mit Vorlesepult, von dem aus die Torarollen verlesen werden. Diese fast immer mit einem Geländer umgebene Plattform ist über Stufen an zwei Seiten zu erreichen. Das Pult dient in erster Linie als Ablage für die meist unhandlichen Torarollen.

Einen Altar gibt es in einer Synagoge nicht. [...]

Im Vorraum der Synagoge befindet sich ein Waschbecken mit einer Wasserkanne für die symbolische Reinigung der Hände vor dem Gebet.

Seit dem Mittelalter wurden im Hauptraum vieler Synagogen Emporen und Galerien mit separatem Eingang für Frauen eingebaut. Nach und nach wurden sie Bestandteil aller Synagogen. Durch Gitter oder Vorhänge wurden diese Frauenabteile vom Hauptraum abgegrenzt, um zu verhindern, dass die Männer durch den Anblick der Frauen von ihrem Gebet abgelenkt würden. In reformierten Synagogengemeinden wurden im 19. Jh. die Gitter um den Frauenbereich niedriger gestaltet oder ganz abgeschafft. Die Reformer legten großen Wert darauf, das jüdische Familienleben zu fördern, und erlaubten den Frauen, aktiv am Synagogengottesdienst teilzunehmen. In manchen Reformgemeinden, besonders in den USA, wurde die Geschlechtertrennung während des Gottesdienstes ganz aufgehoben. In orthodoxen Synagogen sind Männer und Frauen jedoch auch heute noch streng voneinander getrennt.

Die Funktionen der Synagoge als geistiges Zentrum der Gemeinde sind vielfältig. Sie ist gleichzeitig Bet- und Lehrhaus sowie Versammlungsort. Diese Verbindung von Gottesdienst, Lehre und alltäglichem Leben ist typisch für das Judentum. Die jiddische Bezeichnung für Synagoge, „Schul“, verdeutlicht, wie wichtig das Lernen und Studieren ist.

Die Synagoge ist kein Sakralraum als solcher – sie wird es erst durch die Feier des Gottesdienstes. Deshalb ist jeder Ort, an dem sich zehn jüdische Männer (Minjan) zum Gebet zusammenfinden, im weitesten Sinne auch eine Synagoge. [...]

Katharina Hoba / Gesa Löbbecke, Judentum, 5. Aufl., Berlin: Cornelsen Verlag 2006, S. 32 ff.

Die Hohen Feiertage Rosch haSchana und Jom Kippur

In der Wahrnehmung der meisten Juden nehmen jedoch die Hohen Feiertage Rosch haSchana und Jom Kippur die größte Bedeutung ein. Rosch haSchana ist das zweitägige jüdische Neujahrsfest, an dem einerseits der Schöpfung der Welt gedacht wird und andererseits jeder Jude bzw. jede Jüdin auf die guten und schlechten Taten des zurückliegenden Jahres blicken soll. Ab Rosch haSchana zählt man zehn Tage der Umkehr, an denen man sich mit seinen Mitmenschen versöhnen, gute Taten vollbringen, wohlwütig sein und mehr beten soll. Jom Kippur ist der Höhepunkt dieser Tage, ein Tag zur Versöhnung zwischen G'tt und seinem Volk Israel. An Jom Kippur soll man nichts anderes tun als sich mit seinen Taten auseinanderzusetzen

und G'tt für alle Verfehlungen um Vergebung zu bitten. Damit man davon nicht abgelenkt wird, wird strikt gefastet und auf Essen und Trinken, aber auch auf Lederschuhe, Make-up, Parfum, auf Baden und Duschen und körperliche Intimitäten verzichtet. Tatsächlich sind die Synagogen in Deutschland an Rosch haSchana und vor allem an Jom Kippur meist so voll, dass die Betenden in vielen Städten während der langen G'ttesdienste stehen müssen. Selbst Jüdinnen und Juden, die ansonsten nie in die Synagoge gehen, kommen dann zum Gebet.



Beim traditionellen jüdischen Sederabend zur Eröffnung des Pessachfestes wird die Geschichte vom Auszug des Volkes Israel aus Ägypten gelesen.

Im Jüdischen Bildungszentrum Berlin der Chabad Lubawitsch-Gemeinde errichten die beiden Rabbiner im Oktober 2019 die Sukka (die Laubhütte) für Sukkot.

Kantor Jakow Zelewitsch entzündet die Kerzen auf dem Chanukka-Fest der jüdischen Gemeinde in Herford 2019. Das Lichterfest erinnert an die Wiedererweihung des zweiten Tempels in Jerusalem im Jahre 164 v. u. Z.



Die Schalosch Regalim (dt. Pilgerfeste)

Die drei Pilgerfeste, zu denen man noch bis vor etwa 2000 Jahren zum israelitischen Tempel nach Jerusalem pilgerte, sind Pessach, Schawuot und Sukkot. Ihnen ist gemein, dass sie alle einen Teil der Erzählung des Auszugs aus Ägypten und der anschließenden Wanderung durch die Wüste behandeln und eine Erntefestkomponente haben. **Pessach** dauert acht Tage (in liberalen Gemeinden sowie in Israel sieben Tage), hat den Sederabend im Zentrum, an dem anhand von symbolischen Speisen, Gebeten und Liedern der Auszug aus Ägypten erzählt wird, und geht mit dem Verbot einher, Gesäuertes zu essen. Pessach erfreut sich als Familienfest in Deutschland großer Beliebtheit und die Teilnahme an Sederabenden, ob in der Familie, bei Freunden oder in der Gemeinde, ist durchaus verbreitet, die Einhaltung der verschärften Speisegesetze während der acht oder sieben Tage hingegen weniger.

Sieben Wochen (hebr.: *Schawuot*) nach Pessach wird an **Schawuot** an zwei Tagen (in liberalen Gemeinden an einem Tag) der Erhalt der Torah am Berg Sinai während der Wüstenwanderung mit einer langen Nacht des Torahstudiums, einer mit Pflanzen geschmückten Synagoge und mit Milchspeisen gefeiert.

Sukkot wiederum behandelt die unstete Zeit während der Wanderung durch die Wüste, als die Wandernden in Laubhütten (hebr.: *Sukkot*) verweilen mussten. Zu diesem acht (bzw. sieben) Tage dauernden Fest werden Laubhütten errichtet, in ihnen wird gegessen und manchmal sogar geschlafen (allerdings von wenigen) und das Morgengebet erfolgt mit einem Strauß aus den *Arba Minim*, vier bestimmten Pflanzenarten. In Deutschland bauen sich nur wenige Familien und Einzelpersonen eine eigene *Sukka*; üblicher ist es, die *Sukka* der Gemeinde zu besuchen. Während es früher ein schwieriges Unterfangen war, die *Arba Minim* zu erstehen, können sie heute in einigen

deutschen Großstädten gekauft oder über den Zentralrat der Juden in Deutschland bestellt werden. Während die *Sukkot* der Gemeinden durchaus gut besucht werden, ist der Anteil derer, die mit den *Arba Minim* beten, nur gering. An Sukkot schließen direkt das Abschlussfest Schmini Azeret und das Fest der Torafreude Simchat Tora an, an dem der jährliche Lesezyklus der Tora endet und sofort wieder neu beginnt.

Die kleinen Feiertage

Auch wenn Chanukka und Purim sogenannte kleine Feiertage sind, weil sie nicht in der Torah, sondern erst in späteren Werken erwähnt werden, tut das ihrer Beliebtheit keinen Abbruch. **Chanukka** wird von so vielen Jüdinnen und Juden in Deutschland gefeiert wie sonst nur noch Jom Kippur. Er ist ein Lichterfest im Winter, an dem Kerzen angezündet, Lieder gesungen und in Öl gebratene Speisen wie *Sufganiot* (Krapfen) und *Latkes* (Kartoffelpuffer) gegessen werden. Die zeitliche Nähe zum christlichen Weihnachtsfest verhilft Chanukka ohne Zweifel zu besonderer Aufmerksamkeit. Dabei gibt es durchaus einige Jüdinnen und Juden, die auch Weihnachten feiern, etwa weil sie christliche Partner oder Familienmitglieder haben oder weil sie wie die Mehrheitsgesellschaft eine säkulare Form mit Tannenbaum und Geschenken mögen.

Purim wiederum feiert die Errettung der persischen Jüdinnen und Juden vor etlichen Jahrhunderten durch die von Königin Esther dank Beten und Fasten erwirkte g'ttliche Intervention. Geleitet wird es karnevalesk in Kostümen, mit Alkohol, Süßspeisen und Theaterdarbietungen. Purim erfreut sich in Deutschland insbesondere bei Kindern und Jugendlichen großer Beliebtheit. Gerade die Jugendzentren der Gemeinden und die jüdischen Schulen verhalten Purim zu besonderer Popularität unter jungen Menschen. Nicht zuletzt ist auch **Tu biSchwat**, das Neu-



Purim erinnert an die Rettung der Jüdinnen und Juden vor dem königlichen Beamten Haman in der persischen Diaspora. Im Mittelpunkt des Festes stehen Verkleidungen und Umzüge, hier in Berlin 2020. Bei der Erwähnung von Haman wird mit Rasseln geklapert oder mit den Füßen auf den Boden gestampft.



jahrsfest der Bäume, ein kleiner Feiertag, der sich aufgrund des wachsenden Umweltbewusstseins immer größerer Beliebtheit erfreut und mit Spaziergängen in der Natur, einem Früchte-Seder und der Pflanzung von Bäumen gefeiert werden kann.

Fasttage

Neben Jom Kippur wird auch noch an **Tischa beAw**, dem jüdischen Volkstrauertag, sehr streng gefastet. An jenem Tag gedenkt man der Zerstörung beider Tempel in Jerusalem. Es gibt zudem auch weitere kleinere Fasttage, die mit der Zerstörung der Tempel zu tun haben, oder Fasttage, die Feiertagen unmittelbar vorausgehen und mit ihnen verknüpft sind wie das Fasten der Erstgeborenen am Vortag von Pessach oder das Estherfasten vor Purim. Die Fasttage werden vor allem von praktizierenden Jüdinnen und Juden der orthodoxen und konservativen Strömungen eingehalten, aber auch einige Angehörige des liberalen Judentums fasten an diesen Tagen.

Israelische Feier- und Gedenktage

In den jüdischen Gemeinden in Deutschland sind auch einige israelische Feier- und Gedenktage verbreitet. Jom haShoah, der Tag zum Gedenken an die Shoah nach hebräischem Kalender, wird von allen Gemeinden ebenso begangen wie der Jom haAtzma'ut, der israelische Unabhängigkeitstag. Die jüdischen Gemeinden in Deutschland sind mit dem Staat Israel eng verbunden; über Jahrzehnte hinweg war diese besondere Solidarität auch eine Rechtfertigung, im Land der Täter zu leben. Der Zuzug tausender Israelis nach Deutschland hat die Bedeutung des israelischen Unabhängigkeitstags weiter gestärkt. Auch der Gedenktag für die gefallenen israelischen Soldaten und Terroropfer, Jom haSikaron, wird in immer mehr Gemeinden begangen.

Die Kaschrut – die jüdischen Speisegesetze

Die Kaschrut ist die Summe aller jüdischen Speisegesetze. Die Speisegesetze regeln, was *koscher* ist und was nicht. *Koscher* bedeutet auf Deutsch tauglich, also für den Verzehr in Ordnung, erlaubt. Die Speisegesetze betreffen jeden Aspekt des Essens, etwa welche Tiere zum Verzehr überhaupt erlaubt sind und wie erlaubte Tiere gehalten, getötet, zerlegt und zubereitet werden müssen. Hierbei sind die Regeln zu verbotenen Körperteilen und das absolute Verbot von Blutverzehr hervorzuheben. Andere Gesetze regeln den besonderen Status von Wein, Brot oder Milch und welche Dinge bei ihrer Produktion zu beachten sind. Signifikant ist in der Kaschrut auch die Einteilung aller Lebensmittel in milchig, fleischig und *parwe* (neutral) aufgrund der sehr strikten Trennung von milchigen und fleischigen Speisen bei Aufbewahrung, Zubereitung und Verzehr. Auch für Pflanzen gibt es Speisegesetze, etwa das Verbot von gemischter Saat und Kreuzungen oder während der Pessachtage das Verbot von gesäuerten Getreideprodukten, Hülsenfrüchten und einigen Gewürzen.

DANIEL MAHLA

Ausblick

Heute ist jüdisches Leben in Deutschland so vielfältig und bunt wie nie seit dem Holocaust – neben den offiziellen Gemeinden und Institutionen besteht eine große Bandbreite an religiösen, gesellschaftlichen und politischen Organisationen und Einrichtungen. So gibt es etwa ein streng-orthodoxes Rabbinerseminar in Berlin, Verbände mit gesellschaftlich-progressiver Agenda wie die jüdische LGBTIQ*-Organisation „Keshet Deutschland“, liberal-religiöse Gemeinschaften außerhalb der offiziellen Gemeindestrukturen, das von in Deutschland lebenden Israelis betriebene hebräische Magazin SPITZ, um nur eine kleine Auswahl zu nennen. Hinzu tritt eine zunehmende globale Vernetzung, die Einflüsse und Impulse aus den großen Zentren jüdischen Lebens in Israel und den USA nach Deutschland bringt. Auch auf europäischer Ebene kommt es vermehrt zu Austausch und Zusammenarbeit mit Jüdinnen und Juden etwa aus London, Paris oder Warschau. 1945 hätte wohl kaum jemand mit solchen Entwicklungen gerechnet.

Dennoch bleibt jüdisches Leben hierzulande weiterhin fragil und bedroht. Wie virulent Antisemitismus in der Bevölkerung

Deutschlands ist, hat sich nicht zuletzt im Zuge der Coronavirus-Pandemie gezeigt, in der es neben kruden Holocaustrelativierungen auch zu einer erhöhten Verbreitung von Verschwörungstheorien kam, die nicht selten Jüdinnen und Juden für Ausbruch und Verbreitung des Virus verantwortlich machen. Gleichzeitig steigt mit jeder Eskalation der Gewalt in Nahost auch die Gefahr antisemitischer Diffamierungen und Übergriffe in Europa. Auffallend ist es in beiden Fällen, dass es hier nicht nur um Extremisten oder Randgruppen geht, sondern sich eine weite gesellschaftliche Bandbreite hinter antisemitischen Bannern versammeln lässt.

„So bewegt sich der Alltag jüdischer Deutscher im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zwischen einer Renaissance jüdischen Lebens einerseits und einer spürbar zunehmenden Bedrohung andererseits,“ wie Michael Brenner in diesem Heft resümiert. Wie die jüdische Gemeinschaft, so entwickelt sich die deutsche Gesellschaft insgesamt beständig fort. Deren fortschreitende Pluralisierung führt immer wieder zu Spannungen und neuen Herausforderungen, aber bringt auch neue Chancen der Annäherung und Zusammenarbeit. Wie sich jüdisches Leben in Deutschland in Zukunft entwickeln wird, hängt stark davon ab, wie wir alle mit diesen Veränderungen umgehen.

Die Vielfalt der Jüdinnen und Juden in Deutschland zeigt sich auch am Christopher Street Day 2019 in Berlin. Anhänger der Keshet Deutschland, der jüdischen LGBTIQ*-Community in Deutschland, nehmen an der Parade unter dem Motto „Stonewall 50 – Every riot starts with your voice“ teil.



Fasst euch ein Herz

Heute kam die bestellte Druckerpatrone nicht an. Der Paketdienst konnte sie nicht zustellen, weil ich schon wieder vergessen hatte, bei der Bestellung dazuzuschreiben, dass ein anderer Name auf meinem Klingelschild steht. Meinen Namen habe ich entfernt, als die Drohungen aus rechtsradikalen Kreisen zunahmen, als sie persönlicher, deutlicher und auch antisemitischer wurden und nachdem in München eine Journalistin, zu deren Alltag solche Drohungen ebenfalls gehörten, in ihrem Zuhause zusammengeschlagen worden war. [...]

Was bedeutet Jüdischsein heute? Was heißt es im heutigen Deutschland? Wie ist es, wenn die Angst vor Antisemitismus plötzlich greifbar wird, der ich bis vor ein paar Jahren noch mit Humor begegnet bin? Das war, als ich dachte, dass der Zentralrat der Juden manchmal den mahnenden Zeigefinger zu weit in die Höhe streckt, als so viele von uns dachten: die paar Rechten im Osten.

Nun hat sich vieles verändert, Rechtsradikale sitzen im Bundestag und in Polit-Talkshows zur Primetime, Freunde erzählen von antisemitischen Ressentiments im Alltag, Hassbotschaften prangen auf Wänden, und eines Mittags im vergangenen Herbst versuchte einer, der Juden, Muslime, Fremde, Frauen hasste, bis an die Zähne bewaffnet und mit einer live informierten Fangemeinde im Hintergrund eine Synagoge in Halle zu stürmen, um dort am wichtigsten jüdischen Feiertag so viele Juden wie möglich zu ermorden. [...]

Wir machen sie sichtbar, die Geschichten unserer Familien, unserer Freuden, unserer Leiden. Wir stellen sie in den Raum des Erzählten, Selbstermächtigung könnte man das nennen. Sie müssen laut erzählt werden, damit sie gehört werden, damit sie sich in den Köpfen einnisten, damit sie zu einer Erzählung werden, die vielen, nicht Einzelnen gehört. Wir stellen sie zwischen die anderen und stellen sie damit dennoch aus: Geschichten, die eben auch Opfergeschichten sind. Wir tun es, um Empathie zu wecken, sagt man. Ich frage mich, wann ist sie verloren gegangen, die Empathie, und warum?

Bald werden die letzten Holocaust-Opfer gestorben sein, sie werden nicht mehr in Schulen gehen können, um in schlecht geheizten Aulas von ihrem Leid zu erzählen. Viele fürchten sich davor, sie fürchten, dass dann Erinnerung verloren geht. Als wäre es einzig und allein die Pflicht der Opfer, sich zu erinnern, andere zu erinnern, die Opferrolle zeitlebens nicht mehr zu verlassen. [...]

Damit die Welt anders wird, müssen alle lernen, ihre Stimmen zu erheben, wenn es um andere geht. Ich möchte als Jüdin nicht „zuständig“ sein für das Thema Antisemitismus. Ich will, dass wir alle zuständig sind. Ich will von den Ausgrenzungen reden, die mich nicht persönlich betreffen.

Das sagt sich leicht, könnte man denken, für jemanden wie mich, die beruflich schreibt, die in der Öffentlichkeit spricht. Es geht aber nicht um die Öffentlichkeit, es geht nicht um wohlmeinende Demonstrationen. Es geht um den Alltag, um die Menschen, denen wir im Eilen begegnen. Um Menschen nicht weißer Hautfarbe, denen in der U-Bahn gesagt wird, sie hätten als Fremde kein Recht auf einen Sitzplatz. Um Menschen, die beim Abholen in der Kita Sprüche zu hören bekommen, weil man sie für Muslime hält. Es geht darum, ihre Verstörung zu sehen, ihre Blicke zu spüren, die nach etwas suchen, was ein großes Wort ist, aber oft leider nicht mehr als das: Solidarität. Es ist an uns allen, ihnen zu zeigen, dass

sie nicht allein sind. Wir müssen aufhören, im Gegensatz von „Die“ und „Wir“ zu denken. Ein „Wir“ könnten alle Menschen sein, die in einer Gesellschaft ohne Diffamierung und Gewalt leben möchten.

Während der Diskussion am Holocaust-Gedenktag fragte jemand aus dem Publikum, wie man Antisemitismus bekämpfen könne. Die Antwort ist dieselbe bei all den menschenfeindlichen Ismen: bei sich selbst anfangen. Schauen, wo denke, spreche, agiere ich stereotyp oder ausgrenzend? Die Antwort wird bei keinem von uns lauten: Nirgendwo. Und wenn man dann noch die Augen, die Ohren aufsperrt bei Kollegen, Freunden, Verwandten: Es ist nicht schwer, auf Grenzüberschreitungen zu stoßen. Es fällt nur schwer, darauf hinzuweisen. Dem harmonischen Zusammensein wird möglicherweise die Harmonie genommen, und wir selbst sind es, die das tun. [...]

Es ist einfacher, mit Gleichgesinnten zu demonstrieren und treffsichere politische Kommentare zu retweeten. Kritik an einem Gegenüber tut irgendwie immer weh. Menschen, die man achtet, mag oder sogar liebt, auf ausgrenzende Denkmuster hinzuweisen tut weh, weil man nicht nur sich selbst, sondern auch andere der Bequemlichkeit entreißt, weil man zum Störenfried, zur Denkpolizei wird. Aber die Dinge werden nicht besser, wenn man sie nicht benennt. [...]

Nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle hieß es laut und pathetisch, dieser Anschlag habe uns allen gegolten. Ich weiß nicht, wie viele das tatsächlich so empfanden, wie viele tatsächlich erschüttert waren, weil sie spürten, dass die Floskel eine Tatsache ist: Hier ging es nicht gegen Juden, gegen Muslime, gegen die, die anders sind. Es ging gegen das, was uns alle zusammenhalten sollte: eine Demokratie, in der Menschen unterschiedlichen Glaubens, unterschiedlicher Herkunft und Überzeugung miteinander leben.

An diesem Tag sprach ich mit einem jüdischen Freund, der wahrscheinlich wie ich vergessen hatte, dass Jom Kippur war, dessen Familie zum Großteil in Konzentrationslagern ermordet worden war. Wir waren beide erschüttert, und doch war er ein Stück erschütterter als ich. Er war verletzt, weil sich keiner seiner nicht-jüdischen Freunde bei ihm gemeldet hatte. Er fühlte sich allein mit dieser Angst, die wieder hervorkroch, wie konnte das passieren, hier, in Deutschland, allein mit den großen Fragen. Noch später erzählte ich das einer gemeinsamen Freundin. Sie meinte, sie habe an uns gedacht, sich aber nicht gemeldet: Sie wollte uns nicht darauf reduzieren, dass wir Juden sind.

Mein Freund hätte sich über eine Nachricht gefreut, er hätte sie vermutlich gebraucht. Jemand anderes hätte sich womöglich daran gestört. Es gibt nicht die eine jüdische Art, mit so etwas umzugehen. Aber das gehört zu einer Gesellschaft: diese Ambivalenz auszuhalten. Immer wieder auszuloten, was die anderen brauchen. Wie wir zusammengehören und wo wir verschieden sind. Nicht in Schweigen zu verharren aus Angst, etwas Falsches zu sagen, als Gutmensch verspottet zu werden. Sonst hört man bald nur noch die, die allzu gern sagen, was sie denken.

Die Schriftstellerin Lena Gorelik wurde 1981 in St. Petersburg geboren und lebt mit ihrer Familie in München.

Lena Gorelik, „Wir erzählen unsere Geschichten, um Empathie zu wecken. Ich frage mich, wann ist sie verloren gegangen, die Empathie, und warum?“, in: DIE ZEIT Nr. 9 vom 20. Februar 2020

Glossar

Abraham-Geiger-Kolleg: 1999 gegründet als erstes Rabbinerseminar in Deutschland nach dem Holocaust, Ausbildungsstätte für Rabbiner der liberalen Strömung

Arisierung: die Überführung jüdischen Eigentums in „arischen“ Besitz

Auschwitz-Prozesse in Frankfurt ab 1963: die ersten großen Verfahren gegen NS-Verbrecher vor einem deutschen Gericht; die Prozesse prägten die Debatte um die deutsche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Sechs Strafprozesse fanden von 1963 bis 1966 in Frankfurt am Main statt, in den 1970er-Jahren gab es drei Nachfolgeprozesse.

Conference of Jewish Material Claims against Germany (Claims Conference): ist ein Zusammenschluss jüdischer Organisationen. Sie vertritt seit ihrer Gründung 1951 Entschädigungsansprüche jüdischer Opfer des Nationalsozialismus und Holocaust-Überlebender. Die Organisation hat ihren Sitz in New York City.

Diaspora: ist ein aus dem Griechischen kommender Begriff, bedeutet „Zerstreuung“ und drückt in der jüdischen Tradition die Zerstreuung des jüdischen Volkes in der Welt aus. Diaspora bezeichnet zudem die Orte, in denen Jüdinnen und Juden außerhalb Israels leben.

Displaced Persons (DPs): Ist ein rechtlicher Status für Zivilpersonen, die sich aufgrund der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik sowie der Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges bei Kriegsende außerhalb ihres Herkunftslandes befanden. Zu den DPs gehörten auch die Gefangenen der nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager. Die Alliierten waren bestrebt, die DPs möglichst zügig in die Herkunftsländer zurückzubringen. Die Sowjetunion lehnte die DP-Definition ab und etablierte keine Sammelzentren (weder für jüdische noch nicht-jüdische Opfer nationalsozialistischer Verfolgung und Vertreibung) in ihrer Besatzungszone.

Eichmann-Prozess in Jerusalem 1961: Öffentliches und medienwirksames Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen deutschen SS-Obersturmbannführer und maßgeblichen Organisator des Holocaust Adolf Eichmann, der zuvor von israelischen Agenten in Argentinien entführt worden war. Er wurde, zum Tode verurteilt und in der Nacht vom 31. Mai auf den 1. Juni 1962 hingerichtet.

Halacha: bedeutet „Weg“ und wird als das praktische Religionsgesetz der Juden verstanden. Die Halacha beinhaltet das Recht, den Kultus sowie die Moralgesetze des Judentums. Die Bestimmungen der Halacha wurden ursprünglich mündlich überliefert, später schriftlich kodifiziert, vor allem in Mischna und Talmud.

Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg: gegründet 1979 zur Ausbildung von Rabbinern und Religionslehrern

Holocaust: siehe Shoah

IRO, International Refugee Organization, Nachfolgerin von UNRRA (siehe dort): die Internationale Flüchtlingsorganisation, eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, übernahm im Sommer 1947 von der UNRRA die Zuständigkeit für die DPs. Sie stellte ihre Arbeit am 31. Januar 1952 ein und wurde am 30. September 1953 offiziell aufgelöst. Sie wurde durch das Büro des United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) ersetzt.

Jewish Agency (JA), seit 1948 JA für Israel: 1921 als Organisation der Zionistischen Weltorganisation (ZWO) gegründet. Die JA verstand sich als Interessenvertretung der in Palästina lebenden Juden und Jüdinnen bei der britischen Mandatsregierung, vor dem Völkerbund und ab 1947 vor den Vereinten Nationen. Nach der Gründung Israels (15. Mai 1948) wurde die JA in Zusammenarbeit mit der ZWO zum Bindeglied zwischen Israel und den in der Diaspora lebenden Juden und Jüdinnen.

Jewish Restitution Successor Organization (JRSO), auch IRSO, deutsch: Jüdische Restitutionsnachfolger-Organisation) mit Sitz in New York wurde 1948 von verschiedenen amerikanischen und internationalen jüdischen Organisationen gegründet. Ihr Ziel war es, in der amerikanischen Besatzungszone sowie im amerikanischen Sektor in Berlin die Restitution des erbenlosen Vermögens von Privatpersonen zu betreiben, welche als „jüdisch“ rassistisch verfolgt wurden und dadurch ums Leben kamen. In der britischen Zone war dafür die *Jewish Trust Corporation for Germany (JTC)* zuständig und in der französischen die *Branche Française de la Jewish Trust Corporation*.

Joint Distribution Committee: seit 1914 vor allem in Europa tätige Hilfsorganisation US-amerikanischer Juden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Komitee als Zentralorganisation aller jüdischen Wohlfahrts-

verbände die wichtigste Hilfsorganisation für die überlebenden jüdischen DPs in Deutschland, Italien und in den osteuropäischen Staaten.

Kiddusch: Der Segen, der am Schabbat und an jüdischen Feiertagen über einem Becher Wein gesprochen wird.

Kippa: Kopfbedeckung des jüdischen Mannes, die beim Gebet, rituellen Handlungen oder in der Synagoge aufgesetzt wird.

Kontingentflüchtlinge: sind in Deutschland Flüchtlinge, die in festgelegter Anzahl (Kontingent) nach Deutschland übersiedeln dürfen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatten ab 1991 Jüdinnen und Juden aus der Sowjetunion und Menschen mit jüdischen Vorfahren aus deren Nachfolgestaaten die Möglichkeit, als Kontingentflüchtlinge nach Deutschland einzureisen.

Koscher: Kommt aus dem Hebräischen und meint „taugliche“ Speisen, die den jüdischen Speisegesetzen entsprechen.

Luxemburger Abkommen: unterzeichnet am 10. September 1952: Globalentschädigung für Israel in Höhe von drei Milliarden DM sowie für die Claims Conference in Höhe von 450 Millionen DM, beinhaltete auch Verbesserungen der Entschädigungsgesetzgebung. Das Abkommen förderte die Annäherung an den Staat Israel und leistete einen wichtigen Beitrag zur internationalen Reputation des neuen, demokratischen Deutschlands.

Pogrom: Das russische Wort für „Massaker, Verwüstung“ bezeichnet eine gewalttätige Verfolgung einer Minderheit mit Plünderungen und Morden durch eine aufgebrachte Gruppe von Menschen. Seit den mittelalterlichen europäischen Judenverfolgungen diente der Begriff Pogrom vor allem zur Bezeichnung von Massenausschreitungen gegen Juden. Die Verfolgung deutscher Juden am 9./10. November 1938 in Deutschland und die Zerstörung vieler Synagogen wird als „Reichspogromnacht“ bezeichnet.

Restitution: Rückerstattung/Rückvergütung von während des Nationalsozialismus in Deutschland enteigneten und geraubten oder im Notverkauf weit unter dem Wert abgegebenen Vermögenswerten an ihre rechtmäßigen Eigentümer. Zunächst von den westlichen Alliierten und später der Bundesrepublik erlassene Gesetzgebung, insbesondere das Bundesrückerstattungsgesetz (BRÜG) regelte diese Verfahren.

Rabbinerkonferenz: Eine Rabbinerkonferenz ist eine Vereinigung mehrerer Rabbiner, die sich mit religionsrechtlichen Fragen beschäftigt. In Deutschland bestehen zwei Rabbinerkonferenzen: die Allgemeine Rabbinerkonferenz Deutschland (ARK) und die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland (ORD). Beide Rabbinerkonferenzen sind Gremien des Zentralrats der Juden in Deutschland. Die Allgemeine Rabbinerkonferenz vereinigt Rabbinerinnen und Rabbiner nicht-orthodoxer Strömungen des Judentums. Der Orthodoxen Rabbinerkonferenz gehören ausschließlich orthodoxe Rabbiner an.

Schtetl: überwiegend von Juden in Osteuropa vor dem Zweiten Weltkrieg bewohnter Ort/Gemeinschaft, in dem die Bevölkerung nach ihren eigenen jüdischen Traditionen lebte.

Shoah (hebräisch šō'ā = Katastrophe): Die hebräische Bezeichnung für den Holocaust, den millionenfachen Mord an den Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus.

Stereotyp: vereinfachendes, verallgemeinerndes, klischeehaftes (Vor-)Urteil über eine bestimmte Gruppe von Menschen

Talmud: Die Auslegung, Kommentierung und Ergänzung der Tora durch rabbinische Gelehrte. Im traditionellen Judentum wird er als mündliche Lehre gesehen, die bereits Moses auf dem Berg Sinai zusammen mit der schriftlichen Lehre (Tora) übermittelt wurde.

Tora: bedeutet „Lehre“ und ist im weitesten Sinne die Bezeichnung für die Lehre des Judentums, im engeren Sinne für die fünf Bücher Mose (im Christentum: Teil des Alten Testaments). In der Synagoge werden die Bücher Mose, die als Handschrift auf einer Pergamentrolle geschrieben sind und in einer besonderen Lade verwahrt werden, während eines Jahres im Gottesdienst verlesen.

Union progressiver Juden: Dachverband von 26 liberalen Gemeinden in Deutschland

United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA): 1943 mit dem Auftrag gegründet, sich gemeinsam mit dem Alliierten Oberkommando um die Displaced Persons im zerstörten Nachkriegseuropa zu kümmern. Die UNRRA wurde 1947 aufgelöst, ihre Aufgaben übernahm die IRO.

Wiedergutmachung: Entschädigung – s. Definition im Text

Zentralrat der Juden in Deutschland: gegründet am 19. Juli 1950 in Frankfurt am Mai als Interessenvertretung der jüdischen Gemeinden und ihrer Mitglieder in Deutschland. Vorsitzender ist aktuell Dr. Josef Schuster.

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST): jüdische Sozialeinrichtung, 1951 gegründet als Einrichtung der Freien Wohlfahrtspflege mit Aufgaben in den verschiedensten Bereichen der Sozial- und Flüchtlingshilfe, der Alten- und Jugendarbeit bis hin zur Mitwirkung an der Sozialgesetzgebung

Zionismus: Ende des 19. Jahrhunderts entstandene jüdische Bewegung, die das Ziel hatte, einen selbstständigen Nationalstaat für das jüdische Volk zu gründen und die jüdische Identität zu festigen. Der Name der Bewegung bezieht sich auf die religiös-traditionelle Sehnsucht der Juden nach der Rückkehr nach Zion (Jerusalem).

Literaturhinweise

- Belkin, Dmitrij: Germanija. Wie ich in Deutschland jüdisch und erwachsen wurde, Frankfurt a.M. 2017, 204 S.
- Benz, Wolfgang: Deutsche Juden im 20. Jahrhundert, München 2011, 335 S.
- Bernstein, Julia: Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Analysen – Befunde – Handlungsoptionen, Weinheim/Basel 2020, 616 S.
- Brenner, Michael (Hg.): Geschichte der Juden in Deutschland. Von 1945 bis zur Gegenwart, München 2012, 542 S.
- Ders.: Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945-1950. 15 Gespräche, München 1995, 253 S.
- Bubis, Ignatz: Damit bin ich noch längst nicht fertig. Die Autobiographie, Frankfurt a.M. 1996, 292 S.
- Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ): Juden in Europa (APuZ 50/2007), Antisemitismus (APuZ 26–27/2020); online unter www.bpb.de/apuz verfügbar.
- Dies.: Reihe Informationen zur politischen Bildung (IzPB): 307 Jüdisches Leben in Deutschland (2/2010); online unter www.bpb.de/izpb verfügbar.
- Dies.: Handreichung „Kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus“, Bonn 2021, 52 S.; online unter www.bpb.de (Handreichung – Antisemitismus) verfügbar.
- Burgauer, Erica: Zwischen Erinnerung und Verdrängung – Juden in Deutschland nach 1945, Reinbek 1993, 375 S.
- de Bruyn, Günter: Vierzig Jahre. Ein Lebensbericht, Frankfurt a.M. 2011, 272 S.
- Edel, Peter: Wenn es ans Leben geht. Meine Geschichte. 2 Bde, Frankfurt a.M. 1979, 451 S. / 420 S.
- Eschwege, Helmut: Fremd unter Meinesgleichen. Erinnerung eines Dresdner Juden, Berlin 1991, 288 S.
- Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 2012, 468 S.
- Funk, Mirna: Winternähe. Roman, Frankfurt a.M. 2015, 342 S.
- Gansel, Carsten: Trauma-Erfahrungen und Störungen des „Selbst“. Mediale und literarische Konfigurationen lebensweltlicher Krisen, Berlin 2020; darin: Trauma als „Störung“ des Subjekts im Kontext postkolonialer Diskurse in Olga Grjasnowas Roman „Der Russe ist einer, der Birken liebt“ (2012), S. 365–384
- Garloff Katja / Mueller, Agnes (Hg.): German Jewish Literature after 1990, Woodbridge 2018; darin: Interview with Mirna Funk. Berlin, July 15, 2016, S. 229–234 und Luisa Banki: Actuality and Historicity in Mirna Funk's Winternähe, S. 169–186
- Geller Jay Howard / Meng, Michael (Hg.): Rebuilding Jewish Life in Germany, New Brunswick/Newark/London 2020, 276 S.
- Giordano, Ralph: Die Zweite Schuld oder Von der Last, Deutscher zu sein, Neuausgabe, Köln 2020, 538 S.
- Goschler, Constantin: Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, 2., durchgeseh. Aufl., Göttingen 2008, 543 S.
- Grjasnowa, Olga: Der Russe ist einer, der Birken liebt. Roman, München 2012, 288 S.
- Grossmann, Atina: Juden, Deutsche, Alliierte. Begegnungen im besetzten Deutschland, Göttingen 2012, 472 S.
- Hartewig, Karin: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln u.a. 2000, 646 S.
- Herzig, Arno / Rademacher, Cay (Hg.): Die Geschichte der Juden in Deutschland, Bonn 2008, 351 S.
- Hockerts, Hans Günter / Moisel, Claudia / Winstel, Tobias (Hg.): Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945–2000, Göttingen 2006, 876 S.
- Illichmann, Jutta: Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990 (= Europäische Hochschulschriften 336), Frankfurt a.M. u.a. 1997, 370 S.
- Joseph, Detlef: Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung. Mit einer Bibliografie von Renate Kirchner, Berlin 2010, 400 S.
- Kaiser, Wolf / Jasch, Hans-Christian: Der Holocaust vor deutschen Gerichten. Amnestieren, Verdrängen, Bestrafen, Ditzingen 2017, 264 S.
- Kapitelman, Dmitrij: Das Lächeln meines unsichtbaren Vaters, Berlin 2016, 288 S.
- Kauders, Anthony D.: Unmögliche Heimat. Eine deutsch-jüdische Geschichte der Bundesrepublik, München 2007, 304 S.
- Keßler, Mario: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967 (= Zeithistorische Studien 6), Berlin 1995, 221 S., online verfügbar unter https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/912/file/ke%c3%9fler_sed_juden_repression_toleranz_1995_de.pdf
- Kiesel, Doron / Eppenstein, Thomas: „Du Jude“. Antisemitismusstudien und ihre pädagogischen Konsequenzen, hg.v. Zentralrat der Juden in Deutschland, Berlin 2020, 272 S.
- Leo, Maxim: Haltet euer Herz bereit. Eine ostdeutsche Familiengeschichte, 8. Aufl., München 2015, 271 S.
- Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, 28. Aufl., Köln 2019 [1. Aufl. 1955], 697 S.
- Longerich, Peter: Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte. Von der Aufklärung bis heute, München 2021, 640 S.
- Meining, Stefan: Kommunistische Judenpolitik: Die DDR, die Juden, und Israel, Münster/Hamburg/London 2002, 562 S.
- Mertens, Lothar: Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945–1990 (= Haskala 18), Hildesheim 1997, 492 S.
- Misselwitz, Charlotte: Als ob wir nichts zu lernen hätten von den linken Juden der DDR ... Bemerkungen zu dem Beitrag von Micha Brumlik „Ostdeutscher Antisemitismus: Wie braun war die DDR?“, in: Deutschland Archiv, 30.4.2020, online verfügbar unter www.bpb.de/308502
- Muschik, Alexander: Die SED und die Juden 1985–1990. Eine außenpolitische Charmeoffensive zur Rettung der DDR (= theologie.geschichte. Zeitschrift für Theologie und Kulturgeschichte 5), Tübingen 2010, online verfügbar unter <https://theologie-geschichte.de/ojs2/index.php/tg/article/view/561/599>
- Nachama, Andreas / Homolka, Walter / Bomhoff, Hartmut: Basiswissen Judentum, Freiburg/Basel/Wien 2015, 688 S.
- Ostmeyer, Irena: Zwischen Schuld und Sühne: Evangelische Kirche und Juden in SBZ und DDR 1945–190, Berlin 2002, 400 S.

Peitsch, Helmut: Antifaschistisches Verständnis der eigenen jüdischen Herkunft in Texten von DDR-SchriftstellerInnen, in: Elke-Vera Kotowski (Hg.): Das Kulturerbe deutschsprachiger Juden, Berlin / New York 2014, S. 117–142

Petrowskaja, Katja: Vielleicht Esther. Geschichten, Berlin, 2014, 285 S.

Roth, Harald: Was hat der Holocaust mit mir zu tun? 37 Antworten, München 2014, 304 S.

Schwarz, Géraldine: Die Gedächtnislosen. Erinnerungen einer Europäerin, Zürich 2018, 445 S.

Schwarz-Friese, Monika: Judenhass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl, Berlin 2019, 168 S.

Shapira, Shahak: Das wird man ja wohl noch schreiben dürfen! Roman, Hamburg 2016, 240 S.

Sinn, Andrea: Jüdische Politik und Presse in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2014, 400 S.

Steinke, Ronen: Terror gegen Juden. Geschichte und Gegenwart antisemitischer Gewalt in der Bundesrepublik, Berlin 2020, 256 S.

Tauchert, Stephanie: Jüdische Identitäten in Deutschland. Das Selbstverständnis von Juden in der Bundesrepublik und der DDR 1950 bis 2000, Berlin 2007, 410 S.

Walther, Alexander: Keine Erinnerung, nirgends? Die Shoah und die DDR, in: Deutschland Archiv, 6.8.2019, online verfügbar unter www.bpb.de/293937

Wiltmann, Ingrid: Jüdisches Leben in Deutschland: siebzehn Gespräche, Frankfurt a.M. 1999, 329 S.

Internetangebote

www.after-the-shoah.org

Jüdische DP-Lager und Gemeinden in Westdeutschland

<https://arolsen-archives.org>

Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution

www.auschwitz-prozess.de

Tonbandmitschnitte des Auschwitz-Prozesses (1963–1965), Fritz Bauer Institut

www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/expertenkreis-antisemitismus/expertenkreis-antisemitismus-node.html

Antisemitismus in Deutschland – Studie des Expertenkreis Antisemitismus, 2017

www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus

Dossier – Antisemitismus

www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/juedischesleben

Dossier – Jüdischen Leben in Deutschland. Vergangenheit und Gegenwart

www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/juedischesleben/331731/podcast

Podcastreihe Jüdisches Leben in Deutschland – Vergangenheit und Gegenwart

www.bs-anne-frank.de

Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main

www.deutschlandfunkkultur.de/aus-der-juedischen-welt.1078.de.html

Deutschlandfunk – wöchentliche Sendung „Aus der jüdischen Welt“

www.hagalil.com

Informationsportal zum Judentum

www.hfjs.eu

Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg

www.ifz-muenchen.de/zentrum-fuer-holocaust-studien

Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte

www.jewish-places.de

jewish places – interaktive Karte zu jüdischen Orten

www.jmberlin.de

Jüdisches Museum Berlin

www.jmberlin.de/links-zu-anderen-museen-und-gedenkstaetten

Links zu anderen Museen und Gedenkstätten

www.juedische-allgemeine.de

Zeitschrift Jüdische Allgemeine

www.lbi.org/de

Leo-Baeck-Institut New York|Berlin

www.talmud.de/tlmd/orte

Portal zu jüdischem Leben und Judentum in Deutschland

www.yadvashem.org/de.html

Yad Vashem – Internationale Holocaust Gedenkstätte

<https://zentralarchiv-juden.de>

Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland

www.zentralratderjuden.de

Zentralrat der Juden in Deutschland

<https://zwst.org/de>

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

Die Autorinnen und Autoren

Dr. Daniel Mahla ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München und Koordinator des Zentrums für Israel-Studien. Er beschäftigt sich mit der modernen jüdischen Geschichte in Zentral-europa und Palästina/Israel. Seine Monografie „Orthodox Judaism and the Politics of Religion: From Prewar Europe to the State of Israel“ ist 2020 erschienen.

Dr. Daniel Mahla hat die Koordination für diese Themenausgabe übernommen.

Dr. Markus Nesselrodt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Kultur und Geschichte Mittel- und Osteuropas der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder). Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem polnische, preußische und russische Geschichte vom 18. bis 20. Jahrhundert, jüdische Geschichte in Mittel- und Osteuropa sowie Migrationsgeschichte. 2019 veröffentlichte er „Dem Holocaust entkommen. Polnische Juden in der Sowjetunion, 1939–1946“.

Prof. Dr. Andrea Sinn ist O'Brian Developing Professor and Associate Professor am Department of History and Geography der Elon University in North Carolina sowie seit 2017 Direktorin des an der Universität angesiedelten Zentrums für jüdische Studien. Sie beschäftigt sich mit deutscher und jüdischer Geschichte, promovierte 2014 mit einer Arbeit zu jüdischer Presse und Politik in der Bundesrepublik Deutschland und hat neben einer Monographie zu diesem Thema weitläufig zu jüdischem Leben in Deutschland nach dem Holocaust publiziert.

Prof. Dr. Susanne Talabardon ist Professorin für Judaistik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Sie lehrt und forscht unter anderem zur jüdischen Religionsgeschichte, zu den christlich-jüdischen Beziehungen und zum osteuropäischen Chassidismus. Sie hat wichtige Einführungen zu Judentum und jüdischen Feiertagen veröffentlicht und auch aufgrund ihres biographischen Hintergrunds (in Ostberlin geboren) ein Interesse an der Geschichte der Jüdinnen und Juden in der Deutschen Demokratischen Republik.

Prof. Dr. Michael Brenner ist Inhaber des Lehrstuhls für Jüdische Geschichte und Kultur am Historischen Seminar der LMU München sowie Direktor des Zentrums für Israel-Studien an der American University in

Washington, DC. Prof. Brenner hat weitläufig auf dem Gebiet der modernen jüdischen Geschichte publiziert mit einem besonderen Schwerpunkt auf der deutsch-jüdischen Geschichte, so in den Veröffentlichungen „Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945–1950“ sowie der „Geschichte der Juden in Deutschland. Von 1945 bis zur Gegenwart“.

Dr. Philipp Lenhard ist Akademischer Rat a. Z. am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er forscht vorwiegend zur modernen jüdischen Geschichte, aber auch zur Geschichte des Antisemitismus. Philipp Lenhard ist Autor der Monografien „Volk oder Religion? Zur Entstehung moderner jüdischer Ethnizität in Frankreich und Deutschland, 1782–1848“ (2014) und „Friedrich Pollock – Die graue Eminenz der Frankfurter Schule“ (2019).

Dr. Hanno Loewy leitet seit 2004 das Jüdische Museum Hohenems. Zwischen 1990 und 1995 war er Gründungsdirektor des Fritz Bauer Instituts. Bereits seit den 1980er-Jahren hat er sich als Ausstellungsmacher engagiert und unter anderem Teile der Dauerausstellungen der Jüdischen Museen in Frankfurt a.M. und Berlin konzipiert. Auch als Publizist ist er immer wieder tätig und hat in diesem Zusammenhang nicht nur zur Film- und Mediengeschichte, zum Holocaust und jüdischem Leben in Deutschland nach 1945, sondern auch zu jüdischen Museen und den darum geführten Debatten publiziert.

Prof. Dr. Alfred Bodenheimer ist Professor für Religionsgeschichte und Literatur des Judentums an der Universität Basel und Autor. Er hat zahlreiche Werke zur deutsch-jüdischen Literatur wie auch zu religionshistorischen und religionspolitischen Themen veröffentlicht, wie beispielsweise die Monografien „Ungebrochen gebrochen. Über jüdische Narrative und Traditionsbildung“ und „Haut ab! Die Juden in der Beschneidungsdebatte (beide 2012). Zudem ist er Autor einer Reihe von Kriminalromanen.

Rabbiner i. A. Levi Israel Ufferfilge, M.A., M.A., hat Jüdische Studien und Jiddistik studiert und ist nach Stationen als jüdischer Religions- und Hebräischlehrer sowie Schulleiter zweier jüdischer Schulen in München und Berlin seit Frühjahr 2021 Rabbiner-Anwärter am Zacharias Frankel College in Potsdam. Er promoviert in Münster und Amsterdam auf dem Gebiet der Halacha (jüd. Religionsgesetz). 2021 ist sein Buch „Nicht ohne meine Kippa!“ erschienen, das sich mit jüdischer Sichtbarkeit und Antisemitismus in Deutschland auseinandersetzt.

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309
Internetadresse: www.bpb.de/izpb
E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Laura Gerken, Jutta Klaeren,
Christine Eckes (Volontärin)

Gutachten:

Prof. Dr. Constantin Goschler, Professur für Zeitgeschichte am Historischen Seminar der Ruhr-Universität Bochum

Titelbild:

Entzünden des Chanukka-Leuchters 2016 auf dem Stuttgarter Schlossplatz; picture alliance / Lino Mergeler / dpa

Karten:

mr-kartographie, 99867 Gotha

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny,
Hirschenstraße 16, 90762 Fürth

Druck:

Druckhaus Ernst Kaufmann GmbH & Co. KG, 77933 Lahr

Vertrieb: IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise: vierteljährlich

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 385 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: September 2021

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Publikationsversand der Bundeszentrale für
politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock
Fax.: 03 82 04/66-273 oder www.bpb.de/informationen-zur-politischen-bildung



Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0 Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.



➔ Mehr zum
**Jüdischen Leben
in Deutschland
vor 1945**

erfahrt ihr in der
IzpB 307

